

Mittelstands- bericht 2010

Bericht über die Situation
der kleinen und mittleren
Unternehmungen der
gewerblichen Wirtschaft



IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend,
Stubenring 1, 1011 Wien
Für den Inhalt verantwortlich: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend

Inhalt

Vorwort	1
1 Bedeutung der KMU und des Unternehmertums	3
1.1 Unternehmensstruktur	4
1.1.1 Aktuelle Situation in Österreich	4
1.1.2 Österreich im internationalen Vergleich	14
1.1.3 Diversität in und von KMU	18
1.2 Beschäftigung	25
1.2.1 Aktuelle Situation in Österreich	25
1.2.2 Österreich im europäischen Vergleich	33
1.3 Output	35
1.3.1 Erlöse	35
1.3.2 Bruttowertschöpfung	40
1.4 Betriebswirtschaftliche Situation	45
2 Aktuelle wirtschaftliche Lage	51
2.1 Wirtschaftliche Entwicklung 2009	51
2.1.1 Gesamtwirtschaft	51
2.1.2 Sektoren	55
2.2 Wirtschaftliche Entwicklung und Prognosen 2010 und 2011	70
2.2.1 Gesamtwirtschaft	70
2.2.2 Sektoren	76
3 Bewältigung der Wirtschaftskrise	89
3.1 Auswirkungen	89
3.2 Maßnahmen	96
3.2.1 Maßnahmen auf europäischer Ebene	96
3.2.2 Österreichische Maßnahmen	103
3.3 Effekte der Maßnahmen	107
4 Maßnahmen zur Förderung der KMU	110
4.1 Unternehmerische Initiative	111
4.1.1 Österreich im europäischen Vergleich	111

4.1.2	Aktuelle Situation.....	112
4.1.3	Herausforderungen und Ausblick	117
4.2	Zweite Chance nach Insolvenz	117
4.2.1	Österreich im europäischen Vergleich.....	117
4.2.2	Aktuelle Situation.....	118
4.2.3	Herausforderungen und Ausblick	119
4.3	Prinzip „Vorfahrt für KMU“	120
4.3.1	Österreich im europäischen Vergleich.....	120
4.3.2	Aktuelle Situation.....	121
4.3.3	Herausforderungen und Ausblick	124
4.4	Öffentliche Verwaltung	125
4.4.1	Österreich im europäischen Vergleich.....	125
4.4.2	Aktuelle Situation.....	126
4.4.3	Herausforderungen und Ausblick	130
4.5	Politische Instrumente – KMU-gerecht	131
4.5.1	Österreich im europäischen Vergleich.....	131
4.5.2	Aktuelle Situation.....	132
4.5.3	Herausforderungen und Ausblick	134
4.6	Finanzierung.....	135
4.6.1	Österreich im europäischen Vergleich.....	135
4.6.2	Aktuelle Situation.....	136
4.6.3	Herausforderungen und Ausblick	143
4.7	Binnenmarkt	144
4.7.1	Österreich im europäischen Vergleich.....	144
4.7.2	Aktuelle Situation.....	145
4.7.3	Herausforderungen und Ausblick	147
4.8	Weiterqualifizierung und Innovation	148
4.8.1	Österreich im europäischen Vergleich.....	148
4.8.2	Aktuelle Situation.....	149
4.8.3	Herausforderungen und Ausblick	156
4.9	Nachhaltigkeit, Umwelt und Energie	158
4.9.1	Österreich im europäischen Vergleich.....	158
4.9.2	Aktuelle Situation.....	158
4.9.3	Herausforderungen und Ausblick	163
4.10	Internationalisierung	164
4.10.1	Österreich im europäischen Vergleich.....	164

4.10.2 Aktuelle Situation	164
4.10.3 Herausforderungen und Ausblick.....	166
5 Anhang.....	167
5.1 Nationale statistische Daten.....	167
5.1.1 Unternehmen und Beschäftigte in der gewerblichen Wirtschaft	167
5.1.2 Struktur nach Größenklassen.....	168
5.1.3 Sektorale Struktur nach Größenklassen.....	169
5.1.4 Gründungsgeschehen	177
5.2 Quellenverzeichnis	179
5.3 Datenquellenverzeichnis.....	183
5.4 Definitionen.....	185
5.5 Small Business Act	194
5.6 Übersicht der erfassten Maßnahmen	198
5.7 Abkürzungsverzeichnis.....	201



Vorwort

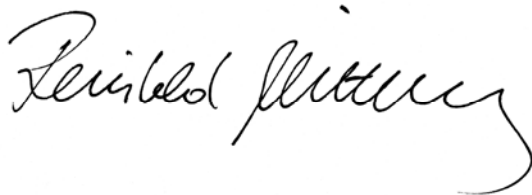
Österreich schneidet bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise im europäischen Vergleich überdurchschnittlich gut ab. Das ist neben den rasch umgesetzten und richtig dosierten Konjunkturpaketen insbesondere der Stärke unserer kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu verdanken, wie der neue Mittelstandsbericht zeigt. Diese Betriebe sind das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft, weil sie solide Werte schaffen, flexibel auf neue Herausforderungen reagieren können und gleichzeitig auf Innovationen setzen.

Ein Hauptziel des Wirtschaftsministeriums ist es, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für den unternehmerischen Mittelstand zu schaffen. KMU können auf die Zuschüsse und zinsgünstigen Kredite und Haftungen der Förderbank Austria Wirtschaftsservice (aws) zählen. Zusätzlich wird die Entwicklung von Innovationen über zahlreiche Programme der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) unterstützt. Damit beschleunigen wir den Strukturwandel der heimischen Wirtschaft.

Der vorliegende Mittelstandsbericht bezieht deutlich stärker als in den Vorjahren auch die europäische Perspektive mit ein. Leitprinzip sind erstmals die zehn Grundsätze des Small Business Act (SBA), der am 1. Dezember 2008 vom Ministerrat für Wettbewerbsfähigkeit der EU

verabschiedet worden ist. Der Mittelstandsbericht umfasst daher in jedem Kapitel einen Vergleich der österreichischen Situation mit Europa.

Natürlich kann aber auch ein Mittelstandsbericht mit knapp 200 Seiten nicht auf alle Fragen umfassende Antworten liefern. Ich lade Sie daher ein, für weiterführende Informationen mit der im Wirtschaftsministerium für KMU zuständigen Abteilung unter POST@I6.bmwfj.gv.at Kontakt aufzunehmen.

A handwritten signature in black ink, reading "Reinhold Mitterlehner". The signature is written in a cursive, flowing style with a prominent loop at the end of the last name.

Dr. Reinhold Mitterlehner
Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend

1 Bedeutung der KMU und des Unternehmertums

Im Jahr 2009 waren in der marktorientierten Wirtschaft¹ in Österreich rund 299.000 kleine und mittlere Unternehmen² (KMU)³ tätig. In diesen arbeiteten 2008 etwa 1,8 Mio. Beschäftigte⁴ (davon rund 1,5 Mio. Arbeitnehmer). Die KMU konnten Nettoumsätze⁵ von insgesamt etwa € 405 Mrd. und eine Bruttowertschöpfung⁶ von rund € 99 Mrd. erwirtschaften.

99,6 % der österreichischen Unternehmen waren KMU. Diese beschäftigten rund zwei Drittel aller Erwerbstätigen bzw. etwa 62 % aller Arbeitnehmer. Sie erzielten rund 60 % aller Umsatzerlöse sowie rund 57 % der Bruttowertschöpfung der marktorientierten Wirtschaft.

Tabelle 1 Überblick über die KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹, 2009 (bzw. 2008)		
	Absolutzahl	Anteil KMU in %
Unternehmen ²	298.970	99,6
Beschäftigte ³	1.790.871	65,8
davon: unselbstständig Beschäftigte ³	1.530.039	62,2
Umsatzerlöse in € Mio. (netto) ³	405.259	60,2
Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in € Mio. ³	98.858	56,7

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)
² 2009: Fortschreibung der KMU FORSCHUNG AUSTRIA, gerundete Werte
³ 2008
 Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)
 Quelle: Statistik Austria

Aufbauend auf diese erste Übersicht, die die Bedeutung der KMU in Österreich veranschaulicht, wird nachfolgend genauer auf die Unternehmensstruktur von, die Beschäftigung in sowie den Output in Form von Erlösen und Bruttowertschöpfung der KMU eingegangen. Abgeschlossen wird dieses Kapitel mit einem Überblick über die betriebswirtschaftliche Situation der österreichischen KMU.

¹ Hochzahlen im Text verweisen auf im Anhang unter Kapitel 5.4 angeführte Begriffsdefinitionen (z.B. wird unter Punkt 1 „marktorientierte Wirtschaft“ erklärt). In Grafiken und Tabellen wird mit Hochzahlen auf unmittelbar nachstehende Anmerkungen bzw. Erklärungen verwiesen.

1.1 Unternehmensstruktur

1.1.1 Aktuelle Situation in Österreich

Im Jahr 2009 gab es in Österreich fast 299.000 KMU. Gegenüber dem Vorjahr ist die Anzahl um 0,2 % zurückgegangen.

Eine genauere Betrachtung der KMU nach Größenklassen zeigt, dass es sich bei mehr als einem Drittel der gesamten Betriebe um Unternehmen mit nur einem Beschäftigten, Ein-Personen-Unternehmen (EPU)⁷, handelte. Mehr als die Hälfte der Unternehmen waren Kleinstbetriebe mit 2 bis 9 Beschäftigten. Knapp 11 % der Betriebe waren Arbeitgeber für 10 bis 49 Personen. In rund 2 % der Unternehmen waren 50 bis 249 Beschäftigte tätig. Somit handelte es sich bei 99,6 % insgesamt der österreichischen Unternehmen um KMU.

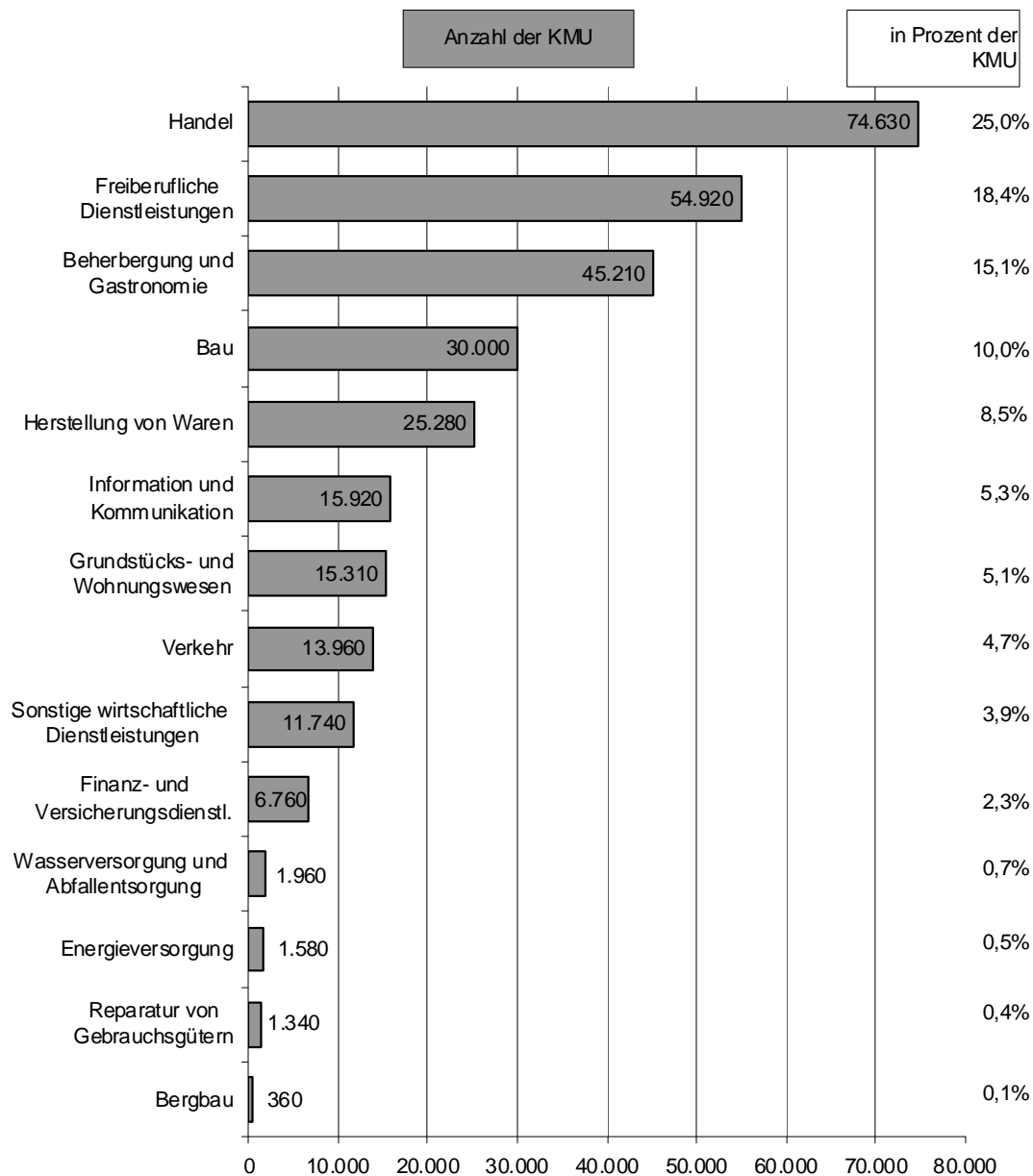
Tabelle 2 Anzahl der Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Beschäftigten-Größenklassen, 2008 und 2009²					
	2008		2009 ²		VÄ zum Vorjahr in %
	Absolut	Anteil an alle Unternehmen in %	Absolut ³	Anteil an alle Unternehmen in %	
1 Beschäftigter	106.174	35,3	263.140	87,7	0,4
2 bis 9 Beschäftigte	155.892	51,8			
10 bis 49 Beschäftigte	32.368	10,8	31.070	10,4	-4,0
50 bis 249 Beschäftigte	5.192	1,7	4.760	1,6	-8,3
KMU insgesamt	299.626	99,6	298.970	99,6	-0,2
250 und mehr Beschäftigte	1.119	0,4	1.080	0,4	-3,5
Gesamte marktorientierte Wirtschaft ¹	300.745	100,0	300.050	100,0	-0,2

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)
² Hochrechnung der KMU FORSCHUNG AUSTRIA
³ gerundete Werte
 Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)
 Quellen: Statistik Austria, BMASK, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, KMU FORSCHUNG AUSTRIA

Im Jahr 2009 waren fast 75.000 KMU im Handel tätig. Dieser Sektor stellte damit fast ein Viertel aller Klein- und Mittelbetriebe in der marktorientierten

Wirtschaft in Österreich dar und war damit der größte Wirtschaftsbereich. Danach folgten die freiberuflichen Dienstleistungen (knapp 55.000 KMU) und die Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe (mehr als 45.000 KMU).

Grafik 1 Anzahl der KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Sektoren sowie deren Anteil in Prozent, 2009²



Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)

² Hochrechnung der KMU FORSCHUNG AUSTRIA, gerundete Werte

Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)

Quellen: Statistik Austria, BMASK, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, KMU FORSCHUNG AUSTRIA

Die KMU hatten im Jahr 2008 in allen Sektoren der marktorientierten Wirtschaft einen Anteil von mehr als 98 % an den Unternehmen insgesamt.

Bei einem Großteil der Wirtschaftsbereiche handelte es sich überwiegend um Kleinstbetriebe mit 2 bis 9 Beschäftigten. In den Sektoren Information und Kommunikation, freiberufliche Dienstleistungen und Reparatur von Gebrauchsgütern waren die meisten Betriebe hingegen EPU. Der Anteil der Unternehmen mit 10 bis 249 Beschäftigten war im Bergbau und in der Herstellung von Waren am höchsten.

Tabelle 3 Aufgliederung der Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Beschäftigten-Größenklassen und nach Sektoren in Prozent per 31. 12. 2008						
	1 Beschäftigter	2 bis 9 Beschäftigte	10 bis 49 Beschäftigte	50 bis 249 Beschäftigte	KMU insgesamt	250 und mehr Beschäftigte
Bergbau	22,1	45,8	25,2	5,4	98,6	1,4
Herstellung von Waren	24,8	47,2	20,5	5,8	98,2	1,8
Energieversorgung	41,6	49,7	4,5	2,6	98,4	1,6
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	16,1	70,2	11,5	1,8	99,6	0,4
Bau	27,1	53,5	17,1	2,1	99,8	0,2
Handel	35,4	52,3	10,8	1,3	99,7	0,3
Verkehr	30,2	51,1	15,7	2,4	99,5	0,5
Beherbergung und Gastronomie	20,1	68,4	10,5	0,9	99,9	0,1
Information und Kommunikation	58,0	35,1	5,6	1,1	99,8	0,2
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	35,0	51,4	9,0	3,7	99,0	1,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	37,5	59,2	2,6	0,5	99,9	0,1
Freiberufliche Dienstleistungen	51,6	42,3	5,5	0,5	100,0	0,0
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	35,0	47,7	12,6	3,8	99,1	0,9
Reparatur von Gebrauchsgütern	48,5	47,2	3,9	0,4	100,0	0,0
Gesamte marktorientierte Wirtschaft¹	35,3	51,8	10,8	1,7	99,6	0,4

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)
Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)
Quelle: Statistik Austria

Die folgenden Daten zu den Neugründungen und Schließungen, die aus einer anderen Statistik als die Anzahl der KMU stammen und deshalb auf Grund einer unterschiedlichen Methodik nur bedingt miteinander vergleichbar sind, beziehen sich auf Österreichs Unternehmen insgesamt, weil keine KMU-spezifischen Daten vorliegen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass fast ausschließlich KMU gegründet bzw. geschlossen werden.

Neugründungen

Im Jahr 2008 kam es in Österreich in der marktorientierten Wirtschaft zu rund 24.600 Neugründungen⁸. Bei mehr als der Hälfte davon handelte es sich um Unternehmen ohne (dauerhaft) unselbstständig Beschäftigte. Rund 39 % der neu gegründeten Unternehmen hatten zwischen 1 und 4 Arbeitnehmer.

Gegenüber 2007 ist die Anzahl der Neugründungen um etwa 8 % gestiegen. Zu einem Rückgang ist es bei den EPU gekommen.

Die Neugründungsquote lag im Jahr 2008 in der marktorientierten Wirtschaft bei 7,3 %. Am höchsten war die Neugründungsquote bei den EPU.

Tabelle 4 Anzahl der Neugründungen sowie Neugründungsquote¹ in der marktorientierten Wirtschaft² nach Beschäftigten-Größenklassen, 2007 und 2008					
	2007	2008	Anteil 2008 in %	VÄ 2007/08 in %	Neugründungsquote 2008 in %
0 unselbstständig Beschäftigte	13.132	12.977	52,7	-7,5	10,0
1-4 unselbstständig Beschäftigte	8.014	9.639	39,1	20,3	7,2
5-9 unselbstständig Beschäftigte	1.113	1.314	5,3	18,1	3,8
10 und mehr unselbstständig Beschäftigte	566	700	2,8	23,7	1,9
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	22.825	24.630	100,0	7,9	7,3
¹ Neugründungen in Prozent der aktiven Unternehmen ² ohne Land- und Forstwirtschaft, persönliche Dienstleistungen und Beteiligungsgesellschaften (genauer Abschnitte B bis N ohne Gruppe 64.2 der ÖNACE 2008) Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2) Quelle: Statistik Austria					

Rund 90 % der im Jahr 2004 neu gegründeten Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft waren im Jahr 2005 noch aktiv. Zwei Jahre nach der Gründung betrug die Überlebensrate etwa 81 %, drei Jahre nach der Gründung bestanden noch etwa 72 % der Unternehmen. Vier Jahre nach der Unternehmensgründung lag die Überlebensquote bei ca. 66 %.

Betrachtet man die Überlebensraten nach Beschäftigten-Größenklassen so zeigt sich, dass diese mit zunehmender Betriebsgröße steigen, wobei Unternehmen mit fünf bis neun Beschäftigten die höchste Überlebensquote aufweisen. So betrug die durchschnittliche Überlebensquote im Jahr 2008, vier Jahre nach der Unternehmensgründung, bei EPU etwa 62 %, während sie bei den Unternehmen mit fünf bis neun unselbstständig Beschäftigten bei etwa 78 % lag.

Tabelle 5 Überlebensquote von 2004 neu gegründeten Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Beschäftigten-Größenklassen				
	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre	4 Jahre
0 unselbstständig Beschäftigte	87,0	78,2	69,3	62,4
1-4 unselbstständig Beschäftigte	93,8	83,5	74,0	68,6
5-9 unselbstständig Beschäftigte	95,2	88,1	82,7	77,8
10 und mehr unselbstständig Beschäftigte	93,2	85,3	79,1	76,9
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	89,9	80,7	71,9	65,7

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft, persönliche Dienstleistungen und Beteiligungsgesellschaften (genauer Abschnitte B bis N ohne Gruppe 64.2 der ÖNACE 2008)
Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)
Quelle: Statistik Austria

Nach Sektoren differenziert betrafen die meisten Neugründungen im Jahr 2008 die freiberuflichen Dienstleistungen (23 %), den Handel (22 %) und die Beherbergung und Gastronomie (15 %). Dies sind auch die Wirtschaftsbereiche mit den meisten Unternehmen.

Die Neugründungsquote war bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (10,5 %), im Verkehr (9,5 %) und im Grundstücks- und Wohnungswesen (8,8 %) am höchsten, im Bergbau (3,3 %) und der Herstellung von Waren (4,5 %) am niedrigsten.

Das Grundstücks- und Wohnungswesen, die Herstellung von Waren, die Finanz- und Versicherungsdienstleistungen und die Energieversorgung wiesen im Jahr 2008 eine Überlebensquote von mehr als 70 % nach vier Jahren auf. In der Wasserversorgung und Abfallentsorgung sowie bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen lag diese hingegen unter 60 %.

Tabelle 6 Anzahl der Neugründungen, Neugründungsquote¹ sowie Überlebensquote von 2004 neu gegründeten Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft² nach Sektoren, 2008				
	Neugründungen	Anteil in %	Neugründungsquote in %	4-jährige Überlebensquote in %
Bergbau	13	0,1	3,3	40,0
Herstellung von Waren	1.291	5,2	4,5	73,9
Energieversorgung	112	0,5	6,3	72,2
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	118	0,5	5,5	56,8
Bau	2.497	10,1	7,4	68,0
Handel	5.516	22,4	6,5	65,6
Verkehr	1.582	6,4	9,5	62,0
Beherbergung und Gastronomie	3.616	14,7	7,0	61,7
Information und Kommunikation	1.438	5,8	8,1	61,7
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	549	2,2	7,7	73,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	774	3,1	8,8	76,8
Freiberufliche Dienstleistungen	5.684	23,1	8,1	67,5
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	1.440	5,8	10,5	57,8
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	24.630	100,0	7,3	66,7
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen				
¹ Neugründungen in Prozent der aktiven Unternehmen				
² ohne Land- und Forstwirtschaft, persönliche Dienstleistungen und Beteiligungsgesellschaften (genauer Abschnitte B bis N ohne Gruppe 64.2 der ÖNACE 2008)				
Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)				
Quelle: Statistik Austria				

Schließungen

Im Jahr 2008 wurden in Österreich in der marktorientierten Wirtschaft rund 20.400 Unternehmen geschlossen. Etwa 69 % der Schließungen⁹ betrafen Ein-Personen-Unternehmen. Weitere rund 28 % der Betriebe beschäftigten im letzten Geschäftsjahr weniger als fünf unselbstständig Beschäftigte.

Im Vergleich zum Jahr 2007 blieb die Anzahl der Schließungen in etwa konstant. Während es bei den EPU zu einem Anstieg kam, war in den übrigen Größenklassen ein Rückgang zu beobachten.

Die Schließungsquote lag im Jahr 2008 bei 6,1 %. Die Schließungsrate lag damit unter der Neugründungsquote (7,3 %).

Tabelle 7 Anzahl der Schließungen sowie Schließungsquote¹ in der marktorientierten Wirtschaft² nach Beschäftigten-Größenklassen, 2007 und 2008					
	2007	2008	Anteil 2008 in %	VÄ 2007/08 in %	Schließungsquote 2008 in %
0 unselbstständig Beschäftigte	13.161	14.085	69,0	7,0	10,9
1-4 unselbstständig Beschäftigte	6.361	5.667	27,8	-10,9	4,2
5-9 unselbstständig Beschäftigte	629	445	2,2	-29,3	1,3
10 und mehr unselbstständig Beschäftigte	253	222	1,1	-12,3	0,6
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	20.404	20.419	100,0	0,1	6,1

¹ Schließungen in Prozent der aktiven Unternehmen
² ohne Land- und Forstwirtschaft, persönliche Dienstleistungen und Beteiligungsgesellschaften (genauer Abschnitte B bis N ohne Gruppe 64.2 der ÖNACE 2008)
 Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)
 Quelle: Statistik Austria

Nach Sektoren betrachtet betrafen die meisten Unternehmensschließungen im Jahr 2008 die freiberuflichen Dienstleistungen (24 %), den Handel (24 %) und die Beherbergung und Gastronomie (15 %). Die meisten Unternehmensneugründungen fanden ebenfalls in diesen drei – in Hinblick auf die Unternehmenszahl größten – Wirtschaftssektoren statt.

Im Vergleich der Sektoren war die Schließungsquote im Jahr 2008 im Sektor Information und Kommunikation (8,2 %) am höchsten und in der Energieversorgung (3,2 %) am niedrigsten.

Tabelle 8 Anzahl der Schließungen und Schließungsquote¹ in der marktorientierten Wirtschaft² nach Sektoren, 2008			
	Schließungen	Anteil in %	Schließungsquote in %
Bergbau	17	0,1	4,4
Herstellung von Waren	1.181	5,8	4,1
Energieversorgung	57	0,3	3,2
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	97	0,5	4,5
Bau	1.785	8,7	5,3
Handel	4.898	24,0	5,8
Verkehr	1.057	5,2	6,3
Beherbergung und Gastronomie	3.130	15,3	6,0
Information und Kommunikation	1.466	7,2	8,2
Finanz- und Versicherungsleistungen	458	2,2	6,4
Grundstücks- und Wohnungswesen	423	2,1	4,8
Freiberufliche Dienstleistungen	4.989	24,4	7,2
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	861	4,2	6,3
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	20.419	100,0	6,1
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen			
¹ Schließungen in Prozent der aktiven Unternehmen			
² ohne Land- und Forstwirtschaft, persönliche Dienstleistungen und Beteiligungsgesellschaften (genauer Abschnitte B bis N ohne Gruppe 64.2 der ÖNACE 2008)			
Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)			
Quelle: Statistik Austria			

Ein (geringer) Teil der Schließungen erfolgt durch die Insolvenz¹⁰ eines Unternehmens, wenngleich eine Insolvenz nicht zwangsläufig zur Schließung des Unternehmens führen muss. Der Kreditschutzverband von 1870 gibt hierzu eine Insolvenzstatistik heraus. Auf Grund von unterschiedlichen Methodiken sind diese Daten nur bedingt mit jenen der Statistik Austria vergleichbar.

Im Jahr 2009 gab es in der marktorientierten Wirtschaft in Österreich etwa 5.900 Insolvenzen, wovon rund 44 % mangels Masse abgewiesen worden sind. Die Anzahl der Insolvenzanträge ist gegenüber 2007 um knapp 11 % angestiegen. Während die Zahl der eröffneten Insolvenzverfahren um 23 % zugenommen hat, ist die Anzahl der abgewiesenen Konkursanträge um 1,5 % zurückgegangen.

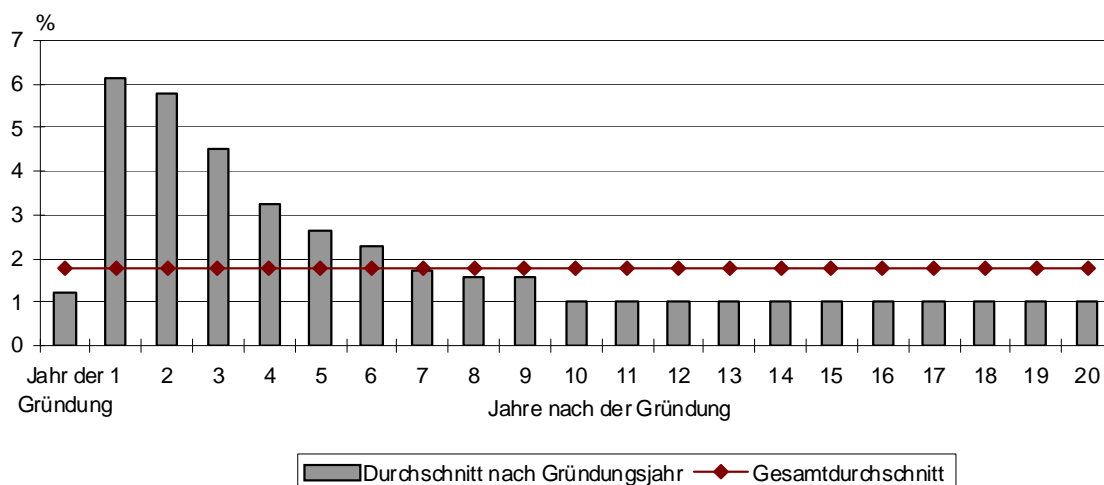
Da die Anzahl der Unternehmen in den letzten Jahren ebenfalls deutlich gestiegen ist, lag die Insolvenzquote, das sind die Insolvenzen in Prozent der aktiven Firmen, zwischen 2004 und 2009 relativ konstant bei etwa 2 %.

Tabelle 9 Anzahl der Insolvenzen und Insolvenzquote¹ in der markt-orientierten Wirtschaft², 2007 – 2009					
	2007	2008	2009	VÄ 2007/09 in %	VÄ 2008/09 in %
eröffnete Insolvenzverfahren	2.689	2.928	3.307	23,0	12,9
abgewiesene Konkursanträge	2.680	2.505	2.640	-1,5	5,4
Gesamtinsolvenzen	5.369	5.433	5.947	10,8	9,5
Insolvenzquote	1,8	1,8	1,9	-	-

¹ Insolvenzen in Prozent der aktiven Unternehmen
² ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N der ÖNACE 2008)
 Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)
 Quelle: Statistik Austria

Eine Betrachtung der Insolvenzquote nach Gründungsjahr zeigt den höchsten Wert im ersten und zweiten Jahr nach der Gründung. Danach nimmt die Krisenanfälligkeit zwar ab, die Insolvenzquote lag im Jahr 2009 aber bis zum sechsten Jahr nach der Gründung noch über dem Gesamtdurchschnitt.

Grafik 2 Insolvenzquote¹ in Österreich nach Gründungsjahr, 2009, Gesamtwirtschaft²



¹ Insolvenzen in Prozent der aktiven Firmen
² inkl. Land- und Forstwirtschaft
 Quelle: Kreditschutzverband von 1870

Mehr als die Hälfte (57 %) der Insolvenzen in der marktorientierten Wirtschaft fand im Jahr 2009 in drei Sektoren statt: Der größte Anteil an den Gesamtinsolvenzen betraf den Handel (23 %), gefolgt vom Bau (19 %) und der Beherbergung und Gastronomie (16 %).

Die höchste Insolvenzquote war im Verkehr (rund 3,4 %) und im Bau (etwa 3 %) zu finden, die niedrigste bei den freiberuflichen Dienstleistungen (0,9 %) und im Grundstücks- und Wohnungswesen (1,0 %).

Tabelle 10 Anzahl der Insolvenzen und Insolvenzquote¹ in der markt-orientierten Wirtschaft² nach Sektoren, 2009			
	Gesamt- insolvenzen	Anteil in %	Insolvenz- quote in %
Herstellung von Waren ³	496	8,3	1,6
Bau	1.104	18,6	3,0
Handel	1.359	22,9	1,6
Verkehr	535	9,0	3,4
Beherbergung und Gastronomie	941	15,8	2,4
Information und Kommunikation	163	2,7	1,3
Finanz- und Versicherungsleistungen	274	4,6	1,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	132	2,2	1,0
Freiberufliche Dienstleistungen	364	6,1	0,9
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	579	9,7	2,7
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	5.947	100,0	1,9
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen			
¹ Insolvenzen in Prozent der aktiven Firmen			
² ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N der ÖNACE 2008)			
³ inkl. Energieversorgung, Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen			
Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)			
Quelle: Statistik Austria			

1.1.2 Österreich im internationalen Vergleich

Im Jahr 2008 waren in der marktorientierten Wirtschaft in den Ländern der Europäischen Union insgesamt etwa 20,7 Mio. kleine und mittlere Unternehmen tätig. Diese stellten 99,8 % aller Betriebe dar. Fast 92 % aller Unternehmen waren Kleinstbetriebe mit weniger als zehn Beschäftigten.

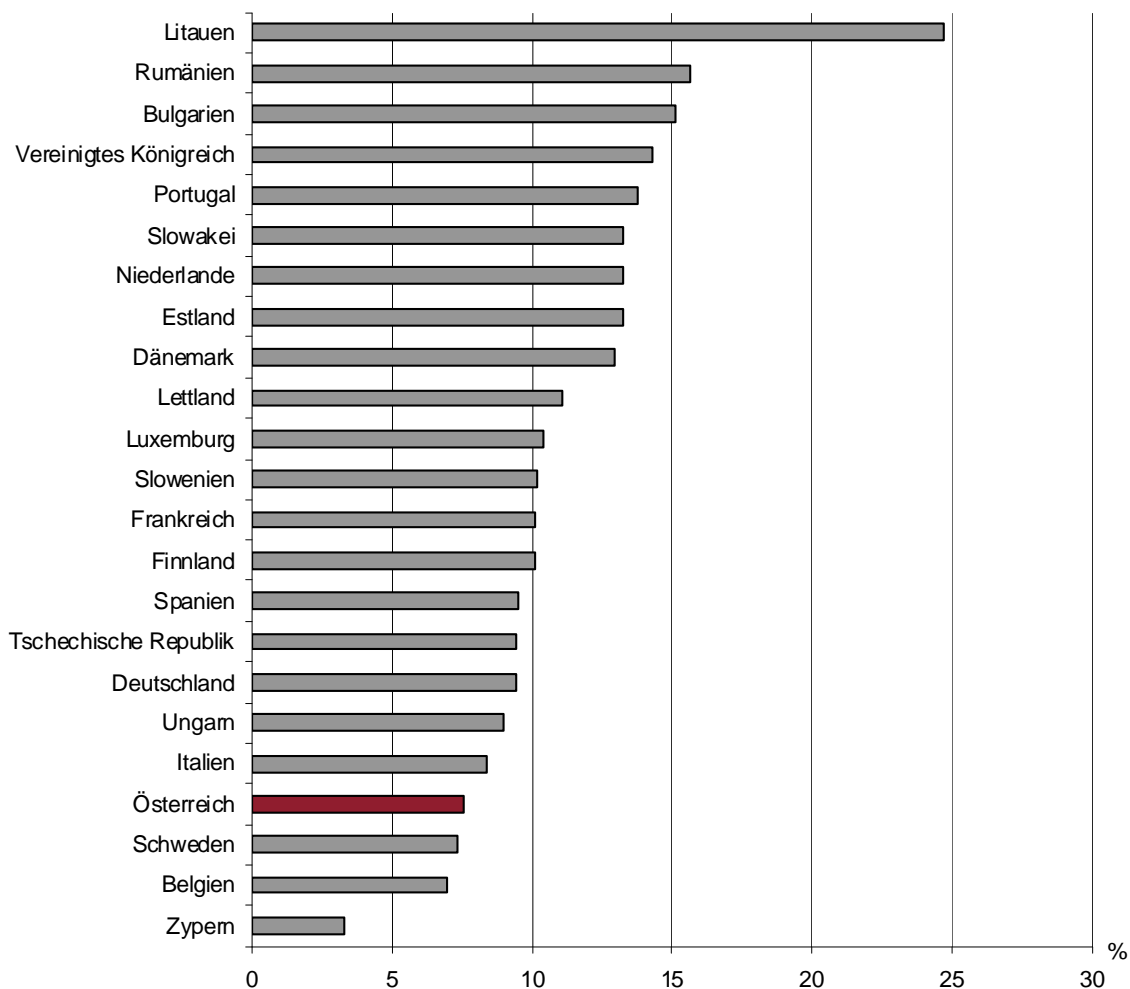
Tabelle 11 Anzahl der Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft¹ der EU-27 nach Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2008		
	Anzahl der Unternehmen	Anteil an allen Unternehmen in %
1 bis 9 Beschäftigte	19.058.000	91,8
10 bis 49 Beschäftigte	1.424.000	6,9
50 bis 249 Beschäftigte	226.000	1,1
KMU insgesamt	20.709.000	99,8
250 und mehr Beschäftigte	43.000	0,2
Gesamte marktorientierte Wirtschaft ¹	20.752.000	100,0
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen 1 ohne Kredit- und Versicherungswesen, Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitt C bis K ohne Abschnitt J der NACE Rev. 1.1 bzw. ÖNACE 2003) 2 Schätzung von EIM Gliederung nach NACE Rev. 1.1 (=ÖNACE 2003) Quelle: Eurostat, EIM		

Die überwiegende Mehrheit der Unternehmen in allen Mitgliedstaaten der EU sind KMU; ihr Anteil lag in allen Ländern im Jahr 2007 bei mehr als 99 %.

Im Folgenden werden europäische Daten zur Neugründungs-, Überlebens- und Schließungsquote dargestellt.

Die Neugründungsquote war in Österreich in der marktorientierten Wirtschaft im Vergleich zu den meisten europäischen Staaten niedriger.

Grafik 3 Neugründungsquote¹ in Prozent in der marktorientierte Wirtschaft², 2007



Anmerkungen: Die Daten sind nur bedingt miteinander vergleichbar, der Vergleich ist mit Vorsicht zu interpretieren.

Stand der Werte Jänner 2009

¹ Neugründungen in Prozent der aktiven Unternehmen

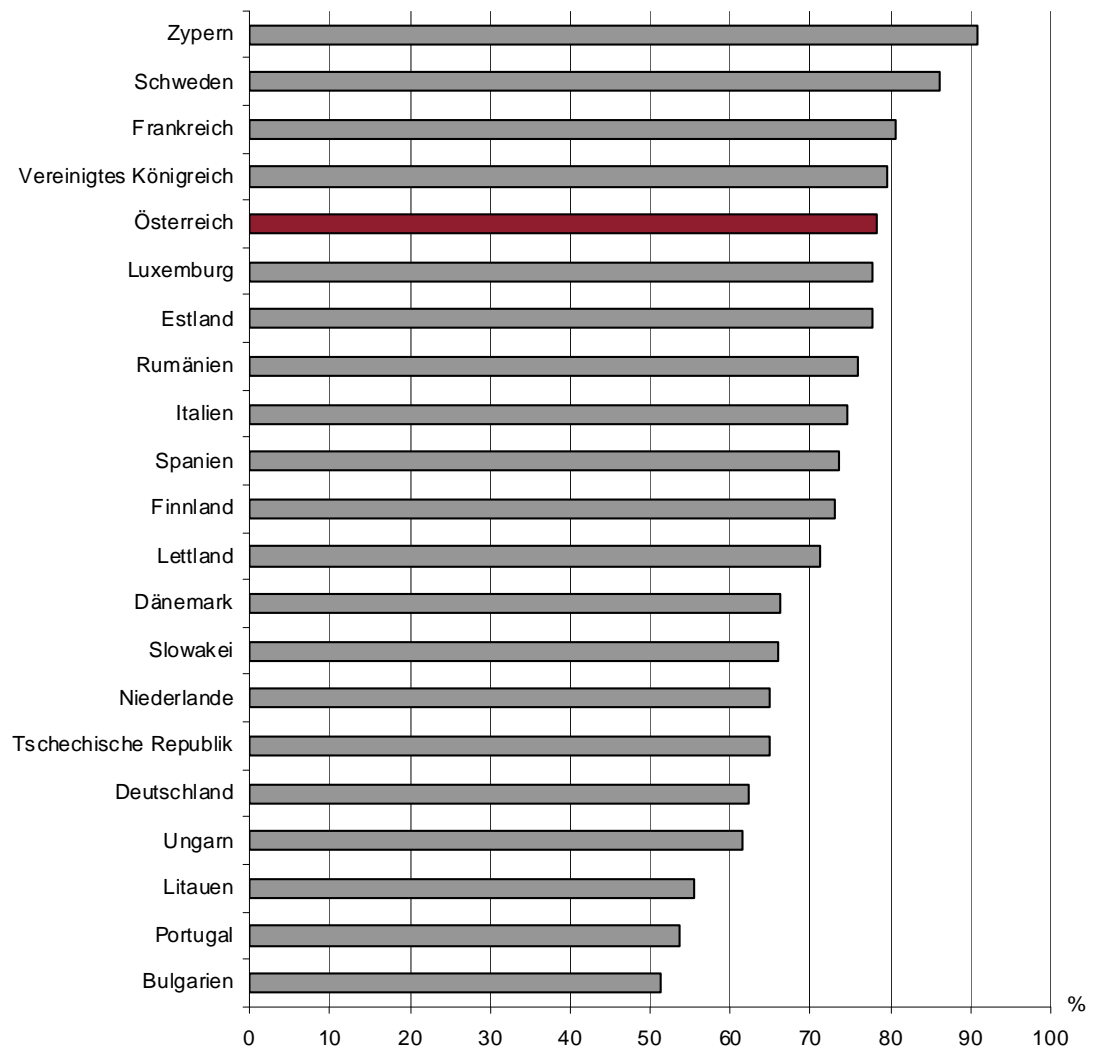
² Abschnitte C bis K der ÖNACE 2003

Gliederung nach NACE Rev. 1.1 (=ÖNACE 2003)

Quelle: Eurostat

Die Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft in Österreich weisen im europäischen Vergleich eine hohe Überlebensquote auf.

Grafik 4 2-jährige Überlebensquote von neu gegründeten Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft¹, 2007

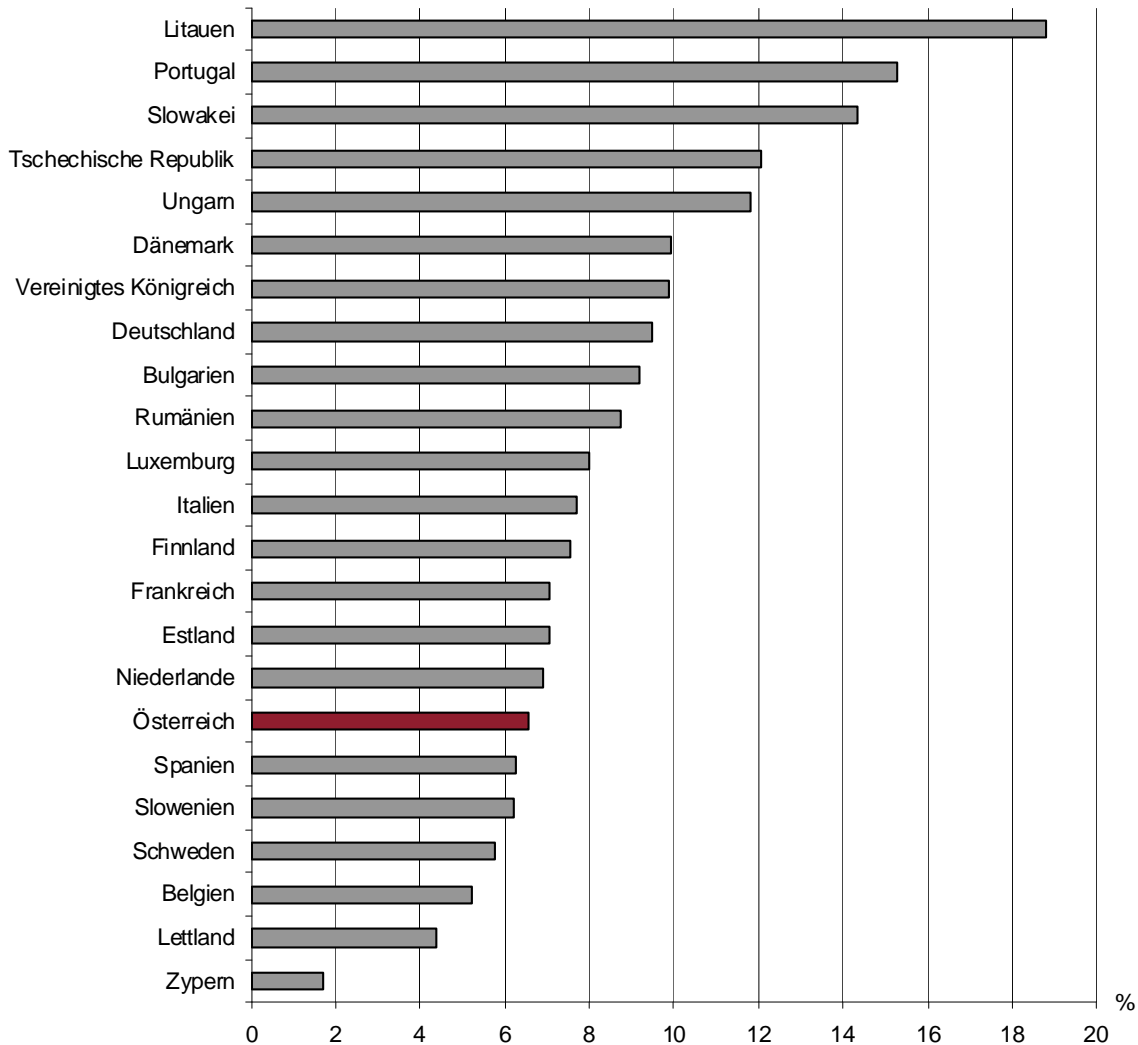


Anmerkung: Die Daten sind nur bedingt miteinander vergleichbar, der Vergleich ist mit Vorsicht zu interpretieren.
Stand der Werte Jänner 2009

¹ Abschnitte C bis K der ÖNACE 2003
Gliederung nach NACE Rev. 1.1 (=ÖNACE 2003)
Quelle: Eurostat

Die Schließungsquote war in Österreich in der marktorientierten Wirtschaft im Vergleich zu anderen europäischen Staaten niedrig.

Grafik 5 Schließungsquote¹ in Prozent in der marktorientierten Wirtschaft², 2006



Anmerkung: Die Daten sind nur bedingt miteinander vergleichbar, der Vergleich ist mit Vorsicht zu interpretieren.

Stand der Werte Jänner 2009

¹ Schließungen in Prozent der aktiven Unternehmen

² Abschnitte C bis K der ÖNACE 2003

Gliederung nach NACE Rev. 1.1 (=ÖNACE 2003)

Quelle: Eurostat

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die österreichische Wirtschaft von vergleichsweise niedrigen Neugründungs- und Schließungsquoten sowie von hohen Überlebensraten gekennzeichnet ist. Länder mit hohen Gründungsquoten weisen oftmals niedrige Überlebensquoten und hohe Schließungsraten auf (z. B. Litauen, Portugal).

1.1.3 Diversität in und von KMU

Ein-Personen-Unternehmen

In den letzten Jahren zeigte sich vor dem Hintergrund des Strukturwandels der Wirtschaft und der damit verbundenen Veränderungen des Arbeitsmarktes (Stichworte: Flexibilisierung, Trend zur Dienstleistungsgesellschaft, Entstehung neuer Berufsfelder) eine steigende Bedeutung der Ein-Personen-Unternehmen (EPU) für die heimische Wirtschaft. Der Anteil der EPU lag im Jahr 2008 bei rund 35 %. Charakteristisches Merkmal der EPU ist, dass sie – neben dem Unternehmer – keine dauerhaft angestellten Mitarbeiter beschäftigen.

Laut einer europaweiten Studie werden bei diesen Unternehmen Mitarbeiter erst dann eingestellt, wenn das Unternehmen ein Wachstum, häufig eine Verdoppelung des Umsatzes, vorzuweisen hat. Da dieses Umsatzwachstum aber in kleinen Teilmärkten (z.B. auch an dezentralen Standorten) vielfach nicht möglich ist, stellt das Einpersonenunternehmertum häufig die optimale Betriebsgröße dar. (Europäische Kommission (2005); Bericht der Expertengruppe: Der erste Mitarbeiter – Wachstumshemmnisse – Einstellung des ersten Mitarbeiters. Brüssel: Europäische Kommission.)

Ähnlich ist die Einschätzung der österreichischen Unternehmen: 59 % der im Rahmen einer Studie im Jahr 2009 befragten EPU sehen keinen Bedarf an der Einstellung von Mitarbeitern, weil das Arbeitsausmaß alleine bewältigt werden kann. 65 % meinen, dass sich zur Überbrückung kurzfristiger Spitzenzeiten die Einstellung von freien Dienstnehmern, Outsourcing oder ähnliche Maßnahmen besser eignen als die Beschäftigung von unselbstständigen Mitarbeitern. Die Schwierigkeit der Abschätzung nachhaltiger Auslastung ist für 61 % der Befragten ein Hemmnis der langfristigen Mitarbeiterbeschäftigung. Zudem sind für 79 % der EPU hohe Lohnnebenkosten ausschlaggebend dafür, dass keine Beschäftigten angestellt werden. (Voithofer, P. et al. (2009): Ein-Personen-Unternehmen in Österreich – Status quo 2009. Wien: KMU FORSCHUNG AUSTRIA, Wirtschaftskammer Österreich.)

EPU sind in allen Phasen des Unternehmenszyklus zu finden: Etwa ein Drittel der Unternehmen weist eine dynamische Entwicklung auf und befindet sich in der Wachstumsphase. Der größte Anteil, mit knapp 40 %, ist durch eine stabile Geschäftsentwicklung gekennzeichnet (Reifephase). Mehr als ein Viertel der EPU sind „Wendeunternehmen“, Unternehmen dieser Phase

des Lebenszyklus schrumpfen häufig oder es wird eine Unternehmensschließung in Erwägung gezogen. (Voithofer, P. et al. (2009): a. a. O.)

Die beschriebene Verteilung über den Unternehmenslebenszyklus ist kein Spezifikum der EPU, sondern entspricht weitgehend jener aller KMU.

Eine Studie zur Entwicklung Wiener EPU zeigt auf Basis von Analysen der Wachstumsbedingungen dieser Unternehmen auf, dass sich eine Gründung mit erhöhtem Kapitalbedarf, kombiniert mit Wachstumsabsichten und der Vollerwerbsgründung, positiv auf das Wachstumspotenzial auswirkt. Mittelfristig weisen Unternehmen, die aus „Push-Gründen“, wie etwa auf Grund von Arbeitslosigkeit – also nicht positiv motiviert – gegründet wurden, eingeschränkte Wachstumsverläufe auf. In der längerfristigen Betrachtung ist dieser negative Effekt nicht festzustellen, was darauf schließen lässt, dass diese Unternehmen nach einer längeren Anlaufphase genauso wachstumsträchtig sind wie positiv motivierte EPU-Gründungen. (Keßler, A. et al. (2009): Wachstumsbedingungen von Ein-Personen-Gründungen – Eine Längsschnittsbeobachtung über acht Jahre. Gabler Verlag.)

Familienunternehmen

Familienunternehmen¹¹ prägen die europäische und österreichische Wirtschaft. 70 % bis 80 % der Unternehmen in Europa stehen im Familienbesitz und sind Arbeitgeber für 40 % bis 50 % der europäischen Beschäftigten. In Österreich sind etwa 80 % der österreichischen Unternehmen Familienunternehmen und beschäftigen über 70 % der Arbeitnehmer. (Mandl, I./Obenaus, S. (2008): Overview of Family Business Relevant Issues. Country Fiche Austria. Wien: KMU FORSCHUNG AUSTRIA, Europäische Kommission.)

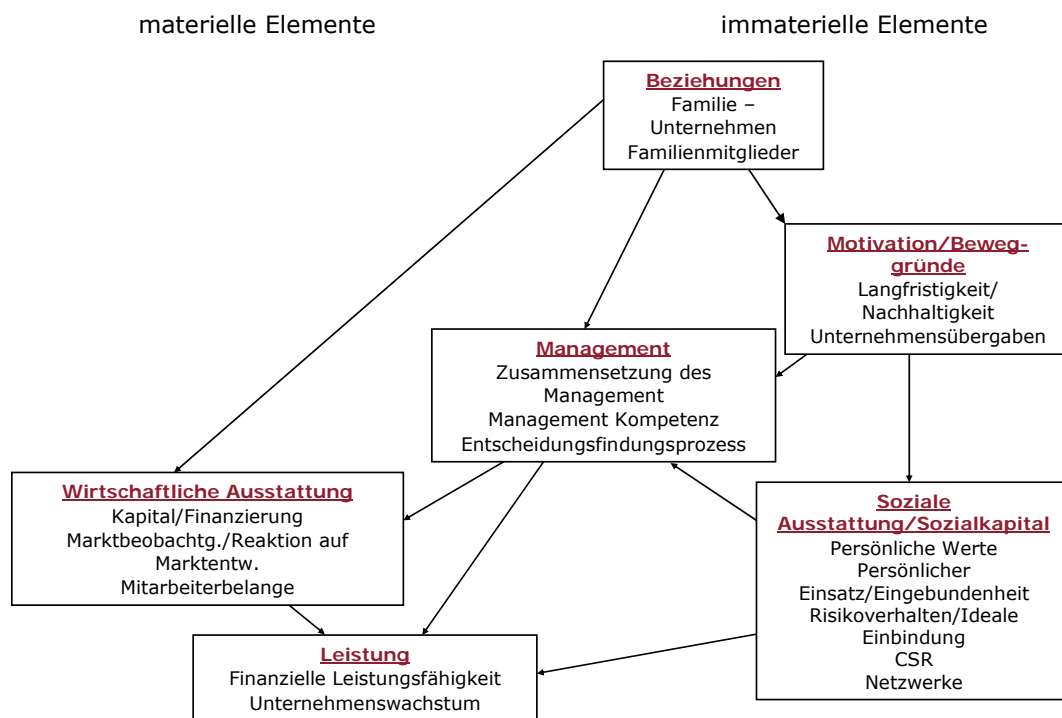
Charakteristikum dieser Unternehmen ist der enge Zusammenhang zwischen dem Familien- und Unternehmensbereich und deren wechselseitige Beeinflussung. Die Familie steht sowohl formell als auch informell im Mittelpunkt des Unternehmens. In den meisten Fällen dominieren die Familienmitglieder im Management. Die Entscheidungs(findungs)prozesse werden dadurch vielfach informeller und können emotional behaftet sein.

Durch die starke Verflechtung der Familie mit dem Unternehmen erwachsen Familienunternehmen gegenüber Nicht-Familienunternehmen Vorteile: das starke persönliche Engagement, die hohe Identifikation der Familienmitglie-

der im bzw. mit dem Unternehmen, das Streben nach Nachhaltigkeit und das ausgeprägte Wertesystem im Betrieb tragen wesentlich zur Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bei.

Anstelle einer kurzfristigen Profitmaximierung liegt die Nachhaltigkeit des Betriebes, mit der Absicht einer familieninternen Fortführung über Generationen hinweg, im Mittelpunkt der strategischen Ausrichtung dieser Unternehmen. In Bezug auf die Kapitalisierung stellt Risikoaversion das charakteristische Merkmal von Familienunternehmen dar: in den meisten Fällen wird nicht etwa auf den Kapitalmarkt, sondern auf das Familienvermögen oder auf Bankkredite zurückgegriffen.

Grafik 6 Zentrale Merkmale eines Familienunternehmens



Quelle: KMU FORSCHUNG AUSTRIA 2009

Die erfolgreiche Meisterung einer Unternehmensnachfolge¹² ist eine der zentralen Herausforderungen für viele Familienunternehmen. Auf Grund des soziodemografischen und gesellschaftlichen Wandels kommt es in Österreich zu einem Rückgang von familieninternen Nachfolgen. Zum einen ist die durchschnittliche Kinderanzahl der Unternehmer rückläufig und nimmt somit die Zahl der potenziellen Übernahmekandidaten ab, zum anderen verfügen die Nachkommen häufig über eine andere Ausbildung und einen an-

deren Berufshintergrund, womit der Wille zur Betriebsübernahme oft nicht gegeben ist. (Mandl I. (2008): Overview of Family Business Relevant Issues. Wien: KMU FORSCHUNG AUSTRIA, Europäische Kommission.) Auch die Tatsache, dass Unternehmer länger im Berufsleben stehen, erschwert die Übernahme von „wartenden“ Nachkommen.

Im Zeitraum zwischen 1996 und 2006 wurde bereits ein deutlicher Rückgang der Übergaben an Familienmitglieder in Österreich festgestellt: Während im Jahr 1996 etwa drei Viertel der Nachfolgen noch innerhalb der Familie stattfanden, waren es im Jahr 2006 noch etwa die Hälfte. (Mandl I. (2008): a. a. O.)

Kreativwirtschaft

Der Wirtschaftsbereich Kreativwirtschaft¹³, oft auch Creative Industries genannt, gewinnt national wie international – unabhängig von der konkreten Abgrenzung des Bereichs – zunehmend an Bedeutung. Eine Besonderheit dieses aufstrebenden Wirtschaftszweigs stellt die Kleinstrukturiertheit dar: mehr als 95 % dieser Unternehmen verfügen über weniger als zehn Beschäftigte. Insgesamt sind kaum Großunternehmen in diesem Sektor anzutreffen.

Die aktuellsten europaweiten Daten verdeutlichen die Bedeutungszunahme: im Zeitraum von 1999 bis 2003 erhöhte sich die Wertschöpfung des kulturellen und kreativen Sektors europaweit um 19,7 % und lag damit um 12,3 % über dem allgemeinen Wirtschaftswachstum. Dieser Wirtschaftssektor erwirtschaftete im Jahr 2003 in den EU-30-Staaten (EU-27 plus Island, Liechtenstein und Norwegen) einen Jahresumsatz von € 654 Mrd. (Europäische Kommission (2006): Economy of Culture. Brüssel: Europäische Kommission.)

In Österreich werden jene Unternehmen zur Kreativwirtschaft gezählt, deren Geschäftstätigkeit wesentlich auf der Kreativität der Unternehmer und deren Mitarbeiter beruht. Zentral dabei ist der „geistige“ und/oder künstlerische Inhalt des Produkts. Creative Industries sind nicht auf eine Produktionsstufe in der Wertschöpfungskette beschränkt, sondern beinhalten Unternehmen der Produktion, des Dienstleistungsbereichs sowie des Handels.

Bundesweit werden etwa 10 % der Unternehmen und rund 4 % der unselbstständig Beschäftigten der Kreativwirtschaft zugerechnet. Mehr als 3 % der gesamten Erlöse und Erträge sowie 5 % der Bruttowertschöpfung ent-

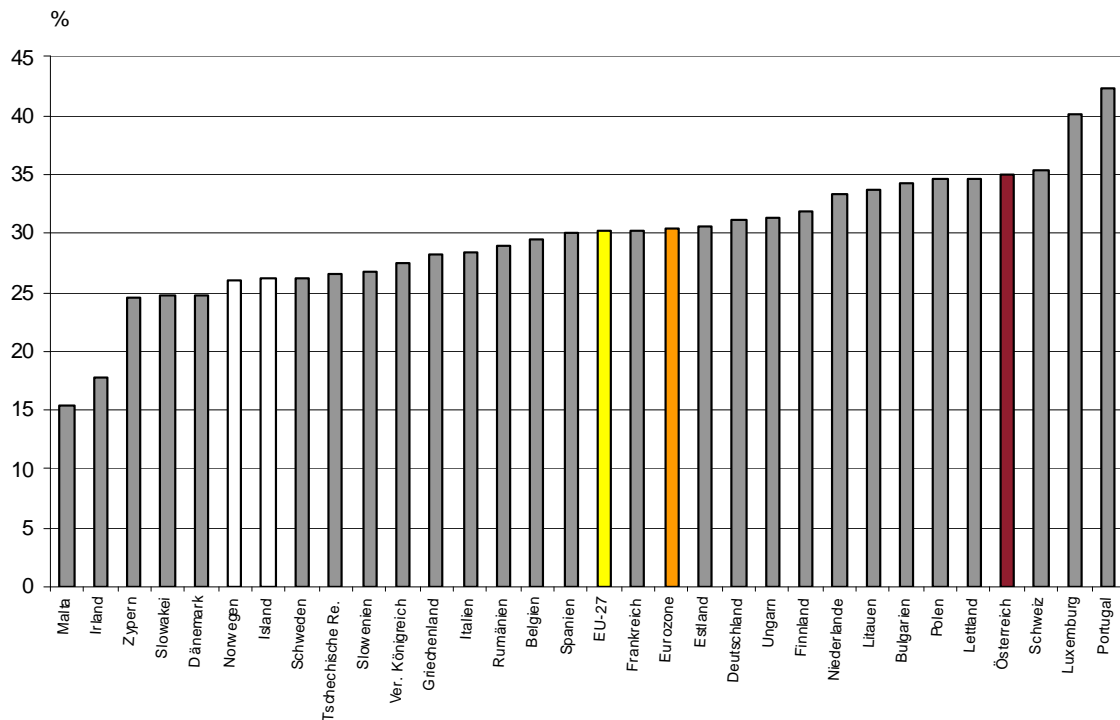
fallen auf diesen Wirtschaftsbereich. Die auf europäischer Ebene beschriebene Wachstumsdynamik dieses Sektors zeigt sich auch in Österreich. So stieg die Anzahl dieser Unternehmen zwischen 2004 und 2006 um 5,6 % und die Bruttowertschöpfung erhöhte sich um 4,5 % auf € 7,7 Mrd. Dieser Wirtschaftssektor wies im Zeitraum 2005 bis 2007 mit einem Plus von 5,0 % ein doppelt so hohes Beschäftigungswachstum wie die Gesamtwirtschaft auf. (Arge creativ wirtschaft austria (2008): 3. Österreichischer Kreativwirtschaftsbericht. Wien: Wirtschaftskammer Österreich.)

Ein großer Anteil der Unternehmen im Bereich der Kreativwirtschaft entfällt, wie in der österreichischen Wirtschaft insgesamt, auf EPU. Ein überdurchschnittliches Bildungsniveau der Unternehmer und der Beschäftigten kennzeichnen diesen Wirtschaftsbereich. Mit etwa 30 % ist der Akademikeranteil doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Beschäftigten der österreichischen Wirtschaft. Charakteristisch ist zudem der hohe Kooperationsgrad der Unternehmen mit der Wissenschaft; etwa ein Viertel der österreichischen Kreativwirtschaftsbetriebe verfügt über wissenschaftliche Kooperationen. Die Innovationstätigkeit der Creative Industries wird durch eigene Forschungs- und Entwicklungs-Arbeit (F&E-Arbeit) gefördert; fast ein Drittel der österreichischen Kreativwirtschaftsunternehmen betreibt eigene F&E-Arbeiten. (Arge creativ wirtschaft austria (2008): a. a. O.)

Die Bedeutung von Know-how und Innovation wird auch in der „Europa 2020-Strategie“ hervorgehoben. Um im weltweiten Wettbewerb bestehen zu können, muss Europa auf eine Wirtschaft setzen, die auf Wissen als zentrale Ressource aufbaut. Als ein überdurchschnittlich wissensintensiver Wirtschaftsbereich ist die Kreativwirtschaft, in der die Fähigkeiten Wissen zu erkennen, aufzunehmen, zu verarbeiten und in Kompetenzen und Innovationen umzusetzen gefragt sind, von zentraler Bedeutung. (Europäische Kommission (2010f): Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Brüssel: Europäische Kommission.)

Gender

Das Bild vom Unternehmer wird primär mit Männern verbunden. Dabei zeigt sich im europäischen Vergleich, dass der Frauenanteil in Österreich mit 35,0 % – damit wird jedes dritte Unternehmen von einer Frau geführt – überdurchschnittlich hoch ist (EU-27 30,2 %).

Grafik 7 Frauenanteil an Selbstständigen in Europa, 2008

Quelle: Eurostat

Die Selbstständigen-Quote der Männer liegt über jener der Frauen. Frauenbetriebe sind tendenziell kleiner als Männerbetriebe. Die geringere Unternehmensgröße und der damit verbundene höhere Anteil an EPU spiegeln sich auch in der geringeren Umsatzgröße wider. Eine aktuelle Studie zum Status quo der Unternehmerinnen in Österreich im Jahr 2009 zeigt, dass 96 % der Frauenbetriebe jährlich nicht mehr als € 1 Mio. umsetzen. Etwa ein Fünftel der Frauen führt ihr Unternehmen als Nebenerwerb. Als Grund für die Nebenerwerbstätigkeit spielt die Betreuung von Kindern eine große Rolle. Auch die Unternehmenstätigkeit an der Wohnadresse und Teilzeit-Erwerbstätigkeit trifft bei Unternehmerinnen häufiger zu als bei Unternehmern. (Heckl, E. et al. (2010): Unternehmerinnen in Österreich: Status quo 2009. Wien: KMU FORSCHUNG AUSTRIA, BMWFJ, Wirtschaftskammer Österreich – Frau in der Wirtschaft.)

Die Möglichkeit, selbstständig zu arbeiten und eigene Ideen umsetzen zu können, steht für Selbstständige unabhängig vom Geschlecht im Vordergrund ihrer unternehmerischen Tätigkeit. Im Ranking der Motive des Unternehmertums wird dies gefolgt von „frauentypischen“ Beweggründen, wie etwa dem Wunsch nach besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf und

flexiblerer Zeiteinteilung. Doppel- und Mehrfachbelastung stellt für Frauen häufiger als für Männer ein Problem dar. (Heckl, E. et al. (2010): a. a. O.)

Mit einem Durchschnittsalter von 44,5 Jahren ist das Alter der Unternehmerinnen vergleichbar mit jenem der Unternehmer (44,2). Die „typische“ Unternehmerin ist verheiratet (55 % leben in Ehe, weitere 18 % in einer Lebensgemeinschaft). (Heckl, E. et al. (2010): a. a. O.) Das durchschnittliche Bildungsniveau von weiblichen Selbstständigen unterscheidet sich von jenem der Unternehmer. Bei den Unternehmerinnen spielt der Lehrabschluss mit einem Anteil von 28 % im Jahr 2009 eine geringere Rolle als bei Männern (41 %). Weitere 14 % der Unternehmerinnen verfügen nach der Arbeitskräfteerhebung der Statistik Austria in Österreich über eine AHS- oder BHS-Matura und etwa 20 % haben einen Universitätsabschluss – dies entspricht den Anteilen unter männlichen Selbstständigen. Berufsbildende mittlere Schulen und Pflichtschulen als höchste abgeschlossene Ausbildung sind unter Unternehmerinnen von größerer Bedeutung als unter Unternehmern.

Eine detaillierte Analyse im Bereich Gewerbe und Handwerk zeigt deutliche Unterschiede hinsichtlich der Verteilung von Frauen- und Männerbetrieben nach Branchen: Während Frauen vorwiegend im Bekleidungs- und Friseurinnen- und im Textilreinigungsgewerbe tätig sind, konzentrieren sich die Männer u. a. auf Holzbau, Mechatronik, Sanitär-, Heizungs- und Lüftungstechnik, Elektro- und Alarmanlagentechnik, Spenglerei und Dachdeckerei. Vergleicht man im Zeitraum von 2004 bis 2008 die Gewerbe- und Handwerksbetriebe mit männlicher gegenüber jenen mit weiblicher Führung, so zeigt sich, dass die von Frauen geführten Betriebe eine schlechtere Umsatzentwicklung (im Jahr 2008 beträgt der Unterschied der nominalen Umsatzentwicklung 4,3 %-Punkte) sowie eine (im Jahr 2008 um 4,3 %-Punkte) niedrigere Exportquote aufweisen. Unternehmen unter weiblicher Führung tätigen auch geringere Investitionen als Männerbetriebe, wobei sich die Differenz im Jahr 2008 unter den analysierten Betrieben im Durchschnitt auf € 6.400 je Beschäftigten beläuft.

Diese Diskrepanzen sind aber vor allem auf strukturelle Unterschiede (etwa die Branche oder die Anzahl der Mitarbeiter) zurückzuführen; werden die Unternehmen verglichen, welche die gleiche Struktur aufweisen und sich nur in Bezug auf das Geschlecht der Unternehmerpersönlichkeit unterscheiden (sogenannte „matching pairs“), ist hingegen nur ein geringer Unterschied zu beobachten.

Frauengeführte Betriebe entstehen meist (in rund drei Viertel der Fälle) durch Neugründung, wobei sie dabei häufiger als Männer zu alleinigen Neugründungen anstatt zu Gründungen im Team tendieren. Etwa ein Fünftel der Frauen führt einen Betrieb nach einer Unternehmensübernahme bzw. -nachfolge weiter. Familieninterne Betriebsübernahmen spielen für Frauen eine überproportional große Rolle. Bei drei Viertel der familieninternen Unternehmensnachfolgen wird mit der Übernahme des Elternbetriebes eine Familientradition fortgesetzt. Die Fortführung des Unternehmens des Ehemannes bzw. sonstiger Verwandter oder Geschwister ist von geringerer Bedeutung. (Heckl, E. et al. (2010): a. a. O.)

1.2 Beschäftigung

1.2.1 Aktuelle Situation in Österreich

In den rund 300.000 KMU Österreichs waren zu Jahresende 2008 insgesamt etwa 1,8 Mio. selbstständig und unselbstständig Beschäftigte tätig. Bei rund 1,5 Mio. davon handelte es sich um Arbeitnehmer.

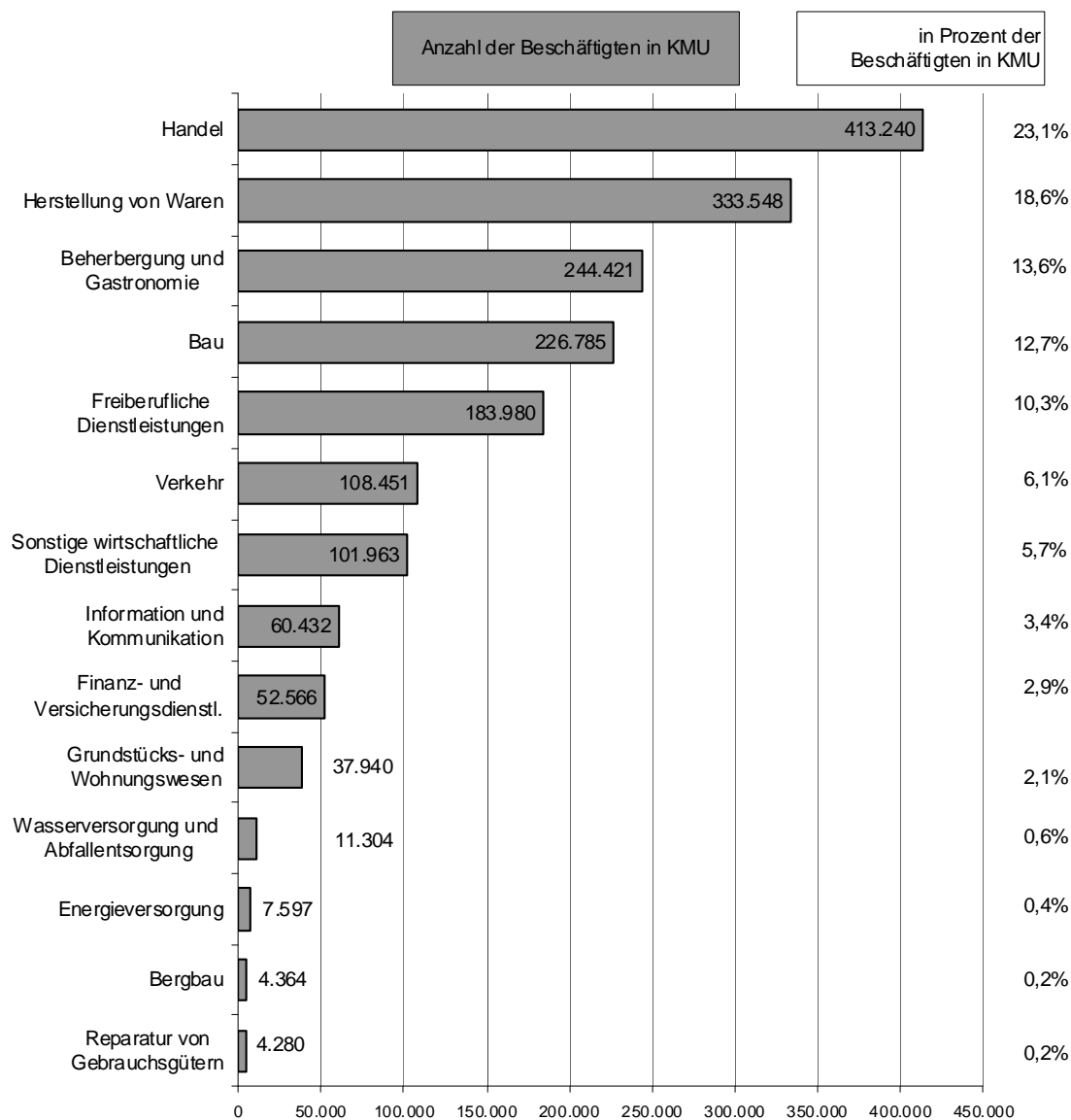
Insgesamt arbeiteten damit knapp zwei Drittel der Beschäftigten (inkl. Inhaber, mithelfende Angehörige) bzw. 62 % aller unselbstständig Beschäftigten innerhalb der marktorientierten Wirtschaft in Klein- und Mittelbetrieben.

Innerhalb der KMU waren die Kleinbetriebe mit 10 bis 49 Mitarbeitern – gemessen an der Gesamtzahl der Beschäftigten – die bedeutendsten Arbeitgeber.

Tabelle 12 Anzahl der Beschäftigten in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2008				
	Beschäftigte insgesamt	Anteil an allen Beschäftigten in %	darunter unselbstständig Beschäftigte	Anteil an allen unselbstständig Beschäftigten in %
1 Beschäftigter	106.174	3,9	9.740	0,4
2 bis 9 Beschäftigte	547.790	20,1	406.895	16,5
10 bis 49 Beschäftigte	619.544	22,8	597.818	24,3
50 bis 249 Beschäftigte	517.363	19,0	515.586	21,0
KMU insgesamt	1.790.871	65,8	1.530.039	62,2
250 und mehr Beschäftigte	929.922	34,2	929.783	37,8
Gesamte marktorientierte Wirtschaft¹	2.720.793	100,0	2.459.822	100,0
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen				
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)				
Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)				
Quelle: Statistik Austria				

Nicht nur in Hinblick auf die Anzahl der Unternehmen, sondern auch in Bezug auf die Beschäftigung war der Handel zu Jahresende 2008 der größte Wirtschaftsbereich: Mehr als 413.000 Erwerbstätige bzw. rund 23 % aller Beschäftigten in KMU hatten ihren Arbeitsplatz in einem kleinen oder mittleren Handelsbetrieb. Wichtige Arbeitgeber innerhalb der KMU waren im Jahr 2008 zudem die Warenhersteller (rund 333.500 Beschäftigte), Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe (etwa 244.400 Arbeitnehmer) sowie die Bauunternehmen (rund 226.800 Beschäftigte).

Grafik 8 Anzahl der Beschäftigten in KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Sektoren sowie deren Anteil in Prozent per 31. 12. 2008



Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)

Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)

Quelle: Statistik Austria

In den einzelnen Sektoren zeigen sich große Unterschiede hinsichtlich des Anteils der Beschäftigten in KMU an den Erwerbstätigen insgesamt: Während im Grundstücks- und Wohnungswesen, in den freiberuflichen Dienstleistungen, in der Beherbergung und Gastronomie sowie in der Reparatur von Gebrauchsgütern mehr als 90 % aller Beschäftigten in KMU tätig sind, trifft dies in der Energieversorgung, bei den Finanz- und Versicherungs-

dienstleistungen und im Verkehr auf weniger als die Hälfte der Erwerbstätigen zu.

Innerhalb der KMU ist der größte Teil der Beschäftigten in Kleinbetrieben mit 10 bis 49 Beschäftigten tätig. In der Herstellung von Waren, in der Energieversorgung sowie in den Bereichen Finanz- und Versicherungsdienstleistung und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ist der Beschäftigtenanteil bei den Mittelbetrieben (50 bis 249 Beschäftigte) am höchsten. In den vier Sektoren mit dem höchsten Anteil der Beschäftigten in KMU tragen die Kleinstbetriebe (2 bis 9 Beschäftigte) den größten Teil zur Beschäftigung bei.

Tabelle 13 Aufgliederung der Beschäftigten in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Beschäftigten-Größenklassen und nach Sektoren in Prozent per 31. 12. 2008						
	1 Beschäftigter	2 bis 9 Beschäftigte	10 bis 49 Beschäftigte	50 bis 249 Beschäftigte	KMU insgesamt	250 und mehr Beschäftigte
Bergbau	1,2	10,9	31,9	24,8	68,8	31,2
Herstellung von Waren	1,0	8,2	17,5	26,1	52,7	47,3
Energieversorgung	2,2	5,1	4,9	14,7	26,9	73,1
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	1,8	15,1	27,3	20,2	64,3	35,7
Bau	2,9	22,7	36,1	20,7	82,4	17,6
Handel	4,3	23,0	23,9	14,9	66,0	34,0
Verkehr	2,0	12,5	20,3	15,0	49,8	50,2
Beherbergung und Gastronomie	3,5	44,4	32,0	14,7	94,5	5,5
Information und Kommunikation	9,9	18,5	19,2	18,5	66,1	33,9
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	1,9	8,6	10,7	20,0	41,2	58,8
Grundstücks- und Wohnungswesen	14,0	38,7	19,0	18,9	90,6	9,4
Freiberufl. Dienstleistungen	14,3	38,1	27,0	13,2	92,6	7,4
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	2,1	10,7	16,2	23,4	52,4	47,6
Reparatur von Gebrauchsgütern	14,0	54,5	20,6	10,9	100,0	0,0
Gesamte marktorientierte Wirtschaft¹	3,9	20,2	22,8	19,0	65,8	34,2
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen						
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönl. Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)						
Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)						
Quelle: Statistik Austria						

Neugründungen

Durch die im Jahr 2008 in Österreich in der marktorientierten Wirtschaft neu gegründeten Unternehmen konnten mehr als 60.700 Arbeitsplätze für selbstständige und unselbstständige Beschäftigte geschaffen werden. Dies entspricht im Durchschnitt 2,5 Jobs pro Unternehmen. Rund 39.300 der Arbeitsplätze betrafen unselbstständig Beschäftigte.

Nach Größenklassen waren die meisten Beschäftigten (mehr als 40 %) in neugegründeten Unternehmen mit 1 bis 4 Arbeitnehmern zu finden.

Tabelle 14 Anzahl der Beschäftigten bei neu gegründeten Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Beschäftigten-Größenklassen, 2008					
	Beschäftigte bei neu gegründeten Unternehmen	Anteil in %	darunter unselbstständig Beschäftigte	Anteil in %	Beschäftigte pro Neugründung
0 unselbstständig Beschäftigte	12.358	20,3	0	0,0	1,0
1-4 unselbstständig Beschäftigte	24.542	40,4	16.531	42,1	2,5
5-9 unselbstständig Beschäftigte	9.374	15,4	8.541	21,7	7,1
10 und mehr unselbstständig Beschäftigte	14.470	23,8	14.236	36,2	20,7
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	60.744	100,0	39.308	100,0	2,5
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen					
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N der ÖNACE 2008)					
Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)					
Quelle: Statistik Austria					

Nach Sektoren differenziert waren die meisten Erwerbstätigen bei neu gegründeten Unternehmen in der Beherbergung und Gastronomie, im Handel und bei den freiberuflichen Dienstleistungen beschäftigt. Die höchste Anzahl an Beschäftigten pro Neugründung war in der Herstellung von Waren, bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, in der Beherbergung und Gastronomie sowie im Bau zu finden.

Tabelle 15 Anzahl der Beschäftigten bei neu gegründeten Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Sektoren, 2008			
	Beschäftigte bei neu gegründeten Unternehmen	Anteil in %	Beschäftigte pro Neugründung
Bergbau	22	0,0	1,7
Herstellung von Waren	4.751	7,8	3,7
Energieversorgung	232	0,4	2,1
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	185	0,3	1,6
Bau	8.021	13,2	3,2
Handel	11.510	18,9	2,1
Verkehr	3.990	6,6	2,5
Beherbergung und Gastronomie	13.082	21,5	3,6
Information und Kommunikation	2.242	3,7	1,6
Finanz- und Versicherungsleistungen	1.281	2,1	2,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	1.078	1,8	1,4
Freiberufliche Dienstleistungen	9.089	15,0	1,6
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	5.261	8,7	3,7
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	60.744	100,0	2,5
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen			
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N der ÖNACE 2008)			
Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)			
Quelle: Statistik Austria			

Schließungen

In der marktorientierten Wirtschaft in Österreich waren etwa 36.700 Arbeitsplätze von den im Jahr 2008 geschlossenen Unternehmen betroffen. Dies entspricht durchschnittlich 1,8 Arbeitsplätzen pro Unternehmen.

Nach Größenklassen gingen die meisten Jobs (jeweils rund 39 %) durch Schließungen von EPU und Unternehmen mit 1 bis 4 unselbstständig Beschäftigten verloren.

Tabelle 16 Anzahl der Beschäftigten bei geschlossenen Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Beschäftigten-Größenklassen, 2008

	Beschäftigte bei geschlossenen Unternehmen	Anteil in %	Beschäftigte pro Schließung
0 unselbstständig Beschäftigte	14.262	38,8	1,0
1-4 unselbstständig Beschäftigte	14.197	38,7	2,5
5-9 unselbstständig Beschäftigte	3.266	8,9	7,3
10 und mehr unselbstständig Beschäftigte	5.001	13,6	22,5
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	36.726	100,0	1,8
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N der ÖNACE 2008) Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2) Quelle: Statistik Austria			

Die meisten von Unternehmensschließungen betroffenen Personen waren im Handel, in der Beherbergung und Gastronomie oder bei einem freiberuflichen Dienstleister beschäftigt. Die Anzahl an Erwerbstätigen pro geschlossenem Unternehmen war in der Energieversorgung und in der Beherbergung und Gastronomie am höchsten.

Tabelle 17 Anzahl der Beschäftigten bei geschlossenen Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Sektoren, 2008

	Beschäftigte bei geschlossenen Unternehmen	Anteil in %	Beschäftigte pro Schließung
Bergbau	21	0,1	1,2
Herstellung von Waren	2.403	6,5	2,0
Energieversorgung	162	0,4	2,8
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	112	0,3	1,2
Bau	3.841	10,5	2,2
Handel	8.648	23,5	1,8
Verkehr	2.203	6,0	2,1
Beherbergung und Gastronomie	7.612	20,7	2,4
Information und Kommunikation	2.083	5,7	1,4
Finanz- und Versicherungsleistungen	880	2,4	1,9
Grundstücks- und Wohnungswesen	516	1,4	1,2
Freiberufliche Dienstleistungen	6.363	17,3	1,3
Sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	1.882	5,1	2,2
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	36.726	100,0	1,8
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen			
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N der ÖNACE 2008)			
Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)			
Quelle: Statistik Austria			

1.2.2 Österreich im europäischen Vergleich

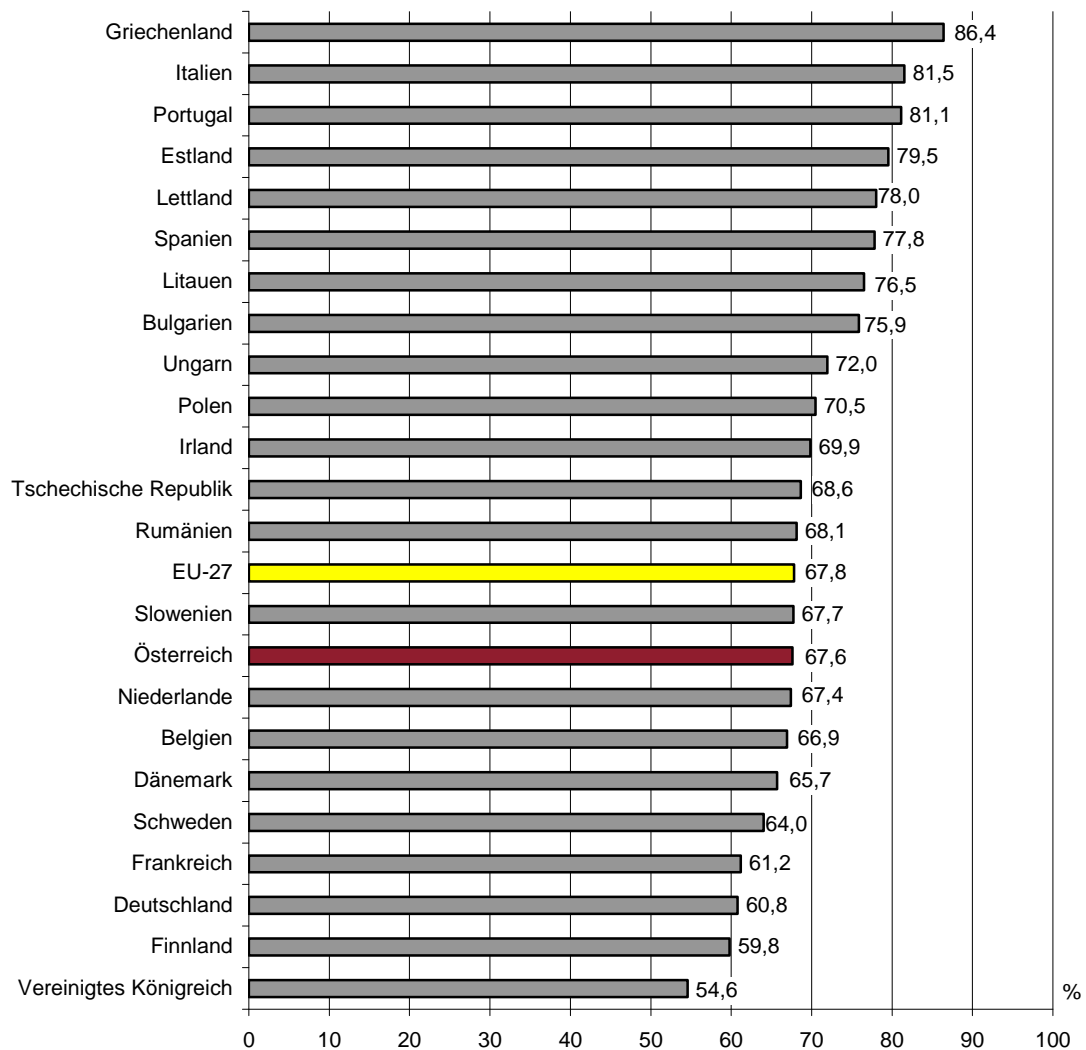
Zu Jahresende 2008 waren EU-weit fast 90 Mio. Personen in KMU, die damit Arbeitgeber von mehr als zwei Drittel aller Erwerbstätigen waren, beschäftigt. Innerhalb der KMU waren die meisten Mitarbeiter in Kleinstbetrieben mit 1 bis 9 Beschäftigten zu finden. In Österreich verhält sich dies ähnlich.

Tabelle 18 Anzahl der Beschäftigten in der marktorientierten Wirtschaft¹ der EU-27 nach Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2008²		
	Beschäftigte insgesamt	Anteil an allen Beschäftigten in %
1 bis 9 Beschäftigte	39.630.000	29,7
10 bis 49 Beschäftigte	27.652.000	20,7
50 bis 249 Beschäftigte	22.665.000	17,0
KMU insgesamt	89.947.000	67,4
250 und mehr Beschäftigte	43.414.000	32,6
Gesamte marktorientierte Wirtschaft ¹	133.362.000	100,0

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
¹ ohne Kredit- und Versicherungswesen, Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitt C bis K ohne Abschnitt J der NACE Rev. 1.1 bzw. ÖNACE 2003)
² Schätzung von EIM
 Gliederung nach NACE Rev. 1.1 (=ÖNACE 2003)
 Quelle: Eurostat, EIM

Der Anteil der Beschäftigten in KMU an den Erwerbstätigen insgesamt entspricht in Österreich in etwa dem EU-Durchschnitt.

Grafik 9 Anteil der Beschäftigten in KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹ an den Beschäftigten insgesamt in Prozent per 31. 12. 2007



Anmerkung: Auf Grund von unterschiedlichen Wirtschaftssystematiken und einer geringeren Anzahl an enthaltenen Sektoren ist dieser Österreichwert mit jenem aus dem Österreichkapitel nur bedingt vergleichbar.

¹ ohne Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Energie- und Wasserversorgung, Kredit- und Versicherungswesen, Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte D bis K (exkl. Abschnitt E und J) der NACE Rev. 1.1)

Gliederung nach NACE Rev. 1.1 (=ÖNACE 2003)

Quelle: Eurostat

1.3 Output

1.3.1 Erlöse

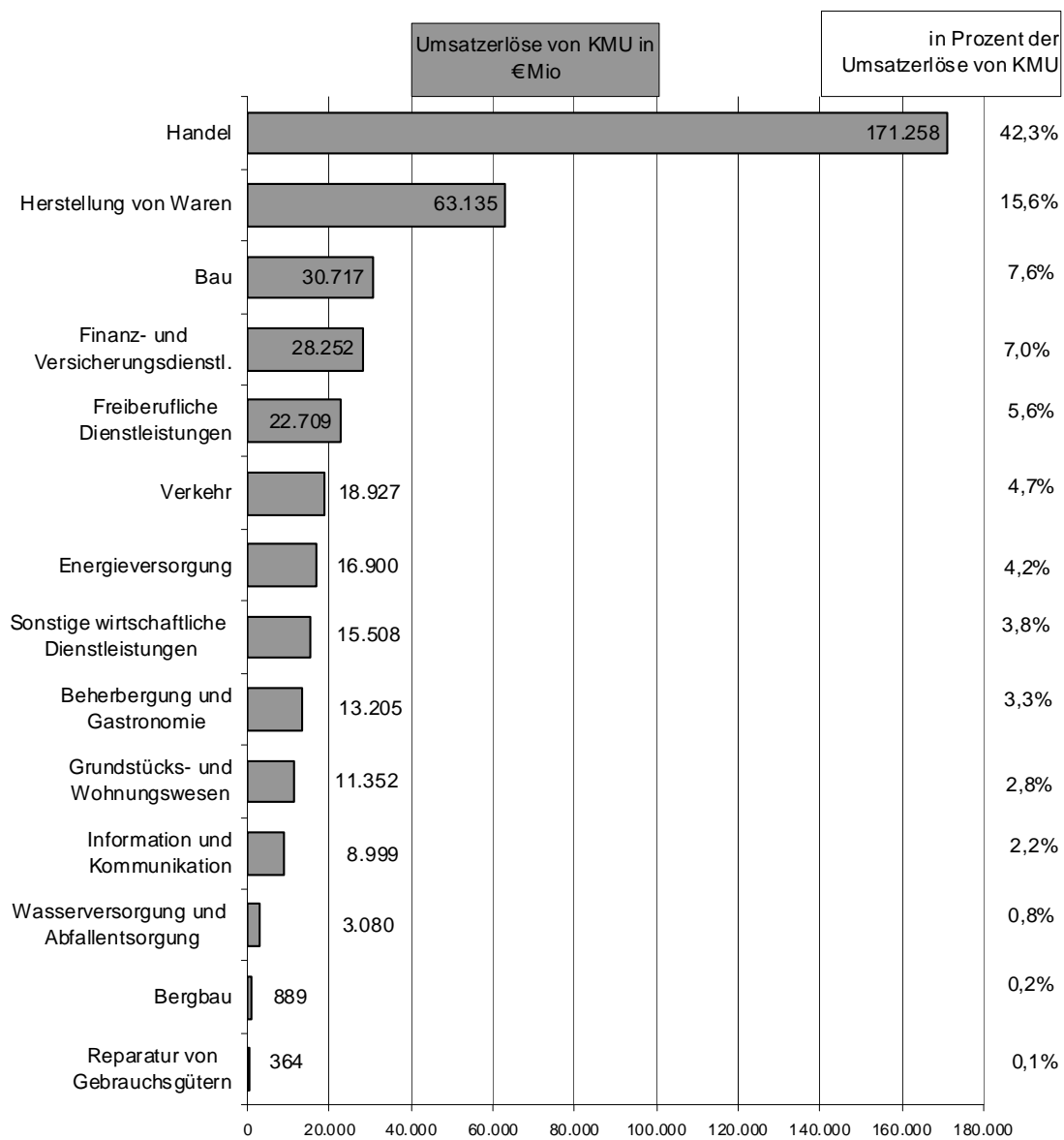
Aktuelle Situation in Österreich

Die heimischen KMU konnten im Jahr 2008 Umsätze (netto) von rund € 405 Mrd. erwirtschaften, d. s. etwa 60 % aller Erlöse der marktorientierten Wirtschaft. Rund 23 % der Gesamterlöse entfielen auf die Mittelbetriebe (50 bis 249 Beschäftigte), rund 21 % auf die Kleinbetriebe (10 bis 49 Beschäftigte).

Tabelle 19 Umsatzerlöse (netto) in der marktorientierten Wirtschaft¹ in € Mio. nach Beschäftigten-Größenklassen, 2008		
	Umsatzerlöse in € Mio.	Anteil an den gesamten Umsatzerlösen in %
1 Beschäftigter	18.651	2,8
2 bis 9 Beschäftigte	92.654	13,8
10 bis 49 Beschäftigte	138.809	20,6
50 bis 249 Beschäftigte	155.145	23,1
KMU insgesamt	405.259	60,2
250 und mehr Beschäftigte	267.437	39,8
Gesamte marktorientierte Wirtschaft ¹	672.696	100,0
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen		
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)		
Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)		
Quelle: Statistik Austria		

Die kleinen und mittleren Handelsbetriebe Österreichs erzielten im Jahr 2008 Umsatzerlöse in der Höhe von rund € 171 Mrd. bzw. etwa 42 % der Umsätze der KMU in der marktorientierten Wirtschaft. Der Handel war der mit Abstand umsatzstärkste Wirtschaftsbereich.

Grafik 10 Umsatzerlöse (netto) von KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹ in € Mio. nach Sektoren sowie deren Anteil in Prozent, 2008



Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)

Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)

Quelle: Statistik Austria

In den einzelnen Wirtschaftsbereichen ist der Anteil der Umsätze, die von KMU erzielt werden, unterschiedlich hoch: Am höchsten war dieser mit mehr als 90 % in der Beherbergung und Gastronomie und in der Reparatur von Gebrauchsgütern. Den niedrigsten Anteil (weniger als 40 %) wiesen der Bergbau, die Herstellung von Waren und die Finanz- und Versicherungsdienstleistungen auf.

Tabelle 20 Aufgliederung der Umsatzerlöse in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Beschäftigten-Größenklassen und nach Sektoren in Prozent, 2008

	1 Beschäftigter	2 bis 9 Beschäftigte	10 bis 49 Beschäftigte	50 bis 249 Beschäftigte	KMU insgesamt	250 und mehr Beschäftigte
Bergbau	0,7	5,2	17,1	15,2	38,1	61,9
Herstellung von Waren	0,4	3,1	10,4	24,8	38,7	61,3
Energieversorgung	3,0	11,9	17,0	29,4	61,3	38,7
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	2,6	20,2	27,9	24,9	75,5	24,5
Bau	2,8	22,6	29,1	21,2	75,7	24,3
Handel	3,6	17,9	31,8	23,4	76,7	23,3
Verkehr	1,6	8,2	19,8	20,2	49,7	50,3
Beherbergung und Gastronomie	3,8	35,7	34,0	18,2	91,7	8,3
Information und Kommunikation	5,3	9,5	15,4	18,2	48,5	51,5
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	0,5	8,0	5,1	20,6	34,3	65,7
Grundstücks- und Wohnungswesen	12,7	37,9	15,5	19,1	85,3	14,7
Freiberufliche Dienstleistungen	11,8	28,7	27,7	21,5	89,7	10,3
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	2,9	26,3	21,3	29,0	79,5	20,5
Reparatur von Gebrauchsgütern	9,8	43,1	25,5	21,5	100,0	0,0
Gesamte marktorientierte Wirtschaft ¹	2,8	13,8	20,6	23,1	60,2	39,8

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)
Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)
Quelle: Statistik Austria

Österreich im europäischen Vergleich

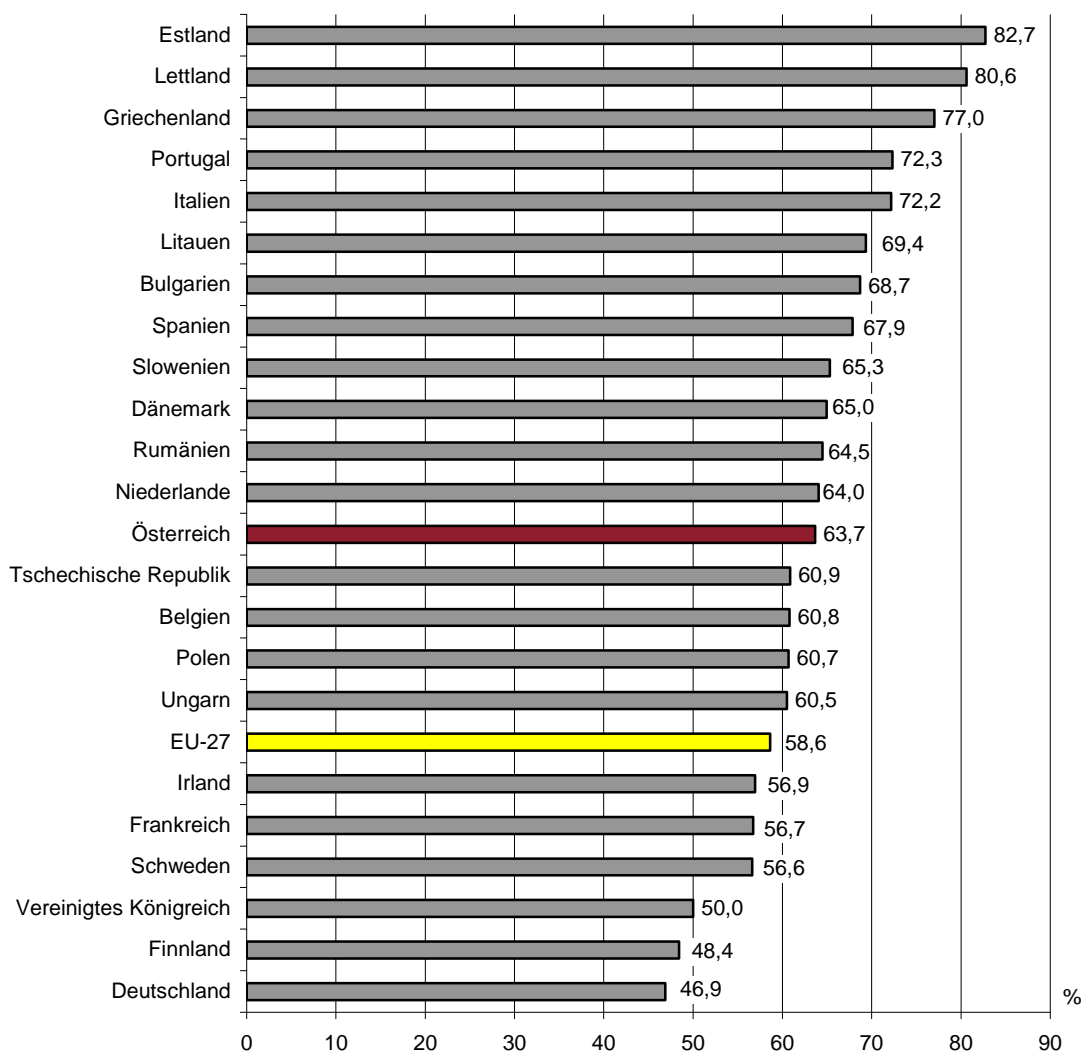
Die KMU der EU-27 konnten im Jahr 2008 Nettoumsätze von mehr als € 14.000 Mrd. erzielen, d. s. knapp 58 % der Erlöse der gesamten marktorientierten Wirtschaft. Die einzelnen Größenklassen (Kleinst-, Klein- und mittlere Unternehmen) erwirtschafteten jeweils rund ein Fünftel der Umsätze.

Tabelle 21 Umsatzerlöse (netto) in der marktorientierten Wirtschaft¹ der EU-27 in € Mrd. nach Beschäftigten-Größenklassen, 2008²		
	Umsatzerlöse in € Mrd.	Anteil in %
1 bis 9 Beschäftigte	4.548	18,7
10 bis 49 Beschäftigte	4.659	19,2
50 bis 249 Beschäftigte	4.828	19,9
KMU insgesamt	14.035	57,8
250 und mehr Beschäftigte	10.231	42,2
Gesamte marktorientierte Wirtschaft ¹	24.266	100,0

¹ ohne Kredit- und Versicherungswesen, Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte C bis K ohne Abschnitt J der NACE Rev. 1.1 bzw. ÖNACE 2003)
² Schätzung von EIM
 Gliederung nach NACE Rev. 1.1 (=ÖNACE 2003)
 Quelle: Eurostat, EIM

Die österreichischen KMU erzielten im Jahr 2007 einen höheren Anteil der Umsatzerlöse als der EU-Durchschnitt.

Grafik 11 Anteil der Umsatzerlöse (netto) von KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹ an den Umsatzerlösen insgesamt der EU-27 in Prozent, 2007



Anmerkung: Auf Grund von unterschiedlichen Wirtschaftssystematiken und einer geringeren Anzahl an enthaltenen Sektoren ist dieser Österreichwert mit jenem aus dem Österreichkapitel nur bedingt vergleichbar.

¹ ohne Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Energie- und Wasserversorgung, Kredit- und Versicherungswesen, Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte D bis K (exkl. Abschnitt E und J) der NACE Rev. 1.1)

Gliederung nach NACE Rev. 1.1 (=ÖNACE 2003)

Quelle: Eurostat

1.3.2 Bruttowertschöpfung

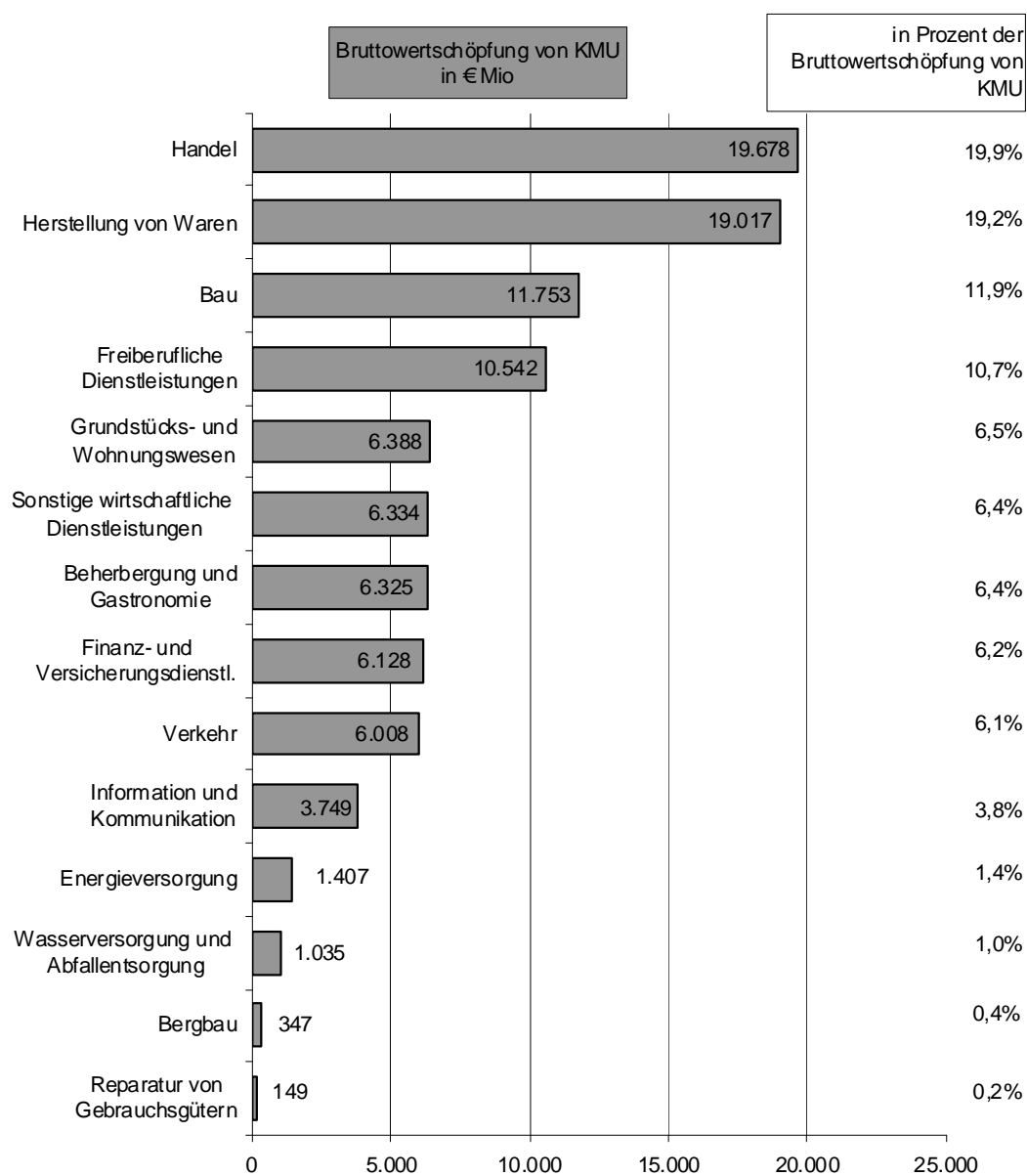
Aktuelle Situation in Österreich

Die KMU erzielten im Jahr 2008 eine Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten von fast € 99 Mrd. Dies entspricht einem Anteil an der gesamten marktorientierten Wirtschaft von fast 57 %. Wie schon bei den Umsatzerlösen entfiel der größte Anteil innerhalb der KMU auf die Mittelbetriebe (50 bis 249 Beschäftigte), gefolgt von den Kleinbetrieben (10 bis 49 Beschäftigte).

Tabelle 22 Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in der marktorientierten Wirtschaft¹ in € Mio. nach Beschäftigten-Größenklassen, 2008		
	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in € Mio.	Anteil in %
1 Beschäftigter	5.362	3,1
2 bis 9 Beschäftigte	24.537	14,1
10 bis 49 Beschäftigte	32.325	18,5
50 bis 249 Beschäftigte	36.633	21,0
KMU insgesamt	98.858	56,7
250 und mehr Beschäftigte	75.544	43,3
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	174.402	100,0
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen		
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)		
Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)		
Quelle: Statistik Austria		

Auch in Bezug auf die Bruttowertschöpfung ist der Handel mit einem Anteil von etwa einem Fünftel der größte Wirtschaftsbereich innerhalb der KMU. Dieser wird knapp gefolgt von der Herstellung von Waren (rund 19 %). Der hohe Anteil der Sachgütererzeugung im Vergleich zu den Nettoumsätzen ist auf den – im Vergleich – geringeren Anteil an Vorleistungen in diesem Sektor zurückzuführen.

Grafik 12 Bruttowertschöpfung von KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹ in € Mio. nach Sektoren sowie deren Anteil in Prozent, 2008



Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)

Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)

Quelle: Statistik Austria

Der Anteil der Bruttowertschöpfung, der von KMU erzielt wird, ist in den einzelnen Wirtschaftsbereichen naturgemäß unterschiedlich hoch: Am meisten tragen zur Wertschöpfung des jeweiligen Sektors die KMU in der Beherbergung und Gastronomie und in der Reparatur von Gebrauchsgütern bei. Der Anteil in diesen Branchen lag im Jahr 2008 bei etwa 90 % und mehr. Am niedrigsten war der Anteil mit 30 % und weniger in der Energieversorgung, im Bergbau und bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen.

Tabelle 23 Aufgliederung der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Beschäftigten-Größenklassen und nach Sektoren in Prozent, 2008						
	1 Beschäftigter	2 bis 9 Beschäftigte	10 bis 49 Beschäftigte	50 bis 249 Beschäftigte	KMU insgesamt	250 und mehr Beschäftigte
Bergbau	0,6	4,7	13,6	11,3	30,2	69,8
Herstellung von Waren	0,6	4,0	12,0	24,1	40,7	59,3
Energieversorgung	2,0	6,0	4,4	13,8	26,3	73,7
Wasserversorgung und Abfallentsorgung	1,5	17,5	30,5	16,7	66,2	33,8
Bau	2,4	21,2	30,8	21,2	75,6	24,4
Handel	3,6	17,8	27,1	21,1	69,7	30,3
Verkehr	1,4	6,7	16,2	21,4	45,8	54,2
Beherbergung und Gastronomie	3,7	35,0	34,9	18,4	92,1	7,9
Information und Kommunikation	5,2	9,0	15,2	19,2	48,5	51,5
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	0,6	4,9	7,1	17,8	30,4	69,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	12,9	43,2	14,3	18,4	88,7	11,3
Freiberufliche Dienstleistungen	12,4	29,9	28,7	19,3	90,2	9,8
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	2,5	22,9	20,6	24,7	70,7	29,3
Reparatur von Gebrauchsgütern	11,7	40,1	28,3	20,0	100,0	0,0
Gesamte marktorientierte Wirtschaft¹	3,1	14,1	18,5	21,0	56,7	43,3

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N und S95 der ÖNACE 2008)
 Gliederung nach ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)
 Quelle: Statistik Austria

Österreich im europäischen Vergleich

Die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten der KMU der EU-27 in der marktorientierten Wirtschaft belief sich im Jahr 2008 auf mehr als € 3.500 Mrd.; dies entspricht einem Anteil von rund 58 % der gesamten Bruttowertschöpfung. Die höchste Wertschöpfung innerhalb der KMU generierten Kleinunternehmen mit € 1.287 Mrd.

Tabelle 24 Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in der marktorientierten Wirtschaft¹ der EU-27 in € Mrd. nach Beschäftigten-Größenklassen, 2008²

	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in € Mrd.	Anteil in %
1 bis 9 Beschäftigte	1.287	21,0
10 bis 49 Beschäftigte	1.158	18,9
50 bis 249 Beschäftigte	1.101	18,0
KMU insgesamt	3.547	57,9
250 und mehr Beschäftigte	2.579	42,1
Gesamte marktorientierte Wirtschaft	6.126	100,0

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen

¹ ohne Kredit- und Versicherungswesen, Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitt C bis K ohne Abschnitt J der NACE Rev. 1.1 bzw. ÖNACE 2003)

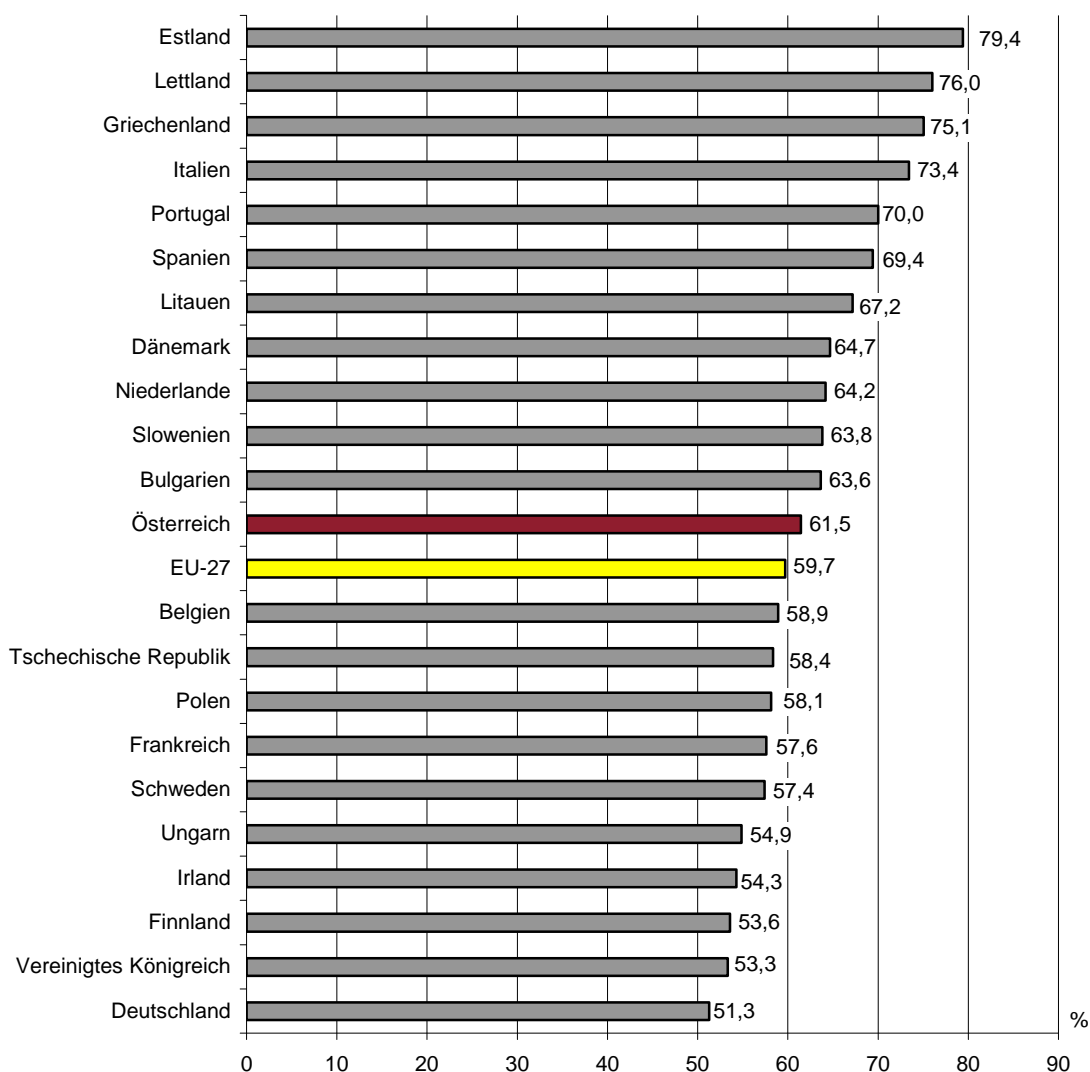
² Schätzung von EIM

Gliederung nach NACE Rev. 1.1 (=ÖNACE 2003)

Quelle: Eurostat, EIM

Im europäischen Vergleich ist der Anteil der von KMU erzielten Bruttowertschöpfung in Österreich etwas höher als in den EU-27.

Grafik 13 Anteil der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten von KMU in der marktorientierten Wirtschaft¹ an der Bruttowertschöpfung insgesamt der EU-27 in Prozent, 2007



Anmerkung: Auf Grund von unterschiedlichen Wirtschaftssystematiken und einer geringeren Anzahl an enthaltenen Sektoren ist dieser Österreichwert mit jenem aus dem Österreichkapitel nur bedingt vergleichbar.

¹ ohne Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Energie- und Wasserversorgung, Kredit- und Versicherungswesen, Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte D bis K (exkl. Abschnitt E und J) der NACE Rev. 1.1)

Gliederung nach NACE Rev. 1.1 (=ÖNACE 2003)

Quelle: Eurostat

1.4 Betriebswirtschaftliche Situation

Die betriebswirtschaftliche Situation der KMU Österreichs wird nachfolgend auf Basis von Kennzahlen der Bilanzanalyse dargestellt. Neben Kennziffern zu Ertrag und Rentabilität (Umsatzrentabilität, Cash flow, Kapitalumschlag, Gesamtkapitalrentabilität) werden auch Finanzierungs- und Liquiditätskennzahlen (Eigenkapitalquote, Anlagendeckung, Bankverschuldung sowie Schuldentilgungsdauer) beleuchtet.

Datengrundlage bilden die betriebswirtschaftlich korrigierten Jahresabschlüsse von 56.076 Unternehmen (darunter 54.797 KMU) der marktorientierten Wirtschaft Österreichs für das Bilanzjahr 2008/09, wobei das Realitätenwesen und Holdings auf Grund stark verzerrender Wirkung unberücksichtigt bleiben. Die durchgeführten betriebswirtschaftlichen Korrekturen beziehen sich auf kalkulatorische Unternehmerlöhne und Eigenkapitalzinsen: um unterschiedliche Rechtsformen miteinander vergleichen zu können, werden bei Einzelunternehmen und Personengesellschaften kalkulatorische Unternehmerentgelte sowie bei allen Rechtsformen kalkulatorische Eigenkapitalzinsen berücksichtigt. Im Rahmen dieser Analysen werden ausschließlich Jahresabschlüsse im Sinne der doppelten Buchhaltung einbezogen.

Analysiert man Österreichs KMU der marktorientierten Wirtschaft nach den Indikatoren „Umsatzrentabilität“ (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Prozent der Betriebsleistung) und „Eigenkapitalquote“ (Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital), so zeigt sich, dass etwa ein Sechstel der Unternehmen bei beiden Indikatoren sehr gut abschneiden. Diese KMU finanzieren mehr als 20 % ihres Betriebsvermögens mit Eigenkapital und erwirtschaften betriebswirtschaftliche Gewinne von mehr als 5 % der Betriebsleistung. Mehr als die Hälfte der KMU zählen zum Mittelfeld; diese Unternehmen konnten eine positive Eigenkapitalquote und Gewinne erreichen, können aber nicht den besten Unternehmen zugerechnet werden. Rund ein Fünftel der österreichischen KMU der marktorientierten Wirtschaft wies im Bilanzjahr 2008/09 ein negatives Eigenkapital aus und konnte keine Gewinne erzielen.

Differenziert nach Größenklassen zeigt sich bei den Ertrags- und Rentabilitätskennzahlen, dass die Kleinbetriebe unter den KMU am besten abschneiden. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Prozent der Betriebsleistung betrug bei Kleinstunternehmen 1,7 % und bei Mittelbetrieben 1,8 %, Kleinbetriebe hingegen erreichten 2,3 %. Großunternehmen erwirt-

schafteten eine durchschnittliche Umsatzrentabilität von 2,7 %. Im Zeitvergleich zwischen 2006/07, damals betrug das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Prozent der Betriebsleistung im KMU-Durchschnitt 2,7 %, und 2008/09 zeigt sich eine rückläufige Umsatzrentabilität der KMU.

Der Cash flow, als Kennzahl für die Innenfinanzierungskraft der Unternehmen, betrug für das Bilanzjahr 2008/09 im Durchschnitt für die KMU der marktorientierten Wirtschaft 6,8 % der Betriebsleistung und lag damit unter jenem der Großunternehmen (7,3 %).

Im Durchschnitt konnten die KMU der marktorientierten Wirtschaft 2008/09 mit jedem im Vermögen gebundenen Euro € 1,4 an Betriebsleistung erwirtschaften. Diese Kennzahl, der Kapitalumschlag, gibt demnach Auskunft über die Effizienz des eingesetzten Kapitals. Große Unternehmen erzielten ebenfalls einen Kapitalumschlag von 1,4.

Die Gesamtkapitalrentabilität, auch Return on Investment (ROI) genannt, zeigt an, ob der Einsatz des Fremdkapitals sinnvoll war. Die KMU der marktorientierten Wirtschaft erzielten im Durchschnitt einen ROI von 7,3 % – bei den Großunternehmen lag er 2008/09 bei 8,6 %.

Tabelle 25 Ausgewählte Ertrags- und Rentabilitätskennzahlen der marktorientierten Wirtschaft¹ Österreichs nach Betriebs-Größenklassen, 2008/09

Betriebs-Größenklasse	Umsatzrentabilität in %	Cash flow in %	Kapitalumschlag (x-mal)	Gesamtkapitalrentabilität in %
Kleinstunternehmen	1,7	6,6	1,5	7,5
Kleine Unternehmen	2,3	6,9	1,5	7,7
Mittlere Unternehmen	1,8	6,7	1,4	6,9
KMU gesamt	1,9	6,8	1,4	7,3
<i>Große Unternehmen</i>	<i>2,7</i>	<i>7,3</i>	<i>1,4</i>	<i>8,6</i>

¹ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N und S 95 der ÖNACE 2008); um Verzerrungen zu vermeiden, werden auch Realitätenwesen und Holdings nicht berücksichtigt.

Kennzahldefinitionen

Umsatzrentabilität = Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) in % der Betriebsleistung

Cash flow = (EGT + Abschreibungen + kalk. Eigenkapitalzinsen) in % der Betriebsleistung

Kapitalumschlag = Betriebsleistung / Gesamtkapital

Gesamtkapitalrentabilität = Betriebserfolg (EGT vor Finanzierungskosten) in % des Gesamtkapitals

Quelle: KMU FORSCHUNG AUSTRIA, Bilanzdatenbank

Differenziert nach Sektoren der marktorientierten Wirtschaft zeigen sich starke Unterschiede in der betriebswirtschaftlichen Situation der KMU. Während etwa die Umsatzrentabilität 2008/09 in den freiberuflichen Dienstleistungen 8 % erreichte, war sie im Tourismus leicht negativ. Der durchschnittliche Cash flow in Prozent der Betriebsleistung variierte innerhalb der ausgewählten Sektoren der marktorientierten Wirtschaft zwischen 5,7 % im Bau und 12,4 % bei den freiberuflichen Dienstleistungen. Die Gesamtkapitalrentabilität betrug bei KMU des Bereichs Information und Kommunikation durchschnittlich etwa 10 % und 9 % im Handel, während der Mittelwert im Sektor Verkehr bei rund 5 % lag.

Tabelle 26 Ertrags- und Rentabilitätskennzahlen Österreichs KMU der marktorientierten Wirtschaft¹ nach Sektoren², 2008/09				
	Umsatzrentabilität in %	Cash flow in %	Kapitalumschlag (x-mal)	Gesamtkapitalrentabilität in %
Herstellung von Waren	1,9	6,9	1,5	7,5
Bau	1,8	5,7	1,2	6,5
Handel	1,9	4,0	2,3	8,5
Verkehr	0,2	10,7	1,0	4,9
Beherbergung und Gastronomie	-0,3	10,4	0,7	4,8
Information und Kommunikation	3,9	9,5	1,5	9,8
Freiberufliche Dienstleistungen	8,0	12,4	1,3	14,9
Gesamte marktorientierte Wirtschaft¹	1,9	6,8	1,4	7,3
¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N und S 95 der ÖNACE 2008); um Verzerrungen zu vermeiden, werden auch Realitätenwesen und Holdings nicht berücksichtigt. ² Es werden nur ausgewählte Sektoren dargestellt. <u>Kennzahldefinitionen</u> Umsatzrentabilität = Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) in % der Betriebsleistung Cash flow = (EGT + Abschreibungen + kalk. Eigenkapitalzinsen) in % der Betriebsleistung Kapitalumschlag = Betriebsleistung / Gesamtkapital Gesamtkapitalrentabilität = Betriebserfolg (EGT vor Finanzierungskosten) in % des Gesamtkapitals Quelle: KMU FORSCHUNG AUSTRIA, Bilanzdatenbank				

Eine genauere Betrachtung der Finanzierungskennzahlen Österreichs Unternehmen der marktorientierten Wirtschaft für das Bilanzjahr 2008/09 zeigt ein Ansteigen der Eigenmittelausstattung mit zunehmender Betriebsgröße. Die Eigenkapitalquote der Kleinstbetriebe lag bei durchschnittlich 11 %, jene der Mittelbetriebe bei 31%. Große Unternehmen wiesen mit 33 % an

Eigenmitteln einen noch etwas besseren Wert auf. Gegenüber 2006/07 konnten die KMU im Durchschnitt ihre Eigenkapitalquote verbessern; damals lag sie bei 23 %, 2008/09 betrug sie 25 %. Die Steigerung ist vor allem auf eine bessere Eigenmittelausstattung bei Kleinbetrieben zurückzuführen.

Die Unterschiede in der Unternehmensfinanzierung nach Betriebsgröße zeigen sich nicht nur bei der Eigenkapitalquote, sondern auch bei der Höhe der Bankverschuldung. Während die Kleinstbetriebe mehr als die Hälfte ihres Kapitals durch Bankkredite finanzieren, sind es bei mittleren Unternehmen knapp 25 % und bei Großbetrieben 13 %.

Eine weitere Kennzahl, die zur Überprüfung der Finanzierungsstruktur herangezogen werden kann, stellt die Anlagendeckung dar. Ein Wert über 100 % ist erstrebenswert, da in diesem Fall langfristig gebundenes Vermögen durch langfristiges Kapital finanziert wird und damit Fristenkonformität gegeben ist. Die KMU der marktorientierten Wirtschaft erzielten 2008/09 eine Anlagendeckung von 101 % und erreichten damit den betriebswirtschaftlichen (Mindest-) Sollwert.

Die Kennzahl "Schulden tilgungsdauer in Jahren" gibt Aufschluss darüber, wie lange es bei derzeitiger Ertragslage dauern würde, bis das Unternehmen schuldenfrei wäre, wenn der gesamte Cash flow zur Schuldentilgung aufgewendet würde. Bei Kleinstunternehmen hätte es 2008/09 durchschnittlich 8 Jahre gedauert, bei kleinen und mittleren Unternehmen im Durchschnitt 6 bzw. 7 Jahre. Die (hypothetische) Schulden tilgungsdauer für Großbetriebe betrug 2008/09 im Mittel 5 Jahre.

Tabelle 27 Ausgewählte Finanzierungs- und Liquiditätskennzahlen der marktorientierten Wirtschaft¹ Österreichs nach Betriebs-Größenklassen, 2008/09

Betriebs-Größenklasse	Eigenkapitalquote in %	Anlagendeckung in %	Bankverschuldung in %	Schuldentilgungsdauer in Jahren
Kleinstunternehmen	11,1	95,0	52,4	8,1
Kleine Unternehmen	19,4	100,6	41,1	6,9
Mittlere Unternehmen	31,3	102,1	25,1	6,2
KMU gesamt	25,1	100,7	33,5	6,7
<i>Große Unternehmen</i>	<i>33,1</i>	<i>94,5</i>	<i>13,1</i>	<i>5,4</i>

¹ ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N und S 95 der ÖNACE 2008); um Verzerrungen zu vermeiden, werden auch Realitätenwesen und Holdings nicht berücksichtigt.

² Es werden nur ausgewählte Sektoren dargestellt.

Kennzahldefinitionen

Eigenkapitalquote = (buchmäßiges) Eigenkapital / Gesamtkapital * 100

Anlagendeckung = (Eigenkapital + Sozialkapital + langfristiges Fremdkapital) / Anlagevermögen * 100

Bankverschuldung = Summe Bankverbindlichkeiten / Gesamtkapital * 100

Schuldentilgungsdauer = (Fremdkapital – Liquide Mittel) / Cash flow

Quelle: KMU FORSCHUNG AUSTRIA, Bilanzdatenbank

Wie schon bei den Ertragskennzahlen zeigen sich auch im Bezug auf die Finanzierung starke Differenzen zwischen den Wirtschaftsbereichen; so stand 2008/09 der Tourismus mit einer Eigenkapitalquote von 11 % der Herstellung von Waren mit 31 % gegenüber. Daher schwankte auch der Anteil der Bankverschuldung am Gesamtkapital. Im Bereich Information und Kommunikation wurde 15 % des Kapitals durch Bankkredite finanziert, im Verkehr etwa 37 % und bei Beherbergung und Gastronomie 62 %. Die (hypothetische) Schuldentilgungsdauer beträgt für Tourismusbetriebe durchschnittlich 11 Jahre, während es bei freiberuflichen Dienstleistungen 3 und im Handel knapp 7 Jahre sind.

Tabelle 28 Bilanzkennzahlen Österreichs KMU der marktorientierten Wirtschaft nach Sektoren, 2008/09

	Eigenkapitalquote in %	Anlagendeckung in %	Bankverschuldung in %	Schulden tilgungsdauer in Jahren
Herstellung von Waren	30,6	118,9	28,5	5,4
Bau	26,9	102,4	23,9	9,4
Handel	25,2	140,4	27,1	6,6
Verkehr	29,2	79,2	36,8	5,8
Beherbergung und Gastronomie	11,4	78,8	62,4	11,3
Information und Kommunikation	24,6	107,0	15,3	3,8
Freiberufliche Dienstleistungen	25,3	142,8	19,1	3,2
Gesamte marktorientierte Wirtschaft¹	25,1	100,7	33,5	6,7

¹ohne Land- und Forstwirtschaft und persönliche Dienstleistungen (genauer Abschnitte B bis N und S 95 der ÖNACE 2008); um Verzerrungen zu vermeiden, werden auch Realitätenwesen und Holdings nicht berücksichtigt.

Kennzahlendefinitionen

Umsatzrentabilität = Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) in % der Betriebsleistung

Cash flow = (EGT + Abschreibungen + kalk. Eigenkapitalzinsen) in % der Betriebsleistung

Kapitalumschlag = Betriebsleistung / Gesamtkapital

Gesamtkapitalrentabilität = Betriebserfolg (EGT vor Finanzierungskosten) in % des Gesamtkapitals

Quelle: KMU FORSCHUNG AUSTRIA, Bilanzdatenbank

2 Aktuelle wirtschaftliche Lage

Grundsätzlich werden im vorliegenden Bericht und somit auch in diesem Kapitel KMU spezifische Daten angeführt; wenn nicht anders verfügbar, muss auf allgemeine Unternehmensdaten zurückgegriffen werden.

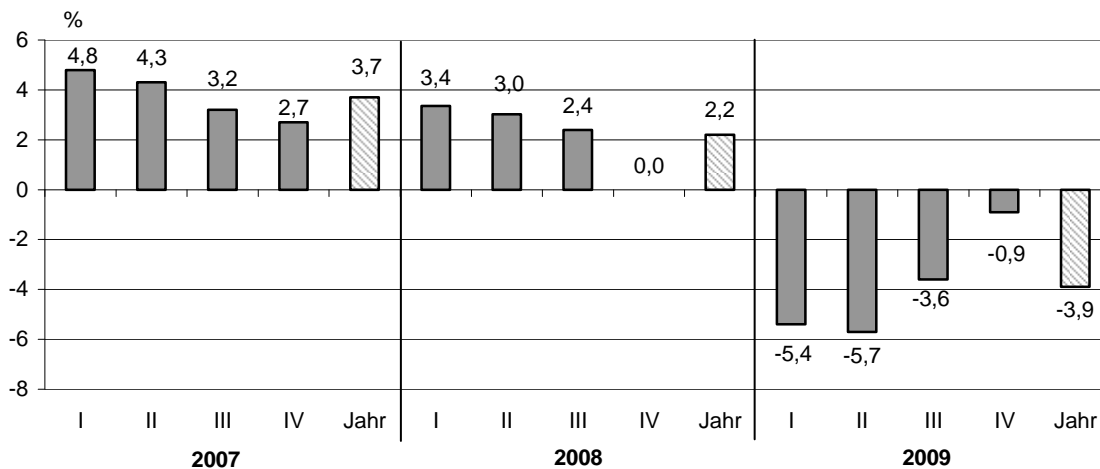
2.1 Wirtschaftliche Entwicklung 2009

2.1.1 Gesamtwirtschaft

Aktuelle Situation in Österreich

Das Jahr 2009 war für die österreichische Wirtschaft durch den größten Einbruch seit den 1930er-Jahren gekennzeichnet (vgl. Kapitel 3). Die internationale Wirtschaftskrise übertrug sich beginnend mit dem vierten Quartal 2008 vor allem durch den Einbruch des Warenexports auf Österreich. Den Tiefststand erreichte die Veränderung des BIP im zweiten Jahresviertel 2009, in dem es zu einem realen Rückgang von fast 6 % gegenüber dem zweiten Quartal 2008 kam. Mitte des Jahres 2009 setzte eine (verhaltene) Trendwende ein, die von einer weltweit expansiven Wirtschaftspolitik (Geld- und Fiskalpolitik) sowie den österreichischen Konjunktur- und Arbeitsmarktpaketen getragen wurde. Dies zeigte sich in einem geringeren Rückgang des BIP im dritten und vierten Quartal 2009 gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal und dem ersten und zweiten Jahresviertel 2009. Im Gesamtjahr 2009 schrumpfte die Wirtschaft um insgesamt 3,9 %.

Grafik 14 Reale Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal bzw. dem Vorjahr in Prozent, 2007 – 2009

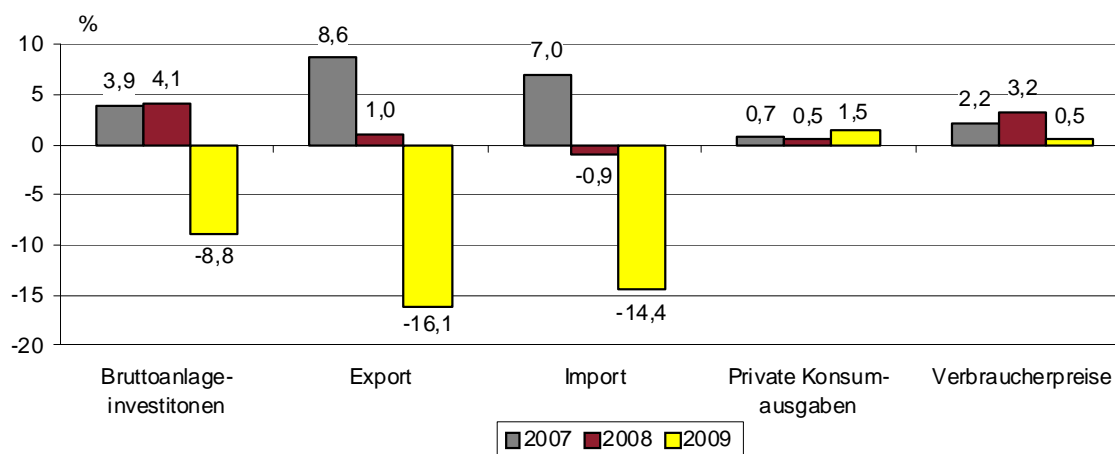


Quelle: Statistik Austria, September 2010

Während die Bruttoanlageinvestitionen sowie die Exporte und Importe im Jahr 2009 deutlich rückläufig waren, stieg die Konsumnachfrage der privaten Haushalte – trotz des Beschäftigtenrückgangs – und trug damit wesentlich zur Stabilisierung der Wirtschaft zur Jahresmitte bei. Das Wachstum wurde durch Reallohnzuwächse, die Ausweitung der Sozialtransfers, Steuer-senkungen sowie arbeitsmarktpolitische Maßnahmen begünstigt.

Die Verbraucherpreise stiegen – nach einer starken Zunahme in den beiden Jahren davor – im Jahr 2009 nur leicht (um 0,5 %) an. Insbesondere der Rückgang der Energiepreise dämpfte die Inflation.

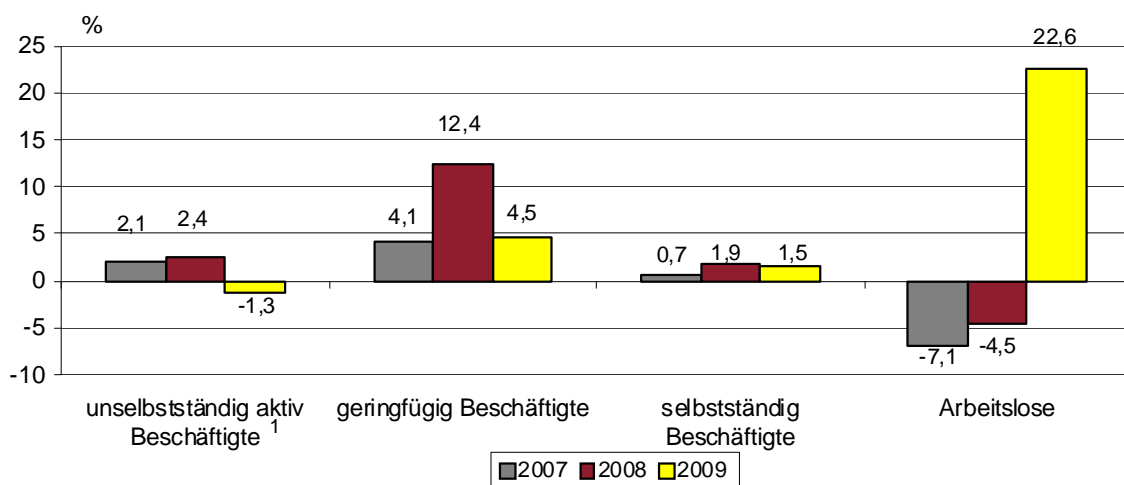
Grafik 15 Entwicklung der Hauptindikatoren, 2007 – 2009, reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quelle: Statistik Austria, September 2010

Der Arbeitsmarkt war im Jahr 2009 durch einen Rückgang der Arbeitnehmer (exkl. geringfügig Beschäftigte; -1,3 %) und steigende Arbeitslosenzahlen (+22,6 %) gekennzeichnet. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten nahm auch im Jahr 2009 um 4,5 % zu; jene der Selbstständigen stieg um 1,5 %. Die Arbeitslosenquote stieg laut nationaler Definition von 5,8 % im Jahr 2008 auf 7,2 % im Jahr 2009.

Grafik 16 Entwicklung am Arbeitsmarkt, 2007 – 2009, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

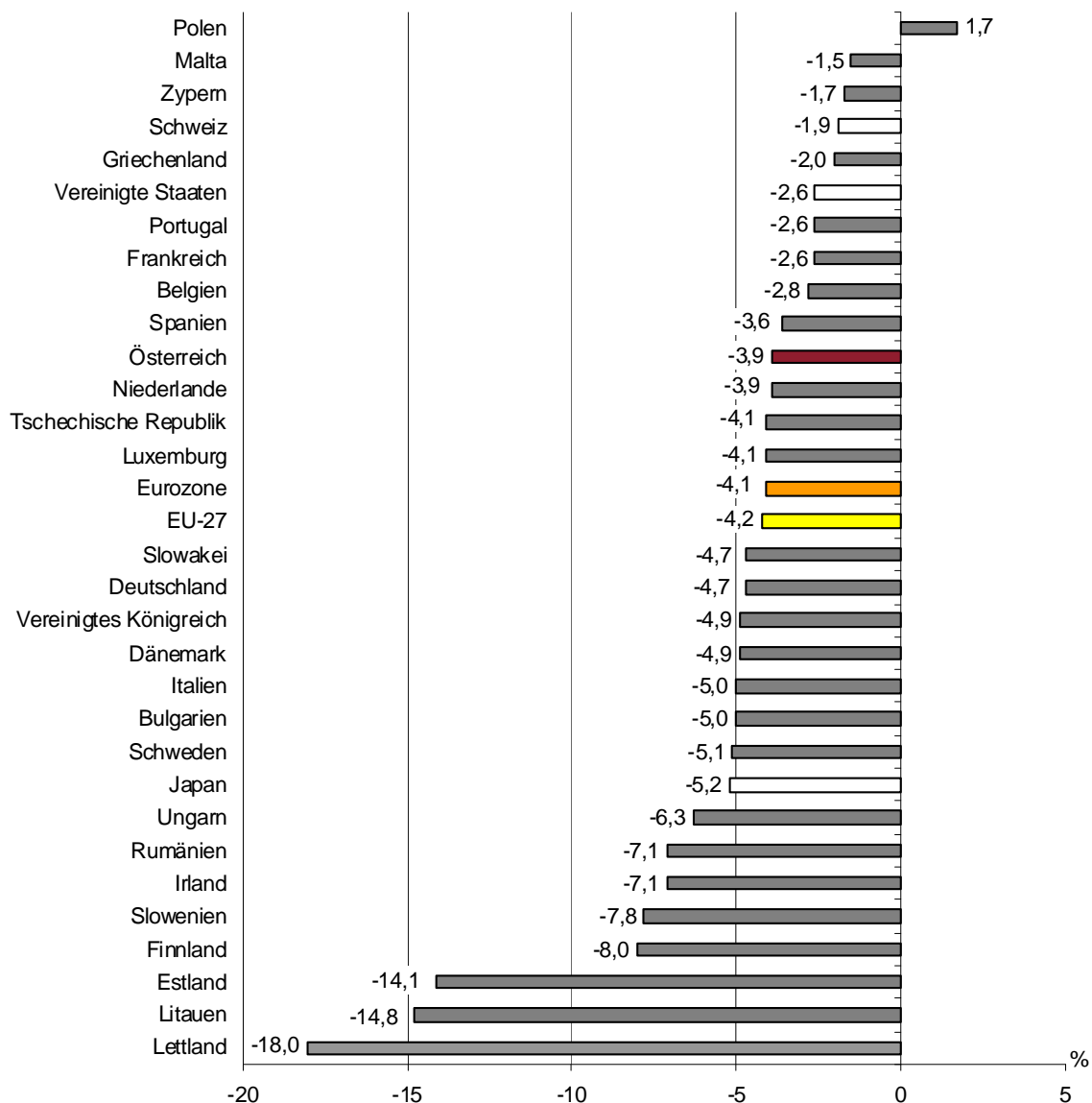


¹ exkl. geringfügig Beschäftigte
 Quellen: AMS, BMASK, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Österreich im europäischen Vergleich

Im internationalen Vergleich war der reale Rückgang des BIP in Österreich mit 3,9 % etwas geringer als in den Ländern der Währungsunion (-4,1 %) und in den EU-27 (-4,2 %).

Grafik 17 Internationaler Vergleich der realen Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent, 2009



Quelle: Eurostat

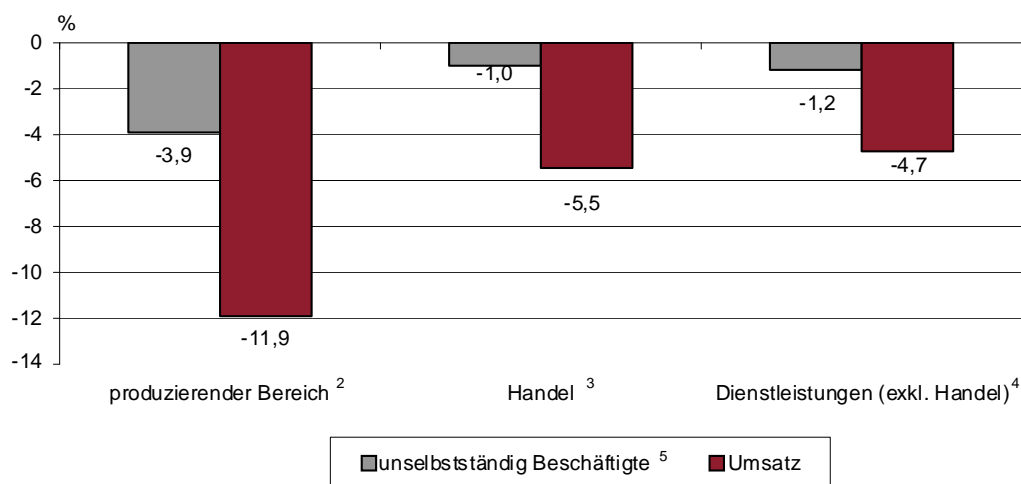
2.1.2 Sektoren

Im Folgenden wird die wirtschaftliche Entwicklung nach Sektoren der marktorientierten Wirtschaft an Hand der (unselbstständig) Beschäftigten- und der Umsatzentwicklung beschrieben. Um die Situation noch detaillierter darzustellen, werden zudem weitere Konjunkturindikatoren, die für ausgewählte Sektoren vorliegen, beschrieben.

Die Land- und Forstwirtschaft, die öffentliche Verwaltung, die Bereiche Erziehung und Unterricht, Gesundheit und Sozialwesen, Kunst, Unterhaltung und Erholung sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen werden nicht in die Betrachtung miteinbezogen, da für diese Bereiche nur Daten in eingeschränktem Ausmaß vorliegen.

In allen drei großen Bereichen der marktorientierten Wirtschaft Österreichs (Produktion, Handel, sonstige Dienstleistung) konnten im Jahr 2009 Auswirkungen der Wirtschaftskrise beobachtet werden. Diese zeigten sich vor allem in rückläufigen Beschäftigten- und Umsatzzahlen. Am stärksten sanken sowohl die Zahl der Arbeitnehmer (mit fast 4 %) als auch die Umsätze (mit fast 12 %) im produzierenden Bereich. Während das nominelle Umsatzminus im Handel mit 5,5 % höher ausfiel als im sonstigen Dienstleistungsbe- reich (4,7 %), war der Beschäftigtenrückgang in den beiden Sektoren mit jeweils rund 1 % in etwa gleich.

Grafik 18 Entwicklung der unselbstständig Beschäftigten und des Umsatzes (nominell) 2009 in der marktorientierten Wirtschaft¹, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



¹ Abschnitte B bis N (ohne Abteilungen 72, 75, 77 sowie Gruppen 70.1, 81.1) der ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)

² Abschnitte B bis F der ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)

³ Abschnitt G der ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)

⁴ Abschnitte H bis N (Umsatz ohne Abteilungen 72, 75, 77 sowie Gruppen 70.1, 81.1) der ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)

⁵ inkl. geringfügig Beschäftigte

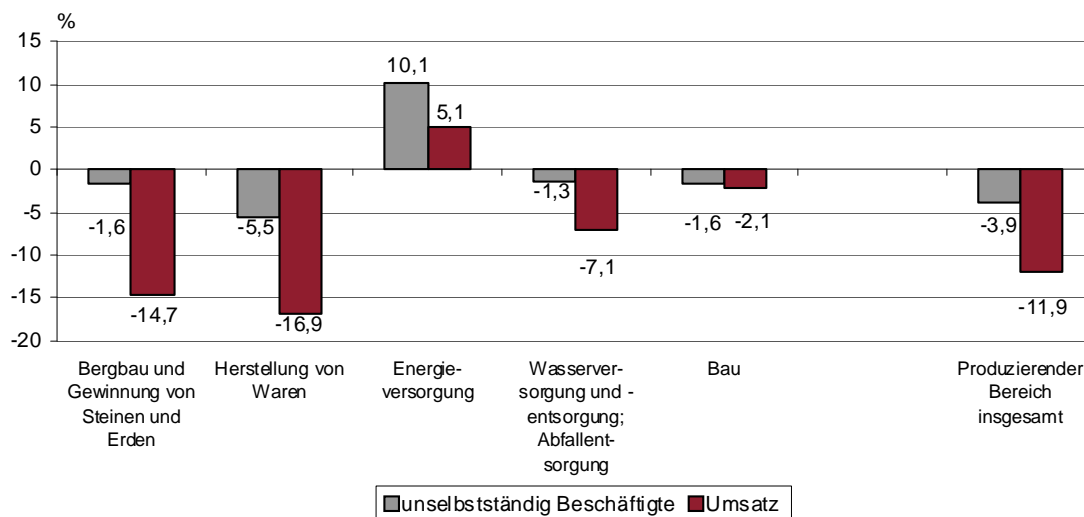
Quellen: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria

Innerhalb dieser drei genannten Wirtschaftsbereiche sind jedoch auch Sektoren zu finden, die sich trotz der Wirtschaftskrise positiv entwickelten. Im Folgenden werden die einzelnen Sektoren beschrieben.

Produzierender Bereich

Der produzierende Bereich in Österreich war im Jahr 2009 besonders stark von der Wirtschaftskrise betroffen. Am höchsten fiel das Minus innerhalb dieses Sektors sowohl in Bezug auf die unselbstständig Beschäftigten (-5,5 %) als auch umsatzmäßig (nominal: -16,9 %) in der Herstellung von Waren aus. Von einem überdurchschnittlichen Umsatzrückgang waren auch der Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden betroffen. Im Bau gingen sowohl die Anzahl der Arbeitnehmer als auch die Erlöse nominal um etwa 2 % zurück. In der Energieversorgung war hingegen ein Beschäftigungs- und Umsatzwachstum zu beobachten.

Grafik 19 Entwicklung der unselbstständig Beschäftigten¹ und des Umsatzes (nominal) 2009 im produzierenden Bereich², Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



¹ inkl. geringfügig Beschäftigte

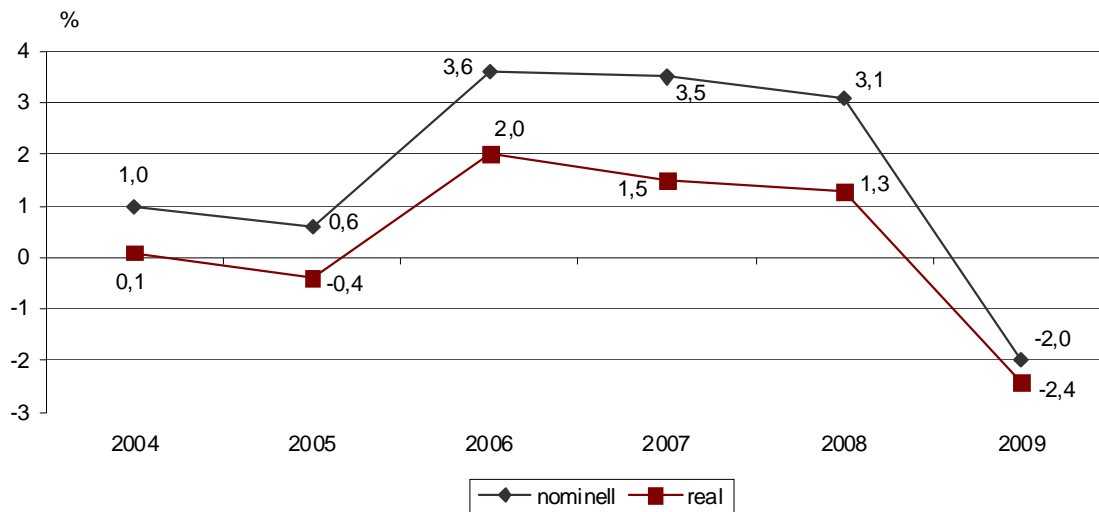
² Abschnitte B bis F der ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)

Quellen: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria

Dem produzierenden Bereich sind – nach nationaler Definition (Gliederung nach der Wirtschaftskammersystematik) – überwiegend die Sektoren Gewerbe und Handwerk sowie Industrie zuzuordnen.

Die kleinen und mittleren Gewerbe- und Handwerksbetriebe waren im Jahr 2009 mit einem nominellen Umsatzminus von 2,0 % betroffen; real lagen die Umsatzerlöse 2,4 % unter dem Niveau von 2008.

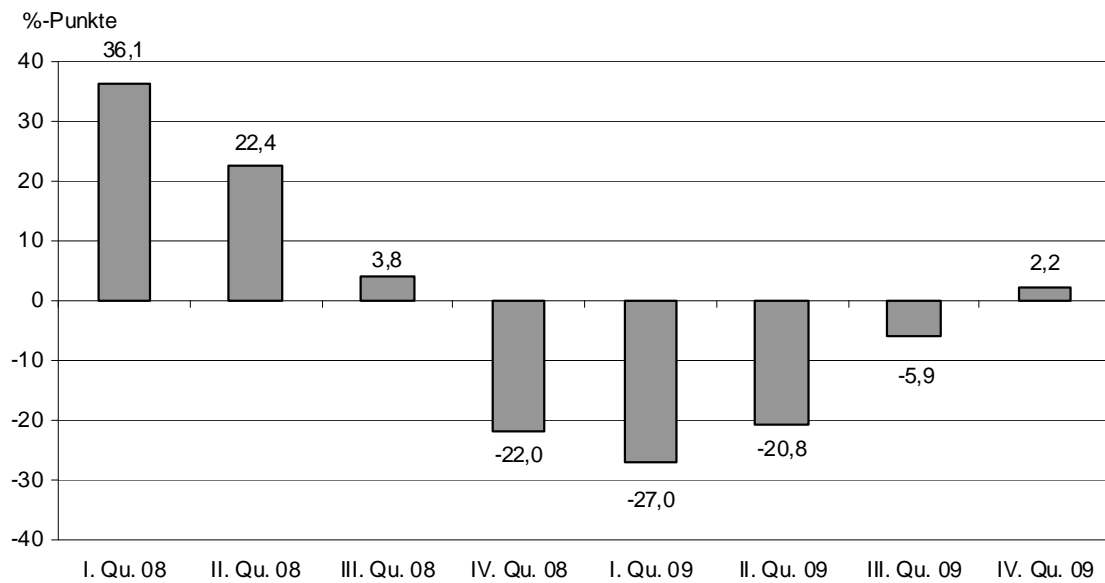
Grafik 20 Umsatzentwicklung der KMU im Gewerbe und Handwerk, 2004 – 2009, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Gliederung nach Wirtschaftskammersystematik
Quelle: KMU FORSCHUNG AUSTRIA

Im Konjunkturbarometer der Industriellenvereinigung spiegelt sich die starke Betroffenheit der Industrie von der Wirtschaftskrise wider. Die aus dieser Befragung unter österreichischen Industrieunternehmen zu wichtigen Konjunkturindikatoren abgeleiteten Werte ergeben sich aus dem Mittelwert des Saldos (dem Anteil der Betriebe mit einer guten Beurteilung abzüglich dem Anteil der Betriebe mit einer schlechten Beurteilung) dieser beiden Indikatoren. Der Saldo des Barometers war im vierten Quartal 2008 erstmals negativ (-22,0%-Punkte). Der Tiefpunkt wurde im ersten Quartal 2009 erreicht (-27,0 %-Punkte). Im vierten Quartal 2009 war der Saldo (+2,2 %-Punkte) erstmals seit dem dritten Quartal 2008 wieder positiv.

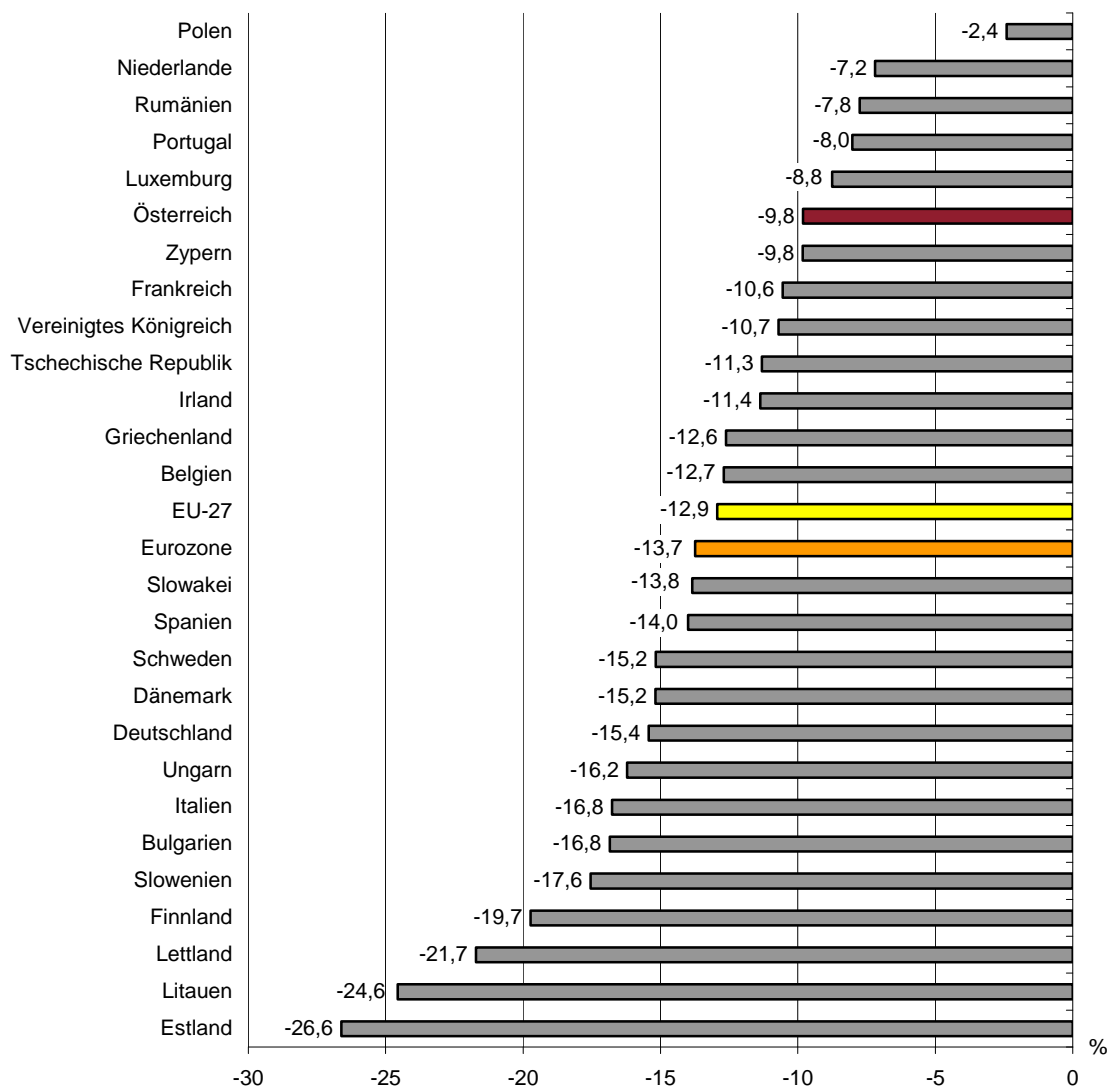
Grafik 21 Entwicklung des Konjunkturbarometers der Industriellenvereinigung, erstes Quartal 2008 – viertes Quartal 2009



Gliederung nach Wirtschaftskammersystematik
Quelle: Industriellenvereinigung

Ein Vergleich des Produktionsvolumenindex¹⁴ des produzierenden Bereichs der EU-Staaten zeigt in allen Ländern eine rückläufige Entwicklung. In Österreich fiel das Minus mit knapp 10 % geringer aus als im Durchschnitt der EU-27 (rund -13 %) sowie in der Eurozone (etwa -14 %).

Grafik 22 Europäischer Vergleich der Entwicklung des Produktionsvolumens (nominell) 2009 im produzierenden Bereich¹, arbeits-tätig bereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



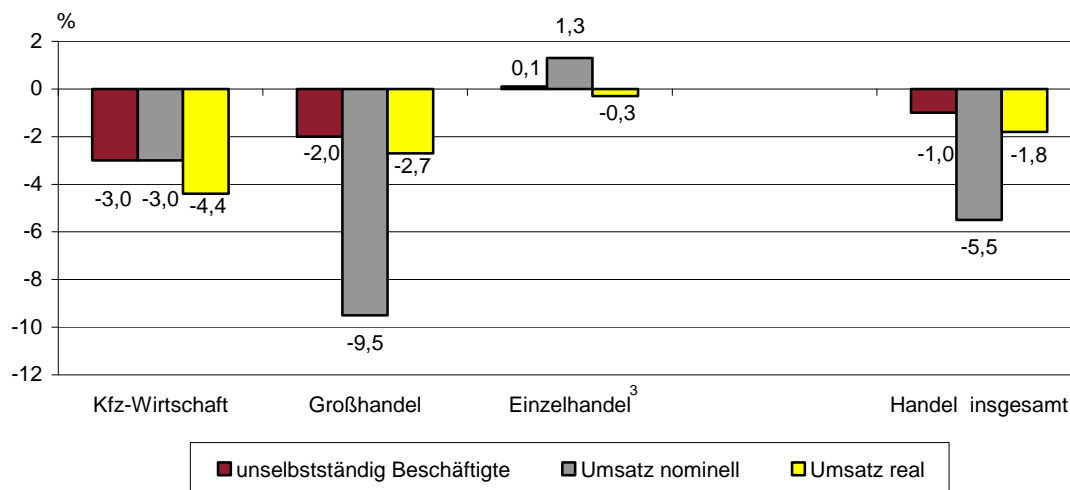
¹ Abschnitte B bis F der NACE Rev. 2 (=ÖNACE 2008)
 Quelle: Eurostat, vorläufige Schätzung

Handel

Der österreichische Handel (Kfz-Wirtschaft, Groß- und Einzelhandel) war im Jahr 2009 ebenfalls von Beschäftigten- und Umsatzrückgängen gekennzeichnet, die jedoch geringer ausfielen als im produzierenden Bereich.

Die insgesamt rückläufige Entwicklung des Handels ist auf die Kfz-Wirtschaft und den Großhandel zurückzuführen. Der Einzelhandel konnte im Durchschnitt hingegen von einer stabilen privaten Nachfrage profitieren: Nominell konnten die Umsätze im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um 1,3 % gesteigert werden. Real gingen die Umsätze aber auch hier gegenüber 2008 leicht zurück (-0,3 %). Die Anzahl der Einzelhandelsbeschäftigten blieb gegenüber dem Vorjahr stabil.

Grafik 23 Entwicklung der unselbstständig Beschäftigten¹ und des Umsatzes 2009 im Handel², Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



¹ inkl. geringfügig Beschäftigte

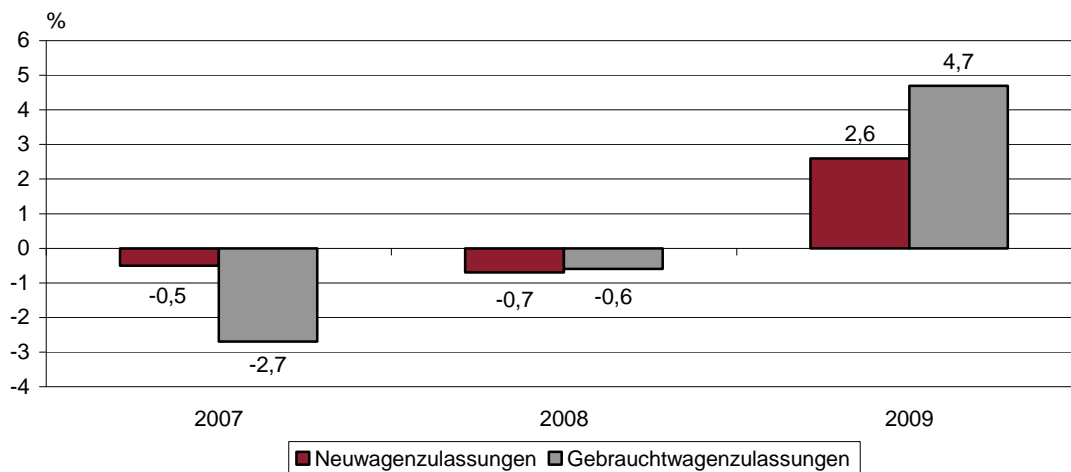
² Abschnitt G der ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)

³ Umsatz: stationärer Einzelhandel exkl. Tankstellen

Quellen: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, KMU FORSCHUNG AUSTRIA

Die Kfz-Zulassungen, die einen wichtigen Indikator für die Kfz-Wirtschaft darstellen, sind im Jahr 2009 erstmals seit 2007 wieder angestiegen, wobei die Gebrauchtwagenzulassungen stärker zunahm als die Neuzulassungen. Das Wachstum bei den Neuzulassungen ist ausschließlich auf die Personenkraftwagen zurückzuführen, deren Anzahl auf Grund der Einführung der Verschrottungsprämie mit 1. April 2009 im Jahresvergleich um 8,8 % zugenommen hat. Die Anzahl der Zulassungen von Gebrauchtwagen ist hingegen bei allen Kfz-Typen gestiegen.

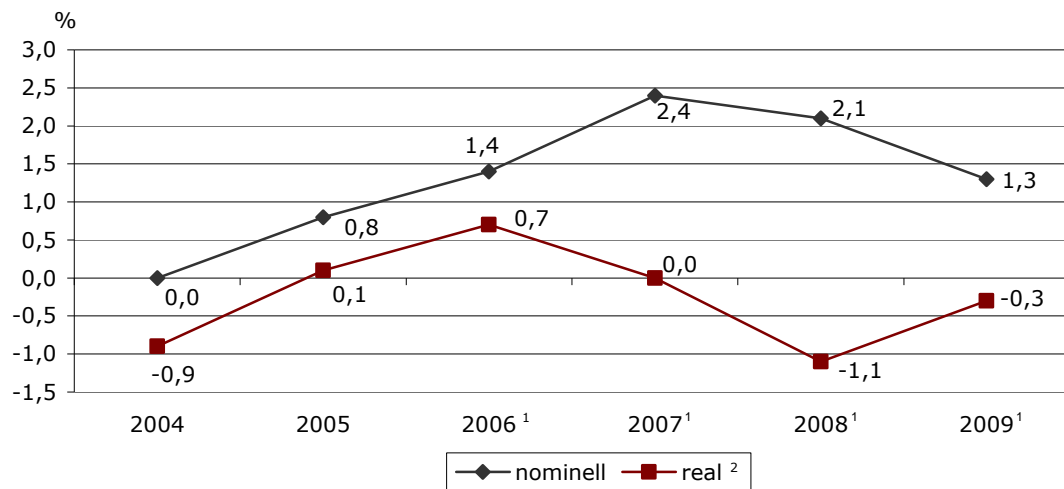
Grafik 24 Entwicklung der Anzahl der Kfz-Zulassungen, 2007 – 2009, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quelle: Statistik Austria

Eine Betrachtung der Umsätze des stationären Einzelhandels¹⁵ der letzten Jahre zeigt seit dem Jahr 2005 einen nominellen Anstieg, wobei das Wachstum 2009 auf Grund der Abschwächung des Preisauftriebs geringer ausfiel als in den beiden Jahren davor. Real lagen die Umsätze zwar 2009 das zweite Jahr in Folge unter dem jeweiligen Vorjahresniveau, das Minus fiel im Jahr 2009 jedoch deutlich geringer aus als 2008.

Grafik 25 Umsatzentwicklung im stationären Einzelhandel (exkl. Tankstellen), 2004 – 2009, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



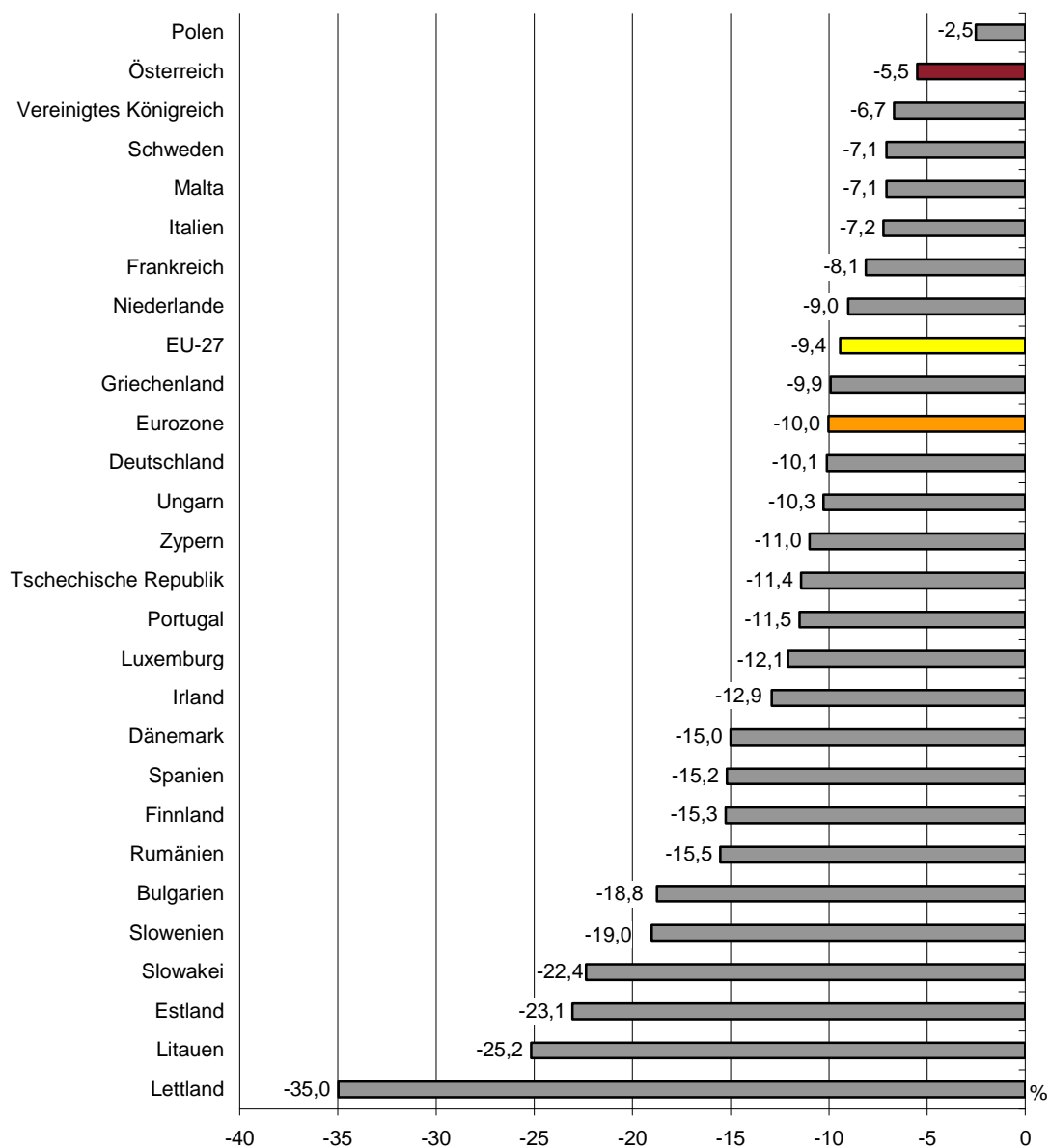
¹ Der Lebensmitteleinzelhandel ist auf Basis ACNielsen Umsatzbarometer enthalten, seit 2008 inkl. Hofer und Lidl.

² Die Preisbereinigung im Einzelhandel erfolgt auf Basis eines Deflators auf Branchenebene (Quelle: Statistik Austria).

Quelle: KMU FORSCHUNG AUSTRIA

Im europäischen Vergleich gingen die Handelsumsätze bei nomineller Betrachtung in Österreich mit 5,5 % deutlich geringer zurück als im Durchschnitt der EU-27 (-9,4 %) und in der Eurozone (-10,0 %).

Grafik 26 Europäischer Vergleich der Umsatzentwicklung (nominell) 2009 im Handel¹, arbeitstägig bereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



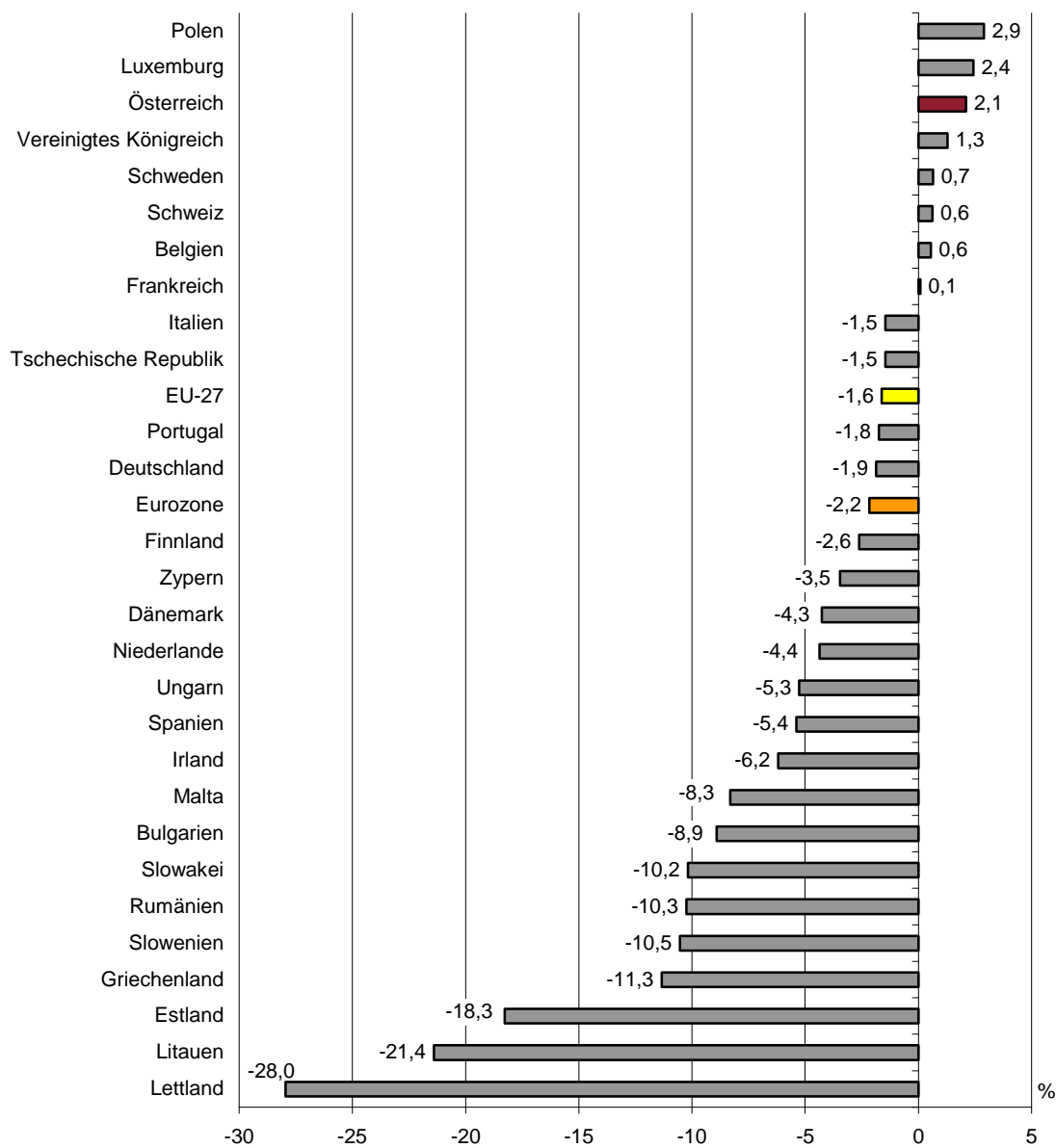
¹ Abschnitt G der NACE Rev. 2 (=ÖNACE 2008)

Quelle: Eurostat, vorläufige Schätzung; Statistik Austria

Der österreichische Einzelhandel (inkl. Versand- und Interneteinzelhandel, Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten sowie Tankstellen) entwickelte sich bei realer Betrachtung ebenfalls deutlich besser als der Durchschnitt der EU-27. Während es in Österreich zu einem mengenmäßigen Wachstum kam, das nur in Polen und Luxemburg noch etwas höher ausfiel, waren in den EU-27 (-1,6 %) und in der Eurozone (-2,2 %) Umsatzrückgänge zu beobachten.

Die Daten für Österreich von Grafik 23 unterscheiden sich von jenen in Grafik 26 und 27 in folgenden Punkten: In den von Eurostat angeführten Daten sind zusätzlich zum stationären Einzelhandel auch der nicht-stationäre Einzelhandel und die Tankstellen enthalten. Bei letzteren kam es im Jahr 2009 zu starken Preisrückgängen, die zu einem hohen realen Umsatzwachstum führten. Zudem sind Daten von Eurostat arbeitstäglich bereinigt.

Grafik 27 Europäischer Vergleich der Umsatzentwicklung (real) 2009 im Einzelhandel¹, arbeitstägig bereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



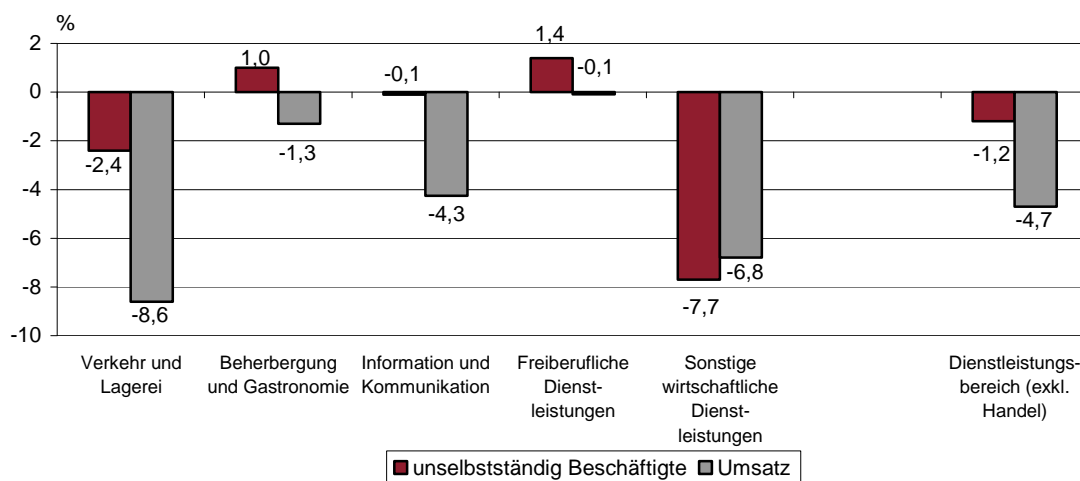
¹ Abteilung 47 der NACE Rev. 2 (=ÖNACE 2008)
Quelle: Eurostat

Dienstleistungen (exkl. Handel)

Im österreichischen Dienstleistungsbereich sind die Anzahl der Arbeitnehmer (-1,2 %) und die Umsätze (-4,7 %) im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr gesunken, wenngleich insgesamt in geringerem Ausmaß als im produzierenden Bereich bzw. im Handel.

Am stärksten waren die Rückgänge im Verkehr sowie im Bereich der sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. Im letztgenannten Bereich kam es insbesondere bei der Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften sowie bei Reisebüros, Reiseveranstaltern und der Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen zu Umsatzeinbußen. Am vergleichsweise besten war die Entwicklung in der Beherbergung und Gastronomie sowie bei den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen. In diesen beiden Bereichen stieg die Anzahl der Arbeitnehmer zwischen 2008 und 2009. Das nominelle Umsatzminus fiel im Tourismus deutlich geringer aus als im Durchschnitt des Dienstleistungsbereiches; bei den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen blieb der Umsatz nahezu stabil.

Grafik 28 Entwicklung der unselbstständig Beschäftigten¹ und des Umsatzes 2009 im Dienstleistungsbereich (exkl. Handel)², Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



¹ inkl. geringfügig Beschäftigte

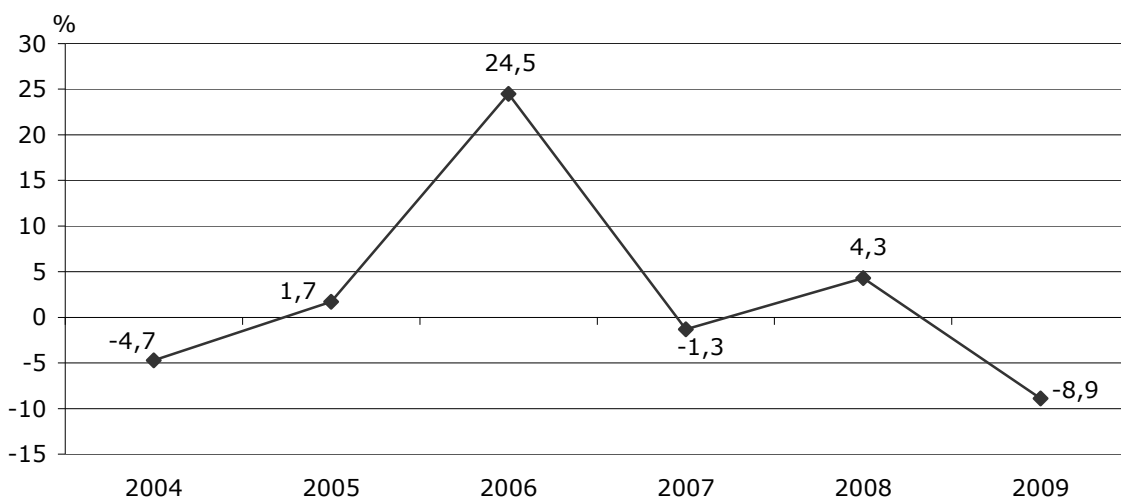
² Abschnitte H bis N (Umsatz ohne Abteilungen 72, 75, 77 sowie Gruppen 70.1, 81.1) der ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria

Im Folgenden soll an Hand von zusätzlichen Indikatoren die konjunkturelle Entwicklung im Verkehr, im Tourismus und im Wirtschaftsbereich Information und Consulting verdeutlicht werden.

Die starke Betroffenheit des Verkehrs von der Wirtschaftskrise zeigte sich auch am deutlich rückläufigen Transportaufkommen, welches im Jahr 2009 um 8,9 % unter dem Niveau von 2008 lag.

Grafik 29 Entwicklung des Transportaufkommens österreichischer Unternehmen im Straßengüterverkehr, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent, 2004 – 2009

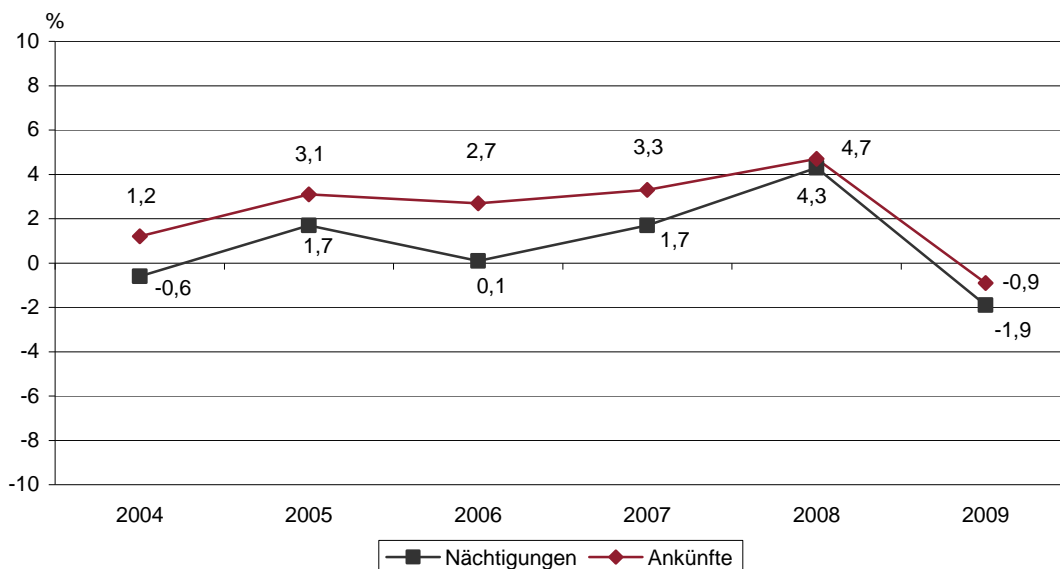


Quelle: Statistik Austria

Wichtige Indikatoren für den österreichischen Tourismus stellen die Ankunfts- und Nächtigungszahlen dar. Diese sind, wie auch der Umsatz in der Beherbergung und Gastronomie gesunken, und zwar um 0,9 % (Ankünfte) bzw. 1,9 % (Nächtigungen). Dies ist die schlechteste Entwicklung seit 2004, wobei das Ausgangsniveau 2008 sehr hoch war. Der Rückgang im Jahresvergleich 2008/09 ist ausschließlich auf die internationalen Gäste (Ankünfte: -2,6 %, Nächtigungen: -3,2 %), zurückzuführen, während die Ankünfte (+2,6 %) und Nächtigungen (+1,7 %) der heimischen Gäste gestiegen sind.

Im internationalen Vergleich schnitt der österreichische Tourismus 2009 gut ab und konnte auch während dieser konjunkturell angespannten Phase Marktanteile dazu gewinnen.

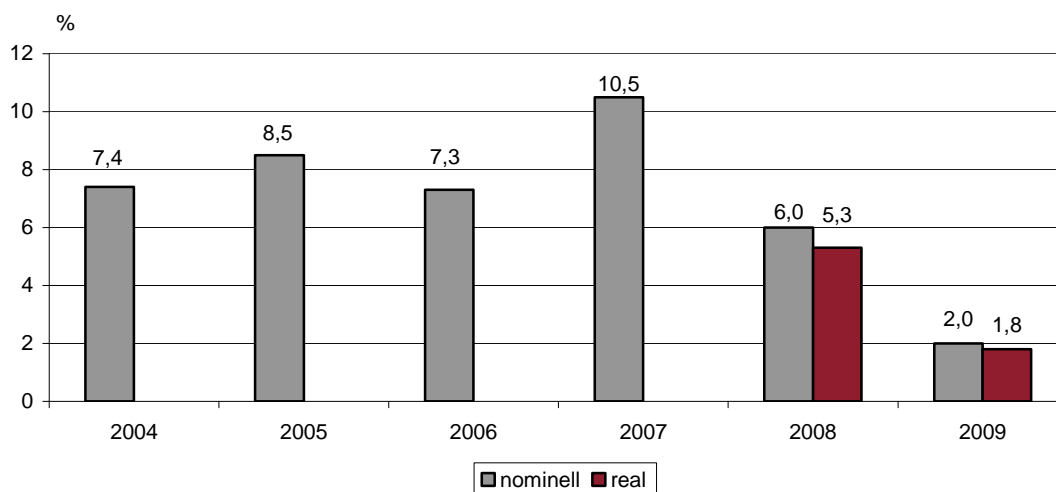
Grafik 30 Entwicklung der Nächtigungen und Ankünfte in Österreich, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent, 2004 – 2009



Quelle: Statistik Austria

Die Unternehmen des Sektors Information und Consulting (nach Wirtschaftskammersystematik), der einen wichtigen Sektor der gewerblichen Wirtschaft darstellt, konnten im Jahr 2009 ein nominelles Umsatzplus von 2,0 % erzielen. Das reale Wachstum belief sich auf 1,8 %. Die Umsatzentwicklung war damit zwar schwächer als in den Jahren davor, jedoch – im Gegensatz zu vielen anderen Wirtschaftsbereichen – weiterhin positiv.

Grafik 31 Umsatzentwicklung in der Sparte Information und Consulting, 2004 – 2009, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



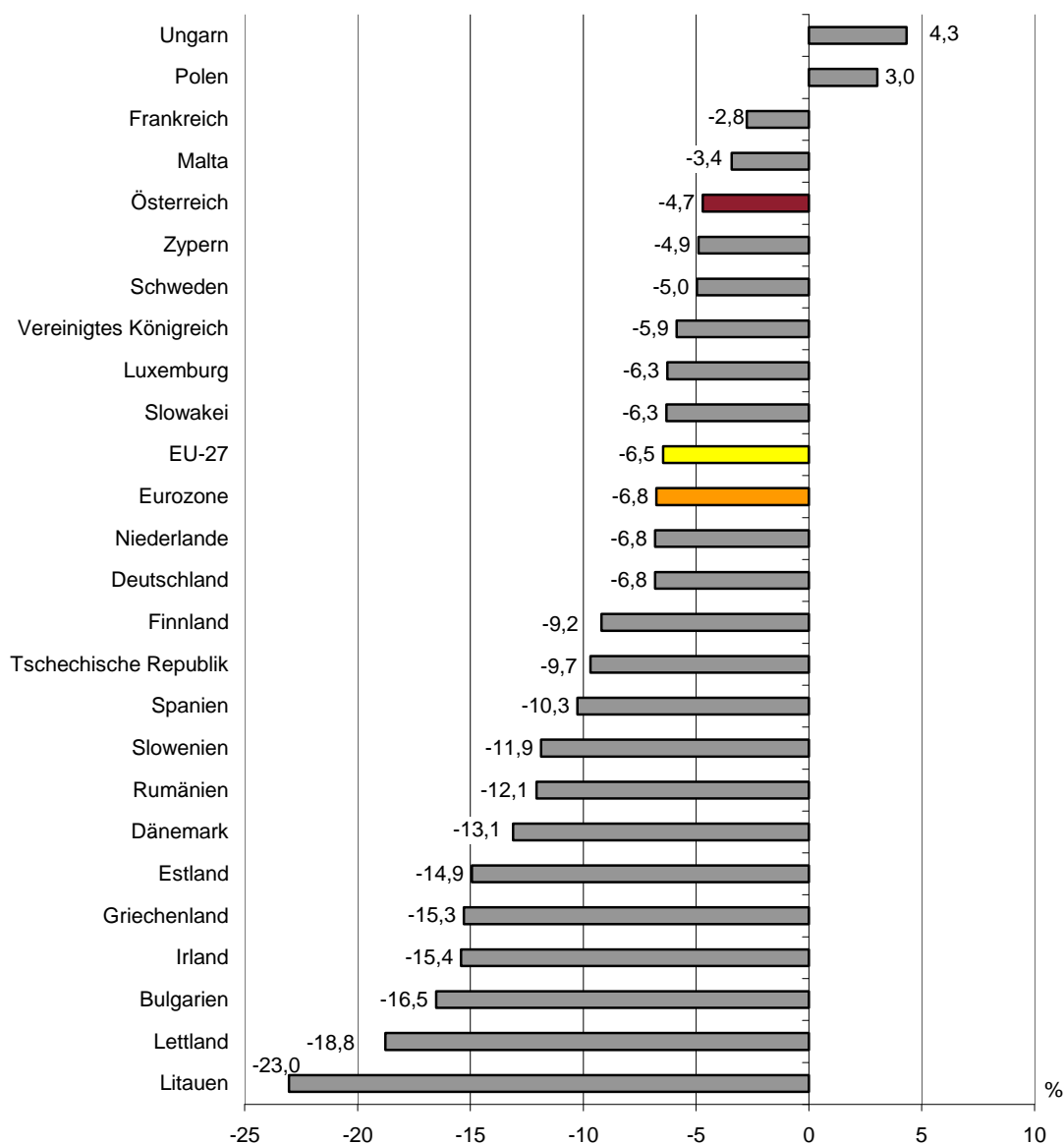
Anmerkung: Die reale Umsatzentwicklung ist erst ab 2008 verfügbar.

Gliederung nach Wirtschaftskammersystematik

Quelle: KMU FORSCHUNG AUSTRIA

Im europäischen Vergleich fiel das nominelle Umsatzminus 2009 gegenüber dem Vorjahr im Dienstleistungsbereich insgesamt in Österreich (-4,7 %) geringer aus als in den EU-27 (-6,5 %) und in der Eurozone (-6,8 %).

Grafik 32 Europäischer Vergleich der Umsatzentwicklung (nominell) 2009 im Dienstleistungsbereich (exkl. Handel)¹, arbeitstätig bereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



¹ Abschnitte H bis N (ohne Abteilungen 72, 75, 77 sowie Gruppen 70.1, 81.1) der NACE Rev. 2 (=ÖNACE 2008)

Quelle: Eurostat, vorläufige Daten; Statistik Austria

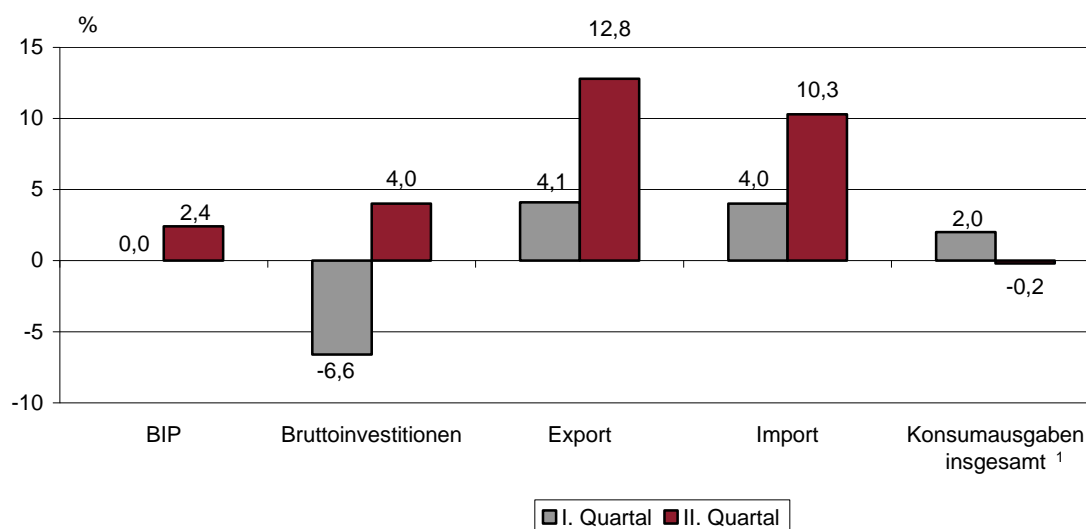
2.2 Wirtschaftliche Entwicklung und Prognosen 2010 und 2011

2.2.1 Gesamtwirtschaft

Aktuelle Situation in Österreich

Im ersten und insbesondere im zweiten Quartal 2010 zeigte sich eine Erholung der österreichischen Wirtschaft. Das BIP lag im zweiten Quartal real schon um 2,4 % über dem Niveau des Vorjahresquartals. Die Exporte und Importe stiegen gegenüber 2009 wieder deutlich an. Die Bruttoinvestitionen wuchsen - nach einem deutlichen Rückgang im ersten Quartal - im zweiten Jahresviertel 2010 um 4 %. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte und des Staates erhöhten sich zwischen Jänner und März 2010 im Durchschnitt um rund 2 %, lagen im zweiten Quartal jedoch wieder um 0,2 % unter dem Vorjahresniveau.

Grafik 33 Entwicklung der Hauptindikatoren, erstes und zweites Quartal 2010, reale Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent



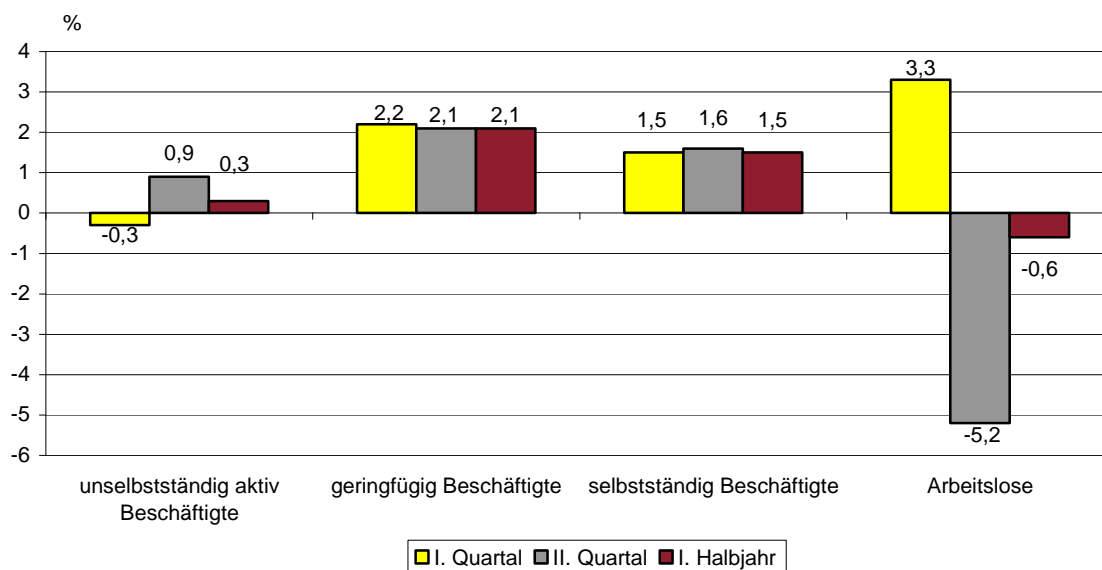
¹ = private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck, Staat
Quelle: Statistik Austria

Am Arbeitsmarkt war die Anzahl der aktiven unselbstständig Beschäftigten (exkl. geringfügig Beschäftigten) im ersten Quartal 2010 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal leicht rückläufig, während die Anzahl der geringfügig Beschäftigten und der Selbstständigen weiter zunahm. Die Anzahl der Arbeitslosen ist im ersten Jahresviertel 2010 ebenfalls weiter angestiegen.

Im zweiten Quartal entwickelte sich der gesamte Arbeitsmarkt im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal bereits positiv (steigende Beschäftigtenzahlen, sinkende Arbeitslosenzahlen). Die Zunahme der Beschäftigtenzahlen und der Rückgang der Anzahl der Arbeitslosen spiegelt sich auch in der Entwicklung der Arbeitslosenrate zwischen Juni 2009 und Juni 2010 wider: Die nach AMS berechnete Arbeitslosenquote ist von 6,3 % per Ende Juni 2009 auf 5,8 % per Ende Juni 2010 zurückgegangen.

Insgesamt war im ersten Halbjahr damit eine Verbesserung der angespannten Situation am Arbeitsmarkt festzustellen.

Grafik 34 Entwicklung am Arbeitsmarkt, erstes Halbjahr 2010, Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal bzw. Vorjahreshalbjahr in Prozent



Quellen: AMS, BMASK, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Prognosen 2010 und 2011 für Österreich

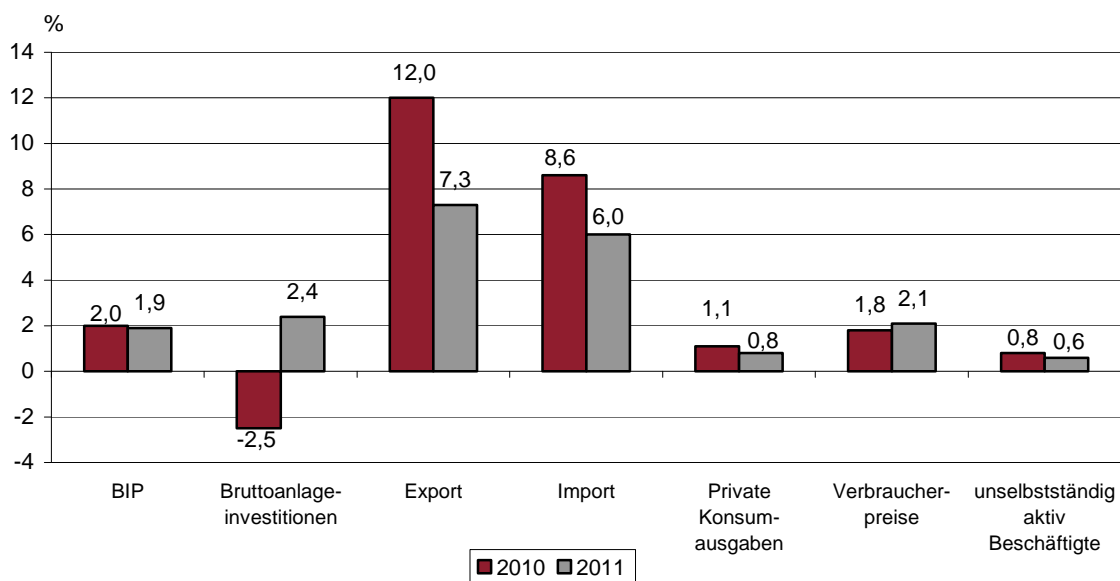
Da Daten für das jeweilige Gesamtjahr erst nach Jahresende vorliegen, sind Werte für das Gesamtjahr 2010 erst auf Basis von Prognosen verfügbar. Für die Jahre 2010 und 2011 wird ein realer Anstieg des BIP um 2,0 % bzw. 1,9 % prognostiziert. Der Aufschwung der österreichischen Wirtschaft wird dabei vom Export gestärkt, der in beiden Jahren zunehmen dürfte (2010: +12,0 %; 2011: +7,3 %), wobei sich insbesondere die Warenausfuhr in die andern Ländern der Eurozone und in die benachbarten Oststaaten dynamisch entwickeln sollte. Auch die Importe werden 2010 und 2011 erneut steigen. Die Bruttoanlageinvestitionen werden voraussichtlich erst 2011 wieder wachsen. (WIFO (2010): Prognose für 2010 und 2011: Aufschwung mit anhaltender Unsicherheit. Wien: WIFO.)

Die privaten Konsumausgaben, die im Jahr 2009 wesentlich zur Stabilisierung beitrugen, sollten weiterhin robust bleiben. Die verfügbaren Realeinkommen werden voraussichtlich 2010 und 2011, wenn auch schwächer als das BIP, steigen. Der Rückgang der Sparquote (von 11,0 % des verfügbaren Einkommens im Jahr 2009 auf 10,7 % im Jahr 2010 bzw. 10,5 % im Jahr 2011) dürfte dennoch zu einer Steigerung der Konsumausgaben der privaten Haushalte um real 1,1 % (2010) bzw. 0,8 % (2011) führen. (WIFO (2010): a. a. O.)

Die Inflationsrate wird laut Prognosen im Jahr 2010 auf Grund der Zunahme der Energiekosten und im Jahr 2011 in Folge der Anhebung indirekter Steuern wieder stärker steigen als im Jahr 2009, in dem die Verbraucherpreise jedoch nur sehr gering gewachsen sind. (WIFO (2010): a. a. O.)

Die Zahl der unselbstständig aktiv Beschäftigten dürfte 2010 um 0,8 % und 2011 um 0,6 % steigen. Die Arbeitslosenquote (laut AMS) wird voraussichtlich von 7,2 % im Jahr 2009 auf 6,9 % (2010) bzw. 6,8 % (2011) zurückgehen. (WIFO (2010): a. a. O.)

Grafik 35 Entwicklung der Hauptindikatoren, Prognose für das Gesamtjahr 2010 und 2011, reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

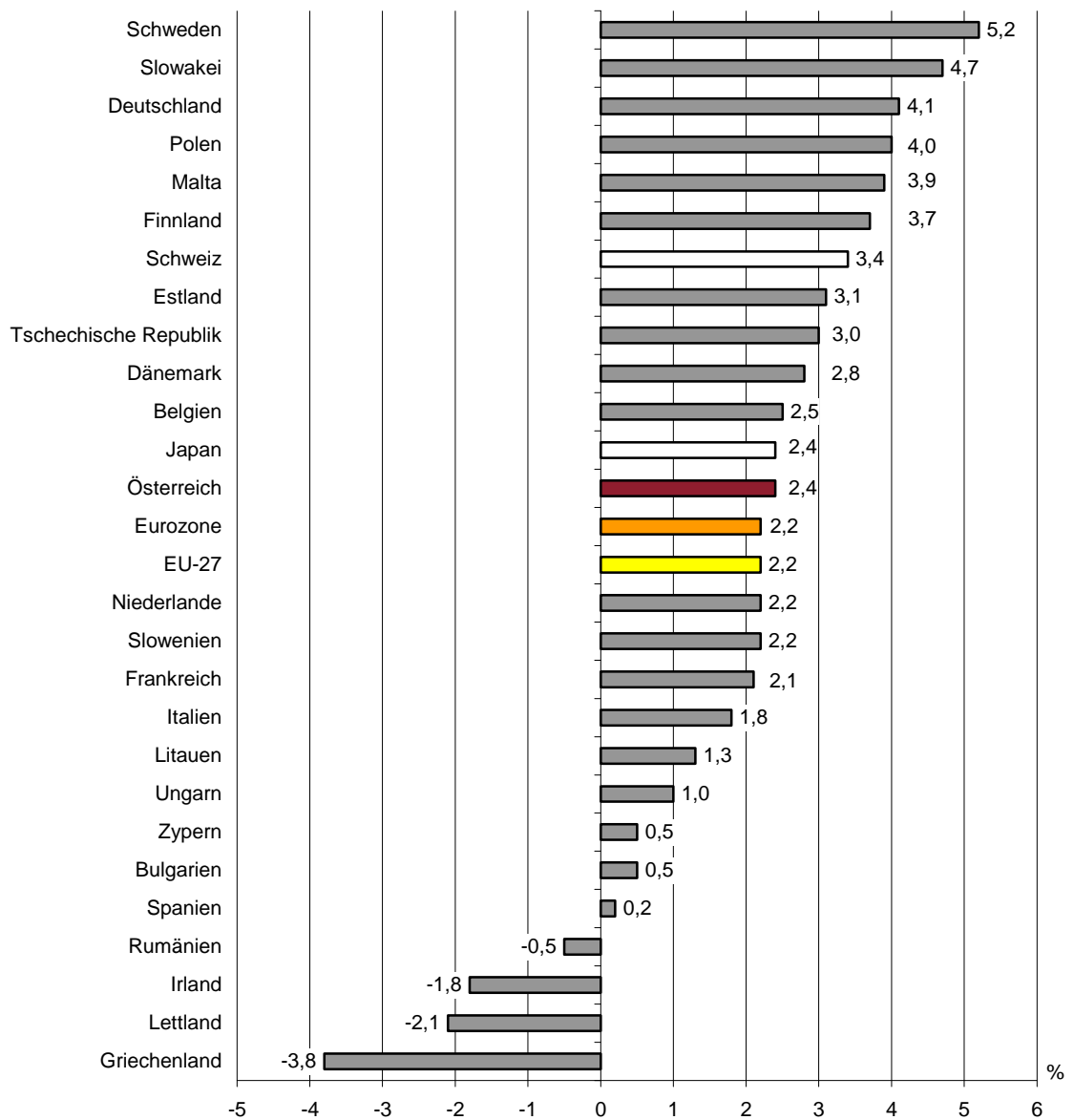


Quelle: WIFO, September 2010

Österreich im internationalen Vergleich

Im internationalen Vergleich war die reale Entwicklung des BIP im zweiten Quartal 2010 in Österreich (+2,4 %) etwas besser als in den EU-27 und in der Eurozone (jeweils +2,2 %).

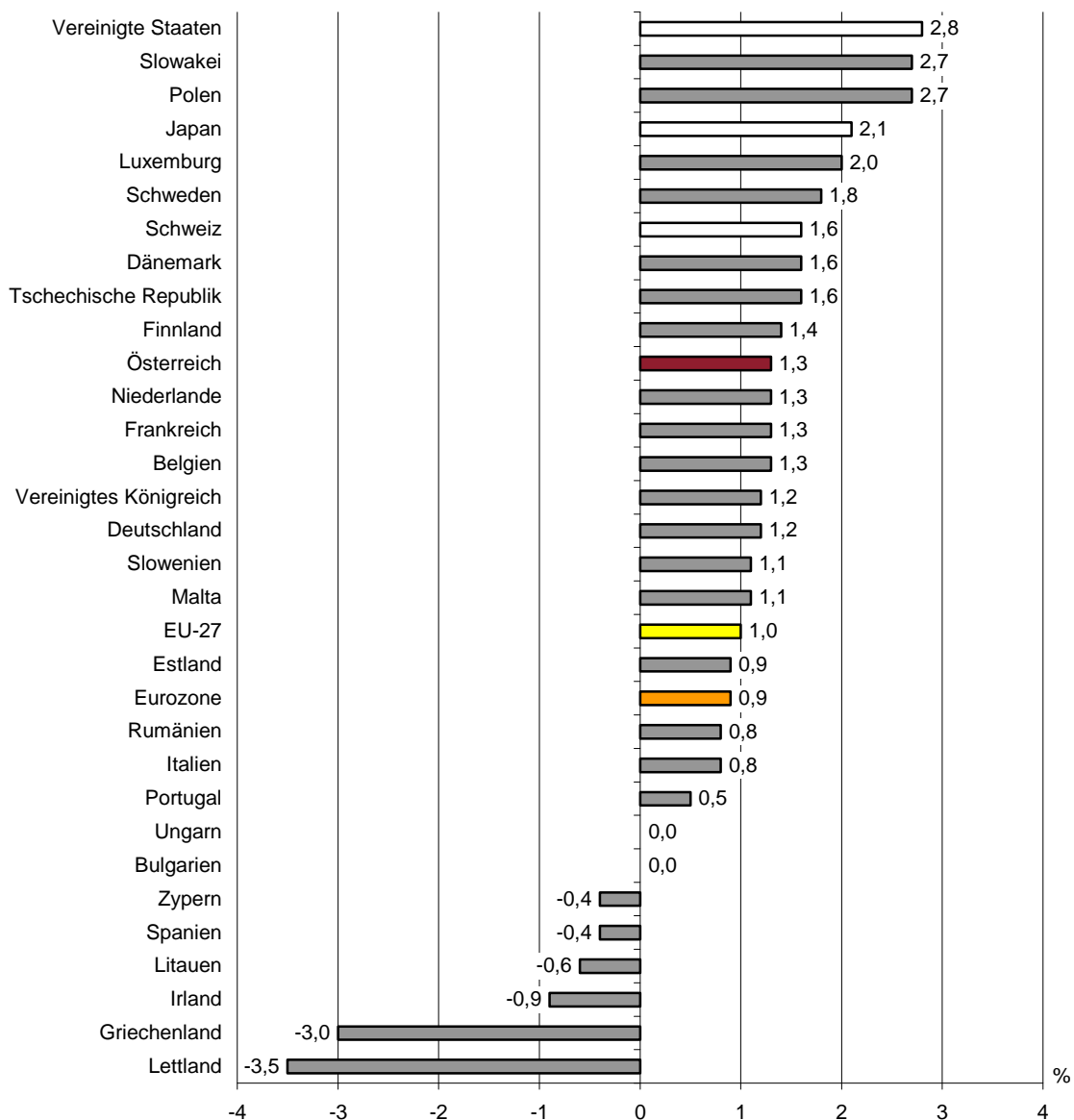
Grafik 36 Internationaler Vergleich der realen Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent, zweites Quartal 2010



Quelle: Eurostat

Im Jahr 2010 wird für Österreich jedoch mit 1,3 % ein höheres reales Wachstum des BIP erwartet als in den EU-27 (+1,0 %) und in der Eurozone (+0,9 %). Der Wert der Eurostatprognose für Österreich entspricht auf Grund von Zeitverzögerungen in der internationalen Statistik nicht jenem der WIFO-Prognose von September 2010.

Grafik 37 Internationaler Vergleich der realen Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent, Prognose für das Gesamtjahr 2010



Quelle: Eurostat

2.2.2 Sektoren

Während der Umsatz in allen drei großen privatwirtschaftlichen Wirtschaftssektoren (produzierender Bereich, Handel, sonstige Dienstleistungen) im ersten Halbjahr 2010 zunahm, erhöhte sich die Zahl der Arbeitnehmer zwischen Jänner und Mai nur im Dienstleistungsbereich (exkl. Handel). Im zweiten Quartal war in allen Bereichen eine bessere Beschäftigten- und Umsatzentwicklung zu beobachten als im ersten Jahresviertel.

Tabelle 29 Entwicklung der unselbstständig Beschäftigten¹ und des Umsatzes (nominell) im ersten Halbjahr 2010 in der marktorientierten Wirtschaft², Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent			
	I. Quartal	II. Quartal bzw. April bis Mai ³	I. Halbjahr bzw. Jänner bis Mai ³
Produzierender Bereich⁴			
unselbstständig Beschäftigte	-3,7	-1,6	-2,8
Umsatz	1,3	9,8	4,7
Handel⁵			
unselbstständig Beschäftigte	-0,6	0,3	-0,2
Umsatz	5,2	7,4	6,3
Dienstleistungen (exkl. Handel)⁶			
unselbstständig Beschäftigte	0,5	1,4	0,8
Umsatz	1,2	2,5	k. W.
k. W. = kein Wert verfügbar			
¹ inkl. geringfügig Beschäftigte			
² Abschnitte B bis N (ohne Abteilungen 72, 75, 77 sowie Gruppen 70.1, 81.1) der ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)			
³ Daten Jänner bis Mai:			
<ul style="list-style-type: none"> ➤ Für den produzierenden Bereich liegen nur Daten für Jänner bis Mai vor. ➤ Bei den unselbstständig Beschäftigten ist nur eine Darstellung des Zeitraums Jänner bis Mai möglich, da der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger im Juni 2010 erstmals einen Abgleich der Branchenzuordnungen mit dem Unternehmensregister der Statistik Austria durchgeführt hat und in Folge dessen ab diesem Monat auf Branchenebene ein Vergleich mit den Vormonaten bzw. Vorjahren nicht mehr möglich ist. 			
⁴ Abschnitte B bis F der ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2), für diesen Bereich liegen nur Daten für den Zeitraum Jänner bis Mai vor			
⁵ Abschnitt G der ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)			
⁶ Abschnitte H bis N (Umsatz ohne Abteilungen 72, 75, 77 sowie Gruppen 70.1, 81.1) der ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)			
Quellen: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria			

Produzierender Bereich

Eine Betrachtung der Sektoren des produzierenden Bereichs in Österreich zeigt, dass die Anzahl der unselbstständig Beschäftigten zwischen Jänner und Mai 2010 in der Herstellung von Waren und im Bau zurückgegangen ist, während in der Energie- und Wasserversorgung ein Anstieg festzustellen war. Der Umsatz lag nominell in allen Sektoren, mit Ausnahme des Baus, über dem Niveau des Vorjahres. Am besten entwickelten sich die Erlöse in der Wasserversorgung. Die Erholung der Gesamtwirtschaft spiegelt sich primär in einer besseren Entwicklung in den Monaten April und Mai als zu Jahresbeginn wider. Lediglich im Bau kam es auch in diesen beiden Monaten zu einem ähnlichen nominellen Umsatzrückgang wie im ersten Quartal.

Tabelle 30 Entwicklung der unselbstständig Beschäftigten¹ und des Umsatzes (nominell) vom Jänner bis Mai 2010 im produzierenden Bereich², Veränderung gegenüber den Vorjahresmonaten in Prozent			
	I. Quartal	April bis Mai	Jänner bis Mai
Herstellung von Waren (inkl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)			
unselbstständig Beschäftigte	-4,9	-2,6	-4,0
Umsatz	1,6	12,5	6,0
Energieversorgung			
unselbstständig Beschäftigte	10,6	2,7	7,3
Umsatz	0,7	7,7	3,1
Wasserversorgung und -entsorgung; Abfallentsorgung			
unselbstständig Beschäftigte	1,7	3,1	2,2
Umsatz	23,8	22,7	23,3
Bau			
unselbstständig Beschäftigte	-2,4	-0,1	-1,4
Umsatz	-1,6	-1,7	-1,6
Produzierender Bereich insgesamt			
unselbstständig Beschäftigte	-3,7	-1,6	-2,8
Umsatz	1,3	9,8	4,7
¹ inkl. geringfügig Beschäftigte			
² Abschnitte B bis F der ÖNACE 2008 (= NACE Rev. 2)			
Quellen: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria			

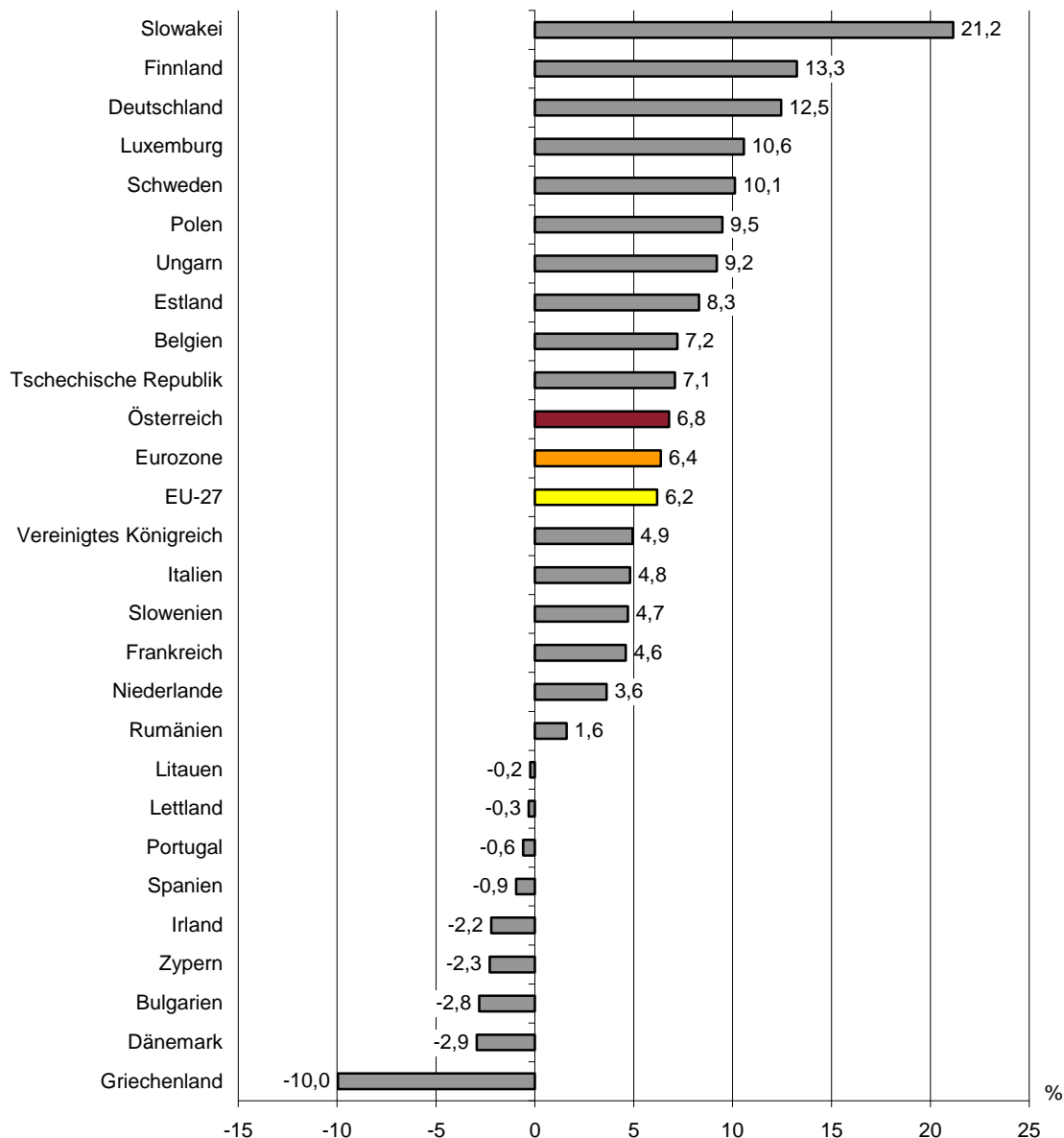
Der produzierende Bereich wird in Österreich in die beiden Sparten (nach Wirtschaftskammersystematik) Gewerbe und Handwerk sowie Industrie unterteilt.

In den kleinen und mittleren Unternehmen des Gewerbe und Handwerks sind die Auftragseingänge bzw. Umsätze im ersten Halbjahr 2010 wertmäßig im Durchschnitt um 1,4 % gesunken. (KMU FORSCHUNG AUSTRIA (2010): Konjunkturerhebung im Gewerbe und Handwerk.)

Die Situation in der Industrie hat sich gegenüber 2009 weiter verbessert. Die Anzahl der Unternehmen mit einer positiven Beurteilung überstieg jene mit einer negativen im ersten Jahresviertel um 9,2 %-Punkte, im zweiten Quartal sogar bereits um 23,2 %-Punkte (zur Definition des Konjunkturbarometers der Industriellenvereinigung vgl. Kapitel 1.1.2). (Industriellenvereinigung (2010): Konjunkturbarometer.)

Das Produktionsvolumen im produzierenden Bereich entwickelte sich in Österreich im zweiten Quartal 2010 nominell etwas besser (+6,8 %) als in der Eurozone (+6,4 %) und in den EU-27 (+6,2 %).

Grafik 38 Europäischer Vergleich der Entwicklung des Produktionsvolumens (nominell) im zweiten Quartal 2010 im produzierenden Bereich¹, arbeitstägig bereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent



¹ Abschnitte B bis F der NACE Rev. 2 (=ÖNACE 2008)

Quelle: Eurostat, vorläufige Schätzung

Handel

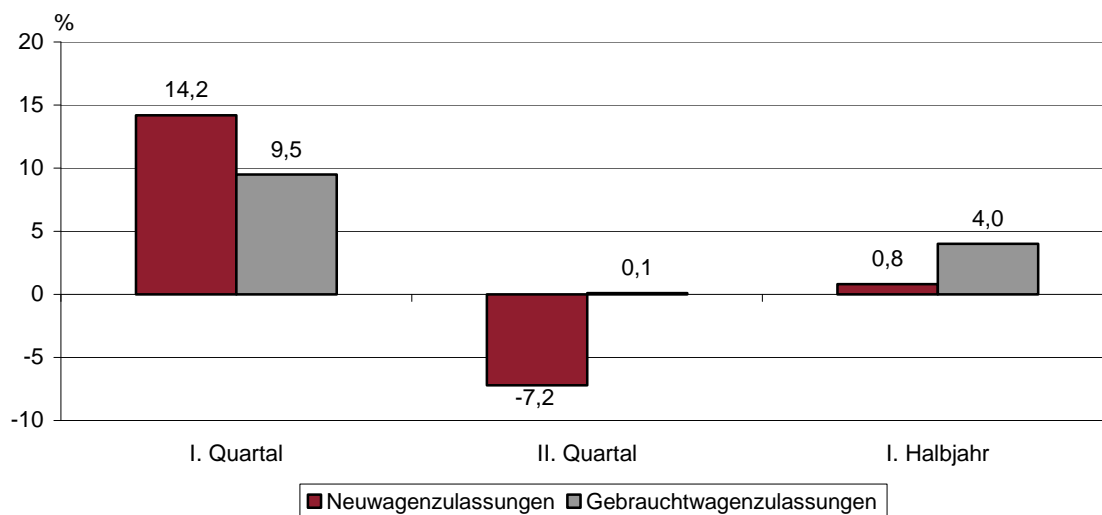
Im österreichischen Handel lag die Beschäftigtenzahl in den ersten fünf Monaten des Jahres 2010 um 0,2 % unter dem Vorjahresniveau. Dieser leichte Rückgang ist ausschließlich auf den Großhandel zurückzuführen. Die Umsätze sind im ersten Halbjahr 2010 in allen Handelsbereichen sowohl nominell als auch real angestiegen. Während das Umsatzplus im Großhandel im zweiten Quartal höher ausfiel als zu Jahresbeginn, war die Entwicklung in der Kfz-Wirtschaft und im Einzelhandel im ersten Jahresviertel deutlich besser.

Tabelle 31 Entwicklung der unselbstständig Beschäftigten¹ und des Umsatzes im ersten Halbjahr 2010 im Handel², Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent			
	I. Quartal	II. Quartal bzw. April bis Mai ³	I. Halbjahr bzw. April bis Mai ³
Kfz-Wirtschaft			
unselbstständig Beschäftigte	-0,3	0,7	0,1
Umsatz nominell	6,7	-1,1	2,3
Umsatz real	6,2	-1,2	2,0
Großhandel			
unselbstständig Beschäftigte	-1,6	-0,4	-1,1
Umsatz nominell	5,3	12,6	9,1
Umsatz real	1,9	6,4	4,3
Einzelhandel⁴			
unselbstständig Beschäftigte	0,0	0,7	0,3
Umsatz nominell	3,8	0,6	2,1
Umsatz real	3,1	-0,9	0,9
Handel insgesamt			
unselbstständig Beschäftigte	-0,6	0,3	-0,2
Umsatz nominell	5,2	7,4	6,3
Umsatz real	2,8	3,4	3,1

¹ inkl. geringfügig Beschäftigte
² Abschnitt G der ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 2)
³ Bei den unselbstständig Beschäftigten ist nur eine Darstellung des Zeitraums Jänner bis Mai möglich, da der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger im Juni 2010 erstmals einen Abgleich der Branchenzuordnungen mit dem Unternehmensregister der Statistik Austria durchgeführt hat und in Folge dessen ab diesem Monat auf Branchenebene ein Vergleich mit den Vormonaten bzw. Vorjahren nicht mehr möglich ist.
⁴ Umsatz: stationärer Einzelhandel exkl. Tankstellen
Quellen: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, KMU FORSCHUNG AUSTRIA

Die Kfz-Zulassungen stiegen zwischen Jänner und Juni 2010 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, wobei der Zuwachs bei den Gebrauchtwagenzulassungen (+4,0 %) höher ausfiel als bei den Neuzulassungen (+0,8 %). In beiden Segmenten ist die Entwicklung auf das erste Quartal zurückzuführen (Neuzulassungen: +14,2 %, Gebrauchtwagenzulassungen: +9,5 %). Die erstmals neu für den Verkehr zugelassenen Kfz gingen im zweiten Jahresviertel um 7,2 % zurück, was nicht zuletzt auf die rückläufige Entwicklung im Bereich PKW (-7,8 %), die fast drei Viertel der Kfz-Neuzulassungen ausmachen, zurückzuführen ist. Die Gebrauchtwagenzulassungen lagen im zweiten Quartal in etwa auf dem Niveau des Vorjahresquartals.

Grafik 39 Entwicklung der Anzahl der Kfz-Zulassungen, erstes Halbjahr 2010, Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal bzw. Vorjahreshalbjahr in Prozent

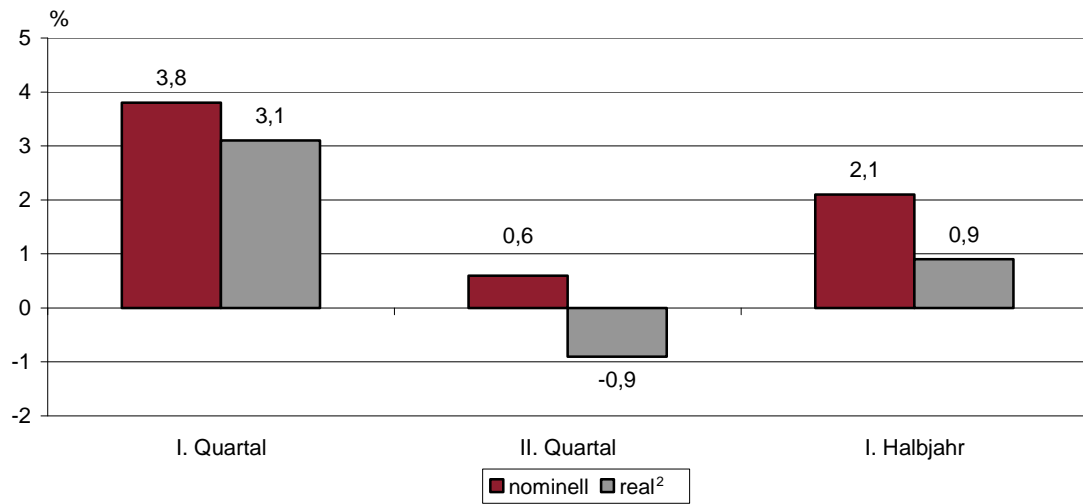


Quelle: Statistik Austria

Der stationäre Einzelhandel Österreichs konnte im ersten Halbjahr 2010 ein nominelles Umsatzplus von 2,1 % gegenüber dem Vorjahr erzielen. Die durchschnittliche Preissteigerung lag im Einzelhandel mit rund 1,2 % erstmals seit dem Jahr 2006 wieder unter der Inflationsrate von 1,7 % (Statistik Austria, Konjunkturstatistik Handel, Dienstleistungen). Real kam es zu einem Umsatzwachstum von 0,9 %.

Im ersten Quartal war die Umsatzentwicklung im Einzelhandel u. a. auf Grund der Verschiebung des Ostergeschäfts von April in den März (im Jahresvergleich) deutlich besser als im zweiten Jahresviertel.

Grafik 40 Umsatzentwicklung im stationären Einzelhandel (exkl. Tankstellen)¹, erstes Halbjahr 2010, Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal bzw. Vorjahreshalbjahr in Prozent

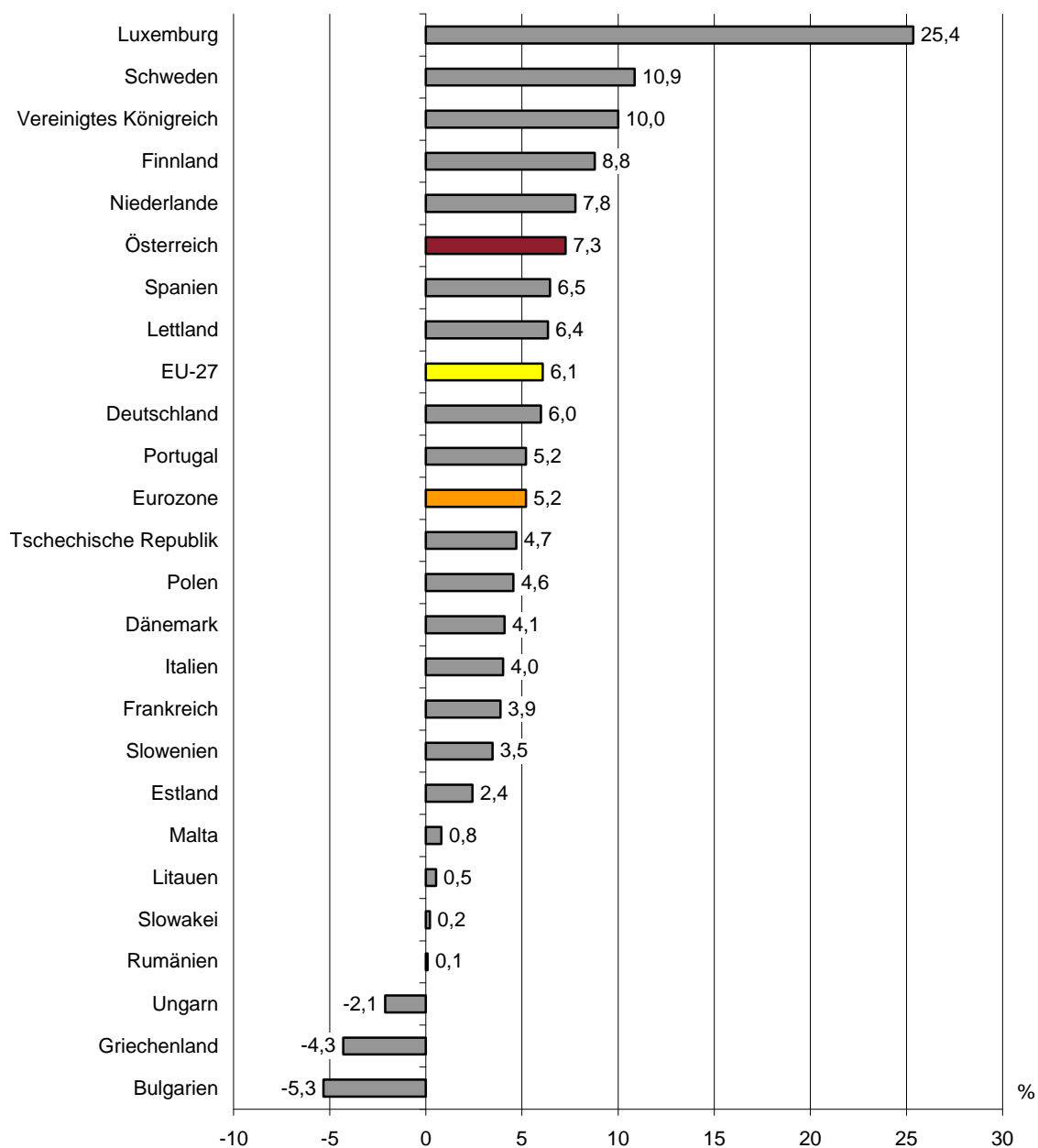


¹ Der Lebensmitteleinzelhandel ist auf Basis ACNielsen Umsatzbarometer enthalten, seit 2008 inkl. Hofer und Lidl.

² Die Preisbereinigung im Einzelhandel erfolgt auf Basis eines Deflators auf Branchenebene (Quelle: Statistik Austria).
Quelle: KMU FORSCHUNG AUSTRIA

Im europäischen Vergleich entwickelten sich die in Österreich erzielten arbeitstätig bereinigten Handelsumsätze mit einem nominellen Plus von mehr als 7 % im zweiten Quartal 2010 weiterhin besser als der Durchschnitt der EU-27 (+6,1 %) und jener der Eurozone (+5,2 %).

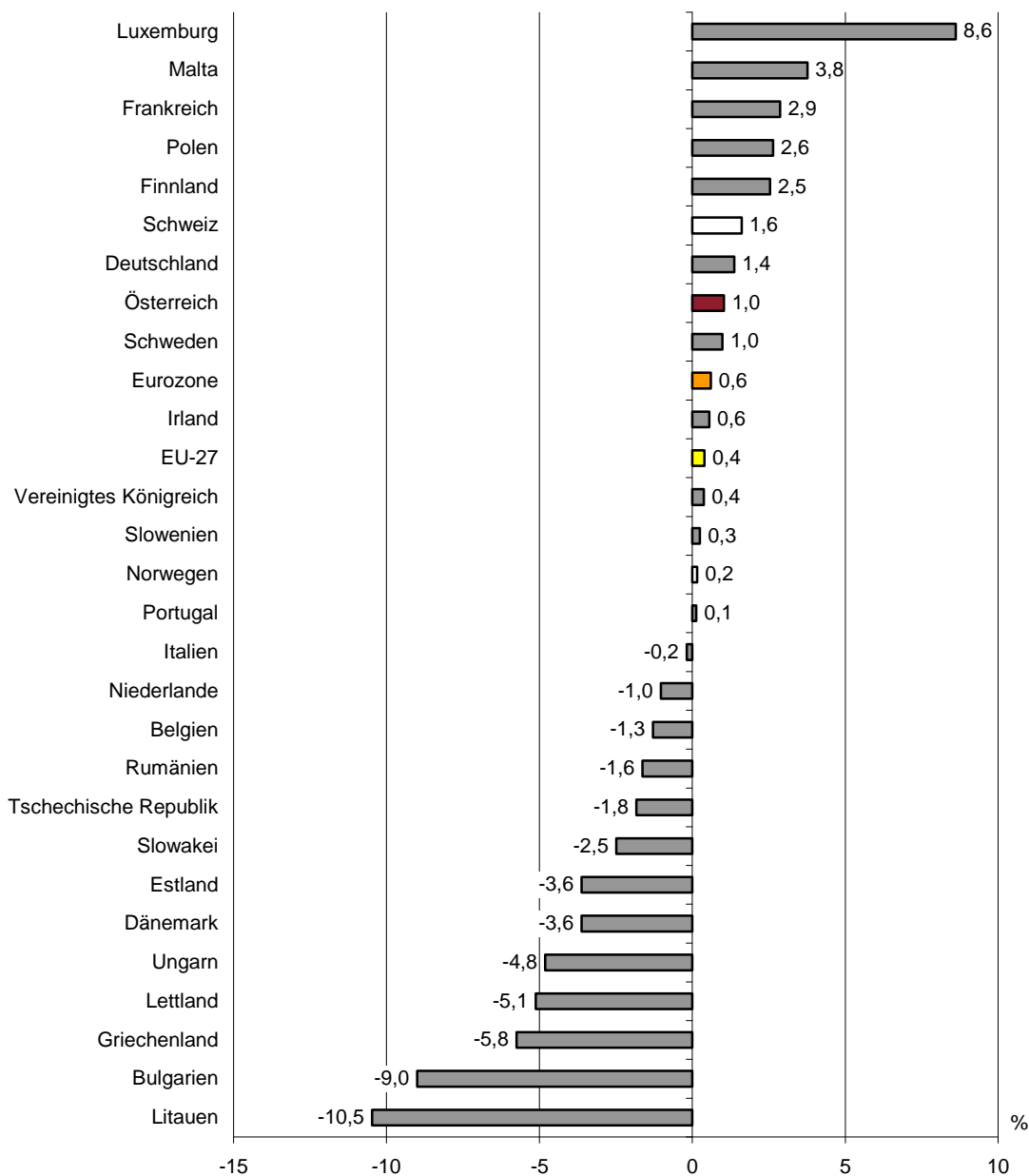
Grafik 41 Europäischer Vergleich der Umsatzentwicklung (nominell) im zweiten Quartal 2010 im Handel¹, arbeitstägig bereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent



¹ Abschnitt G der NACE Rev. 2 (=ÖNACE 2008)
 Quelle: Eurostat, vorläufige Schätzung; Statistik Austria

Im österreichischen Einzelhandel (stationär und nichtstationär) war die reale Umsatzentwicklung im zweiten Jahresviertel ebenfalls besser als im Durchschnitt der EU-27.

Grafik 42 Europäischer Vergleich der Umsatzentwicklung (real) im zweiten Quartal 2010 im Einzelhandel¹, arbeitstäglich bereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent



¹ Abteilung 47 der NACE Rev. 2 (=ÖNACE 2008)

Quelle: Eurostat

Dienstleistungen (exkl. Handel)

Der Dienstleistungsbereich ist der einzige der drei großen privatwirtschaftlichen Bereiche in Österreich, in dem in den ersten fünf bzw. sechs Monaten 2010 sowohl die Zahl der Beschäftigten als auch die Umsätze gestiegen sind. Am deutlichsten fiel das Plus bei beiden Indikatoren in der Gastronomie und Beherbergung sowie bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (z. B. Vermietung von beweglichen Sachen, Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften, Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen) aus. Am schlechtesten war die Entwicklung im Verkehr und im Bereich Information und Kommunikation: die Anzahl der Arbeitnehmer ging in beiden Sektoren zurück. Im Wirtschaftsbereich Information und Kommunikation sank auch der Umsatz in beiden Quartalen nominell.

Tabelle 32 Entwicklung der unselbstständig Beschäftigten¹ und des Umsatzes im ersten Halbjahr 2010 im Dienstleistungsbereich (exkl. Handel)², Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent			
	I. Quartal	II. Quartal bzw. April bis Mai ³	I. Halbjahr bzw. Jän. bis Mai ³
Verkehr und Lagerei			
unselbstständig Beschäftigte	-1,9	-1,9	-1,9
Umsatz	0,3	3,0	k. W.
Beherbergung und Gastronomie			
unselbstständig Beschäftigte	3,5	3,0	3,3
Umsatz	5,0	3,1	k. W.
Information und Kommunikation			
unselbstständig Beschäftigte	-1,0	0,0	-0,6
Umsatz	-3,4	-1,4	k. W.
Freiberufliche Dienstleistungen			
unselbstständig Beschäftigte	0,3	1,5	0,8
Umsatz	3,4	2,8	k. W.
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen			
unselbstständig Beschäftigte	0,4	6,2	2,7
Umsatz	2,5	6,8	k. W.
Dienstleistungsbereich (exkl. Handel)			
unselbstständig Beschäftigte	0,5	1,4	0,8
Umsatz	1,2	2,5	k. W.
k. W. = kein Wert verfügbar			
¹ inkl. geringfügig Beschäftigte			
² Abschn. H bis N (Umsatz ohne Abteilungen 72, 75, 77 sowie Gruppen 70.1, 81.1) der ÖNACE 2008 (=NACE Rev. 1.1)			
³ Bei den unselbstständig Beschäftigten ist nur eine Darstellung des Zeitraums Jänner bis Mai möglich, da der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger im Juni 2010 erstmals einen Abgleich der Branchenzuordnungen mit dem Unternehmensregister der Statistik Austria durchgeführt hat und in Folge dessen ab diesem Monat auf Branchenebene ein Vergleich mit den Vormonaten bzw. Vorjahren nicht mehr möglich ist.			
Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria			

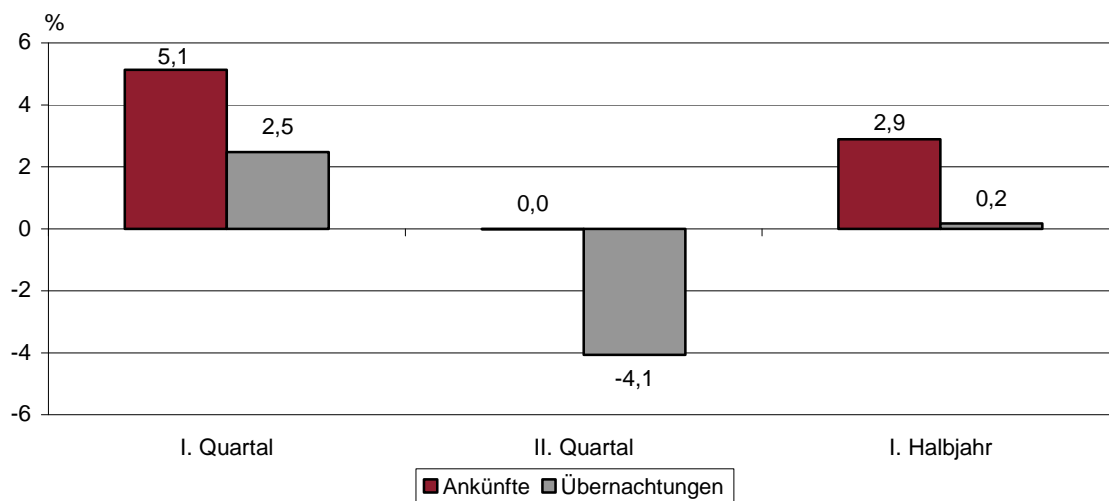
Im Folgenden soll an Hand von zusätzlichen Indikatoren die konjunkturelle Entwicklung im Verkehr, im Tourismus und im Wirtschaftsbereich Information und Consulting verdeutlicht werden.

Im Verkehr ist das Transportaufkommen nach deutlichen Rückgängen im Jahr 2009 im ersten Quartal 2010 um 4,4 % gestiegen. (Statistik Austria (2010): Güterverkehrsstatistik.)

Wichtige Indikatoren für den Tourismus sind die Ankunfts- und Nächtigungszahlen. Während die Ankünfte in den österreichischen Beherbergungsbetrieben im ersten Halbjahr 2010 um knapp 3 % über dem Vorjahr lagen, war die Anzahl der Übernachtungen nur geringfügig (+0,2 %) höher

als im ersten Halbjahr 2009. Die bessere Entwicklung im ersten Quartal 2010 ist darauf zurückzuführen, dass die Karwoche (und damit auch die Osterferien) heuer bereits auf Ende März und nicht wie im Vorjahr auf den April fiel. Insgesamt haben sich die Ankünfte und Nächtigungen der österreichischen Staatsbürger besser entwickelt als jene der internationalen Gäste.

Grafik 43 Entwicklung der Nächtigungen und Ankünfte in Österreich, Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal bzw. Vorjahreshalbjahr in Prozent, erstes Halbjahr 2010

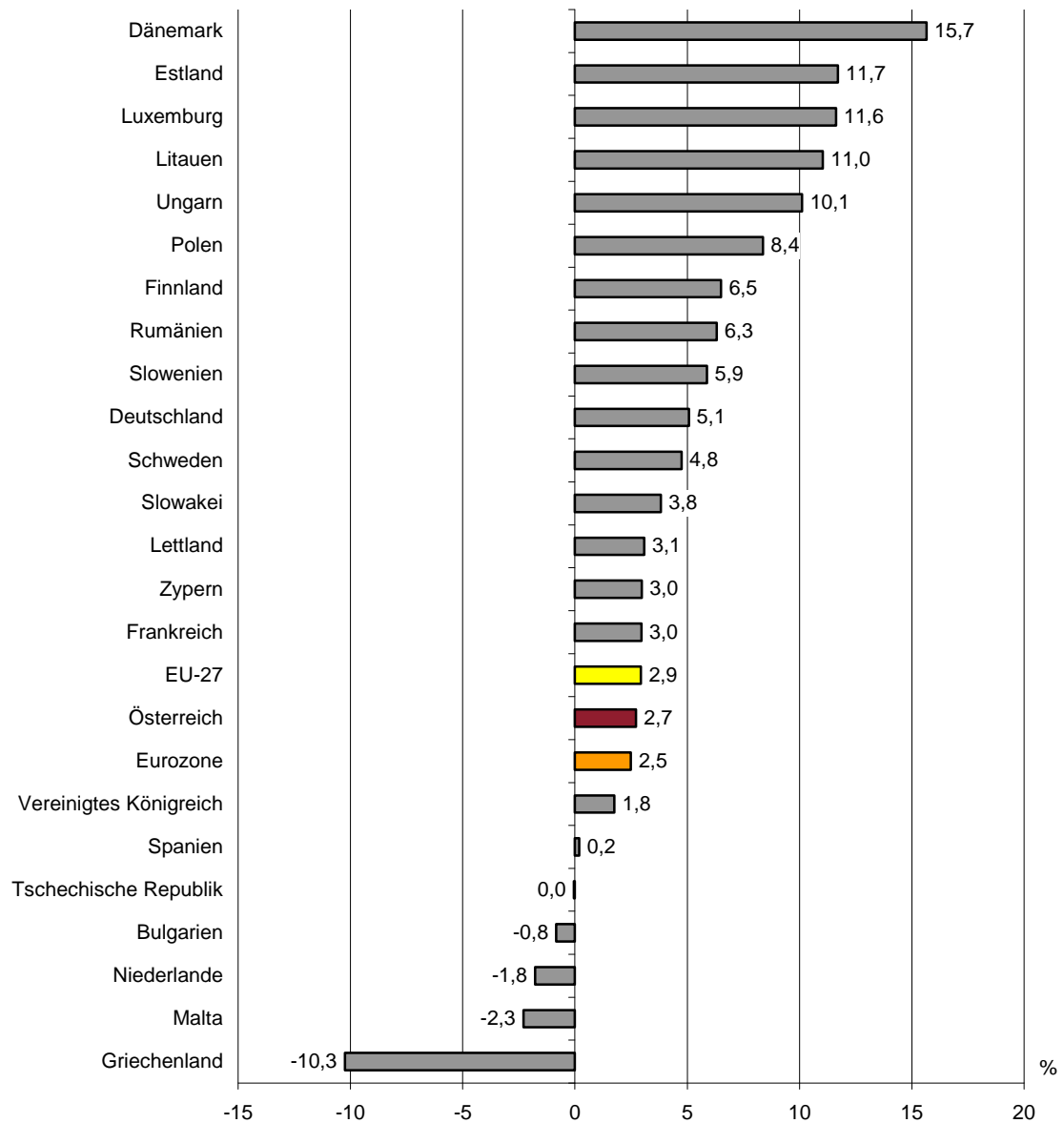


Quelle: Statistik Austria

Die Unternehmen des Sektors Information und Consulting (nach Wirtschaftskammersystematik) gaben bei einer Befragung zwischen Februar und April 2010 an, dass sie für das erste Halbjahr 2010 ein Umsatzwachstum von 3,8 % im Vergleich zum ersten Halbjahr 2009 erwarten. Mehr als die Hälfte der Betriebe (etwa 52 %) rechnete mit im Vergleich zum Vorjahr unveränderten Umsätzen, knapp ein Drittel erwartete Umsatzsteigerungen und rund 17 % der Unternehmen befürchteten Umsatzeinbußen gegenüber der ersten Jahreshälfte 2009.

Die Umsätze im österreichischen Dienstleistungsbereich sind arbeitstäglich bereinigt im zweiten Quartal 2010 nominell um 2,7 % gestiegen. Das Plus war damit etwas niedriger als in den EU-27 (+2,9 %) und etwas höher als in der Eurozone (+2,5 %).

Grafik 44 Europäischer Vergleich der Umsatzentwicklung (nominell) im zweiten Quartal 2010 im Dienstleistungsbereich (exkl. Handel)¹, arbeitstägig bereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent



¹ Abschnitte H bis N (ohne Abteilungen 72, 75, 77 sowie Gruppen 70.1, 81.1) der NACE Rev. 2 (=ÖNACE 2008)
Quelle: Eurostat, vorläufige Daten; Statistik Austria

3 Bewältigung der Wirtschaftskrise

Die wirtschaftspolitische Diskussion der letzten Jahre war dominiert von der internationalen Wirtschaftskrise. Der Einbruch der Wirtschaftsentwicklung in Österreich – beginnend mit 2008 und massiv im Jahr 2009 – wurde in Kapitel 2 bereits verdeutlicht. Nachstehend werden die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und die Schritte, die auf europäischer Ebene und in Österreich getroffen wurden, um die Folgen der Krise zu dämpfen, beschrieben. Im Anschluss wird zudem die Wirkung dieser Maßnahmen in Österreich – auf Basis erster bereits vorliegender Analysen – beleuchtet.

3.1 Auswirkungen

Dass die ab dem Frühsommer 2007 auf dem US-Subprime-Markt (dem Teil des US-amerikanischen Hypothekendarlehenmarktes mit Schuldnern geringer Bonität) auftretenden Turbulenzen größere Kreise ziehen würden, wurde spätestens mit dem Zusammenbruch der Investmentbank „Lehman Brothers“ in den USA im September 2008 deutlich. (Breuss, F. et al. (2009): Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Konjunkturpakete I und II und der Steuerreform 2009. Wien: WIFO.) Das Platzen der Immobilienblase in den Vereinigten Staaten, enorme Beträge an Wertpapieren, deren Ausfallrisiko schwer einzuschätzen war (sogenannte „toxische Wertpapiere“), und eine erschwerte Refinanzierung stellten viele Finanzinstitute auf mehreren Kontinenten vor große Herausforderungen. Weltweit wurden Banken unter staatliche Kontrolle gestellt. Island war angesichts der Verstaatlichung der drei größten Banken dem Staatsbankrott nahe. (Hölzl, W. (2009): Österreichs kleine und mittlere Unternehmen in der Finanzmarktkrise. In: WIFO: Monatsberichte 12/2009. Wien: WIFO.)

Die Finanzmarktkrise zeigte weltweite Auswirkungen und entwickelte sich mit der starken Beeinträchtigung der Realwirtschaft im Herbst 2008 zu einer internationalen Wirtschaftskrise.

Die Auswirkungen dieser weltweiten Wirtschaftsentwicklung auf KMU war – je nach Branche, Größe, Kundensegment, Standort etc. – unterschiedlich, wie in den Ausführungen zur aktuellen wirtschaftlichen Lage der KMU (vgl. Kapitel 2) gezeigt wurde.

Unmittelbare und weitreichende Auswirkung der Turbulenzen auf den Finanzmärkten war ein Vertrauensverlust am Interbankenmarkt, dem Markt für Geschäfte des Geld- und Kreditverkehrs zwischen Banken, und damit ein Rückgang der Kreditvergabe zwischen den Banken, aber auch an Unternehmen und Privatpersonen. Dies und die allgemeine Unsicherheit trugen dazu bei, dass die Angst vor einer Kreditklemme, wonach Kredite für Unternehmen generell – obwohl entsprechende Nachfrage vorhanden ist – von Banken nicht zur Verfügung gestellt werden, auch „Credit Crunch“ genannt, stieg.

Neben angebotsseitigen konnten auch nachfrageseitige Veränderungen auf Grund der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise beobachtet werden. Vor allem kleinere österreichische KMU reagierten auf die negative Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2009 mit Investitionszurückhaltung, wie eine von WKÖ und Austria Wirtschaftsservice Ges.m.b.H (aws) beauftragte Marketmind-Studie aus dem Jahr 2010 zeigt. Nur 5 % der 1.350 befragten Betriebe haben 2009 größere Investitionsvorhaben (Investitionen deutlich über der jährlichen Absetzung für Abnutzung, AfA) durchgeführt, etwa jedes fünfte Unternehmen mittlere Investitionsvorhaben (Investitionen in Höhe der jährlichen AfA). Drei Viertel der Unternehmen haben nicht oder nur geringfügig investiert.

Im Jahr 2009 ist für die Mehrheit der befragten Betriebe der Zugang zu Finanzierung unverändert geblieben. Bei einem Drittel der vom Marktforschungsinstitut Marketmind befragten Unternehmen haben sich die Chancen auf eine positive Erledigung eines Kreditwunsches nach eigenen Angaben verschlechtert. Bei etwa 90 % der Betriebe, die größere oder mittlere Investitionen durchgeführt haben, konnte der Kreditbedarf für Investitionen im Jahr 2009 ausreichend gedeckt werden. (Marketmind (2010): Umfrage WKÖ-aws: Investitionen der Betriebe stagnieren. Pressemitteilung, Wien, 16.2.2010.)

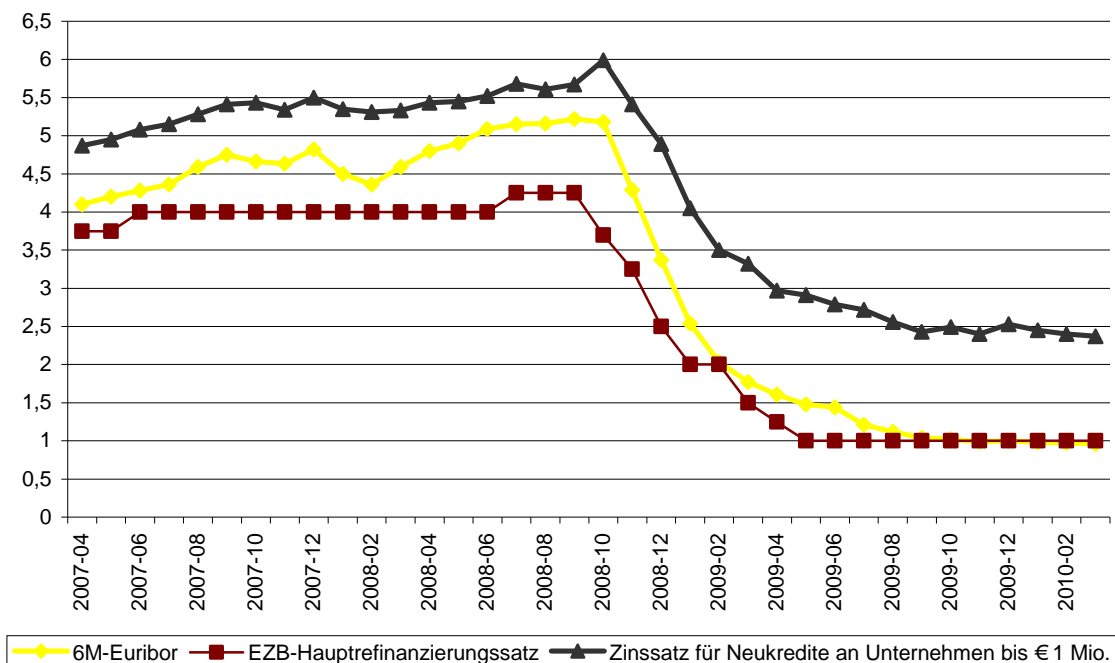
Angebotsseitig bedeuteten Liquiditätsbeschränkung und Risikoneubewertung der Geschäftsbanken für Unternehmen erschwerte Konditionen bei der Kreditaufnahme. Es war zu befürchten, dass eine Kreditklemme Unternehmen zunehmend an Investitionen hindert und sich so die konjunkturelle Spirale abwärts dreht.

Zwei Charakteristika der KMU ließen darauf schließen, dass sie eine Verknappung der Bankenfinanzierung besonders zu spüren bekämen. (Hölzl,

W. (2009): a. a. O.) Die mit sinkender Unternehmensgröße fallende Eigenkapitalquote war ein Grund für die Annahme einer stärkeren Auswirkung auf kleinere Unternehmen. Großunternehmen verfügten 2007/08 über 36 % Eigenkapitalquote, während bei Mikrounternehmen die Eigenmittel knapp 10 % der Bilanzsumme betragen. (Voithofer, P. (2009): Eigenkapitalausstattung und betriebswirtschaftliche Position der KMU vor Beginn der Finanzkrise. Wien: KMU FORSCHUNG AUSTRIA.) Bankkredite stellen für KMU die wichtigste externe Finanzierungsquelle dar. Eine Verknappung der Bankenfinanzierung würde sich daher insbesondere auf KMU auswirken. Anders als Großbetrieben ist KMU der Zugang zu Kapitalmärkten aufgrund hoher Transaktions- und Informationskosten erschwert. (Hözl, W. (2009): a. a. O.)

Die Senkung des Hauptrefinanzierungssatzes der Europäischen Zentralbank (EZB) spiegelte sich in niedrigeren Kreditzinssätzen für Unternehmen wider. In nachstehender Grafik wird der 6-Monats-Euribor dem EZB-Hauptrefinanzierungssatz und dem Zinssatz für Neukredite an Unternehmen bis zur Höhe von € 1 Mio. in Österreich, welche für KMU von besonderer Bedeutung sind, gegenübergestellt.

Grafik 45 Zinssätze 2007 bis März 2010

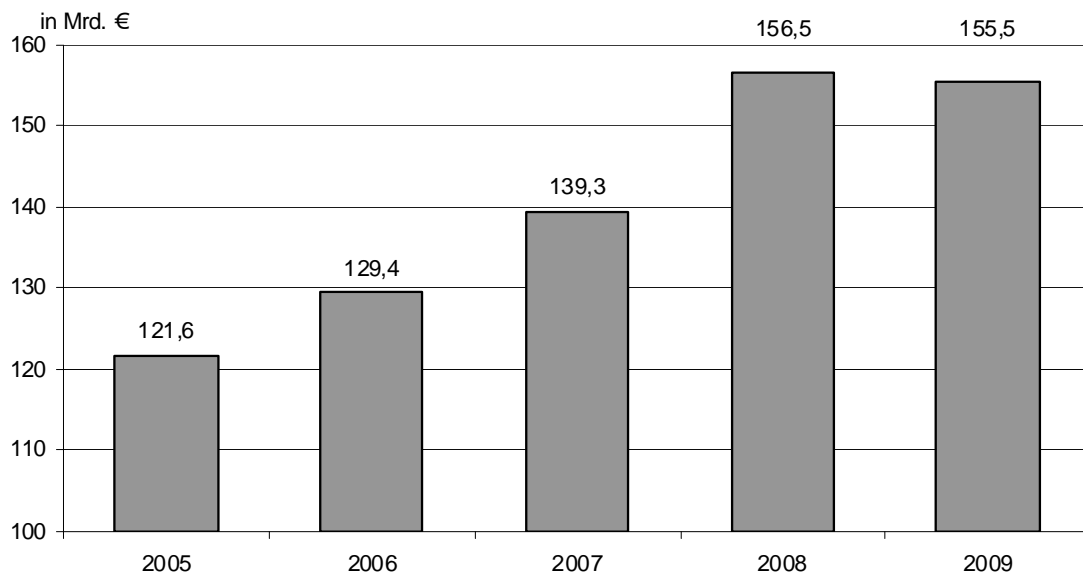


Quelle: OeNB, Deutsche Bundesbank

Die Zinsspannen bzw. Aufschläge auf risikoreichere Kredite und – in geringerem Ausmaß – für Kreditnehmer mit durchschnittlicher Kreditwürdigkeit wurden erhöht; zudem wurden die Kreditrichtlinien verschärft. Höhere Sicherheitenerfordernisse, höhere Kreditnebenkosten sowie Zusatz- oder Nebenvereinbarungen gestalteten die Kreditaufnahme für Unternehmen schwieriger. (Berger et al. (2009): Konjunkturbelebende Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung und der Bundesländer – Abschätzung der volkswirtschaftlichen Effekte. Wien: Institut für Höhere Studien, BMWFJ.) Die Kreditvergabekonditionen der österreichischen Banken wurden von 2007 bis 2009 kontinuierlich verschärft, wie Umfragen der OeNB zeigen. (Waschiczek, W. (2010a): Banken erwarten leichte Lockerung der Richtlinien für Unternehmenskredite. In: OeNB Statistiken Q2/2010. Wien: OeNB.) Im zweiten Quartal 2010 wurden im Firmenkundengeschäft die Kreditrichtlinien für Großbetriebe erstmals seit drei Jahren leicht gelockert. Für KMU blieben die verschärften Kreditbedingungen unverändert. (Waschiczek, W. (2010b): Erste Lockerung der Richtlinien für Unternehmenskredite seit Beginn der Krise. In: OeNB Statistiken Q3/2010. Wien: OeNB.)

Das Kreditvolumen europäischer Unternehmen bei österreichischen Banken erhöhte sich auch 2008 weiter. 2009 war das Kreditvolumen erstmals geringfügig rückläufig. Die Ausleihungen an nichtfinanzielle Unternehmen¹⁶ – Kredite an bzw. zwischen Bankinstituten werden dabei nicht berücksichtigt – betragen im Jahr 2009 € 155,5 Mrd., nachdem sie im Vorjahr noch bei € 156,5 Mrd. lagen.

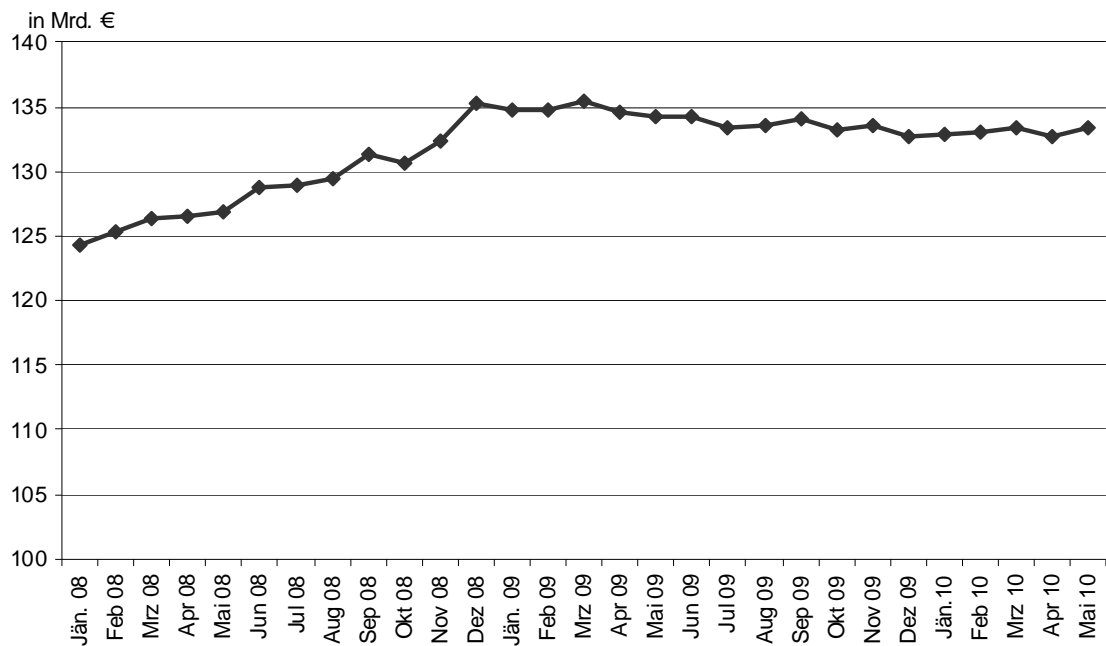
Grafik 46 Ausleihungen nichtfinanzieller Unternehmen im Euroraum bei Österreichs Banken in Mrd. €



Quelle: OeNB

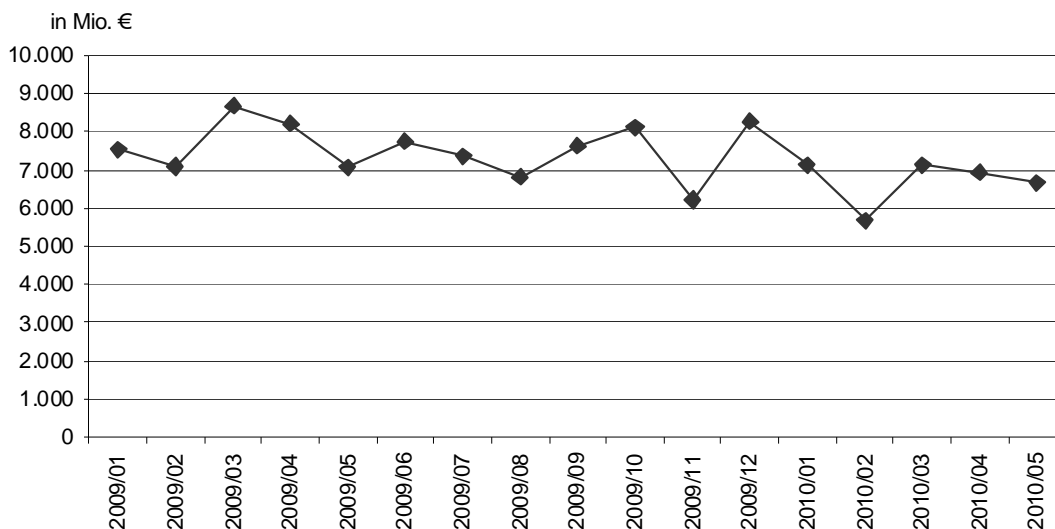
Das Kreditvolumen österreichischer Unternehmen nahm 2008 weiter zu; es erhöhte sich von € 124,3 Mrd. im Jänner 2008 auf € 135,2 Mrd. bis zum Jahresende 2008. Nach einer relativ konstanten Phase bis März 2009 ist tendenziell ein Rückgang der Bankverbindlichkeiten österreichischer Unternehmen feststellbar. Das Niveau von März 2009 konnte seither nicht mehr erreicht werden. Im Mai 2010 waren € 133,4 Mrd. an österreichischen Unternehmenskrediten ausständig.

Grafik 47 Kredite österreichischer Banken an inländische Unternehmen in Mrd. €



Quelle: OeNB

Es liegt keine empirische Evidenz vor, dass die Finanzmarktkrise in Österreich zu einer Kreditklemme für KMU führte, auch wenn sich das Wachstum des Kreditvolumens verlangsamte (seit Anfang 2009 um durchschnittlich 0,15 %-Punkte pro Monat). Die seit Anfang 2009 geführte Statistik der OeNB zur Neukreditvergabe zeigt eine relativ stabile Kreditvergabe an Unternehmen im Jahr 2009. Die Fristigkeit der Neukredite hat sich aber hin zu kurzen Laufzeiten verschoben.

Grafik 48 Neukreditvergabe an inländische Unternehmen in Mio. €

Quelle: OeNB

Der Anteil der Neukreditvergaben mit kurzer Laufzeit lag seit Jänner 2009 stets über 74 %. Im Februar 2010 hatten 86,3 % der an österreichische Unternehmen neuvergebenen Kredite eine Laufzeit von bis zu sechs Monaten. Bei Großkrediten über € 1 Mio. lag der Anteil mit einer Fristigkeit von bis zu einem halben Jahr bei 90 % und erreichte damit den anteilmäßigen Höchststand in der Beobachtungsperiode seit Jänner 2009. Im Mai 2010 wurden 74,8 % der Neukredite für eine Periode von unter sechs Monaten vergeben.

Insgesamt hat sich seit 2008 sowohl das Angebot an Bankfinanzierungen als auch die Nachfrage verändert. Die Abschwächung des Wachstums der Unternehmenskredite dürfte ihre Ursachen auf beiden Marktseiten haben, wobei nicht festgestellt werden kann, ob die Verlangsamung des Kreditwachstums durch das Kreditvergabeverhalten der Banken oder durch die Entwicklungen der KMU hervorgerufen wurde.

3.2 Maßnahmen

3.2.1 Maßnahmen auf europäischer Ebene

Die internationale Rezession erforderte Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen und die Zusammenarbeit der relevanten Akteure: Nationale Regierungen, die Europäische Kommission sowie die EZB waren angesichts des Ausmaßes der Krise gefordert, Spareinlagen und die Verfügbarkeit erschwinglicher Kredite für Unternehmen und Haushalte zu sichern sowie bessere Rahmenbedingungen für die Zukunft zu erarbeiten.

Bevor das europäische Konjunkturpaket im November 2008 präsentiert wurde, plädierte Kommissionspräsident Barroso auf baldige Umsetzung der Maßnahmen, die im Rahmen des „Small Business Act“ (vgl. Kapitel 7.4) vorgeschlagen wurden, „denn es ist der Mittelstand, der in der EU die meisten neuen Arbeitsplätze schafft“. (Jose Manuel Barroso, 28. Oktober 2008)

Die getroffenen Maßnahmen auf europäischer Ebene fallen in die Bereiche der Währungs- und Kredit- sowie Haushaltspolitik.

Währungs- und Kreditpolitik

Ein wichtiger Schritt zur Sicherstellung der Liquidität betraf nicht nur die Versorgung der Banken mit Kapital, sondern in weiterer Folge auch die Unternehmen Europas. Zur Gewährleistung der Kapitalversorgung senkte die EZB bereits im Oktober 2008 den Hauptrefinanzierungssatz um 50 Basispunkte. In den folgenden Monaten wurde der EZB-Leitzins schrittweise weiter bis auf 1 % im Mai 2009 gesenkt. Seither blieb er unverändert auf diesem Niveau. Die Möglichkeit der (kostengünstigen) Refinanzierung der Banken durch die EZB wurde zudem ausgeweitet. Die expansive Geldpolitik auf europäischer Ebene trug zur Reduktion der Anspannung auf den Finanzmärkten bei.

Effiziente und funktionierende Finanzmärkte sind elementarer Grundstein für eine dynamische Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund plädierte die Europäische Kommission dafür, dass die Mitgliedstaaten die umfangreichen Finanzhilfen für den Bankensektor nutzen, um rasch zu einer normalen Kreditvergabe zurückzukehren und sicherzustellen, dass Zinssenkungen an die Kreditnehmer weitergegeben würden. Angesichts der Gefahr wettbewerbsverzerrender Praktiken und des grundsätzlichen Verbots von staatlichen

Beihilfen in der Europäischen Union stehen die Maßnahmen und deren Auswirkungen auf Wirtschaft und Wettbewerb unter Beobachtung der Europäischen Kommission. Zwischen Oktober 2008 und Juli 2009 genehmigte die Europäische Kommission Staatshilfe für finanzielle Institutionen im Umfang von € 3,5 Billionen, wovon in diesem Zeitraum etwa € 1,5 Billionen genutzt wurden: für Garantien, Liquiditätshilfen, Rekapitalisierungen und die Behandlung von wertberichtigten Bilanzpositionen, jenen buchhalterischen Abwertungen bzw. Korrekturen, die zur Berücksichtigung der aktuellen (niedrigeren) Marktpreise notwendig wurden (impaired assets). (Europäische Kommission (2009a): Economic Crisis in Europe: Causes, Consequences and Responses. Brüssel: Europäische Kommission.)

Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde die Gewährung staatlicher Beihilfen von der Europäischen Kommission vorübergehend erleichtert. Den Mitgliedstaaten wurden damit zusätzliche Möglichkeiten für Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise gewährt. Die im Zusammenhang mit der „Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaates“ stehenden Beihilfen können vom jeweiligen Mitgliedsland gewährt werden, bedürfen jedoch der Anmeldung bei der Europäischen Kommission. Diese Maßnahmen stehen nur jenen Unternehmen offen, die sich zum (Stichtag) 1. Juli 2008 nicht in finanziellen Schwierigkeiten befanden. Die Maßnahmen sind bis zum 31. Dezember 2010 beschränkt und vorübergehende Maßnahmen dürfen nicht mit „De-minimis-Beihilfen“, das sind kleinere, nicht bei der Europäischen Kommission anzeigepflichtige Beihilfen, insbesondere für KMU, kumuliert werden. Neue Maßnahmen bzw. vorübergehende Änderungen betreffen vor allem:

- Pauschale Zuwendungen von bis zu € 500.000 pro Unternehmen (statt wie bisher maximal € 200.000 innerhalb von drei Jahren) von 1. Jänner 2008 bis 31. Dezember 2010.
- Staatliche Garantien, die bei Bezahlung eines marktüblichen Entgelts nicht als staatliche Beihilfen betrachtet werden, für Kredite in Form einer Ermäßigung der zu zahlenden Prämien.
- Beihilfen in Form von Zinszuschüssen für alle Arten von Krediten, wobei die Festlegung der zu zahlenden Zinssätze vor dem Hintergrund der erschwerten Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen geändert wurde. Anstatt einer auf die Interbank Offered Rate (IBOR) aufgeschlagenen, von der Bonität des Unternehmens abhängigen Marge von

60 bis 100 Basispunkten ermöglicht die Europäische Kommission, dass staatliche oder private Kredite auch zu Zinssätzen gewährt werden, die mindestens dem Tagesgeldsatz der Zentralbank zuzüglich von Prämien (u. a. entsprechend dem Risikoprofil des Begünstigten) entsprechen.

- Beihilfen in Form von Zinssatzermäßigungen bei Investitionskrediten für die Herstellung von Produkten, die den Umweltschutz erheblich verbessern; diese müssen bis zu einer Obergrenze von € 7,5 Mio. nicht vorher bei der Europäischen Kommission angemeldet werden.
- Risikokapitalbeihilfen bis zu einer Höhe von € 2,5 Mio. (statt wie bisher € 1,5 Mio.) pro KMU und Jahr, sofern private Investoren mindestens 30 % (statt bisher 50 %) der Investitionskosten tragen.

Mit der Anpassung der Beihilfen zielt die Europäische Kommission auf die Stärkung europäischer KMU ab. (Europäische Kommission (2009b): Gemeinschaftsvorschriften für Staatliche Beihilfen zugunsten von KMU – Ein praktisches Handbuch. Brüssel: Europäische Kommission.)

Die Krise erforderte auch zusätzliche Aktivitäten der Europäischen Investitionsbank (EIB)-Gruppe. Verstärkte Interventionen wurden in Form von Darlehen, Beteiligungskapital, Garantien und Finanzierungen auf Risikoteilungsbasis getätigt, wobei insgesamt 2009 und 2010 jährlich zusätzliche Mittel im Ausmaß von € 15 Mrd. zur Verfügung gestellt werden sollten. 2009 hat die EIB die europäische Wirtschaft mit Darlehen in Gesamthöhe von € 79,1 Mrd. unterstützt.

Das Finanzierungsniveau der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) wurde erhöht, um die neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu unterstützen. Im Jahr 2009 wurden € 7,9 Mrd. an Finanzierungen und damit um über 50 % mehr als 2008 zugesagt.

Der gemeinsam von EBWE, EIB und Weltbank getragene „IFI (internationale Finanzierungs-Institutionen) - Aktionsplan“ sieht vor, dass in die Finanzsektoren der 2009 und 2010 am stärksten von der Krise betroffenen Länder € 25 Mrd. investiert werden.

Im Rahmen der „Wiener Initiative“ kamen im Frühjahr 2009 alle Akteure im Finanzsektor – einheimische und internationale Banken, Regierungen, Aufsichtsorgane, Nationalbanken, die weltgrößten internationalen Finanzierungs-Institutionen (IFI) und die Europäische Union – zusammen, um Bedingungen zu schaffen, die im Westen beheimateten Mutterbanken in die

Lage versetzten, ihre Aktivitäten durch Tochterbanken in der EBWE-Region fortzusetzen, wo sie in vielen Ländern eine Schlüsselrolle spielen. (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (2010): Jahresbericht 2009. London: Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.)

Die Finanzkrise wurde weltweit zum Anlass genommen, um grundlegende Reformen und Vereinheitlichungen der Regulierung der Finanzmärkte zu diskutieren. Unter anderem wurde von einer von der Europäischen Kommission initiierten Expertengruppe zur Finanzmarktaufsicht in Europa die Einführung einer pan-europäischen Ratingagentur angedacht und Vorschläge zur Behandlung von Risiken bei Derivaten, also Finanzinstrumenten, deren Wert von Preisen anderer Handelsgüter abhängt, vorgelegt.

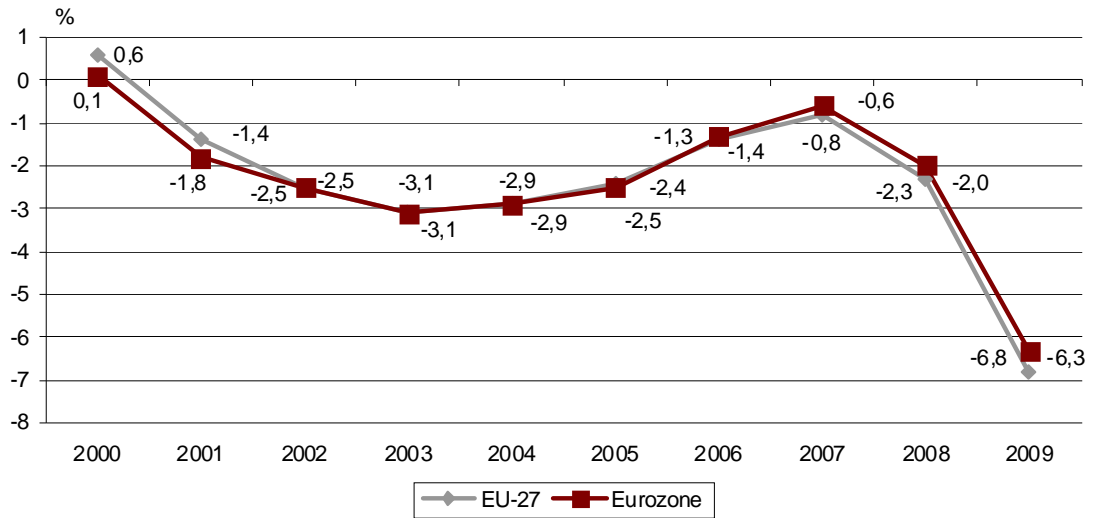
Haushaltspolitik

Die Europäische Kommission sprach sich dafür aus, dass die Mitgliedstaaten insgesamt rund € 200 Mrd. bzw. 1,2 % des Bruttoinlandprodukts der Europäischen Union für koordinierte Konjunkturpakete aufwenden sollen. Sie erarbeitete im Rahmen des europäischen Konjunkturprogramms Leitlinien für die konjunkturellen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten. Nationale Konjunkturpakete sollten rechtzeitig, befristet, zielgerichtet und koordiniert erfolgen. Sowohl einnahmen- als auch ausgabenseitige Instrumente sollten genutzt werden (bspw. öffentliche Ausgaben, Bürgschaften und Darlehenszuschüsse als Ausgleich für hohe Risikoprämien, niedrigere Steuern und Sozialabgaben). Zudem sollten die Konjunkturpakete im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts¹⁷ erfolgen sowie mit Strukturreformen einhergehen, welche die Nachfrage stützen und die Widerstandskraft gegenüber konjunkturellen Einbrüchen stärken.

Zudem stellte die Europäische Union in Schwierigkeiten geratenen Ländern (Ungarn, Lettland, Rumänien) mittelfristige Finanzhilfen zur Verfügung. (Europäische Kommission (2009a): a. a. O.)

Die Konjunkturmaßnahmen der Mitgliedstaaten zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise wirkten sich auf die Staatshaushalte aus. Die Defizite der Staaten stiegen stark an. Während die Haushalte der EU-27 im Jahr 2007 beinahe ausgeglichen waren (das Defizit betrug 0,8 % des Bruttoinlandprodukts), stieg das Defizit 2008 auf 2,3 % und 2009 auf 6,8 % an.

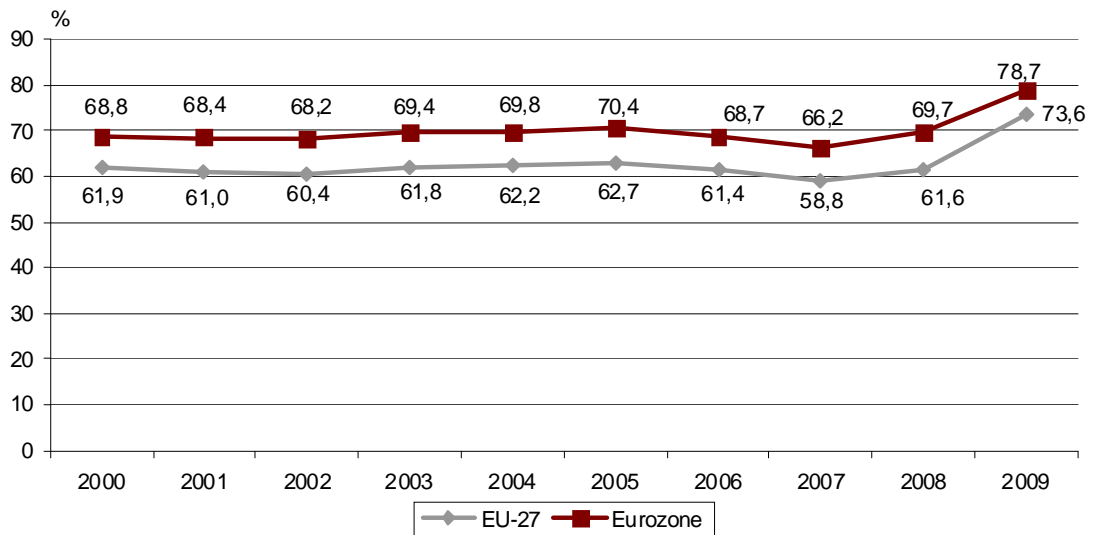
Grafik 49 Anteil des Finanzierungssaldos der EU-27 bzw. Eurozone am BIP, in Prozent



Quelle: Eurostat

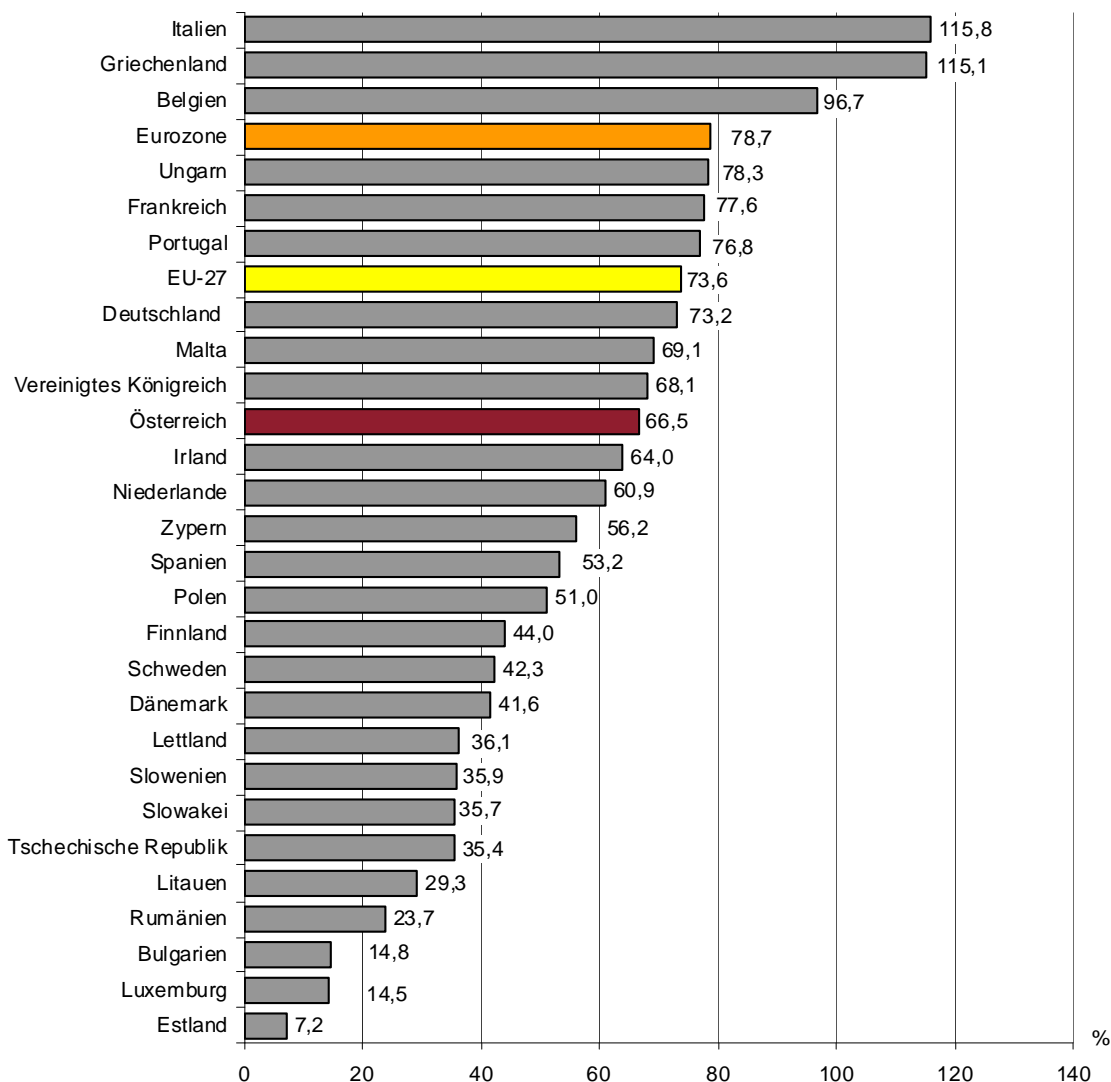
Die Haushaltsverschuldung stieg in den EU-27 im Jahr 2009 auf 73,6 % des Bruttoinlandsprodukts; in der Eurozone lag die durchschnittliche Verschuldung mit 78,7 % darüber. Für 2011 wird eine öffentliche Verschuldung von 84 % für die Mitgliedstaaten vorausgesagt – in der Eurozone soll sie bei 88 % liegen. (Europäische Kommission (2010b): a. a. O.)

Grafik 50 Anteil der Bruttoverschuldung der EU-27 bzw. Eurozone am BIP, in Prozent



Quelle: Eurostat

Grafik 51 Anteil der Bruttoverschuldung am BIP der Staaten Europas, in Prozent 2009



Quelle: Eurostat

Das Ausmaß der Verschuldung der Mitgliedstaaten war und ist sehr unterschiedlich, wie obige Grafik veranschaulicht. Die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit wurde in Griechenland im ersten Halbjahr 2010 akut.

Die Europäische Union und der Internationale Währungsfonds (IWF) einigten sich Anfang Mai 2010 auf ein Rettungspaket für den griechischen Staat. Die Euroländer unterstützen Griechenland in den nächsten drei Jahren mit € 80 Mrd., der IWF mit weiteren € 30 Mrd. Im Gegenzug muss der griechische Staat ein Sparprogramm umsetzen. Griechenland hat sich verpflichtet, die im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts festgelegte 3 %-Defizit-Grenze (Teil der sogenannten „Maastricht-Kriterien“¹⁸) bis 2014 zu erreichen.

Die „Griechenland-Krise“ hat zu Kursverlusten des Euro an den internationalen Börsen geführt. Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion ist unter Druck geraten. Der Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN-Rat) hat sich im Mai 2010 auf einen befristeten europäischen Stabilisierungsmechanismus geeinigt, dessen Ziel die Bewahrung der finanziellen Stabilität in Europa ist. Damit soll in Schwierigkeiten geratenen Ländern finanzielle Unterstützung ermöglicht werden. (Europäische Kommission (2010c): The European Stabilization Mechanism. Brüssel: Europäische Kommission.)

Der Europäische Stabilisierungsmechanismus, der so lange in Kraft bleibt wie es zur Wahrung der Finanzmarktstabilität erforderlich ist, sieht vor, Mitgliedstaaten, die von außergewöhnlichen Ereignissen außerhalb ihrer Kontrolle betroffen sind, finanziellen Beistand zu gewähren. Der Mechanismus ist mit einem Finanzvolumen von bis zu € 60 Mrd. ausgestattet. Zusätzlich dazu haben die Euro-Mitgliedstaaten eine Zweckgesellschaft gegründet, für welche die teilnehmenden Mitgliedstaaten anteilig bis zu einem Gesamtvolumen von € 440 Mrd. bürgen. Der IWF beteiligt sich zudem mit € 250 Mrd. Diese Maßnahmen zur Sicherung der Stabilität der Europäischen Union werden durch den Ankauf von Staatsanleihen und Geldmarktoperationen der EZB ergänzt.

Im Juni 2010 einigte sich der Europäische Rat darauf, dass die Mitgliedstaaten eine Abgabe für Finanzinstitute einführen sollen. Zudem wurden fünf EU-Kernziele der „Europa 2020-Strategie“ festgelegt:

- So sollen im Jahr 2020 75 % der Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren einen Arbeitsplatz haben.
- 3 % der Wirtschaftskraft der Europäischen Union sollen bis zum Jahr 2020 in F&E investiert und die Rahmenbedingungen für Forschung verbessert werden.
- Die von der Europäischen Union bereits beschlossene Formel „20-20-20“ ist Teil des Kernziels zum Klimaschutz. Demnach sollen klimaschädliche Emissionen im Jahr 2020 im Vergleich zum Jahr 1990 um mindestens 20 % sinken. Der Anteil erneuerbarer Energie am Energieverbrauch soll 20 % betragen und der Verbrauch soll gegenüber derzeitigen Vorhersagen um 20 % gesenkt werden.
- Im Bereich Bildung soll der Anteil der Schulabbrecher bis zum Jahr 2020 auf unter 10 % eines Jahrgangs sinken und der Anteil der Er-

wachsenen mit Hochschulabschluss oder vergleichbarer Ausbildung soll 40 % betragen.

- Zudem hat man sich das Ziel gesteckt, die Zahl der armutsgefährdeten Menschen bis 2020 um 20 Mio. zu reduzieren. (Europäische Kommission (2010f): a. a. O.)

3.2.2 Österreichische Maßnahmen

Österreichs Maßnahmen zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise lassen sich in Bezug auf Zeitpunkt und Wirkungsbereich unterscheiden. Mit seinen Konjunkturpaketen für die Jahre 2009 und 2010 liegt Österreich im europäischen Vergleich hinter Deutschland und Finnland im Spitzenfeld. Nachstehend werden die unmittelbar unternehmenswirksamen Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung in zeitlicher Abfolge dargestellt.

Finanzhilfepaket

- Das sogenannte „Bankenhilfspaket“ wurde mit einem finanziellen Gesamtrahmen in Höhe von € 100 Mrd. dotiert. Mit der Gewährung staatlicher Garantien wurde bereits im Herbst 2008 eine Maßnahme zur Belebung des Interbankenmarktes gesetzt. Vertrauenserrhöhung innerhalb und Wiederbelebung dieses Marktes waren die Ziele des Interbankmarktstärkungsgesetzes (BGBl. I Nr. 136/2008), im Rahmen dessen auch die „Oesterreichische Clearingbank AG“ gegründet wurde. Zudem sollte mit dem Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG) (BGBl. I Nr. 136/2008) die Eigenkapitalausstattung einzelner Institute gestärkt werden. Aktuell teilt sich der finanzielle Gesamtrahmen wie folgt auf:
 - € 50 Mrd. für Garantien für Kapitalmarktmissionen der Kreditinstitute und für die Aktivitäten der Oesterreichischen Clearingbank AG
 - € 10 Mrd. sind der Einlagensicherung gewidmet.
 - € 15 Mrd. sind für Maßnahmen nach dem FinStaG vorgesehen.
 - Mit dem Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetz (BGBl. Nr. 78/ 2009) wurden € 10 Mrd. für Haftungen zu Gunsten österreichischer Großunternehmen umgewidmet.
 - Nach dem Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetz (BGBl. I Nr. 31/ 2010) wurden € 15 Mrd. zur Stabilisierung des Euro umgewid-

met. Insgesamt wird derzeit nach dem FinStaG ein Volumen von € 7.286 Mio. beansprucht, wovon € 5.874 Mio. auf Partizipationskapital entfällt. Die restlichen € 1.412 Mio. beziehen sich auf weitere Maßnahmen, wie Haftungen für Forderungen, Kapitalerhöhungen und Gesellschafterzuschüsse.

- Die Aufhebung der Obergrenze bei der Besicherung von Spareinlagen hatte die Stärkung des Vertrauens in den Finanzmarkt zum Ziel. Bis 31. Dezember 2009 waren die Einlagen der österreichischen Sparer zu 100% besichert; mit 1. Jänner 2010 wurde die Begrenzung auf € 100.000 festgelegt. Die Einlagensicherung für KMU wurde bei unverändertem Selbstbehalt in Höhe von 10 % von € 20.000 auf € 50.000 angehoben. Vom Staat wird die Finanzierung der Entschädigung, sofern sie über € 50.000 hinausgeht, übernommen.

Konjunkturpaket I

- Das Konjunkturpaket I (BGBl. I Nr. 137/2008), das im Oktober 2008 in Kraft getreten ist, umfasste angesichts der befürchteten Kreditklemme insbesondere Maßnahmen im Bereich der Finanzierung zur Sicherstellung ausreichender Liquidität für österreichische Unternehmen in den Jahren 2009 und 2010. Entsprechend der Zielgruppe wird diese Maßnahme auch „Mittelstandsmilliarde“ genannt. Für die beiden Jahre wurden budgetwirksame Ausgaben von jeweils rund € 100 Mio. veranschlagt; zudem wurde der Kreditrahmen um € 500 Mio. aufgestockt und der Beitrag für Haftungen um € 400 Mio. erhöht.
- Konkret wurden die Mittel für ERP-Kredite¹⁹ um € 200 Mio. auf € 600 Mio. aufgestockt. Zinsgünstige ERP-Kredite standen im Jahr 2009 erstmals auch für Kleinst- und Ein-Personen-Unternehmen mit einer Höhe von jeweils bis zu € 30.000 zur Verfügung. Das maximale Kreditvolumen von ERP-Kleinkrediten wurde mit 1. Jänner 2010 von € 30.000 auf € 100.000 angehoben. Für diese Kleinkredite stehen insgesamt € 50 Mio. bereit.
- Darüber hinaus wurde bei der Austria Wirtschaftsservice Ges.m.b.H (aws) ein mit € 80 Mio. dotierter Mittelstandsfonds, welcher der Stärkung der Eigenkapitaldecke von Unternehmen und der Förderung und Finanzierung von nachhaltigen Projekten durch stille Beteiligungen dienen soll, eingeführt.

Der Haftungsrahmen der aws wurde um € 400 Mio. ausgeweitet, um den Zugang zu Fremdkapital bzw. Fremdfinanzierung zu erleichtern. (vgl. Kapitel 4.6)

- Ein weiteres Element des Konjunkturpaket I stellt das Vorziehen von Infrastrukturmaßnahmen der Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) und der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (ASFINAG) dar. Im Straßenbau werden Instandsetzungsprojekte und Generalerneuerungen vorgezogen, wodurch für den Zeitraum 2009 bis 2012 ein zusätzliches Investitionsvolumen von etwa € 200 Mio. aktiviert wird. Mit dem teilweisen Vorziehen des ÖBB-Rahmenplans werden Investitionen von bis zu € 700 Mio. verwirklicht.

Konjunkturpaket II

- Das Konjunkturpaket II (Konjunkturbelebungs-gesetz, BGBl. I Nr. 27/2009) umfasst vor allem Maßnahmen in den Bereichen Infrastrukturinvestitionen („Investitionsoffensive“) und Arbeitsmarkt. Investitionen der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) in die thermische Sanierung von BIG-Gebäuden, Instandhaltungsmaßnahmen, Neubauten sowie Generalsanierungen von Schulen, Universitäten und Justizgebäuden wurden im Rahmen des Konjunkturpaket II vorgezogen, um die Konjunktur anzukurbeln. Diese „BIG-Offensive“ umfasste für 2009 und 2010 insgesamt ein geplantes Volumen von € 875 Mio.
- Fallen bei Unternehmen umweltrelevante Investitionskosten in Höhe von mindestens € 35.000 an, so können diese bis Ende 2010 um Förderung ansuchen. Die Höhe der Förderung ist von der erzielten Sanierungsqualität (erzielte Reduktion des Energieverbrauches) abhängig. Insgesamt sind € 50 Mio. im Rahmen des Programmschwerpunkts „Konjunkturpaket Thermische Sanierung – Unternehmen“ zur Verfügung gestellt worden, wobei sich dieses Förderungsprogramm insbesondere an KMU richtet. Änderungen gegenüber den bereits bestehenden Förderbestimmungen betreffen Anreize zur Umsetzung von Gesamtprojekten (bspw. die thermische Sanierung in Kombination mit Maßnahmen der Energieeffizienz und dem Tausch der Heizanlagen), den Wegfall der Mindestinvestitionsschwelle (nach der alten, noch bestehenden, Richtlinie beträgt die Grenze € 35.000, nach der neuen Richtlinie können auch kleinere Projekte gefördert werden) und die Einführung des 10%-igen Konjunkturbonus. Es kann ein Höchstförder-satz von bis zu 40 % der umweltrelevanten Investitionskosten erreicht werden.

- Auch die Einführung einer auf die Jahre 2009 und 2010 begrenzten vorzeitigen Abschreibung von 30 % der Herstellungs- oder Anschaffungskosten auf bewegliche Wirtschaftsgüter im ersten Jahr sollte Investitionsanreize bieten. (vgl. Kapitel 4.6)
- Technisch riskante und wirtschaftlich interessante Projekte innovativer, technologieorientierter KMU, deren Gründung maximal sechs Jahre zurück liegt, sollen mit insgesamt zusätzlich € 33 Mio. für wirtschaftsnaher Forschungsförderung unterstützt werden.
- Für Unternehmens-Projekte, die der Schaffung von Arbeitsplätzen dienen, wurden vom Bund € 40 Mio. zur Verfügung gestellt. Die Mittel des Arbeitsmarkt Service (AMS) für die Qualifizierung und Ausbildung von Arbeitssuchenden wurden um jährlich € 35 Mio. aufgestockt.

Arbeitsmarktpakete

- Eine wesentliche Maßnahme angesichts der (nach nationaler Erhebungsmethode) zwischen 2008 und 2009 um 1,4 %-Punkte auf 7,2 % gestiegenen Arbeitslosenquote war das im Rahmen des in Kraft getretene Beschäftigungsförderungsgesetzes 2009 beschlossene Arbeitsmarktpaket (BGBl. I Nr. 12/2009), welches vor allem die Reform der Kurzarbeit (u. a. Verlängerung der Kurzarbeit von 12 auf bis zu 18 Monate) beinhaltet. Für Kurzarbeitsmaßnahmen und die Qualifizierung und Erleichterung der Errichtung von Arbeitsstiftungen wurden im Rahmen dieses Arbeitsmarktpakets etwa € 220 Mio. vorgesehen.
- Mit dem zweiten Arbeitsmarktpaket (BGBl. I Nr. 90/2009), das im Sommer 2009 in Kraft trat, wurde die Möglichkeit der Kurzarbeit für die Jahre 2010 bis 2012 auf eine Maximaldauer von 24 Monate erweitert. Das Paket beinhaltet zudem die Anhebung der Beihilfe für die Kurzarbeit; so werden ab dem siebten Monat der Kurzarbeit auch die Dienstgeber-Sozialversicherungsbeiträge – Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Pensionsversicherung, Unfallversicherung – zur Gänze vom AMS ersetzt. Weitere Kernpunkte des Pakets sind u. a. Verbesserungen der Altersteilzeit, der Bildungskarenz, beim Solidaritätsprämienmodell sowie die Einrichtung einer Jugendstiftung. Für das Arbeitsmarktpaket II sind bis zum Jahr 2013 über € 400 Mio. veranschlagt.

Steuerreform

- Das Vorziehen der Steuerreform (BGBl. I Nr. 26/2009), mit einem Entlastungspotenzial für private Haushalte und Betriebe von bis zu € 3,2 Mrd., war ein weiterer Schritt zur Bewältigung der Wirtschaftskrise. Getroffene Maßnahmen umfassen vor allem die Senkung der Einkommens- und Lohnsteuer rückwirkend ab 1. Jänner 2009. Unternehmer werden durch die Erhöhung des Gewinnfreibetrags von 10 % auf 13 % entlastet. Der Entfall des Investitionserfordernisses für die ersten € 30.000 Gewinn sowie die teilweise Steuerfreiheit für Zuschüsse des Arbeitgebers für Kinder sind weitere Erleichterungen im Rahmen dieser Maßnahmen.

Ökoprämie

- Mit der Einführung der Ökoprämie (BGBl. I Nr. 28/2009) in Höhe von € 1.500 bei Verschrottung eines Personenkraftwagens und gleichzeitigem Kauf eines Neufahrzeuges ab 1. April 2009 wurden zwei Ziele verfolgt: einerseits die Belebung der von der Wirtschaftsentwicklung getroffenen Automobilbranche und andererseits ein Ersetzen von umweltschädlichen Fahrzeugen durch umweltfreundlichere. Der verschrotete Pkw musste mindestens 13 Jahre alt sein und die Neufahrzeuge zumindest der umweltverträglichen Schadstoffklasse Euro 4 entsprechen. Im Juli 2009 wurde die Grenze von 30.000 geförderten Fahrzeugen und damit ein Fördervolumen in Höhe von € 45 Mio. erreicht.

3.3 Effekte der Maßnahmen

Das Volumen der Steuerreform und die Maßnahmen der Konjunkturpakete I und II beliefen sich im Jahr 2009 auf insgesamt € 4,7 Mrd.; 2010 sind es € 5,1 Mrd. Die vom Bund getragenen Maßnahmen betragen 3,5 % des nominellen BIP 2008. Österreich zählt daher zu jenen Ländern, die relativ zur Wirtschaftsleistung die stärksten Konjunkturimpulse gesetzt haben.

Wirtschaftsexperten attestieren, dass – anders als in der Wirtschaftskrise in den 1930er Jahren – die betroffenen Ländern diesmal tendenziell richtig reagiert haben: statt auf restriktive Fiskalpolitik und protektionistische Maßnahmen wurde auf Stabilisierung der Finanzmärkte und expansive Fiskalpolitik gesetzt. Modellrechnungen zeigen, dass der konjunkturbedingte Einbruch in Österreich durch fiskalpolitische Maßnahmen im In- und Ausland in

den Jahren 2009 und 2010 mit einer Steigerung des realen BIP um kumuliert 2,1 % abgedeckt wird. Die Konjunkturpakete I und II sowie die Steuerreform tragen zu dieser BIP-Steigerung etwa zur Hälfte bei. 0,4 %-Punkte der insgesamt 2,1 % sind auf Maßnahmen der Bundesländer (insbesondere Investitions- und Bauprogramme) zurückzuführen, 0,8 %-Punkte auf Konjunkturpakete der wichtigsten Handelspartner Österreichs. Für den Arbeitsmarkt bedeutet dies eine Sicherung von insgesamt 23.500 Arbeitsplätzen im Jahr 2009; für 2010 wird der Erhalt von 41.500 Stellen prognostiziert. Die Arbeitslosenquote im Jahr 2010 wird dadurch um 0,7 %-Punkte geringer ausfallen. (Breuss, F. et al. (2009): a. a. O.)

Differenziert nach einzelnen Maßnahmengruppen zeigt sich mit 0,6 % durch die Erhöhung der Kaufkraft – allen voran durch die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer – der stärkste BIP-Effekt. Diese Maßnahme allein sichert im Jahr 2010 insgesamt 10.900 Personen einen Arbeitsplatz. (Breuss, F. et al. (2009): a. a. O.)

Auch eine Studie des Instituts für Höhere Studien (IHS) aus dem Jahr 2009 bestätigt, dass die Konjunkturpakete einen signifikanten Beitrag zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage in Österreich leisten. (Berger J. et al. (2009): a. a. O.)

Zudem zeigten die Arbeitsmarktpakete Wirkung: Die Zahl der Kurzarbeiter erhöhte sich zwischen Jänner 2009 und Mitte Juni 2009 beinahe auf das Vierfache. Der Höhepunkt dieser Aktion wurde mit über 56.000 Kurzarbeitern im Mai 2009 erreicht. Kurzarbeit ermöglicht den Unternehmen in wirtschaftlich angespannten Zeiten, das Stammpersonal und damit das betriebsspezifische Humankapital zu halten und Kosten für Ab- und Aufbau von Personal zu vermeiden. Für die Arbeitnehmer bedeutet Kurzarbeit zwar Einkommenseinbußen gegenüber der Vollzeitbeschäftigung, aber höheres Einkommen als bei Arbeitslosigkeit und zudem sozialrechtliche Absicherung.

Laut Österreichischem Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) besteht dabei allerdings die Gefahr der Mitnahmeeffekte und die Nutzung der Kurzarbeit zur Abfederung im Zuge von geplantem Personalabbau. Eine Möglichkeit, der Maßnahme längerfristige Wirkung zuzuweisen, stellt die Kombination von Kurzarbeit mit Qualifizierungsmaßnahmen („Kurzarbeit Plus“) dar. (Breuss, F. et al. (2009): a. a. O.)

In den erwähnten Studien zur Wirkung der österreichischen Konjunkturmaßnahmen wird die Ökopremie nicht berücksichtigt. Allgemein lässt sich

festhalten, dass sich die Wirtschaftskrise in einer geringeren Zahl von Neuzulassungen Ende 2008 und Anfang 2009 im Vergleich zu den Vorjahren bemerkbar machte. Im Dezember 2008 wurden bspw. um 16 % weniger PKW als im entsprechenden Vorjahresmonat zugelassen. Mit Einführung der Ökoprämie im April 2009 stiegen die PKW-Neuzulassungen erstmals seit fünf Monaten. In der Gültigkeitsperiode der Ökoprämie (April bis Juli 2009) lagen die PKW-Neuzulassungen um 14 % höher als in den Vergleichsmonaten des Jahres 2008.

4 Maßnahmen zur Förderung der KMU

Etwa 99 % aller Unternehmen in Europa sind KMU. Das entspricht mehr als 20 Mio. Unternehmen in der gesamten Europäischen Union. Auch in Österreich dominieren KMU. So zählen in Österreich 99,6 % bzw. 299.626 Unternehmen in der marktorientierten Wirtschaft zu den KMU. (vgl. Kapitel 1) KMU sind aber nicht nur zentral für Österreichs Wirtschaft, sondern prägen durch ihre regionale Verankerung das (Wirtschafts-)Leben und tragen maßgeblich zur Lebensqualität im Land bei.

Auch auf europäischer Ebene ist man sich der Bedeutung der KMU bewusst. Mit dem im Juni 2008 von der Europäischen Kommission vorgestellten „Small Business Act“ (SBA) ist ein Rahmen für die europäische KMU-Politik geschaffen worden. In zehn Grundsätzen werden Ziele festgelegt und Maßnahmen zu deren Umsetzung vorgeschlagen. Österreich hat sich, wie die anderen Mitgliedstaaten, mit der Verabschiedung von Schlussfolgerungen zum SBA im Rahmen der Tagung des Rates für Wettbewerbsfähigkeit im Dezember 2008 zur Umsetzung des SBA verpflichtet.

Das jährlich für jedes Mitgliedsland erscheinende „SBA Fact Sheet“ ermöglicht eine Bestandsaufnahme der aktuellen KMU-Politik und einen europäischen Vergleich, wobei die zehn Grundsätze an Hand von 88 Indikatoren beleuchtet werden. Damit kann aber kein vollständiges Abbild der aktuellen KMU-Politik wiedergegeben werden, denn einerseits wird nur ein beschränkter Zeitraum erfasst und andererseits findet das unterschiedliche Ausgangsniveau der Länder keine Berücksichtigung in der Fortschrittsbewertung. Hinzu kommt, dass für manche Bereiche keine international vergleichbaren Daten vorliegen, so kann z.B. im Grundsatz zur „Finanzierung“ mangels verfügbarer Daten die Eigenkapitalquote nicht analysiert werden.

Die zehn Grundsätze des SBA bilden das Gerüst, anhand dessen im Folgenden Österreichs Maßnahmen zur Förderung der KMU seit 2008 (im europäischen Vergleich) betrachtet werden. Nach einer Einführung wird jeweils die Situation Österreichs im europäischen Vergleich dargestellt, wobei insbesondere die Ergebnisse des „SBA Fact Sheet Österreich '09“ präsentiert werden.

Die österreichischen Maßnahmen der Jahre 2008 und 2009 sowie den Beginn des Jahres 2010 betreffend fließen in die „Aktuelle Situation“ ein, während später getroffene oder geplante Maßnahmen in „Herausforderungen und Ausblick“ angeführt werden.

4.1 Unternehmerische Initiative

Der Wunsch nach selbstständigem Unternehmertum ist in der Europäischen Union viel schwächer ausgeprägt als in den USA, wie eine im Auftrag der Europäischen Kommission von Gallup durchgeführte Befragung aus dem Jahr 2007 zeigt. (Europäische Kommission (2008a): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: „Vorfahrt für KMU in Europa – Der „Small Business Act“ für Europa. Brüssel: Europäische Kommission.)

Das Bewusstsein, dass die Selbstständigkeit gute Karrierechancen eröffnet, muss nach Ansicht der Europäischen Kommission daher in Europa noch weiter gestärkt werden. Der erste Grundsatz des SBA („Unternehmertum“) sieht dementsprechend vor, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten ein Umfeld schaffen müssen, in dem sich unternehmerische Initiative lohnt.

4.1.1 Österreich im europäischen Vergleich

In Bezug auf den Grundsatz „Unternehmertum“ liegt Österreich unter dem EU-27-Durchschnitt, da Österreich bei vier von acht Indikatoren des „SBA Fact Sheet“ unterdurchschnittlich abschneidet. Der „Wunsch, selbstständig tätig zu sein“, ist geringer als im EU-Mittel. Auch der Indikator „Rate des Unternehmertums“ (gemessen als Anteil der Personen, die ein Unternehmen gegründet haben, das noch aktiv ist, oder Schritte zur Selbstständigkeit setzen) fällt unterdurchschnittlich aus, ebenso die Indikatoren „Teilnahmerate in unternehmerischer Ausbildung“ (Anteil der Schüler und Studenten, die einen Kurs zur Unternehmensgründung besuchen) und „Rate von Unternehmensbesitz“ (Anteil der Personen mit Geschäftseigentum am Arbeitskräftepotenzial).

Über dem europäischen Mittelwert liegt hingegen der „Anteil der Unternehmen mit hohem Wachstum“; diese weisen ein Wachstum von mindestens 20 % in den letzten drei Jahren auf.

Einen wesentlichen Beitrag zur „Förderung der unternehmerischen Initiative“ leistet die Vermittlung unternehmerischer Grundfertigkeiten und Interessen in der (Schul-)Ausbildung („Entrepreneurship Education“). In Bezug auf die Indikatoren zur (unternehmerischen) Ausbildung schneidet Österreich besser ab: Beim Indikator „Entrepreneurship Education“, welcher misst, inwiefern Schulbildung dazu beigetragen hat, Unternehmergeist zu entwickeln, liegt Österreich über dem europäischen Durchschnitt. (Europäische Kommission (2010a): Small Business Act Fact Sheet Österreich 09. Brüssel: Europäische Kommission)

4.1.2 Aktuelle Situation

Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der unternehmerischen Initiative stehen, umfassen nicht nur die Schaffung des Bewusstseins für das Thema Unternehmertum, sondern auch die Harmonisierung der Situation unselbstständiger und selbstständiger Beschäftigter. Zentral sind neben Hilfestellungen vor und während der Gründungsphase auch Förderungen über den gesamten Lebenszyklus des Unternehmens. Erleichterungen in der Wachstumsphase sowie Maßnahmen im Zusammenhang mit der Unternehmensübergabe können daher ebenso unter diesem Grundsatz subsumiert werden wie spezielle Maßnahmen für spezifische Zielgruppen und einzelne Sektoren.

Maßnahmen zur Angleichung Selbstständiger an Unselbständige

- Im Bereich der Sozialversicherung wurden einige Maßnahmen gesetzt, die eine Angleichung der Selbstständigen an unselbstständig Erwerbstätige in Bezug auf Vorsorge, Arbeitslosenversicherung und Zusatzversicherung anstreben. Mit der „KleinstunternehmerInnen-Regelung“ können Gewerbetreibende einen Antrag auf Aussetzung von der Kranken- und Pensionsversicherung stellen, wenn ihre Umsätze und Einkünfte die festgelegten Umsatz- und Gewinn Grenzen nicht übersteigen. Im Jahr 2010 betragen diese Grenzwerte € 30.000 für den Jahresumsatz und € 4.396 für den Jahresgewinn. (§ 4 (1) Z 7 Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz) Für die Aussetzung wird vorausgesetzt, dass die betreffende Person entweder höchstens zwölf Monate innerhalb der letzten fünf Kalenderjahre pflichtversichert war (Jungunternehmer) oder sie das Regelpensionsalter erreicht bzw. zwar erst das 57. Lebensjahr vollendet hat, jedoch in den letzten fünf Jahren vor der

Antragstellung die genannten Umsatz- und Gewinn Grenzen nicht überschritten wurden.

Im Zuge der Harmonisierung der Krankenversicherung wurde der Krankenversicherungsbeitrag für Wirtschaftstreibende mit 1. Jänner 2008 von 9,1 % auf 7,65 % der durchschnittlichen Monatseinkünfte gesenkt. 1,53 % der vorläufigen Beitragsgrundlage der Krankenversicherung fließen seither in ein neues Modell der Zukunftsvorsorge, die „Abfertigung Neu“ für Unternehmer: die Beiträge der Selbstständigenvorsorge werden über die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft an betriebliche Vorsorgekassen abgeführt. Alle steuerlichen Begünstigungen für Arbeitnehmer gelten auch für Selbstständige: Damit gilt der Beitrag zur Selbstständigenvorsorge als steuerliche Betriebsausgabe, die Veranlagung in der Mitarbeitervorsorgekasse ist steuerfrei und die Auszahlung als Einmalbetrag ist mit 6 % steuerbegünstigt bzw. als Rente steuerfrei.

Das neue Modell der freiwilligen Arbeitslosenversicherung für Selbstständige ist mit 1. Jänner 2009 in Kraft getreten. Seither können Unternehmer in die Arbeitslosenversicherung eintreten und Arbeitslosengeld beziehen, wenn sie ihre unternehmerische Tätigkeit beenden müssen. Nach Angaben der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft zahlen derzeit etwa 1.000 Selbstständige in diese freiwillige Arbeitslosenversicherung ein.

Maßnahmen bzgl. der Bewusstseinsbildung zur unternehmerischen Initiative

- Auf Initiative der Europäischen Kommission fand im Jahr 2009 erstmals eine von den Mitgliedstaaten organisierte „Europäische KMU-Woche“ statt. Diese Kampagne diente der Förderung des Unternehmertums in ganz Europa und zielte darauf ab
 - Unternehmer darüber zu informieren, welche Unterstützungsmöglichkeiten die Behörden auf europäischer sowie auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene für KMU anbieten;
 - Das Unternehmertum zu fördern, so dass mehr Menschen, vor allem die jüngeren, eine berufliche Laufbahn als Unternehmer ernsthaft in Erwägung ziehen;

- Den Unternehmern für den Beitrag, den sie zu Europas Wohlstand, zum Arbeitsmarkt und zur Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit leisten, Anerkennung zukommen zu lassen.

Im Rahmen dieser Initiative fanden 2009 europaweit 1.200 nationale Veranstaltungen in unterschiedlichen Formaten und mit einer großen Bandbreite an Themen statt.

Im Rahmen der „Europäischen KMU-Woche 2010“, die vom 25. Mai bis 1. Juni 2010 in 37 Ländern (neben den EU-27 nahmen auch Albanien, Kroatien, die frühere jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Israel, Liechtenstein, Montenegro, Norwegen, Serbien und die Türkei teil) stattfand, wurden in den Monaten Mai und Juni insgesamt rund 1.500 nationale Events organisiert.

In Österreich fanden im Rahmen dieser Kampagne 39 Veranstaltungen, u. a. zu den Themen Innovation, Unternehmensförderung, Finanzen, soziales Unternehmertum, Internationalisierung und Umwelt, statt.

Maßnahmen im Vorfeld der Gründung

- Die Europäische Kommission bietet im Zusammenhang mit „Entrepreneurship Education“ angehenden Unternehmern mit dem Austauschprogramm „Erasmus for Young Entrepreneurs“ die Möglichkeit, von einem erfahrenen KMU-Geschäftsführer in einem anderen Land zu lernen. Bis Juni 2010 wurden europaweit etwa 500 Austausche abgeschlossen.

Maßnahmen im Laufe des Lebenszyklus der Unternehmen

- Zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von EPU sowie KMU werden vom BMWFJ in Zusammenarbeit mit dem WIFI Unternehmerservice „Aktionsprogramme KMU“ durchgeführt. Programmschwerpunkte waren 2007/08 die Themen „Erfolgsfaktor Wissen – Informationen managen, Wissen organisieren“ sowie Zukunftsmärkte „Generation 50+“ und „Gesundheitsprodukte und -dienstleistungen“. Zudem standen Unterstützungsmaßnahmen für Jungunternehmer und Übergeber im Vordergrund. Im Rahmen dieser Programme wurden 2008/09 u. a. 342 Jungunternehmer mit etwa 5.500 Beratungsstunden in den Themenfeldern Marketing, Organisation, Controlling und Finanzierung gefördert.

Das Aktionsprogramm 2009/10 läuft unter dem Schwerpunkt „Unternehmen zukunftssicher machen“. Dabei wird auf die Unterstützung zur Unternehmenssicherung, Krisenbewältigung (betriebswirtschaftlich notwendige Sofortmaßnahmen) und längerfristiger strategischer Unternehmensplanung abgezielt.

- Eine Maßnahme zur Erleichterung des Unternehmenswachstums ist die Einführung der „Lohnnebenkostenförderung für den ersten Mitarbeiter“. Seit September 2009 wird EPU, die häufig die Lohnnebenkosten als Grund dafür anführen, keine Mitarbeiter einzustellen (vgl. Kapitel 1.1.3), das Wachstum ihres Unternehmens erleichtert: Förderbar sind alle beim AMS arbeitssuchend gemeldeten Personen bis zum vollendeten 30. Lebensjahr. Die Förderung beträgt 25% des Bruttolohns bzw. -gehalts, zwölf Mal pro Jahr, begrenzt auf die Dauer des Dienstverhältnisses bzw. höchstens ein Jahr.
- Ein zentraler Aspekt des Unternehmenszyklus, insbesondere im Hinblick auf den nachhaltigen Bestand der Unternehmen, ist die Unternehmensnachfolge (vgl. Kapitel 1.1). Für die Dekade 2009 bis 2018 wird in einer Studie aus dem Jahr 2008 ein Übergabepotenzial von rund 57.500 KMU, etwa 18 % der KMU der gewerblichen Wirtschaft, prognostiziert. (Mandl et al. (2008): Small Business Act Fact Sheet Österreich 09: Brüssel: Europäische Kommission.) Im SBA wird als ein Element der praktischen Umsetzung des Grundsatzes zum „Unternehmertum“ auch die Einrichtung von Mentoring- und Fördermaßnahmen bei Unternehmensübertragungen genannt. In Österreich werden im Durchschnitt jährlich 5.800 Betriebe an einen Nachfolger übergeben, wobei bereits die Hälfte der Übergaben außerhalb der Familie stattfindet.

Die 1999 gegründete Nachfolgebörse (<http://www.nachfolgeboerse.at>) ist ein Angebot des Gründer-Service der WKÖ, welches sowohl Unternehmen, die ihren Betrieb übergeben wollen, als auch Interessenten an einer Betriebsübernahme zur Verfügung steht. Die bestehende Nachfolgebörse wurde auf Initiative des BMWFJ und der WKÖ um die im Rahmen des Aktionsprogramms KMU 2009/2010 eingerichtete Beratungsaktion „Boxenstopp Übergabe“ erweitert. Im Rahmen dieses vom BMWFJ geförderten „Nachfolgechecks“ werden Stärken-Schwächen-Analysen in allen relevanten Bereichen – etwa dem Unter-

nehmenskonzept oder dem Rechnungswesen – durchgeführt; neben der Dokumentation der Ist-Situation werden auch Optimierungsmöglichkeiten herausgearbeitet. Jene Unternehmen, die diesen Check absolviert haben, werden in der Nachfolgebörse gesondert gekennzeichnet. Ziel des „Nachfolgechecks“, der über das Gründer-Service (<http://www.gruenderservice.at>), die Nachfolgebörse sowie über Beratung und Broschüren beworben wird, ist es, die Übergabe von Unternehmen zu fördern und zu erleichtern.

Sektor- und zielgruppenspezifische Maßnahmen

- Die Kreativwirtschaft stellt einen an Bedeutung gewinnenden Wirtschaftsbereich dar (vgl. Kapitel 1.1.3). Das Programm „evolve“ wurde ins Leben gerufen, um das Innovationspotenzial der Kreativwirtschaft zu heben. Diese Initiative, die vom BMWFJ mit einem Gesamtbudget von etwa € 25 Mio. von 2009 bis 2013 gefördert wird, bietet – um der Vielfalt unterschiedlicher Bedürfnisse im Kreativbereich zu entsprechen – einen Mix aus finanzieller Förderung, Aus- und Weiterbildung, Service und Beratung sowie Vernetzung. Diese Initiative wird durch die „arge creativ wirtschaft austria“ (cwa) und die „Austria Wirtschaftsservice Ges.m.b.H“ (aws) mit der Programmlinie „impulse“ umgesetzt.

Im Rahmen der Programmlinie „impulse“ stehen je nach Förderungsbedarf und Projektstadium unterschiedliche Zuschüsse zur Verfügung:

- „impulse XL“: Bis zum Frühjahr 2010 wurden in insgesamt drei Calls von 156 Einreichungen 29 Projekte, die ein Projektvolumen von € 8,1 Mio. aufweisen, mit insgesamt € 3,7 Mio. gefördert.
 - "impulse XS": In zwei Calls, die bis zum Frühjahr 2010 erfolgten, wurden von insgesamt 170 Einreichungen 28 Projekte mit einem Gesamtvolumen von € 1,8 Mio. mit insgesamt € 1,1 Mio. unterstützt.
 - "impulse LEAD": Die erste Ausschreibung lief bis April 2010.
- Die Möglichkeit der Nutzung von Altersteilzeitvereinbarungen in KMU ist mit der Abschaffung der Voraussetzung der Ersatzkrafteinstellung, die dem Arbeitnehmer ein „Ausgleiten“ aus dem Erwerbsleben ermöglichen soll, seit September 2009 erleichtert worden.
 - Der SBA sieht auch vor, dass Förderungsmaßnahmen für Einwanderer, die sich für den Unternehmerberuf interessieren, eingerichtet werden.

In Österreich werden zahlreiche Publikationen und Merkblätter des Gründer-Service der Wirtschaftskammer Österreich, oft gefördert durch Mittel des BMWFJ, in mehreren Fremdsprachen angeboten (<http://www.gruenderservice.at>). Der „Leitfaden für Gründerinnen und Gründer“ etwa steht über das Gründerservice auch auf Englisch und Türkisch zur Verfügung.

4.1.3 Herausforderungen und Ausblick

- Eine zentrale Herausforderung der Zukunft ist, innovativen Österreichern aufzuzeigen, dass die selbstständige Tätigkeit eine spannende und lukrative Möglichkeit sein kann. „Entrepreneurship Education“ wird daher zunehmend forciert, etwa durch die Ausweitung des Unterrichtsprinzips „Entrepreneurship Education“ auf alle berufsbildenden und auch allgemeinbildenden Schulen sowie die verstärkte Verankerung dieses Bereichs in der Lehreraus- und -fortbildung.

4.2 Zweite Chance nach Insolvenz

Der SBA sieht im zweiten Grundsatz vor, dass rechtschaffenen Unternehmern, die insolvent geworden sind, rasch eine zweite Chance geboten wird.

4.2.1 Österreich im europäischen Vergleich

Drei Indikatoren („Unterstützungsgrad zur Gewährung einer zweiten Chance“, „Kosten für eine Geschäftsschließung“ sowie „Zahl der Jahre für eine Geschäftsschließung“) des „SBA Fact Sheet“ zielen darauf ab, die Situation und Entwicklung bzgl. des Grundsatzes zur „zweiten Chance“ nach Insolvenz darzustellen.

Im europäischen Vergleich zeigt sich, dass die Dauer der Geschäftsschließung (die Zeit, die Kreditgeber benötigen, um die Schulden einzutreiben) in Österreich (mit einem Jahr und nicht wie im Europadurchschnitt mit zwei Jahren) kürzer ausfällt. Die mit der Schließung verbundenen Kosten, die bei der Eintreibung der ausstehenden Verpflichtungen anfallen (bspw. Gerichts- und Anwaltskosten), sind in Österreich allerdings höher als im europäischen Mittel.

Im Zeitvergleich der Durchschnittswerte 2006-2009 mit jenen von 2002-2005 sind die beiden Indikatoren konstant geblieben. Gleichauf mit dem europäischen Durchschnitt ist der „Unterstützungsgrad zur Gewährung einer zweiten Chance“ (der Anteil der Bevölkerung, der sich dafür ausspricht, von Insolvenz betroffenen Unternehmern eine zweite Chance zu geben). Die Vergleichswerte für diesen Indikator in den einzelnen Mitgliedstaaten werden in europaweiten Befragungen erhoben. (Europäische Kommission (2010a): a. a. O.)

4.2.2 Aktuelle Situation

- Europaweit sind etwa 15 % der Unternehmensschließungen mit Insolvenzen verbunden – damit sind jährlich ungefähr 700.000 KMU und ca. 2,8 Mio. Arbeitsplätze in Europa betroffen.

In Österreich wurden mit etwa 6.900 Fällen im Jahr 2009 um 9,3 % mehr Unternehmen als im Jahr 2008 insolvent. Die Steigerung der Insolvenzen in Österreich fiel – angesichts der weltweit negativen Wirtschaftsentwicklung und einem durchschnittlichen Anstieg der Unternehmensinsolvenzen in Europa von circa 35 % – vergleichsweise gering aus. (KSV1870 (2010): Es kam, wie es kommen musste Insolvenzstatistik Unternehmen 2009. Pressemitteilung, Wien, 11.1.2010.)

- Gerade vor dem Hintergrund, dass Insolvenzen eine natürliche Erscheinung im Wirtschaftsleben sind, ist die Europäische Kommission bestrebt, das gesellschaftliche Stigma von Inkompetenz und betrügerischer Absicht, mit dem unternehmerisches Scheitern oft behaftet ist, zu überwinden. (Europäische Kommission (2007a): Communication from the Commission to the Council, the European Parliament, the European Economic and Social Committee and the Committee of Regions: Overcoming the stigma of business failure – for a second chance policy. Implementing the Lisbon Partnership for Growth and Jobs. Brüssel: Europäische Kommission.)

Festzuhalten ist in diesem Zusammenhang, dass Betrug in Österreich in nur 7 % der Insolvenzfälle involviert ist. Zudem zeigt sich, dass einmal gescheiterte Unternehmer beim zweiten Anlauf erfolgreicher sind; so weisen Unternehmen nach dem „Restart“ hohe Wachstumsra-

ten und hohe Überlebensraten auf. (Europäische Kommission (2007a): a. a. O.)

- Eine Erleichterung in Bezug auf eine zweite Chance nach der Insolvenz wurde in Österreich mit der Gewerberechtsnovelle 2002 geschaffen. Seither ist die Konkursöffnung kein Gewerbeausschließungsgrund mehr, wohl aber die Abweisung eines Konkursantrages mangels eines zur Deckung der Kosten des Konkursverfahrens hinreichenden Vermögens (BGBl. I Nr. 111/2002). Mit der Gewerberechtsnovelle 2008 (BGBl. I Nr. 42/2008) wurde in Bezug auf den Grundsatz der „zweiten Chance“ eine verfahrensrechtliche Änderung durchgeführt. Vor der Novelle durfte die Behörde, bei einem zur Erteilung einer Nachsicht anhängigen Verfahren, die Eintragung in das Gewerberegister nicht vornehmen, da der Ausschlussgrund der Gewerbeausübung entgegenstand; seither ist eine nach der Anmeldung rechtskräftig erteilte Nachsicht zu berücksichtigen (ErlRV 283 Blg Nr. XXIII GP).

4.2.3 Herausforderungen und Ausblick

- Mit Inkrafttreten der Novelle des Insolvenzrechts (BGBl. I Nr. 29/2010) im Juli 2010 ist durch die Vereinheitlichung von Konkurs- und Ausgleichsverfahren ein einheitliches Insolvenzverfahren geschaffen worden. Rechtlich wurden die bisherige Ausgleichsordnung und Konkursordnung in die neue Insolvenzordnung zusammengeführt.

Um die Möglichkeiten der Sanierung im Rahmen gerichtlicher Verfahren stärker ins allgemeine Bewusstsein zu rücken, ist die Bezeichnung der Verfahren entsprechend angepasst worden: in der nun geltenden Insolvenzordnung wird zwischen dem „Sanierungsverfahren“, im Gegensatz zum bisherigen „Zwangsausgleich“, und dem „Konkursverfahren“ unterschieden.

Die Bezeichnung „Sanierungsverfahren“ weist auf das pro-aktive Handeln des Unternehmers hin. Insolvenzverfahren werden als „Sanierungsverfahren“ bezeichnet, wenn die Eröffnung des Verfahrens bereits bei drohender Zahlungsunfähigkeit erfolgt und der bei der Eröffnung vorgelegte Sanierungsplan vom Gericht nicht zurückgewiesen wird. Mit dieser Regelung wird der Möglichkeit der Betriebssanierung Rechnung getragen.

Sofern der Schuldner bei Verfahrenseröffnung qualifizierte Unterlagen vorlegt (etwa einen Finanzplan) und im Sanierungsplan eine Quote von zumindest 30 % anbietet, wird ihm die Eigenverwaltung unter Aufsicht eines Verwalters belassen („Sanierungsverfahren mit Eigenverwaltung“). Die erforderliche Mindestquote wurde damit von 40 % auf 30 % herabgesetzt.

Das „Sanierungsverfahren ohne Eigenverwaltung“ entspricht im Wesentlichen dem bisherigen Zwangsausgleich. Den Gläubigern muss eine Quote von zumindest 20 % angeboten und für die Dauer des Verfahrens die Verfügungsgewalt über das Unternehmen an einen Insolvenzverwalter abgegeben werden.

4.3 Prinzip „Vorfahrt für KMU“

Vor dem Hintergrund der zentralen Rolle der KMU für Wachstum und Beschäftigung in Europa hat der Europäische Rat im März 2006 ein „KMU Paket“ geschnürt. Ein zentrales Element dessen stellt das „Think Small First“-Prinzip („Vorfahrt für KMU“) dar, das in der nationalen sowie europaweiten Gesetzgebung stets Beachtung finden und für ein KMU-freundliches Umfeld sorgen soll.

Der Europäische Rat hat die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten aufgefordert, spezielle Bestimmungen – etwa längere Übergangsfristen, niedrigere Gebühren, vereinfachte Berichterstattungserfordernisse und Ausnahmeregelungen – zur Förderung des Wachstums und der Entwicklung von KMU zu forcieren. Entsprechende Forderungen des „Think Small First“-Prinzips wurden von der Europäischen Kommission als Grundsatz 3 „Vorfahrt für KMU“ in den SBA aufgenommen.

4.3.1 Österreich im europäischen Vergleich

Zur Messung des Fortschritts im Zusammenhang mit dem Grundsatz „Vorfahrt für KMU“ werden drei Indikatoren verwendet:

- der Anteil der KMU, die in einer europaweiten Befragung angeben, dass die aktuellen Gesetze und Vorgaben die intendierten Absichten erfüllen;

- die in einer europaweiten Studie im Auftrag der Europäischen Kommission von Gallup erhobene Zeit, die KMU aufwenden müssen, um den administrativen Anforderungen zur Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben (hierunter wird u. a. das Ausfüllen von Formularen verstanden) zu entsprechen;
- der Anteil der KMU, die in den letzten zwei Jahren Probleme mit Verwaltungsvorschriften bzw. administrativen Vorgaben hatten.

In Österreich liegen die „benötigte Zeit zur Erfüllung von Verwaltungsaufgaben“ und der „Anteil der Unterstützung bei KMU für geltende Verordnungen“ unter dem EU-27-Durchschnitt. Etwa gleich hoch wie im Europa-Mittel ist der „Anteil der KMU, die sich mit Problemen auf Grund von Verwaltungsvorschriften konfrontiert sehen“. (Europäische Kommission (2010a): a. a. O.)

4.3.2 Aktuelle Situation

Dem „Think Small First“-Prinzip entsprechend sollen Rechtsvorschriften KMU gerecht gestaltet werden. Dieser Grundsatz zielt aber auch auf die Reduktion der Verwaltungslasten für KMU ab.

Maßnahmen in Bezug auf Rechtsvorschriften

- Die EU hatte sich ursprünglich der Strategie „better regulation“ verschrieben, um ein besseres ordnungspolitisches Umfeld zu schaffen, das für bürger- und unternehmensfreundlichere rechtliche Rahmenbedingungen sorgt. „Better regulation“ basiert auf vier Säulen:
 - Vereinfachung bestehender Rechtsvorschriften
 - Verwaltungslastenreduktion
 - Impact Assessment & öffentliche Konsultationen
 - Überwachung der Anwendung des Gemeinschaftsrechts

Im Rahmen einer Änderung des Begriffes „better regulation“ in „smart regulation“ werden diese vier Pfeiler um die Säule „Evaluierung“ erweitert. Grundintention der Strategie bleibt die Schaffung einfacherer regulatorischer Rahmenbedingungen für Unternehmen, um deren Wettbewerbs- und Konkurrenzfähigkeit zu verbessern.

Maßnahmen zur Senkung der Verwaltungskosten

- Im Rahmen des ambitionierten Entbürokratisierungsprogramms für Österreich, das zur Unterstützung der Wirtschaft und zur Stärkung des Standortes ins Leben gerufen wurde, ist die Initiative „Verwaltungskos-

ten senken für Unternehmen“ gestartet worden. Ein wichtiger Bestandteil dieser Initiative ist die Kalkulation der Verwaltungslasten für Unternehmen, die durch neue Rechtsvorhaben entstehen. Diese Kalkulationsverpflichtung, die sich aus § 14a BHG in Verbindung mit den Standardkostenmodell-Richtlinien (BGBl. II Nr. 278/2009) ergibt, besteht seit 1. September 2007. Das heißt, dass bereits bei der Entstehung neuer oder bei der Änderung bestehender Gesetze und Verordnungen deren Auswirkungen auf Verwaltungslasten für Unternehmen anhand des Standardkostenmodells bewertet werden müssen.

Ein KMU-Test, wie im Rahmen des SBA zur Bewertung der Auswirkungen geplanter Rechtsvorschriften und Verwaltungsmaßnahmen gefordert, wurde bspw. für das Unternehmensserviceportalgesetz durchgeführt.

- Seit September 2009 steht mit dem „Verwaltungskostenrechner“ online (<http://www.verwaltungskostenrechner.at>) ein Tool zur Verfügung, das Ministerien die einheitliche Kalkulation der entstehenden Verwaltungskosten von neuen oder geänderten Rechtsvorhaben und die Verwendung von Textbausteinen für Rechtsmaterialien ermöglicht.
- Die Änderung der Schwellenwerte für Kapitalgesellschaften im Rahmen des Unternehmensrechtsänderungsgesetzes (BGBl. I Nr. 70/2008) bewirkte für die betroffenen Unternehmen auf Grund geringerer Publikations- bzw. Prüfpflichten eine Reduktion des Verwaltungsaufwands.
- Eine Maßnahme zur Erreichung der Senkung der Verwaltungskosten ist die Anhebung des Schwellenwerts für die Bilanzierungspflicht von Einzelunternehmen und Personengesellschaften von € 400.000 auf € 700.000 im Rahmen des Rechnungslegungsrechts-Änderungsgesetz 2010 (BGBl. I Nr. 140/2009), welches mit 1. Jänner 2010 in Kraft getreten ist. Unternehmen sind erst ab € 700.000 übersteigenden Umsatzerlösen nach unternehmensrechtlichen Bestimmungen buchführungs- und bilanzierungspflichtig. Mit dieser Änderung wurde die administrative Belastung von Kleinstunternehmen durch die Entbindung von unternehmensrechtlichen Buchführungs-, Inventur- und Bilanzierungspflichten gesenkt. Für einen Teil der Unternehmen entfällt auch die Verpflichtung zur Eintragung ins Firmenbuch. Die Erhöhung des Schwellenwertes wirkt sich aber auch auf die steuerrechtliche Buchführ-

rungspflicht von Steuerpflichtigen, die Einkünfte aus Gewerbebetrieben beziehen, aus, da eine (einfachere und günstigere) Einnahmen-Ausgaben-Rechnung ausreichend ist. Daraus resultieren administrative Einsparungen von rund € 55 Mio. pro Jahr.

- Eine weitere Maßnahme der Initiative Verwaltungskosten senken für Unternehmen, welche bereits umgesetzt wurde und vor allem KMU substanziell entlastet, konnte das BMF im Bereich der Umsatzsteuer erzielen. Im Zuge des Abgabenänderungsgesetzes (BGBl. I Nr. 34/2010) können Unternehmen jährlich um rund € 21 Mio. entlastet werden. Zum einen wurden die Grenzen für die verpflichtende Abgabe der Umsatzsteuerjahreserklärung von € 7.500 auf € 30.000 angehoben. Zum anderen wurden die Grenzen für die verpflichtende Abgabe der Umsatzsteuervoranmeldung abgesenkt, aber gleichzeitig der Voranmeldungszeitraum von monatlich auf vierteljährlich reduziert.

4.3.3 Herausforderungen und Ausblick

Maßnahmen in Bezug auf Rechtsvorschriften

- Im Herbst 2009 wurde die Richtlinie 2009/109/EG des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates zu Änderungen hinsichtlich der Berichts- und Dokumentationspflichten bei Verschmelzungen und Spaltungen (ABl. Nr. L 259) beschlossen. Diese können teilweise durch Veröffentlichung im Internet und durch elektronische Übermittlung ersetzt werden. Bei bestimmten Konstellationen wird auch auf eine Genehmigung der Verschmelzung oder Spaltung durch die Hauptversammlung verzichtet. Diese Form der Offenlegung soll eine Alternative zur Einreichung bei den Firmenbuchgerichten und zur Veröffentlichung in der Wiener Zeitung sein. Für die Umsetzung dieser Richtlinie, die bis zum 30. Juni 2011 zu erfolgen hat, müssen in Österreich insbesondere das Aktiengesetz und das Spaltungsgesetz geändert werden. Ein Begutachtungsentwurf, der zuvor von einer Arbeitsgruppe des Bundesministeriums für Justiz (BMJ) erarbeitet wurde, wird bis Jahresende 2010 versendet werden.

Maßnahmen zur Senkung der Verwaltungskosten

- Eine europäische Expertengruppe zur Verwaltungskostenreduktion hat im September 2009 ein umfassendes Bürokratieabbaupaket mit einem berechneten Einsparungspotential von etwa € 40 Mrd. vorgelegt, welches vor allem KMU berücksichtigt.
Die Europäische Kommission ist bestrebt, die Verwaltungslasten für KMU auf europäischer Ebene bis zum Jahr 2012 um 25 % zu senken.
- Im Rahmen der Initiative „Verwaltungskosten senken für Österreich“ wurde erhoben, dass rund 5.700 Informationsverpflichtungen für Unternehmen eine Belastung von € 4,3 Mrd. verursachen und dafür sorgen, dass heimische Unternehmen etwa 230 Mio. Mal pro Jahr bundesrechtliche Informationsverpflichtungen erfüllen müssen. Die daraus entstehenden Verwaltungslasten für Unternehmen will die Bundesregierung bis 2012 um 25 % senken. Die Senkung der Verwaltungskosten soll in zwei Schritten erfolgen:
 - Reduktion von nationalen Verwaltungslasten bis Ende 2010 um € 560 Mio.
 - und um weitere € 440 Mio. bis 2012.

Der Gesamtplanungsstand für die Initiative liegt derzeit bei rund 87 %. Mit Ende 2010 wird das erste Entlastungsziel von € 564 Mio. erreicht werden.

4.4 Öffentliche Verwaltung

Zu hoher Verwaltungsaufwand steht auf der europaweiten Beschwerdeliste der KMU an erster Stelle. Um die Behörden der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten für die Bedürfnisse der KMU zu sensibilisieren und ihren Alltag so einfach wie möglich zu gestalten, wird im vierten Grundsatz des SBA („mitdenkende Verwaltung“) gefordert, die Einrichtung elektronischer Behördendienste und zentraler Anlaufstellen, im Sinne eines „One-Stop-Shops“²¹, zu forcieren.

4.4.1 Österreich im europäischen Vergleich

Bei der Umsetzung dieses Grundsatzes, der eine KMU-freundliche Verwaltung anstrebt, liegt Österreich über dem EU-27-Durchschnitt. Insgesamt werden im „SBA Fact Sheet“ 15 sehr unterschiedliche Indikatoren zur Erfassung des Grundsatzes der „mitdenkenden Verwaltung“ analysiert. Um den administrativen Aufwand zu messen, werden neben den „Kosten für eine Geschäftseröffnung“ und der „Zahl der Tage für eine Geschäftseröffnung“ sowie der „Zahl der Tage für eine Grundbucheintragung“ u. a. auch Hürden der Einstellung und Entlassung von Mitarbeitern sowie die Möglichkeiten des E-Governments bewertet.

Das im europäischen Vergleich überdurchschnittliche Abschneiden Österreichs ist vor allem auf das E-Government-Angebot zurückzuführen. Da die analysierten 20 Grunddienstleistungen der Verwaltung zur Gänze online verfügbar sind, weist Österreich beim Indikator „E-Government Verfügbarkeit“ 100 % auf, während der europäische Mittelwert bei 59 % liegt. Die untersuchten Basisdienste umfassen zwölf Transaktionen für Bürger und acht für Unternehmen. Unter anderem werden folgende unternehmensbezogene Bereiche auf ihre „E-Government Verfügbarkeit“ hin analysiert: Sozialbeiträge für Beschäftigte, Körperschaftssteuer, Umsatzsteuer, Gewerbeanmeldung und statistische Daten.

Österreich konnte sich hier über die letzten Jahre verbessern. Gleichauf mit dem europäischen Durchschnitt liegt Österreich bei jenen Indikatoren, die die administrativen Kosten (z.B. für Unternehmensgründung und Grundbucheintragung) erfassen.

Unterhalb des EU-Durchschnitts liegen Österreichs Indikatoren zu Zeit und Anzahl der Verwaltungsakte, die zur Gründung eines Unternehmens erforderlich sind. Durchschnittlich dauert eine Unternehmensgründung laut den Erhebungen des „World Bank Doing Business 2009“ 28 Tage, im EU-Durchschnitt dagegen nur 17. Anzumerken ist, dass diese Werte von jenen im Rahmen des Lissabon-Prozesses von BMWFJ und WKÖ erhobenen Daten abweichen, denen zufolge die Unternehmensgründung in Österreich elf Tage dauert (im Durchschnitt der EU-27 ist von acht bis neun Tagen auszugehen). (Europäische Kommission (2010a): a. a. O.)

4.4.2 Aktuelle Situation

Maßnahmen für eine KMU-gerechtere öffentliche Verwaltung lassen sich in die Bereiche „Schaffung elektronischer Behördenwege“ und „zentraler Anlaufstellen“ (Stichwort „One-Stop-Shops“) sowie jene zur „Erleichterung des administrativen Aufwands“ einteilen.

Maßnahmen im Bereich elektronischer Behördenwege

- Die öffentliche Verwaltung in Österreich forciert den Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechnologien, um Qualität und Effizienz des Verwaltungshandelns nachhaltig zu verbessern. Diese Bestrebungen wurden bereits in den Jahren 2006 und 2007 mit dem ersten Platz des europäischen E-Government Benchmark im Bereich „Verfügbarkeit und Reifegrad öffentlicher Online-Services“ international gewürdigt. Der aktuelle E-Government Vergleich („8th Benchmark Measurement“) bestätigt die Vorreiterrolle Österreichs in diesem Bereich und die führende Position im Bereich „Online-Verfügbarkeit öffentlicher Services“. Dies spiegelt sich auch in den angeführten, im europäischen Vergleich überdurchschnittlichen Werten im „SBA Fact Sheet“ wider.
- Die im Jahr 2003 gegründete Plattform „Digitales Österreich“ (<http://www.digitales.oesterreich.gv.at>), als Koordinations- und Strategiegremium der Bundesregierung im Bereich E-Government, bündelt E-Government-Dienstleistungen sowohl für Bürger als auch Unterneh-

men, wie etwa die Bürgerkarte oder online-Amtswege. Neue Angebote beinhalten u. a. die Möglichkeit der „elektronischen Vollmachten“; besonders für Unternehmen können diese einen Vorteil darstellen, da ein befugter Vertreter auch in der „elektronischen Welt“ rechtswirksam für das vertretene Unternehmen handeln kann. Vertretungsbefugnisse können über das Stammzahlenregister (<http://www.stammzahlenregister.gv.at>) beantragt werden.

Die Plattform informiert auch über die elektronische Rechnungslegung sowie die elektronische Ausstellung und Übermittlung von Rechnungen. Laut WKÖ könnten die Kosteneinsparungen für Unternehmen durch den Versand elektronischer Rechnungen bis zu € 1,5 Mrd. betragen. Die PDF-Signatur bietet dabei die Möglichkeit, erstellte Rechnungen rechtsgültig zu signieren und signierte elektronische Rechnungen auf ihre Echtheit zu prüfen.

- Mit der Entwicklung einer technischen Lösung für qualifizierte elektronische Signaturen mittels Mobiltelefon („Handysignatur“) konnte Österreich die Vorreiterrolle im E-Government-Bereich unterstreichen. Die Einführung der Handysignatur im Jahr 2010, die nach einem ähnlichen Verfahren wie Online-Banking (mTAN System) funktioniert, ermöglicht es, sich mittels Handy im Internet eindeutig auszuweisen oder ein Dokument online rechtsgültig zu unterschreiben.

Maßnahmen zur Förderung von „One-Stop-Shops“

- Mit der Schaffung zentraler Anlaufstellen („One-Stop-Shop“), an denen alle notwendigen bürokratischen Schritte, die zur Realisierung eines Vorgangs (etwa die Unternehmensgründung) notwendig sind, erfolgen können, sollen für KMU die Servicequalität erhöht und die Kosten gesenkt werden. Im Rahmen der österreichischen Initiative „Verwaltungskosten senken“ (vgl. Kapitel 4.3) ist im März 2009 die „Flagshipmaßnahme“ „Unternehmensserviceportal – USP“ im Ministerrat beschlossen worden. Das „USP“, als gemeinsame Initiative von Bundeskanzleramt (BKA) und Bundesministerium für Finanzen (BMF), wird redaktionell von der Wiener Zeitung betreut; das Unternehmensregister wird von der Statistik Austria bereitgestellt. Seit 1. Jänner 2010 ist das Unternehmensserviceportal online (<http://www.usp.gv.at>) und dient Unternehmern als Informationsplattform. Das Angebot des Portals soll in mehreren Schritten ausgebaut

werden und im Sinne eines „One-Stop-Shop“ Unternehmen bei der Erfüllung von Informations- und Meldepflichten unterstützen, wodurch Doppel- und Mehrfachmeldungen entfallen sollen.

Maßnahmen zur Erleichterung des administrativen Aufwands

- Der SBA sieht vor, dass sich die Mitgliedstaaten bei Eintragungsgebühren an dem Land mit dem niedrigsten Gebührenniveau orientieren und den erforderlichen Zeitaufwand für die Gründung eines Unternehmens auf unter eine Woche beschränken. Österreich liegt im europäischen Vergleich mit durchschnittlichen Kosten in Höhe von € 385 unter dem EU-Mittel von € 417. Die Gründung eines Unternehmens dauerte nach Erhebungen des BMWFJ und der WKÖ im Jahr 2009 im Durchschnitt elf Tage (inkl. Firmenbucheintragung), während der erforderliche Zeitraum in Europa bei durchschnittlich acht bis neun Tagen liegt.

Bei nicht protokollierten Einzelunternehmen können die zur Gründung erforderlichen administrativen Schritte in Österreich an einem Tag erfolgen. Österreich nimmt hier eine überdurchschnittlich gute Position ein.

- Der Dienstleistungssektor ist in der Europäischen Union und auch in Österreich der größte Wirtschaftsbereich. Mit 28. Dezember 2009 ist die europäische Dienstleistungsrichtlinie (RL 2006/123/EG) in Kraft getreten. Diese soll es Unternehmen erleichtern, ihre Leistungen im gesamten EU-Raum anzubieten und zu erbringen. Die Dienstleistungsrichtlinie ist ein bedeutender Schritt zur Vervollständigung des Binnenmarktes (vgl. Kapitel 4.7). Elektronische Behördenverfahren, die eine vollständige Abwicklung aller benötigten Formalitäten aus der Ferne ermöglichen, stellen das notwendige Werkzeug der gänzlichen Integration dar. Mit der Dienstleistungsrichtlinie wurden in den einzelnen Mitgliedstaaten einheitliche Ansprechpartner eingerichtet, über die Verwaltungsformalitäten in Europa grenzüberschreitend elektronisch abgewickelt werden können.

In Österreich stellt das Portal <http://www.eap.gv.at> des Bundes die Verbindung zu den einzelnen Ansprechpartnern her, bei welchen Formulare heruntergeladen und die elektronischen Verfahren unmittelbar abgewickelt werden können.

Trotz der rechtlichen Vereinfachungen gibt es in der Praxis der behördlichen Verfahrensabwicklung noch einige Herausforderungen zu meistern, bis es Unternehmen problemlos möglich sein wird, über Ländergrenzen hinweg wirtschaftlich tätig zu werden und neue Märkte zu erschließen. Zu diesem Zwecke wurde von der Europäischen Kommission das Projekt „SPOCS“ (<http://www.eu-spocs.eu>) gestartet. „SPOCS“ steht für „**S**imple **P**rocedures **O**nline for **C**rossborder **S**ervices“. Mit SPOCS erhalten österreichische Unternehmen die Möglichkeit, ihre Dienstleistungen im Ausland künftig rascher und leichter erbringen zu können. Die österreichischen Projektpartner sind zum Zweck der gemeinsamen und effizienten Projektabwicklung in der Arbeitsgemeinschaft „SPOCS.AT“ organisiert.

Bisher wurde die Dienstleistungsrichtlinie in den einzelnen Mitgliedstaaten informationstechnologisch getrennt voneinander umgesetzt. Mit dem im Juli 2009 für eine Laufzeit von drei Jahren gestarteten Pilotprojekt der Europäischen Kommission im Rahmen des CIP-PSP (**C**ompetitiveness and **I**nnovation **F**ramework **P**rogramme – **P**olicy **S**upport **P**rogramme) soll durch die Verbindung der derzeit getrennt bestehenden IT-Umsetzungskonzepte Abhilfe geschaffen werden. Dieses Projekt soll es Unternehmen ermöglichen, Formalitäten im Zusammenhang mit der Niederlassung oder Dienstleistungserbringung künftig rascher und komfortabler zu erledigen, wodurch Dienstleistungen schneller auf den Markt gelangen sollen. Durch die Verbindung der unterschiedlichen nationalen E-Government-Lösungen wird eine spürbare Verbesserung der Effizienz der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit unterschiedlicher Behörden sowie zwischen Behörden und Dienstleistungserbringern erwartet.

- Administrative Erleichterung bringt die mit 1. Jänner 2010 umgesetzte Richtlinie 2008/9/EG zur Umstellung des Vorsteuererstattungsverfahrens für europäische Unternehmen. Seither besteht die Möglichkeit, dass EU-weite Anträge auf Erstattung von in anderen EU-Mitgliedstaaten angefallener Vorsteuer vereinfacht über das elektronische Portal des Mitgliedstaats, in dem der Unternehmer ansässig ist, einzureichen. Der jeweilige Mitgliedstaat leitet diesen Antrag an das Land der Erstattung weiter. Österreichischen Unternehmern steht die elektronische Antragstellung über „FinanzOnline“ zur Verfügung.

- In Bezug auf die Forderung des SBA, wonach keine unnötigen Anforderungen von Informationen an KMU gerichtet werden und auch die Teilnahme an statistischen Erhebungen höchstens einmal in drei Jahren erfolgen sollen, brachten die Anhebung der Meldeschwellen bei der Konjunkturerhebung (BGBl. II Nr. 210/2003), der Leistungs- und Strukturhebung (BGBl. II Nr. 428/2003) sowie der Gütereinsatzstatistik (BGBl. II 349/2003) der Statistik Austria im Jahr 2008 und 2009 für etwa 3.700 Unternehmen administrative Entlastungen. Mit der Anhebung der Meldeschwelle bei Intrastat, dem statistischen Erhebungssystem zur Erstellung der Statistik des Warenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten der EU, wurden im Jahr 2010 etwa 8.000 Unternehmen entlastet. Um auch zukünftig Aussagen über KMU tätigen zu können, werden jedoch weiterhin Erhebungen und Befragungen innerhalb dieser Unternehmensgruppe durchgeführt werden müssen.

4.4.3 Herausforderungen und Ausblick

Maßnahmen zur Förderung von „One-Stop-Shops“

- Die Umsetzung des Unternehmensserviceportals „USP“ erfolgt in mehreren Ausbaustufen. Die Schaffung eines „One-Stop-Shop“ dieser Art ermöglicht seit Jänner 2010 eine „einfache“ Unternehmensgründung in Mithilfe von umfassender Information und eines bundesweit einheitlichen Online-Formulars, wodurch auch die Verwaltungslasten für Unternehmen gesenkt werden (vgl. Kapitel 4.3.2).

In einem weiteren Schritt sollen bis Jänner 2011 vollständige Transaktionen und ein „Single-Sign-On“ (Stichwort „einmal anmelden, viele Anwendungen nutzen“) zu unterschiedlichen Applikationen, wie etwa „FinanzOnline“ ermöglicht werden; auch die Möglichkeit des elektronischen Datenaustauschs mit den österreichischen Sozialversicherungsträgern für Unternehmen soll zu diesem Zeitpunkt eingerichtet sein.

Für 2013 ist geplant, elektronische Schnittstellen zu Ländern und Gemeinden so einzurichten, dass auch administrative Vorgaben dieser Gebietskörperschaften über „USP“ erfüllbar sind, um Doppel- und Mehrfachmeldungen zu vermeiden.

Maßnahmen zur Erleichterung des administrativen Aufwands

- Eine aktuell diskutierte Maßnahme zur Senkung des administrativen Aufwands für österreichische Unternehmer stellt die Erleichterung des Zugangs zur Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) dar. Derzeit wird überlegt, das bei Gründung vorzulegende Stammkapital von € 17.500 auf € 10.000 zu senken. Durch diese Maßnahme soll der Zugang zur Rechtsform GmbH erleichtert und verbilligt werden.
- Das von der Europäischen Kommission vorgestellte Statut einer europäischen Privatgesellschaft (SPE) hat ebenfalls zum Ziel, Kosten für Unternehmer zu reduzieren. Diese neue Gesellschaft soll es KMU, die in mehreren Mitgliedstaaten aktiv sind, ermöglichen, in der gesamten EU in derselben Gesellschaftsform tätig zu werden. Es ist geplant, die Europäische Privatgesellschaft als eine einfach zu gründende Gesellschaftsform mit niedrigem Mindeststammkapital und großer Satzungs-freiheit – am ehesten mit der österreichischen GmbH vergleichbar – auszugestalten.

4.5 Politische Instrumente – KMU-gerecht

Zwei Bereiche, einerseits das öffentliche Beschaffungswesen (insbesondere die KMU-gerechte Ausgestaltung von Ausschreibungen) und andererseits die Gewährung von staatlichen Beihilfen zur Unterstützung von KMU über den gesamten Unternehmenslebenszyklus, werden unter dem Grundsatz „öffentliches Auftragswesen und staatliche Beihilfen“ zusammengefasst.

Entsprechende Maßnahmen zur Unterstützung der Unternehmen in allen Entwicklungsstadien wurden unter dem Grundsatz zur Förderung des Unternehmertums angeführt (vgl. Kapitel 4.1.2).

4.5.1 Österreich im europäischen Vergleich

Das „SBA Fact Sheet“ analysiert zur Fortschrittserfassung im Bereich des Grundsatzes „öffentliches Auftragswesen und staatliche Beihilfen“ zwei Indikatoren, einerseits den „Anteil von KMU am Wert von öffentlicher Auftragsvergabe“ und andererseits den „Anteil staatlicher Beihilfen, den KMU erhalten“.

Für Österreich liegen nur für den zweiten Indikator Werte vor. Der Anteil an staatlichen Beihilfen für KMU fällt in Österreich mit 17 % höher aus als im europäischen Durchschnitt (11 %). Auf Grund der starken Schwankungen der Indikatorenwerte zwischen 2000 und 2007 lässt sich aber keine eindeutige Entwicklungstendenz ableiten. (Europäische Kommission (2010a): a. a. O.)

4.5.2 Aktuelle Situation

- Öffentliche Beschaffung stellt mit etwa 16 % des EU-BIP einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. In Österreich würde dies einem Betrag von rund € 50 Mrd. entsprechen. Dabei wird von der EU eine stärkere Einbeziehung von KMU in die öffentliche Beschaffung forciert. (Europäische Kommission (2008c): Europäischer Leitfaden für bewährte Verfahren (Code of best Practice) zur Erleichterung des Zugangs kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zu öffentlichen Aufträgen. Brüssel: Europäische Kommission.)

Ausgehend von den Schwierigkeiten, mit denen sich KMU nach eigenen Angaben konfrontiert sehen, sollen Mitgliedstaaten in der öffentlichen Beschaffung die Bedürfnisse und Charakteristika der KMU berücksichtigen und den Auftragsumfang entsprechend gestalten. Zudem soll bspw. auch auf den für die Unternehmen damit verbundenen Bürokratieaufwand sowie die Verständlichkeit und die Gewährleistung der vorgelegten Informationen geachtet werden. Mitgliedstaaten werden u. a. auch angehalten, pünktliche Zahlung zu gewährleisten. (Europäische Kommission (2008c): a. a. O.)

KMU sind, im Vergleich zu ihrer Bedeutung für die Wirtschaft, in Österreich bei der öffentlichen Auftragsvergabe unterrepräsentiert. Eine Studie der KMU FORSCHUNG AUSTRIA aus dem Jahr 2010 zur öffentlichen Auftragsvergabe in Oberösterreich, die im Auftrag der Wirtschaftskammer Oberösterreich durchgeführt wurde, zeigt, dass Unternehmen Kritik bezüglich der „KMU-Freundlichkeit“ in Bezug auf die Festlegung der Eignungskriterien bei der öffentlichen Auftragsvergabe üben. Diese sind nach Ansicht der Unternehmen nur unzureichend auf die Bedürfnisse von KMU zugeschnitten. Mangelndes Bewusstsein bzw. fehlende Information bzgl. des öffentlichen Beschaffungswesens ist ein zentraler Grund für die Nicht-Teilnahme an Ausschreibungen. (Strei-

cher et al. (2010): KMU und öffentliche Auftragsvergabe in Oberösterreich. Wien: KMU FORSCHUNG AUSTRIA.)

- Eine Maßnahme, die im Rahmen der Wirtschaftskrise zur Konjunkturbelebung gesetzt worden ist und die in direktem Zusammenhang mit dem Grundsatz KMU-gerechter politischer Instrumente steht, ist die Schwellenwerteverordnung 2009 (BGBl. II Nr. 125/2009). Die Schwellenwerte für die Durchführung von Direktvergaben, Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung und für nicht offene Verfahren ohne vorherige Bekanntmachung sind per 1. Juni 2009 vorübergehend angehoben worden. Auf Grund der temporären Schwellenwerterhöhung bis 31. Dezember 2010 sind bspw. Direktvergaben bis zu einem geschätzten Auftragswert von € 100.000 netto möglich.

Die bereits erwähnte Erhebung unter oberösterreichischen KMU zeigt in diesem Zusammenhang, dass 90 % der befragten Unternehmen in der Direktvergabe von Aufträgen bis zu einem Wert von € 100.000 einen wichtigen Input für die lokale Wirtschaft sehen und für eine Beibehaltung dieser Regelung über 2010 hinaus plädieren. (Streicher et al. (2010): a. a. O.)

- Im März 2010 ist die Novelle zum Bundesvergabegesetz (BGBl. I Nr. 15/2010) in Kraft getreten, welche die Teilnahme von KMU an öffentlichen Vergabeverfahren erleichtern soll. Seither können anstatt des bisher notwendigen Nachweises über die geforderten Eignungskriterien „Eigenerklärungen“ abgegeben werden. Im Vergabeverfahren gilt somit der Grundsatz, dass Unternehmen ihre Eignung auch durch die bloße Vorlage dieser „Eigenerklärungen“ belegen können, statt wie bisher durch entsprechende Unterlagen zur Bestätigung etwa der beruflichen Befugnis und der Zuverlässigkeit. In diesen „Eigenerklärungen“ führen die Unternehmer ihre Befugnisse an und bestätigen, dass sie die vom Auftraggeber verlangten Eignungskriterien erfüllen und die festgelegten Nachweise über Aufforderung erbringen können. Auftraggeber können sich darauf beschränken, nur mehr bestimmte Nachweise zu fordern bzw. Eignungsnachweise nur von einzelnen Bietern und Bewerbern zu verlangen, wodurch auch die Verwaltungslasten für Unternehmen gesenkt werden (vgl. Kapitel 4.3.2).

Zwingend ist die Vorlage von Nachweisen nur mehr für den Zuschlagsempfänger bei der Vergabe von größeren Aufträgen (ab € 120.000 bei

Baufträgen bzw. ab € 80.000 bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen).

- Erhebungen des KSV von 1870 zeigen, dass im zweiten Halbjahr 2009 die durchschnittliche Zahlungsdauer der öffentlichen Hand 42 Tage betrug, während es bei Unternehmen durchschnittlich 33 Tage und bei Privatpersonen 20 Tage dauerte, bis Rechnungen beglichen wurden. Öffentliche Auftraggeber überschritten damit das Zahlungsziel je nach Bundesland um durchschnittlich sechs bis elf Tage. Bei großvolumigen Projekten können lange Zahlungsfristen der öffentlichen Hand zu Zwischenfinanzierungsproblemen führen. (KSV1870 (2010): a. a. O.)

4.5.3 Herausforderungen und Ausblick

- Die von der Europäischen Kommission geforderte, schnellere Rechnungsbegleichung der öffentlichen Hand und die Reduktion des administrativen Aufwands sind Intentionen des Projekts zur elektronischen Rechnungslegung an den Bund. Unternehmen, die an öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen, sollen ihre Rechnungen zukünftig elektronisch beim Bund einreichen können. 1,6 Mio. Rechnungen werden derzeit pro Jahr an den Bund gelegt, von welchen zukünftig der Großteil durch eine „E-Rechnung“ ersetzt werden soll. Diese elektronische Rechnung wird automatisch formal geprüft und abgelegt sowie dem Rechnungsempfänger zugeordnet. Durch die E-Rechnung kann sowohl beim Rechnungsleger als auch beim Rechnungsempfänger die Papiermanipulation vermieden werden, d.h. Druck und Kuvertierung, Papierablage und postalischer Versand können entfallen. Das sich für Unternehmen durch den Versand elektronischer Rechnungen an den Bund ergebende Einsparungspotential wird auf rund € 14 Mio. geschätzt.
- Neben diesen Einsparungsaussichten für KMU können im Bereich der „politischen Instrumente – KMU gerecht“ auch gesamtwirtschaftliche, innovations- und umweltpolitische Steuerungsabsichten ausgemacht werden, denn mit einem jährlichen Volumen von etwa € 50 Mrd. ist die öffentliche Hand ein wichtiger Auftraggeber mit entsprechender Vorbildfunktion und Hebelwirkung. Mit dem „praxisorientierten Leitfaden für ein innovationsförderndes öffentliches Beschaffungs- und Vergabewesen“ („procure_inno“) soll die öffentliche Beschaffung als Instrument für nachfrageseitige Innovationspolitik genutzt werden. In einem

weiteren Schritt soll ein entsprechendes Aktionsprogramm entwickelt und umgesetzt werden.

- Ein weiterer Aspekt der öffentlichen Beschaffung, der zukünftig verstärkt Berücksichtigung finden soll, betrifft die Ausrichtung auf nachhaltige Anforderungen. Der dazu erarbeitete österreichische Aktionsplan für nachhaltige öffentliche Beschaffung enthält Kriterien, wie der gesetzliche Auftrag zur umweltorientierten, energieeffizienten Beschaffung konkretisiert werden soll. Schritt für Schritt sollen Produkte und Leistungen ressourcen- und energieeffizienter und mit noch geringeren negativen Auswirkungen für die Umwelt und die Menschen gestaltet werden.

4.6 Finanzierung

Erschwerter Zugang zu Kapital stellt neben hohem Verwaltungsaufwand nach Erhebungen bei europäischen KMU das zweithäufigste Problem dieser Unternehmen dar. Ein wichtiger Grundsatz des SBA ist daher die Erleichterung des Zugangs der KMU zu Finanzierungen, insbesondere zu Risikokapital, Kleinstkrediten und Mezzaninkapital. Im Grundsatz zur „Finanzierung“ wird des Weiteren darauf abgezielt, ein rechtliches und geschäftliches Umfeld zu schaffen, das für eine größere Zahlungsdisziplin im Geschäftsleben sorgt.

4.6.1 Österreich im europäischen Vergleich

Der Grundsatz der „Finanzierung“ wird im „SBA Fact Sheet“ mit 14 Indikatoren erfasst, welche vor allem den Zugang zu Kapital und die Zahlungsmoral messen. Bei der Durchschnittsbetrachtung, in welche nur sieben der 14 Werte einfließen, liegt Österreich im europaweiten Mittel.

Dem europäischen Mittelwert entspricht der durchschnittliche Zahlungsverzug von 16 Tagen in Österreich ebenso wie der „Rechtsschutzindex“. Dieser misst inwiefern Kreditgeber bzw. -nehmer durch die Gesetzgebung geschützt sind und wie sehr damit die Kreditgewährung forciert wird. Der Indikator, der die Verfügbarkeit sowie Qualität der Information der „Kreditregister“ erfasst, liegt über dem Durchschnitt. Der „Anteil an KMU, die Probleme beim Zugang zu Finanzierungen“ haben, ist geringer als im europäischen Mittel. Unterdurchschnittlich fallen in Österreich die Indikatoren zum

Anteil von Risikokapital und Garantien am BIP aus. Die Indikatoren zum SBA-Grundsatz „Finanzierung“ zeigen in Österreich über die letzten Jahren keine Veränderung. (Europäische Kommission (2010a): a. a. O.)

4.6.2 Aktuelle Situation

Die Maßnahmen im Rahmen des Grundsatzes „Finanzierung“ lassen sich in die zwei Bereiche gesetzliche Rahmenbedingungen (in erster Linie zur Investitionsförderung) und in Finanzierungsförderungen unterteilen. Aktuelle Maßnahmen zur Steigerung der Finanzierungsmöglichkeiten stehen zum Großteil in direktem Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Gesetzliche Rahmenbedingungen

- Der SBA sieht vor, dass die Mitgliedstaaten über die Besteuerung von Unternehmensgewinnen Investitionsanreize schaffen. Das österreichische Steuerreformgesetz 2009 (BGBl. I Nr. 26/2009) wurde auch auf Grund der Intention, Vorteile der begünstigten Besteuerung des 13. und 14. Bezuges für unselbstständig Erwerbstätige auf selbstständig Tätige bzw. Gewerbetreibende auszuweiten, verabschiedet und trat mit April 2009 in Kraft. Mit der Einführung eines „Gewinnfreibetrags“ bietet die Gesetzesänderung zudem Investitionsanreize.

Nach der alten Rechtslage (bis 2009) konnten natürliche Personen bei der Gewinnermittlung ihres Betriebes einen investitionsbedingten Freibetrag im Ausmaß von 10 % des Jahresgewinns, maximal € 100.000, geltend machen. Mit Inkrafttreten des Steuerreformgesetzes 2009 wurde der neue „Gewinnfreibetrag“ eingeführt und auf 13 % des Gewinns erhöht. Das Gesetz sieht vor, dass Unternehmen mit bis zu € 30.000 Jahresgewinn der Freibetrag auch ohne Investitionstätigkeit zusteht (der so genannte „Grundfreibetrag“).

Selbstständige mit einem Gewinn von über € 30.000 müssen, um den vollen Gewinnfreibetrag nutzen zu können, investieren. Mit dem Gewinnfreibetrag besteht die Möglichkeit, 13 % des Gewinnes des Betriebes, maximal € 100.000 pro Jahr, steuerfrei zu belassen, womit Gewinne bis zu einer Höhe von € 769.230 (13 % von € 769.230 entsprechen € 100.000) von der Begünstigung erfasst sind.

- Eine weitere Maßnahme der Gesetzgebung im Zusammenhang mit Investitionsanreizen ist die mit dem Konjunkturpaket II (wieder-) eingeführte vorzeitige Absetzung für Abnutzung. Wirtschaftsgüter, die im Jahr 2009 und 2010 angeschafft wurden, können unabhängig von ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer im ersten Jahr mit 30 % der Herstellungs- oder Anschaffungskosten abgeschrieben werden. Dadurch kommt es zu einer vorgezogenen Minderung der Steuerbemessungsgrundlage. (BGBl. I Nr. 27/2009)

Finanzierungsförderungen

- Zentrale Institutionen der österreichischen Finanzierungsförderung sind die Austria Wirtschaftsservice Ges.m.b.H. (aws) und die Österreichische Hotel- und Tourismusbank Ges.m.b.H. (ÖHT).
- Die aktuellen Kernprogramme der aws umfassen:
 - Gründer und junge Unternehmen
 - Regionalförderung und KMU-Wachstum
 - Innovations- und Technologieverwertung
- Im Kernprogramm „Gründer und junge Unternehmen“ sind alle Programme und Förderungsmaßnahmen der aws gebündelt, welche die Unterstützung der Gründung und des Aufbaus von Unternehmen zur Zielsetzung haben. Neu- und Jungunternehmer werden vor allem mit Zuschüssen und Haftungen unterstützt. Haftungsübernahmen, die den Zugang zur Bankenfinanzierung bzw. zum Kapitalmarkt erleichtern, sind für diese Zielgruppe von besonderer Bedeutung, da das Fehlen von bankmäßigen Kreditsicherheiten ein Entwicklungshemmnis darstellt, das auf Grund der Finanz- und Wirtschaftskrise noch stärker zum Tragen kam bzw. kommt.

Mit 1.870 Förderungen im Jahr 2009 wurden mehr als 30 % der aws-Förderungen an Neu- und Jungunternehmer vergeben. 2009 wurden 1.547 Zuschüsse erteilt, was einem Rückgang von 5 % gegenüber 2008 entspricht; ein Projektvolumen von € 92,5 Mio. und die Schaffung von 1.416 neuen Arbeitsplätzen konnten unterstützt werden. Im Haftungsbereich wurden im Jahr 2009 mit 323 Förderzusagen um rund 8 % mehr Förderungen als 2008 vergeben. Die Förderungsleistung nahm um etwa 6 % zu.

- Das Kernprogramm „Regionalförderung und KMU-Wachstum“ unterstützt Unternehmen bei der Überwindung von Wachstumsschranken und fördert den Ausgleich von Struktur- und Entwicklungsschwächen von Regionen, um eine Strukturverbesserung der österreichischen Wirtschaft zu erreichen. Für 2009 standen auf Grund des Konjunkturpakets I im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise insgesamt um etwa € 200 Mio. mehr an ERP (European Recovery Programme)-Krediten zur Verfügung als in einem durchschnittlichen ERP-Jahresprogramm. Zusätzlich konnten Österreichs Unternehmen den erweiterten Haftungsrahmen und die neuen beihilferechtlichen Erleichterungen nutzen.

Vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung haben Haftungsprogramme für Überbrückungskredite bzw. Betriebsmittelfinanzierungen an Bedeutung gewonnen. Durch eine Rückhaftung des Europäischen Investitionsfonds (EIF) kann die aws Mikrokredit-Haftungen für Finanzierungen bis zu einer Höhe von € 30.000 zu besseren Bedingungen anbieten.

Der im Rahmen des Konjunkturpakets I geschaffene ERP-Kleinkredit wird von der aws abgewickelt. Ursprünglich wurden ERP-Kleinkredite mit einem Kreditbetrag von € 10.000 bis € 30.000 vergeben. Mit Jahresbeginn 2010 wurde der Maximalbetrag auf € 100.000 angehoben und der Zinssatz für die tilgungsfreie Zeit von 1,5 % auf 0,5 % gesenkt.

Die neuen Instrumente und die zusätzlich zur Verfügung stehenden Haftungsrahmen für bestehende aws-Produkte wurden verstärkt in Anspruch genommen. Die Steigerung der Zusagen im Bereich der aws-Haftungen nach dem KMU-Förderungsgesetz etwa betrug im Jahr 2009 mit 618 unterstützten Projekten 63 % gegenüber 2008. Im Rahmen dieses Kernprogramms wurden 2009 zudem 1.071 Förderungszusagen im Bereich der Zuschüsse und 794 im Bereich Kredit und Darlehen erteilt. Mit Hilfe der Unterstützung durch Kredite und Darlehen konnten im Rahmen der betrieblichen Projektdurchführung nach Angaben der aws 3.393 Arbeitsplätze neu entstehen.

Im Bereich des ERP-Kleinkredits konnten im ersten Halbjahr 2010 586 Fälle positiv beschlossen werden, womit ein Gesamtvolumen von knapp € 32 Mio. vergeben und das für ERP-Kleinkredite reservierte Volumen von € 50 Mio. zu etwa zwei Drittel ausgeschöpft wurde. Die aws vergab auf Grund der starken Nachfrage in den ersten sechs Monaten 2010 um 50 Kleinkredite mehr als im gesamten Jahr 2009.

- Die Stärkung der Wertschöpfung in Österreich durch die Förderung von wettbewerbsfähigen, innovations- und forschungsbasierten Produkten und Leistungen wird mit dem Kernprogramm „Innovation und Technologieverwertung“ der aws angestrebt. Mit dieser Programmschiene sollen Investitionen (F&E-Kosten, Beratungsleistungen, Know-how, Lizenzen, etc.), die zur Umsetzung von Forschungsergebnissen führen, gefördert werden. Zielgruppen sind technologieorientierte Unternehmen sowie österreichische Universitäten.

Die Schwerpunkte der durch die aws betreuten Technologieförderung liegen in der kommerziellen Umsetzung und wirtschaftlichen Nutzung von Forschungsergebnissen. In diesem Rahmen werden einerseits Informationen zu den Themen Schützen, Lizenzieren und Verwerten von Patenten und andererseits die Recherche, Beratung und finanzielle Unterstützung von/bei Vorgründungs-, Gründungs- und Wachstumsvorhaben angeboten.

Zu Zukunftsfeldern, die zukünftige Schwerpunkte der Förderung darstellen, zählen u. a. „Life Sciences“²⁰ und die „Kreativwirtschaft“, welche mit branchenspezifischen Vernetzungs-, Beratungs- und Finanzierungsleistungen unterstützt werden.

Im Rahmen der 2010 gestarteten „Venture-Capital-Initiative“ wird forschungs- und technologieorientierten Unternehmen in der Gründungs- und Anfangsphase Kapital zur Verfügung gestellt. Dafür werden insgesamt € 15 Mio. von der Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung bereitgestellt.

Die aws tritt mit diesen Mitteln als Investor an Venture-Capital Fonds auf. Über diese beteiligt sie sich an jungen High-Tech-Unternehmen und stellt ihnen auf diese Weise Kapital zur Verfügung. Bis Mai 2010 konnten Bewerbungen eingereicht werden, die Beteiligungszusage erfolgt bis Jahresende 2010.

- Um die Zufriedenheit der Kunden der aws zu erhöhen und die Verwaltungskosten dieser Unternehmen zu senken, wurde im Sommer 2009 das Projekt „Better Regulation“ in der aws gestartet, welches auf die vier Themenfelder Schnelligkeit, Serviceorientierung, Vereinfachung und Transparenz fokussiert. Im Zuge dieses Projekts wurden zahlreiche Maßnahmen, zum Beispiel eine 24-h-Auskunft, umgesetzt.
- Insgesamt konnte die aws im Jahr 2009 5.960 Projekte mit Haftungen, Krediten, Zuschüssen und Beratungsleistung unterstützen; das sind um 15 % mehr als 2008. Die gleichzeitig geringfügige Abnahme der Förderleistungen um rund -1 % auf € 982 Mio. ist konjunkturbedingt auf die verhaltene Investitionstätigkeit der Unternehmen zurückzuführen – größere Projekte wurden nicht durchgeführt oder redimensioniert. Dies zeigt sich auch in der Reduktion der durchschnittlichen Projektvolumina. 73,8 % der Förderzusagen entfielen nach Angaben der aws auf Kleinstunternehmen mit weniger als 9 Mitarbeitern, weitere 16,3 % der Zusagen erhielten kleine Unternehmen. Der Anteil an Förderzusagen von mittleren und großen Betrieben betrug weniger als 10 %. Mit allen Förderzusagen konnte im Jahr 2009 ein Gesamtprojektvolumen von € 3.117 Mio. unterstützt und damit laut aws zur Schaffung von 9.135 neuen Arbeitsplätzen beigetragen werden.

Insgesamt wurden 2009 auf Basis des KMU-Förderungsgesetzes 946 Haftungen, um etwa 39 % mehr als 2008, übernommen.

Im Bereich der Kredite und Darlehen konnte auf Grund des neuen ERP-Kleinkredits mit 812 Förderzusagen im Jahr 2009 gegenüber 257 im Jahr 2008 ein deutlicher Zuwachs verzeichnet werden. Das genehmigte

ERP-Kreditvolumen des Jahres 2009 belief sich auf etwa € 556 Mio.; dies entspricht – trotz negativer Wirtschaftsentwicklung – einem Anstieg von 23 % und stellt das zweithöchste je vergebene ERP-Kreditvolumen dar. Bedingt durch die ERP-Kleinkredite hat sich die Anzahl der Kredite verdreifacht.

Im Jahr 2009 wurden 2.771 Zuschüsse mit einem Förderungsvolumen von über € 130 Mio. vergeben. 98 % der Förderzusagen gingen an KMU.

- Die betriebliche Tourismusförderung des Bundes wird im Auftrag des BMWFJ von der ÖHT abgewickelt. Die Umsetzung erfolgt über folgende Förderungsaktionen:
 - TOP-Tourismus-Förderung 2007-2013
 - Jungunternehmerförderung 2007-2013
 - Übernahme von Haftungen für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft 2007-2013
 - ERP-(Klein-)Kreditaktion
 - Schwerpunktaktion Radtourismus (November 2009 bis Februar 2010)
 - Schwerpunktaktion Internet (September 2010)

Vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise wurden die Unterstützungsmöglichkeiten des Bundes für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft zu Jahresbeginn 2009 ausgebaut. Im Einzelnen beinhaltet dieses „Maßnahmenpaket für den Tourismusstandort Österreich“ folgende Bereiche der Finanzierungsförderung:

- Erhöhung der für den Tourismus zur Verfügung stehenden ERP-Kreditmittel von € 32 Mio. auf € 38 Mio.;
- Ausweitung des ERP-Kleinkreditprogramms auf den Tourismussektor;
- Globaldarlehen der EIB (Europäischen Investitionsbank) an die ÖHT in Höhe von € 140 Mio. zur Absicherung der Refinanzierung der ÖHT-Kredite;

- Erhöhung der in den Bundesvoranschlägen (BVA) vorgesehenen TOP-Tourismus-Förderungsmittel von € 22,04 Mio. (BVA 2008) um € 3,8 Mio. auf jeweils € 25,84 Mio. (BVA 2009/2010);
- Verdoppelung des Haftungsrahmens für die ÖHT von € 250 auf € 500 Mio.;
- Verdoppelung der Haftungsobergrenze im Einzelfall, befristet bis Ende 2010 von € 2 Mio. auf € 4 Mio.

Im Jahr 2009 wurden 1.433 Förderungsansuchen (+47 % im Vergleich zu 2008) der betrieblichen Tourismusförderung positiv erledigt, wobei es sich bei mehr als 99 % dieser Förderungsempfänger um KMU handelte. Insgesamt wurde ein Kreditvolumen von € 155 Mio. vergeben. Mit allen Unterstützungen der ÖHT konnte damit ein Investitionsvolumen von rund € 825 Mio. generiert werden; dies entspricht einem Anstieg von 10 % gegenüber 2008. Alle im Jahr 2009 unterstützten Unternehmen erzielen laut ÖHT nach Durchführung der geplanten Maßnahmen voraussichtlich knapp € 2 Mrd. an Umsatz und beschäftigen 25.000 Mitarbeiter.

- Mit der Einführung des österreichischen Pilotprogramms „Der Mikrokredit“ in den Bundesländern Wien und Steiermark im Mai 2010 sollen die Neugründung, Fortführung, Erweiterung und Übernahme von wirtschaftlich selbstständigen Kleinunternehmen aller Branchen gefördert werden. Das Programm zielt mit einem Volumen von € 1,4 Mio. darauf ab, arbeitslose Personen in die Selbstständigkeit zu begleiten. Dabei werden pro EPU bis zu € 12.500, für Personengesellschaften bis zu € 25.000 zur Verfügung gestellt. Die Laufzeit dieser Starthilfe für angehende Unternehmer beträgt maximal sechs Jahre, wobei die ersten sechs Monate tilgungsfrei vereinbart werden können. (<http://www.der-mikrokredit.at>)

4.6.3 Herausforderungen und Ausblick

- Für das Jahr 2010 hat die aws eine Förderungsleistung von € 1 Mrd. angestrebt und Verbesserungen der bestehenden Angebote (bspw. die beschriebenen Änderungen des ERP-Kleinkredites) durchgeführt. Zudem werden neue Förderungsprogramme, wie zum Beispiel die Programme „Filmstandort Österreich“ und „impulse Lead“, angeboten.
- Die Stärkung der österreichischen Filmindustrie wird mit dem bis 2010 laufenden und mit € 20 Mio. dotierten Fördermodell „Filmstandort Österreich“ des BMWFJ, welches von aws und ABA-Invest in Austria abgewickelt wird, angestrebt. Ziel ist es u. a., die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs als Filmstandorte zu stärken und für bessere Kapitalausstattung heimischer Filmproduzenten sowie die Verhinderung der Abwanderung erfolgreicher Filmschaffender zu sorgen. Mit dem Start zur Jahresmitte 2010 steht ein Betrag in Höhe von € 5 Mio. zur Verfügung; 2011 und 2012 werden jeweils € 7,5 Mio. verfügbar sein. Nach Schätzungen des Fachverbandes der Audiovisions- und Filmindustrie der WKÖ können damit 20 bis 30 Filme pro Jahr gefördert werden. Mit diesem Fördermodell sollen Spielfilme mit Herstellungskosten von mindestens € 1 Mio. und Dokumentationen mit Mindestkosten von € 200.000 unterstützt werden. Die Maximalunterstützung für ein Einzelprojekt beträgt 25 % der förderfähigen Herstellungskosten in Österreich bzw. 15 % des jährlichen Budgets von "Filmstandort Österreich".
- Im Rahmen der neuen Förderschiene „impulse LEAD“ werden vorbildliche Maßnahmen und Initiativen, die Kreativleistungen in der Wirtschaft nachhaltig verankern und der Vernetzung und Professionalisierung der Kreativbranche dienen, mit einem Zuschuss von bis zu 80 % der förderbaren Projektkosten (maximal € 300.000) gefördert. Mit „impulse Lead“ soll die Entwicklung sowie gegebenenfalls auch die erste Anwendung und/oder Marktüberleitung von diesen Modellprojekten ermöglicht und unterstützt werden. Die Einreichung von Förderungsansuchen für Projekte, die ein Mindestvolumen von € 100.000 aufweisen mussten, war zwischen Dezember 2009 und April 2010 möglich. Weitere Calls sind in den nächsten Jahren geplant.
- Die im Frühjahr 2010 präsentierte Tourismusstrategie des BMWFJ („Neue Wege im Tourismus“) sieht in Bezug auf Förderungen u. a. vor, dass der Bund neben der breiten Basisförderung zukünftig verstärkt

auf Schwerpunktaktionen, wie etwa das Thema Radtourismus im Jahr 2009, setzt. Zudem sollen die ÖHT als etablierte Anlaufstelle der Branche im Sinne eines weiteren Ausbaus des „One-Stop-Shop“-Prinzips gestärkt und die Zuständigkeiten der Gebietskörperschaften künftig klarer abgegrenzt werden. Als Modell dafür dient eine Förderpyramide, die eine Abgrenzung nach Projektvolumen vorsieht: Die Basisförderung für „kleinere“ Projekte soll von den Bundesländern getragen werden, während Projekte mit höheren Investitionskosten vom Bund und große Leitprojekte von Bund und Bundesländern gemeinsam unterstützt werden sollen.

4.7 Binnenmarkt

Der europäische Binnenmarkt umfasst mehr als 500 Millionen Verbraucher. Der SBA fordert, dass Anreize gesetzt werden, damit KMU die Vorteile dieses Marktes verstärkt nutzen können. Derzeit schöpfen KMU die Möglichkeiten des Binnenmarktes nicht vollständig aus. Dies ist u. a. auf mangelnde Sprachkenntnisse sowie das Fehlen von Informationen über Geschäftschancen und die Rechtslage in anderen Mitgliedstaaten zurückzuführen. Ein einheitliches Binnenmarktrecht, allgemeingültige Normen und ein effizientes und rechtssicheres Patentsystem in Europa können wesentlich zur Förderung des Binnenmarktes beitragen.

4.7.1 Österreich im europäischen Vergleich

Das „SBA Fact Sheet“ sieht zur Quantifizierung der Entwicklungen im Rahmen des Grundsatzes „Binnenmarkt“ fünf Indikatoren vor:

- „durchschnittliche verspätete Umsetzung für überfällige Richtlinien“ (in Monaten)
- „Binnenmarktrichtlinien – umgesetzt oder bekanntgegeben“
- „Zahl der seit zwei Jahren überfälligen Richtlinien“
- „Anteil der innerhalb der EU exportierenden KMU an allen KMU“
- „Anteil der Importe aus den EU-27 an den Gesamtimporten“

Österreich liegt in der Gesamtbetrachtung des Grundsatzes „Binnenmarkt“ im europäischen Mittelfeld. Zurückzuführen ist dies vor allem auf die Verzögerung bei der Umsetzung überfälliger Richtlinien sowie die Anzahl der seit zwei Jahren überfälligen Richtlinien. Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil der Importe aus der EU an den Gesamteinfuhren. (Europäische Kommission (2010a): a. a. O.)

4.7.2 Aktuelle Situation

- Der SBA sieht vor, dass die Mitgliedstaaten KMU dabei unterstützen, den Binnenmarkt verstärkt zu nutzen. Dies soll erreicht werden, indem sie die politische Steuerung des Binnenmarktes und die Information verbessern und damit die KMU-Interessen bei der Entwicklung von Normen besser vertreten werden können.

Förderung des EU-Binnenmarktes

- Die Europäische Kommission gibt halbjährlich einen Bericht zum Umsetzungsstand der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Binnenmarktrichtlinien und der Anzahl von Vertragsverletzungsverfahren (Binnenmarktanzeiger) heraus. 2009 war der Binnenmarkt laut der 20. Ausgabe des Binnenmarktanzeigers zu 95 % erreicht — die Europäische Union ist demnach nur wenige Schritte von einer vollständigen Integration entfernt. (Europäische Kommission (2010d): Internal Market Scoreboard - December 2009. No. 20. Luxemburg: Europäische Kommission.)
- Das von der Europäischen Kommission ins Leben gerufene „Enterprise Europe Network“ stellt Informationen und Beratung über die Chancen für KMU im Binnenmarkt zur Verfügung und soll KMU bei Auslandsexpansionen unterstützen. (<http://www.enterprise-europe-network.ec.europa.eu>)
- Trotz der voranschreitenden europäischen wirtschaftlichen Integration kommt es bei grenzüberschreitenden Sachverhalten immer wieder zu rechtlichen Problemen. Als Instrument zur Unterstützung wurde im Jahr 2002 das Online-Netzwerk „SOLVIT“ ins Leben gerufen (<http://www.ec.europa.eu/solvit>). „SOLVIT“, an dem neben den Mitgliedstaaten der EU auch Island, Liechtenstein und Norwegen beteiligt sind, versucht innerhalb von zehn Wochen nach Übernahme eines Falles praktische Lösungen für Probleme zu finden, die auf Grund fehler-

hafter Anwendung von Binnenmarktvorschriften durch Behörden entstehen. Es ist vor allem im Vergleich zu den formaleren Verfahren, wie etwa den Vertragsverletzungsverfahren, ein schnelles Verfahren. Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass „SOLVIT“-Dienste kostenlos sind. In den letzten Jahren konnte eine steigende Inanspruchnahme beobachtet werden: 2009 wurden europaweit mit etwa 1.500 Fällen um 54 % mehr als im Jahr davor bearbeitet. 11 % der Fälle betrafen Unternehmen, 89 % Bürger. Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Europa liegt bei 59 Tagen, die Lösungsrate bei 86 %.

Die österreichische „SOLVIT“-Stelle ist im BMWFJ angesiedelt; im Jahr 2009 wurden hier 149 Anfragen beantwortet. Bei 16 % der Fälle handelte es sich um Unternehmensfälle; 22 % stammten aus dem Gebiet „Soziale Sicherheit“, 17 % betrafen „Berufsanerkennungen“ und 15 % „Aufenthaltsberechtigungen“. Mit einer Lösungsrate von 94 % und einer Bearbeitungsdauer von im Durchschnitt 18 Tagen schneidet „SOLVIT Österreich“ besser als das europäische Mittel ab.

Normen

- Normung hat, wie eine Studie des Deutschen Instituts für Normung aus dem Jahr 2000 zeigt, einen nicht unerheblichen volkswirtschaftlichen Nutzen. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass Normen für das gesamtwirtschaftliche Wachstum mindestens genauso wichtig sind wie Patente. In Österreich beträgt der Beitrag der Normen zum Wirtschaftswachstum rund 25 %. (Deutsches Institut für Normung (2000): Gesamtwirtschaftlicher Nutzen der Normung: Zusammenfassung der Ergebnisse ; wissenschaftlicher Endbericht mit praktischen Beispielen. Berlin, Wien, Zürich: Beuth.)
- Bei Bedarf entstehen Normen durch Gemeinschaftsarbeit der an diesem Themenbereich interessierten und davon betroffenen Unternehmen, Behörden, Forschungseinrichtungen und Verbrauchern. Im Jahr 2009 partizipierten in Österreich 5.880 Experten an der Erarbeitung von Normen. Etwa die Hälfte der Fachleute kommt aus Unternehmen, davon etwa 2.600 aus KMU. An den Arbeiten von 85 % aller Technischen Komitees der Internationalen Organisation für Normung (ISO) und von 81 % aller Technischen Komitees des Europäischen Komitees für Normung (CEN) nehmen österreichische Vertreter – darunter vorwiegend KMU – aktiv teil.

- Im Jahr 2009 wurde vom Austrian Standards Institute eine neue Suchfunktion in der Normendatenbank (<http://www.as-search.at>) eingeführt, um die Kosten der Auffindung der „richtigen“ Norm zu reduzieren. Über eine semantische Suche (Deutsch und Englisch) ist es möglich, kostenfrei die für den konkreten Bedarf notwendige Norm zu recherchieren. Diese Datenbank umfasst alle ÖNORMEN, europäischen und internationalen Normen. Der Kunde hat zudem die Möglichkeit, die ersten Seiten jeder ÖNORM kostenfrei online anzusehen.
- Das im Frühjahr 2010 vom Austrian Standards Institute geschaffene internetgestützte „Normen-Entwurf-Portal“ (<http://www.as-institute.at/development/normenentwurfportal>) ermöglicht es, nach einer einmaligen, kostenlosen Registrierung, alle ÖNORM-Entwürfe (einschließlich aller europäischen Norm-Entwürfe) während der Stellungnahmephase kostenlos zu lesen und online Kommentare und Verbesserungsvorschläge abzugeben.

4.7.3 Herausforderungen und Ausblick

Förderung des EU-Binnenmarktes

- Da die Rechte am geistigen Eigentum insbesondere für KMU von besonderer Bedeutung sind, arbeitet die Europäische Kommission am Aufbau eines effizienten, kostengünstigen und rechtssicheren Patentsystems in Europa, das ein Gemeinschaftspatent und eine Patentgerichtsbarkeit mit europaweiter Zuständigkeit umfasst.

Normen

- Das Europäische Komitee für Normung, „CEN“, und das Europäische Komitee für Normung im Bereich Elektrotechnik, „CENELEC“, haben im März 2010 einen KMU-Helpdesk (<http://www.cen.eu/cen/Services/SMEhelpdesk>), der in ähnlicher Form auch auf der Homepage des Austrian Standards Institute geschaffen werden soll, mit folgenden Absichten eingerichtet:
 - Information für KMU über die Bedeutung und den Nutzen sowohl von Normen als auch über die Teilnahme an deren Entwicklung;
 - Aufzeigen von „Best-practice“-Beispielen;

- Berichte über neue, insbesondere für KMU relevante Norm-Projekte;
- Hinweise auf Veranstaltungen zu aktuellen, für KMU relevante Normen;
- Ermunterung zu Rückmeldungen aus der Anwendung von Normen.

Der KMU-Helpdesk stellt eine Maßnahme dar, um Defiziten im institutionellen Wissen über Normung entgegenzuwirken und Vorurteile abzubauen, damit KMU die Chancen, die ihnen die Normung bietet, nicht nur erkennen, sondern auch nutzen.

4.8 Weiterqualifizierung und Innovation

Der achte Grundsatz des SBA sieht vor, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten die Weiterqualifizierung und alle Formen von Innovation auf KMU-Ebene fördern. Neben der Verbesserung der Qualifikation und der gelebten Praxis des lebenslangen Lernens wird in diesem Zusammenhang angestrebt, KMU dazu zu ermuntern, in Forschung zu investieren und sich an F&E-Förderungsprogrammen, an transnationaler Forschung und an Unternehmensclustern zu beteiligen sowie ihr geistiges Eigentum aktiv zu vermarkten.

4.8.1 Österreich im europäischen Vergleich

Zur Messung des Grundsatzes „Qualifizierung und Innovation“ werden im „SBA Fact Sheet“ 17 Indikatoren herangezogen. Österreich positioniert sich im europäischen Vergleich auf Grund der überdurchschnittlichen Werte im Innovationsbereich über dem Mittel, etwa beim „Anteil der KMU mit betriebsinternen Innovationen“ oder dem „Anteil der Unternehmen mit Innovationen in Organisation und/oder Marketing“. Der „Anteil der KMU mit Beteiligung an Innovationstätigkeiten“ liegt in Österreich bei 49 %, während dieser Wert im EU-Durchschnitt 36 % beträgt.

Dem europäischen Mittel entspricht der Wert des „Anteils der österreichischen KMU, die E-learning Anwendungen zur Aus- und Weiterbildung verwenden“. Mit einem „Anteil der KMU-Beschäftigten mit Hochschulbildung“ von 15 % liegt Österreich unter dem europaweiten Durchschnitt von 30 %. (Europäische Kommission (2010a): a. a. O.)

4.8.2 Aktuelle Situation

Weiterqualifizierung

- Lebenslanges Lernen ist ein Schlüsselement für Europas Wettbewerbsfähigkeit. Prognosen zeigen, dass europaweit die Qualifikationsanforderungen in allen Berufsgruppen im Laufe der nächsten Jahre steigen werden. (Cedefop (2008): Zukünftiger Qualifikationsbedarf in Europa – mittelfristige Prognose. Thessaloniki: Cedefop.)
- Das Programm „Leonardo da Vinci“ fördert die grenzübergreifende berufliche Bildung. Zur Zielgruppe zählen Ausbilder an berufsbildenden Einrichtungen und in Unternehmen, Auszubildende, die sich in der Erstausbildung für einen berufsqualifizierenden Abschluss befinden, sowie ein Berufspraktikum absolvierende Studierende und junge Arbeitnehmer, die sich im ersten Jahr nach Abschluss der Berufsausbildung bzw. des Studiums befinden.

Der Internationale Fachkräfteaustausch (IFA) (<http://www.ifa.or.at>), der vom BMWFJ und der WKÖ finanziell unterstützt wird, organisiert im Rahmen des Programms Leonardo da Vinci Auslandspraktika für Lehrlinge, Facharbeiter und Ausbilder. Darüber hinaus fördert das BMWFJ Auslandspraktika von Personen in und nach der beruflichen Ausbildung, wenn diese nicht im Rahmen eines EU-Programms unterstützt werden können. Im Jahr 2009 konnten 483 geförderte Auslandspraktika (u. a. im Rahmen von „Leonardo da Vinci“ oder vom BMWFJ unterstützt) durch IFA organisiert werden.

- Das Österreichische Berufsausbildungsgesetz regelt den betrieblichen Teil der Lehrausbildung. Im Jahr 2008 wurde die „Lehrlingsausbildungsprämie“ durch die „Lehrlingsförderung“ abgelöst. Die Ausbildung von Lehrlingen wird seither mit einer Basisförderung und qualitätsbezogenen Beihilfen gefördert. (BGBl. I Nr. 82/2008)
- Seit Herbst 2008 wird zudem „Lehre und Matura“ gefördert: Lehrlinge haben die Möglichkeit, die Berufsreifeprüfung abzulegen, wobei die Kosten für die Maturavorbereitung vom Bund übernommen werden (BGBl. I Nr. 118/2008). Im Frühjahr 2010 nutzten 6.200 Jugendliche bundesweit die Chance, sich während der Lehrzeit auf die Berufsreifeprüfung vorzubereiten.

Innovation

- Forschung, Technologie und Innovation (FTI) tragen wesentlich zu einer nachhaltigen Steigerung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit bei. Österreichs Investitionen in FTI haben im Laufe der letzten zehn Jahre zu einem überdurchschnittlichen Wachstum geführt. Diese erfolgreiche Bilanz ist nicht zuletzt auf eine Steigerung der F&E-Ausgaben zurückzuführen. Mit einem Plus von 0,63 % am BIP, gemessen im Zeitraum von 2000 bis 2007, nimmt Österreich im Vergleich der OECD-Länder die Spitzenposition ein. Ebenfalls erfreulich fällt die Entwicklung der F&E-Quote für 2010 aus: Berechnungen der Statistik Austria weisen auf einen weiteren Anstieg der F&E-Ausgaben, vor allem jener des Bundes, hin und lassen eine F&E-Quote von voraussichtlich 2,76% des BIP erwarten.
- Die Bedeutung öffentlicher Förderung bzw. Unterstützung von Innovationen wird deutlich, wenn die Auswirkungen der jüngsten wirtschaftlichen Entwicklungen auf die Innovationstätigkeit der Unternehmen analysiert werden. Dabei zeigt eine von der Europäischen Kommission beauftragte Studie zu den Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf Innovationen aus dem Jahr 2009, dass bei Unternehmen, die öffentliche Unterstützung erhalten, die Wahrscheinlichkeit gering ist, auf Grund der Wirtschaftskrise die Innovationsausgaben zu reduzieren. Weiters weisen die Autoren darauf hin, dass die Unternehmensgröße keinen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit der Reduktion der F&E-Tätigkeit während der Wirtschaftskrise hatte. Je innovativer Betriebe sind, desto seltener reduzierten sie in Folge der konjunkturellen Entwicklung ihre Innovationstätigkeit. (Kanerva M., Hollanders H. (2009): The Impact of the Economic Crisis on Innovation – Analysis based on the Inno-barometer 2009 survey. Maastricht: MERIT.)

- Zentrale Akteure der Abwicklung von Innovationsförderungen in Österreich sind die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH (FFG) und die aws. Die von beiden Institutionen abzuwickelnden Programme zur Förderung von Innovation können wie folgt beschrieben werden:
- Der Großteil der etwa € 507,6 Mio. an Förderungszusagen der FFG wird über die Basisprogramme abgewickelt, in deren Rahmen im Jahr 2009 Zuschüsse und Darlehen in Höhe von € 176,1 Mio. ausgezahlt wurden. Mit der Projektförderung im Rahmen der Basisprogramme unterstützt die FFG wirtschaftlich verwertbare Forschungsprojekte sowohl von Unternehmen als auch von Forschungsinstituten und von Einzelpersonen. 96 % der Gesamtförderung in der Programmlinie Basisprogramme entfielen im Jahr 2009 auf Unternehmen.

Die FFG-Basisprogramme umfassen u. a. auch die 2009 neu aufgesetzte Initiative „Young Experts“. Die Zielgruppe des Programms, das die Kooperation und Kommunikation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft fördern möchte, wird seither weiter gefasst und berücksichtigt Bachelors, Masters, Junior Researchers und Post Docs. Nicht mehr förderbar sind Diplomarbeiten und Dissertationen ohne Einbindung in ein F&E-Projekt eines Unternehmens.

Im Rahmen der Basisprogramme ist die FFG auch mit dem im Herbst 2007 geschaffenen „Innovationsscheck“ betraut. Dieses Förderprogramm für KMU ermöglicht es Unternehmen, sich an Forschungseinrichtungen zu wenden und je nach Bedarf deren Leistungen bis zu einer Höhe von € 5.000 mit den Schecks zu bezahlen. Bis Ende März 2010 wurden 3.345 Schecks beantragt. Rund 1.500 Projekte sind bereits abgeschlossen. Eine erste Analyse des Förderprogramms im Herbst 2009 ergab, dass etwa 69 % aller Schecks von KMU eingelöst wurden. Beinahe 90 % der KMU waren bereit, mehr als € 5.000 zu investieren; ein Drittel der Projekte kostete mehr als € 6.000. Knapp 30 % der Unternehmen haben nach einem Erstantrag erneut einen Antrag bei der FFG eingebracht.

Zu den Basisprogrammen der FFG zählt auch das Bridge-Programm (Bridge – Bottom up Kooperation Wissenschaft Wirtschaft), das auf die Forcierung der Kooperation mit wissenschaftlichen Institutionen abzielt. Im Jahr 2009 wurden im Rahmen dieses Programms € 9,7 Mio. ausgezahlt.

Um den Rückgang der Forschungsintensität der Unternehmen auf Grund der Wirtschaftskrise abzufedern, wurde im Rahmen der Basisprogramme der FFG die Initiative „Quick Start“ gestartet. KMU sollen mit einem „Konjunkturbonus“ von 5 %, der bis 2010 in die Förderung der Basisprogramme eingerechnet wird und somit den Barwert der Förderung steigert, dazu animiert werden, trotz angespannter Wirtschaftslage ihre Forschungsanstrengungen fortzusetzen. Seit dem Start im September 2009 konnten 175 Projekte von KMU mit einem Bonus in der Höhe von € 3,4 Mio. bedacht werden.

Im Oktober 2009 startete die vom BMWFJ beauftragte „Dienstleistungsinitiative“. Innovative Dienstleistungen sind zunehmend ein entscheidender Wettbewerbsvorteil am internationalen Markt, denn neue oder signifikant verbesserte Dienstleistungen, neue Arbeitsmethoden in (Fertigungs-)Prozessen oder verbesserte Organisations- und Prozessstrukturen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Vor dem Hintergrund dieses Strukturwandels hin zu einer dienstleistungsorientierten Wissensgesellschaft ist diese „Dienstleistungsinitiative“ von besonderer Bedeutung. Mit ihr stehen € 8 Mio. für die Förderung von innovativen Dienstleistungsprojekten zur Verfügung, die bis Ende 2010 sowohl über die Basisprogramme als auch über die Programmlinie COIN (FFG-Strukturprogramme) abgewickelt werden.

2009 stieg die Anzahl der Anträge der KMU für Förderungen aus den FFG-Basisprogrammen um 11 % gegenüber 2008. 80 % der Projektzusagen ergingen an KMU. Eine Anfang 2010 veröffentlichte Evaluation der Projekte, die im Rahmen der Basisprogramme im Jahr 2005 gefördert wurden, zeigte, dass mit durchschnittlich € 12.400 ein zusätzlicher Arbeitsplatz initiiert und gesichert werden kann (KMU FORSCHUNG AUSTRIA (2010): FFG – Bereich Basisprogramme, Wirkungsmonitoring 2009. Wien: KMU FORSCHUNG AUSTRIA.). Zudem ergab diese Studie, dass ein im Rahmen der im Jahr 2005 abgeschlos-

senen Projekte in Forschung investierter Förder-Euro langfristig insgesamt 19 Umsatz-Euro bewirkt.

Insgesamt wurden im Jahr 2009 im Bereich der Basisprogramme (ohne Innovationsscheck) 918 Projekte gefördert; dies entspricht einem Anstieg der Bewilligungen gegenüber 2008 um 9,2 % .

- Mit den Strukturprogrammen möchte die FFG im Auftrag des BMWFJ und des BMVIT eine effiziente Kooperation aller Akteure im Innovationssystem forcieren. Besonders hervorzuheben sind dabei langfristige Projekte, wie die Kompetenzzentren im Programm „COMET“ (Auszahlungen von etwa € 39,6 Mio. im Jahr 2009), aber auch die Gründerzentren im Programm „Academia plus Business“ (AplusB) (Auszahlungen von rund € 2,9 Mio.). Während bereits über 700 Unternehmenspartner in 20 COMET-Zentren involviert sind, die Mehrzahl KMU, wird bei den Gründerzentren am Redesign gearbeitet, da 2012 die ersten Förderungen auslaufen werden.

Unter dem Programmnamen „COIN – **C**ooperation & **I**nnovation“ werden jene Strukturprogramme der FFG zusammengefasst, die darauf abzielen, die Markt- und Innovationsfähigkeit von Unternehmen zu verbessern. Mit der Förderung von F&E- sowie Innovationsprojekten im Rahmen von COIN sollen neue Formen der Zusammenarbeit etabliert, neues Wissen generiert und rasch in marktfähige Innovationen umgesetzt werden. Diese Ziele werden umfassend in zwei Programmlinien umgesetzt:

- „Aufbau“: Auf- und Ausbau anwendungsorientierter Forschungs-, Entwicklungs- und Innovations-Kompetenzen
- „Kooperation & Netzwerke“: Förderung von innovationsorientierten Unternehmenskooperationen

Im Jahr 2009 wurden unter „COIN“ 115 Projekte mit Auszahlungen von € 13,3 Mio. unterstützt.

Förderung von Frauen in Wissenschaft und Wirtschaft ist das Ziel der acht durch eine Impulsaktion eingerichteten „Laura Bassi Zentren“. Diese von Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsam getragenen Zentren sollen anwendungsorientierte Forschung unter Leitung und maßgeblicher Beteiligung von Forscherinnen betreiben. Insgesamt stehen, finanziert vom BMWFJ, für die 7-jährige Laufzeit des Projekts € 15 Mio. an Förderungen zur Verfügung; mit Eigenleistungen und pri-

vaten Mitteln verfügen die acht Zentren über ein Gesamtvolumen in Höhe von rund € 25 Mio.

- Mit dem Ziel, nationale Forschungsschwerpunkte zu unterstützen, fördern die thematischen Programme der FFG im Auftrag des BMVIT (darunter fallen u. a. die Bereiche Verkehr, Luft- und Raumfahrt sowie Energie) sehr erfolgreich heimische High-Tech-Entwicklungen. Ihr Förderungsportfolio zielt auf die verstärkte Kooperation zwischen Unternehmen und Wissenschaft ab. Der Anteil der KMU an den an diesen Programmen teilnehmenden Unternehmen lag im Jahr 2009 bei 59 %. Seit 2005 steigt die Zahl der Projekte in den thematischen Schwerpunktprogrammen kontinuierlich an. Im Jahr 2009 wurden Zusagen im Umfang von etwa € 140 Mio. erteilt.
- Im Rahmen der von der aws abzuwickelnden Initiative „Markt.Chancen.Check“, die sich insbesondere an KMU wendet, werden mögliche Anwendungsgebiete und Absatzmärkte für Produkte und Technologien der Unternehmen mit einem Experten der aws diskutiert. Dieses Erstgespräch zwischen aws-Berater und Unternehmer bildet die Grundlage für die nachfolgende Recherche im Rahmen des Programms „Markt- & Technologierecherche – tecnet“. Bei „tecnet“ handelt es sich um ein seit dem Jahr 2008 in dieser Form von der aws durchgeführtes Serviceprogramm des BMWFJ, das technologieorientierte Gründer und KMU bei der Recherche, Beschaffung und Aufbereitung von unternehmensrelevanten Informationen (bspw. Markt-, Technologie- und/oder Unternehmensdaten) unterstützt.
- In Zusammenhang mit der Verbesserung des Technologietransfers hin zu KMU steht das im Jahr 2008 ins Leben gerufene Programm „ProTRANS“. Dieses Programm der aws, das die strategische Produktfindung insbesondere von KMU erleichtern soll, ist mit einem jährlichen Budget von rund € 5 Mio. ausgestattet. Unter „ProTRANS“ werden konkrete Forschungs-, Entwicklungs- und Technologietransferprojekte von KMU in Kooperation mit externen Partnern gefördert, die eine Marktneuheit mit sich bringen, verbesserte Nutzung technologischer Potentiale bewirken oder der Entwicklung bzw. Verbesserung von Unternehmensstrategien in Bezug auf die Optimierung der Produktportfolios dienen. Im Jahr 2009 wurden 41 Förderungen zugesagt und mehr als € 6,5 Mio. budgetwirksam ausgeschüttet.

- Die Zahl der Erfindungsmeldungen in Österreich ist im Jahr 2009 – entgegen dem internationalen Trend – mit 3.485 Anmeldungen beim Österreichischen Patentamt konstant geblieben. Das Europäische Patentamt verzeichnete für 2009 einen Rückgang von 8,3 %. Die Weltorganisation für geistiges Eigentum, World Intellectual Property Organization (WIPO), meldete für 2009 erstmals seit 30 Jahren rückläufige Patentanmeldungen.

Die vergleichsweise positive Patentbilanz Österreichs spiegelt sich auch in einer Steigerung bei den Patentberatungs- und Patentverwertungsleistungen der aws wider; trotz konjunktureller Herausforderungen konnte 2009 ein Plus von 30% verzeichnet werden. In diesem Zusammenhang führt die aws z.B. in Kooperation mit dem Österreichischen Patentamt die Initiative „discover.IP“ zur Patentförderung durch. Im Rahmen dieser Initiative werden technologieorientierte KMU über Möglichkeiten der effizienten Nutzung und der Verwertung des betriebsinternen geistigen Eigentums (intellectual property, IP) informiert. Im Jahr 2009 wurden österreichweit 40 „discover.IP“-Projekte abgeschlossen. Unternehmen, die diese Initiative in Anspruch genommen haben, meldeten in verstärktem Maße Schutzrechte an.

- Als eine weitere Maßnahme der Innovationsförderung, unabhängig von der Förderabwicklung der FFG und aws, kann die Unterstützung der **Austrian Cooperative Research (ACR)** durch das BMWFJ genannt werden. Mitglieder der ACR sind 16 außeruniversitäre, kooperative Forschungseinrichtungen (<http://www.acr.at>), die im Bereich der angewandten Forschung und Entwicklung wichtige Partner der österreichischen KMU sind. Darüber hinaus tragen die ACR-Institute durch Prüfungen, Gutachten und einen speziell auf die Bedürfnisse der KMU ausgerichteten Know-how- und Technologietransfer zur Sicherung und Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen KMU bei. Im Jahr 2009 waren in den ACR-Instituten insgesamt 621 Personen beschäftigt; der Gesamtumsatz lag bei € 51,2 Mio. 78 % der Aufträge wurden für bzw. mit KMU abgewickelt. Das BMWFJ unterstützt die ACR sowohl als Verband als auch im Rahmen von Projektförderungen. Im Jahr 2009 betragen die Förderungen des BMWFJ rund € 3,8 Mio.; im ersten Halbjahr 2010 etwa € 1,1 Mio.

- Eine rechtliche Maßnahme im Zusammenhang mit der Innovationsförderung stellt die Innovationsschutznovelle dar. Die mit Jänner 2010 in Kraft getretene Novelle des Patentengesetzes 1970 sowie damit in Zusammenhang stehenden weiterführenden Gesetzen (BGBl. I Nr. 126/2009) soll eine finanzielle Entlastung für junge Erfindungen bringen. Die mit dem rechtlichen Schutz technischer Erfindungen verbundenen Kosten, die an das Österreichische Patentamt zu entrichten sind, wurden mit dieser Gesetzesänderung reduziert: so sind Patente seither in den ersten fünf Jahren von den Jahresgebühren befreit; für Gebrauchsmuster beträgt der Befreiungszeitraum drei Jahre. Von der Gebührenbefreiung profitieren die Unternehmen von einer Ersparnis von € 370 bei Patenten und von € 160 bei Gebrauchsmustern. Neben der finanziellen Entlastung beinhaltet die Innovationsschutznovelle zudem vereinfachte Rechtsmittel gegen Markenregistrierungen (Widerspruchsverfahren). Gegen die Registrierung einer Marke muss demnach nicht mehr mit einem Nichtigkeitsverfahren vorgegangen, sondern es kann in einem vereinfachten Verfahren Widerspruch erhoben werden.

4.8.3 Herausforderungen und Ausblick

- Die Duale Ausbildung ist schon jetzt durch die Möglichkeit der Berufsreifeprüfung in den tertiären Bildungssektor durchlässiger geworden. In den nächsten Jahren könnten auch die Durchlässigkeit zwischen schulischer und Dualer Berufsausbildung verbessert und vordefinierte Übergänge zwischen beiden Bildungswegen geschaffen werden. Dadurch könnten einerseits die Abschlüsse vergleichbarer werden, andererseits könnte so die Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen durch die (besser aufeinander abgestimmten) Bildungswege Lehre und berufsbildende Schule selbst wahrgenommen werden (diese Aufgabe ist derzeit u.a. den überbetrieblichen Einrichtungen als Instrument der aktiven Arbeitsmarktpolitik übertragen).
- Das Berufsausbildungsgesetz sieht vor, dass jede Person, die über (wie auch immer erworbene) facheinschlägige Vorkenntnisse verfügt, zur Lehrabschlussprüfung antreten kann. So ist es möglich, diese auch in späteren Lebensphasen, z.B. nach einer längeren Berufspraxis, nachzuholen. In einem weiteren Schritt könnten non-formal (also insbeson-

dere durch Kurse) oder informell (durch berufliche Praxis) erworbene Fertigkeiten und Kenntnisse durch die Lehrlingsstellen "validiert" werden und auf die Lehrabschlussprüfung angerechnet werden. Wichtig ist hier, dass es dabei zu keinem Qualitätsverlust des Lehrabschlusses an sich kommt. In Oberösterreich läuft dazu ein Pilotprojekt mit dem Titel: "Du kannst was".

- Die Instrumente des Qualitätsmanagements in der Lehre (z.B. Ausbilder-Qualifikation, Berufswettbewerbe, qualitätsbezogene Förderungen, betriebliche Ausbildungsfortschrittskontrolle) könnten weiterentwickelt werden. Hier gilt es einerseits, die Anreize richtig zu setzen, andererseits die Awareness für die Qualität der Ausbildung zu fördern. Die Maßnahmen werden mit den Vorgaben des europäischen Bezugsrahmens für die Qualitätssicherung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung (EQARF) abgestimmt. Vorschläge zur Weiterentwicklung der qualitätsbezogenen Lehrlingsförderung werden mit den Sozialpartnern ausgearbeitet.
- Um die ausgezeichnete Position Österreichs im Innovationsranking zu sichern bzw. weiter auszubauen - angestrebt wird die Gruppe der Innovation Leader in der EU -, muss die Innovationskraft der Unternehmen, vor allem von KMU, auch weiterhin über effektive Anreize und günstige Forschungsrahmenbedingungen sowie mehr Wettbewerb zu Forschung und Entwicklung stimuliert werden. Es soll sowohl die Innovationsbasis (etwa durch den Ausbau des Innovationsscheckprogramms) verbreitert als auch innovative und technologische Spitzenpositionen erzielt werden. Eine wichtige Herausforderung besteht darin, mit den eingesetzten Mitteln eine maximale Hebelwirkung auf die F&E-Ausgaben der Unternehmen zu erzeugen. In der geplanten FTI-Strategie wird besonderes Augenmerk auf folgende Aktionsfelder gelenkt werden: Gründung und Wachstum von technologiebasierten, wissensintensiven und innovativen Unternehmen unterstützen, Forcierung von Beteiligungs- und Risikokapitalintensität bei der Finanzierung von innovativen Unternehmen (Frühphase und Expansion) und Erhöhung der Anzahl der systematisch F&E betreibenden Unternehmen (Breite der Innovationsbasis). Zudem gilt es, die Wissens- und Innovationsintensität der österreichischen Produkt- und Dienstleistungsstruktur bestmöglich zu unterstützen, internationale F&E-Kooperationen zu forcieren und die Umsetzung der Ergebnisse von Forschung und Entwick-

lung in marktfähige Innovationen zu verbessern. Ein wichtiges Instrument zur Förderung von Innovation stellt die nachfrageseitige Innovationspolitik, vor allem die innovationsfördernde öffentliche Beschaffung, dar.

4.9 Nachhaltigkeit, Umwelt und Energie

KMU darin zu unterstützen, Umweltprobleme als Geschäftschance wahrzunehmen, ist zentraler Bestandteil des neunten Grundsatzes des SBA („Umwelt“). Unterstützungsmaßnahmen in diese Richtung können die Bereitstellung von einschlägigem Fachwissen sowie von finanziellen Anreizen sein. Nicht nur die Umwandlung von Herausforderungen in Chancen auf den neuen ökologischen Märkten, sondern auch die Erhöhung der Energieeffizienz (insbesondere durch die Einführung von Umweltmanagementsystemen in KMU) sollen gefördert werden.

4.9.1 Österreich im europäischen Vergleich

Die zwei Indikatoren „Anteil der KMU mit umfassenden Energieeffizienzsystemen“ und „Anteil der KMU, die einfache Energiesparmaßnahmen anwenden“ dienen auf Ebene der Mitgliedstaaten der Fortschrittsmessung bzgl. des Grundsatzes „Umwelt“. Der „Anteil der KMU mit umfassenden Energieeffizienzsystemen“ entspricht dem europäischen Durchschnitt, während der „Anteil der österreichischen KMU, die einfache Energiesparmaßnahmen anwenden“ unter dem Europa-Mittel liegt. (Europäische Kommission (2010a): a. a. O.)

4.9.2 Aktuelle Situation

- Österreich hat sich gemäß dem Ende 2008 verabschiedeten Energie- und Klimapaket der Europäischen Union (Richtlinie 2009/28/EG) dazu verpflichtet, den Anteil erneuerbarer Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch bis 2020 auf 34 % zu erhöhen und gleichzeitig die Treibhausgasemissionen in Sektoren, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, um mindestens 16 % zu senken. Zwischen 2005 und 2008 konnte der Anteil erneuerbarer Energieträger am Endenergieverbrauch

bereits von 24,4 % auf 29,0 % gesteigert werden. Zudem soll – ebenfalls bis 2020 – die Energieeffizienz um 20 % gesteigert werden.

Um diesen Zielen näher zu kommen, wurden im März 2010 die unter der Führung des BMWFJ und des BMLFUW erarbeiteten Maßnahmen für eine Energiestrategie präsentiert. Dabei wird eine „Drei-Säulenstrategie“ verfolgt:

- Energieeffizienz erhöhen
- Erneuerbare Energie erhöhen
- Energieversorgung sicherstellen

Ausgehend von diesen drei Säulen streben die Maßnahmen für eine Energiestrategie Österreich vorrangig die Steigerung der Energieeffizienz auf allen Stufen der Bereitstellung und Nutzung von Energie an. In diesem Sinne sollte der bisherige Trend eines stetig steigenden Energieverbrauchs gebrochen werden.

Zur Erreichung der Ziele der Maßnahmen für eine Energiestrategie Österreich wurde daher – als erster Schritt – für das Jahr 2020 die Stabilisierung des Endenergieverbrauchs des Basisjahres 2005 beschlossen; damit wird für 2020 ein Endenergieverbrauch in Österreich von 1.100 Petajoule angestrebt.

Durch die Umsetzung der Maßnahmen für eine Energiestrategie ist außerdem ein beschäftigungswirksamer Effekt zu erwarten; in Österreich können dadurch bis zu 120.000 Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen werden. Zu diesem Zwecke sollen vor allem Maßnahmen in den Bereichen Gebäudesanierung und erneuerbare Energien gesetzt sowie Investitionen in Infrastrukturprojekte getätigt werden.

- Mit der im Juli 2009 in Kraft getretenen Novelle des Umweltförderungsgesetzes (BGBl. I Nr. 52/2009) wurde der Zusagerahmen für Umweltförderungen, die auf Bundesebene das zentrale Finanzierungsinstrument zur Umsetzung von Umweltmaßnahmen auf betrieblicher Ebene darstellen, für die Jahre 2009 bis 2013 mit jeweils rund € 90 Mio. festgelegt, womit in diesen fünf Jahren insgesamt € 451,2 Mio. bereit stehen.
- Zusätzlich wurden durch das Konjunkturpaket II für das Jahr 2009 zur Förderung der thermischen Sanierung € 100 Mio. zur Verfügung ge-

stellt. Die für Betriebe erreichbare Förderhöhe der gesamten umweltrelevanten Investitionskosten richtete sich nach der erzielten Reduktion des Energieverbrauchs. Das durchschnittliche Investitionsvolumen der 1.080 mit dieser Aktion geförderten Betriebe belief sich auf € 170.500. Die durchschnittliche Förderhöhe betrug € 35.600. Im privaten Wohnbau wurde unter Anwendung des Energieausweises auf die erzielte Reduktion des Heizwärmebedarfs abgestellt. Dabei wurden 20% der förderbaren Investitionskosten von maximal € 25.000 für Gebäudedämmung, den Austausch von Fenstern und Außentüren sowie den Austausch von Heizungssystemen als Förderung ausbezahlt. Das durchschnittliche Investitionsvolumen der 14.393 geförderten Projekte belief sich auf € 33.580. Die durchschnittliche Förderhöhe betrug € 4.200. Allein im privaten Wohnbau konnte damit ein Investitionsvolumen in Höhe von € 483,3 Mio. ausgelöst werden. Als Gesamteffekt der Förderaktion in Höhe von € 100 Mio. für Betriebe und private Wohnbauten konnten mit der Förderaktion Investitionen in Höhe von rd. € 670 Mio., eine CO₂-Einsparung im Ausmaß von rund 4 Mio. Tonnen während der gesamten Nutzungsdauer von 30 Jahren und die Schaffung bzw. Erhaltung von rund 5.000 Arbeitsplätzen erzielt werden. Die Abwicklung der Förderung erfolgte über die Kommunalkredit Public Consulting GmbH (KPC), wobei die Bausparkassen die Kommunikation und den Vertrieb für die Förderaktion im privaten Wohnbau übernahmen.

- Der Förderungsschwerpunkt „Umwelt, Klima und Energie“ der aws umfasst Maßnahmen zur Entwicklung umweltfreundlicher Produkte und Verfahren (vgl. Kapitel 4.6.2). Mit Garantien, Krediten und Zuschüssen werden derzeit die Bereiche erneuerbare Energieträger, Energieeffizienz, Biotreibstoffe, (Ab-)Wasser und Abfallwirtschaft sowie Transport gefördert. Umweltgarantien der aws schaffen durch eine teilweise Absicherung des Ausfallsrisikos, das mit Investitionen in Umweltschutzprojekten verbunden ist, einen Anreiz für Unternehmen, Investitionen dieser Art durchzuführen. Damit sollen nicht nur die Unternehmensinvestitionen an sich, sondern auch die Marktdurchdringung umweltrelevanter Produkte gefördert werden. Einerseits wird dadurch die Kernkompetenz Österreichs in der Energietechnologie gesichert und ausgebaut, andererseits ein Beitrag zur Erreichung der Kyoto-

Verpflichtungen Österreichs zur Reduktion der Treibhausgasemissionen geleistet.

- Klimaschutz strebt auch die im Herbst 2009 in Kraft getretene Novelle zum Ökostromgesetz (BGBl. I Nr. 104/2009) an. Die jährlichen Zusatzförderungsmittel für Ökostrom wurden von € 17 Mio. auf € 21 Mio. angehoben. Mit dieser Novelle wurde das Ziel festgelegt, den Anteil des Ökostroms, gemessen an der Abgabemenge an Endverbraucher aus öffentlichen Netzen, bis zum Jahr 2015 auf 15 % zu erhöhen.
- Der Klima- und Energiefonds startete zur Förderung der KMU im Bereich Energiemanagement, das Programm „Energieeffizienzcheck“. Dieser Fonds wurde 2007 von der Bundesregierung gegründet, um mit entsprechenden Förderungen die Umsetzung der Österreichischen Klimastrategie zu unterstützen und ein energieeffizientes und nachhaltiges nationales Energiesystem zu forcieren. Im Rahmen der im Frühjahr 2009 eingeführten KMU-Initiative „Energieeffizienzcheck“ mit einem Fördervolumen von € 2,75 Mio. wurde ein umfassendes Anreizsystem für Unternehmen erarbeitet und umgesetzt, damit Energieberatung verstärkt in Anspruch genommen werden kann. Bis zum Herbst 2010 wurden etwa 1.300 Beratungen durchgeführt. Der überwiegende Teil der Checks wird für Erstberatungen, bei denen Sparpotenziale des Betriebes erhoben und Schwachstellen bei der Energieverwendung aufgezeigt werden, verwendet. Ein geringerer, aber steigender, Anteil entfällt auf die Umsetzungsberatung. Der Förderbetrag sowohl für die Erst- als auch für Umsetzungsberatung beträgt 90 % der Beratungskosten, maximal jedoch € 675. Mehr als die Hälfte der Beantragungen erfolgte von KMU mit weniger als 10 Mitarbeitern.
- Eine Reihe von Projekten des BMLFUW zielt ebenfalls darauf ab, KMU dazu zu motivieren, Umwelt- und Ressourceneffizienz verstärkt zu berücksichtigen. „Regionale Beratungsprogramme für betrieblichen Umweltschutz“, das „Österreichische Umweltzeichen“ oder „Corporate Social Responsibility (CSR) - Strategien“ sollen Anreize zur Steigerung der Öko-Effizienz bei KMU geben.
- Die Beschäftigung mit CSR, der unternehmerischen Gesellschaftsverantwortung, gewinnt für Unternehmen aller Größen zunehmend an Bedeutung. CSR, als Beitrag zu verantwortungsvollem Unternehmertum, umfasst das (langfristige) Auseinandersetzen mit ökologischen, öko-

nomischen und sozialen Aspekten. Einer der größten Wettbewerbsvorteile der KMU ist, dass sie persönliche Beziehungen zu ihren Mitarbeitern, Lieferanten, Kunden und anderen Anspruchsgruppen pflegen. Dieser Vorteil sollte strategisch genutzt werden. Eine regionale Verankerung des Betriebs durch den Kauf von lokalen Rohstoffen und Produkten stärkt nicht nur das eigene Ansehen in der Region, sondern auch die regionale Wirtschaft. Umweltschonende Arbeitsweisen bieten teilweise unerwartetes Einsparungspotenzial.

- Im Rahmen des im Herbst 2005 von der Unternehmensplattform respACT, dem BMWFJ (damals Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit) und der WKÖ gestarteten Projekts „Erfolg mit FAIRantwortung“ sind branchenspezifische Leitfäden zur Umsetzung von CSR in KMU erarbeitet worden.
- In den Jahren 2008 bis 2010 wurden auf Basis von elf Branchenleitfäden, des CSR-Ratgebers für KMU und eines Best-Practice-Handbuchs (mit 30 kreativen und innovativen KMU) in vier Bundesländern (Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Niederösterreich) mehr als 100 Unternehmen bei der Implementierung eines CSR-Managementkonzeptes beraten. Mittels geförderter Individualberatungen im Ausmaß von zwei bis fünf Beratungstagen in jedem Unternehmen vor Ort sowie einem ganztägigen Workshop erhielten KMU professionelle Unterstützung bei der Implementierung von CSR in ihre Unternehmensstrategie. Die jeweiligen Stärken und Schwächen sowie Risiken und Chancen für das Unternehmen wurden erhoben und strategisch verwendet. Im Bundesland Niederösterreich entstanden darüber hinaus 25 Nachhaltigkeitsberichte, die für den ASRA Preis („Austrian Sustainability Reporting Award“) eingereicht wurden. Als Plattform für alle bisherigen Aktivitäten und Projekte wurde die Website <http://www.fairantwortung.at> geschaffen.

Ein weiteres Ziel dieser Regionalisierungsprojekte ist die langfristige Vernetzung und der aktive Austausch von Unternehmen. Die aus dem Projekt entstandenen regionalen Netzwerke sind stark gewachsen: 20 Projektunternehmen in Oberösterreich gründeten ein CSR-Dialogforum mit mittlerweile mehr als 140 teilnehmenden Unternehmen. In Salzburg wurde die KMU-Initiative mit 26 Projektteilnehmern in das Projekt der Bertelsmann-Stiftung überführt, die den Dialog gemeinsam mit der

Wirtschaftskammer Salzburg und WKÖ fortführt und in einer Salzburger Erklärung der Wirtschaftskammer Salzburg ihren vorläufigen Höhepunkt fand. In der Steiermark wird das KMU-Projekt durch die Initiative „Verantwortung zeigen“ fortgesetzt. Das Projekt in Niederösterreich wurde Anfang Oktober 2010 abgeschlossen; in weiterer Folge wird ein Netzwerk aufgebaut werden.

- Die „Exportinitiative Umwelttechnologien“ greift Internationalisierungsaspekte im Zusammenhang mit der Umweltthematik auf. Die Initiative bündelt Aktivitäten und schafft Synergien, um österreichischen Unternehmen professionelles Know-how für Exporte in neue Zielmärkte zu vermitteln. Bisher wurden über diese Initiative ca. 170 Umwelt- und Energietechnologieunternehmen bei ihren Auslandsaktivitäten unterstützt. Mehr als die Hälfte der teilnehmenden Unternehmen berichtet von jährlichen Umsatzsteigerungen von über 10 %.

Im Rahmen der Exportinitiative Umwelttechnologien nahmen im Mai 2010 knapp 30 österreichische Unternehmen an Umwelttechnologiepräsentationen in China teil, um das Ziel einer mittelfristigen Verdoppelung der Exporte Österreichs in die größte Volkswirtschaft der Welt (derzeit € 2 Mrd.) zu erreichen. Im Rahmen dieses Auslandsaufenthalts wurde u. a. ein „Memorandum of Understanding“ zur Zusammenarbeit im Forstbereich unterzeichnet sowie die Erarbeitung eines weiteren im Umweltbereich und die Einrichtung einer bilateralen Arbeitsgruppe im Umweltbereich vereinbart.

4.9.3 Herausforderungen und Ausblick

Vor dem Hintergrund der Maßnahmen für eine Energiestrategie wurde im Auftrag des BMWFJ von Experten der „Nationale Aktionsplan 2010 für erneuerbare Energie für Österreich“ erstellt, welcher die Maßnahmen, die bis zum Jahr 2020 eine Steigerung des Anteils erneuerbarer Energie am Bruttoenergieverbrauch auf den Zielwert von 34 % ermöglichen sollen, enthält. Gegenüber einem Referenz-Szenario, das auf den Informationen zum Energieverbrauch bis 2009 basiert, wird eine Reduktion des Endenergieverbrauchs bis 2020 um 13 % angestrebt. Die einzelnen Sektoren tragen laut Aktionsplan in unterschiedlichem Ausmaß zur Verbrauchssenkung bei. Mit einem Rückgang von 22 % wird vom Sektor "Verkehr" der größte Beitrag erwartet; im Bereich

"Wärme und Kälte" sollen 12 %, im Bereich "Elektrizität" 5 % eingespart werden. (BMWFJ (2010): Nationaler Aktionsplan 2010 für erneuerbare Energie für Österreich (NREAP-AT) gemäß der Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates. Wien: BMWFJ.)

4.10 Internationalisierung

Europaweit erzielen nur etwa 8 % der KMU Umsätze im Exportgeschäft; bei Großunternehmen ist der Anteil mit 28 % deutlich höher. KMU profitieren demnach nur eingeschränkt vom Potenzial der stark wachsenden Märkte außerhalb Europas. Der SBA sieht vor, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten dafür Sorge tragen, dass europäische KMU vom Wachstum der Märkte außerhalb der EU stärker profitieren bzw. dass sie zur Wahrnehmung dieser Chance ermutigt werden.

4.10.1 Österreich im europäischen Vergleich

Das „SBA Fact Sheet“ beleuchtet im Rahmen des Grundsatzes „Internationalisierung“ zwölf Indikatoren. Österreich ist im Durchschnitt im europäischen Mittelfeld positioniert.

Mit einem „Anteil der KMU mit Auslandsinvestitionen in den Jahren 2006 bis 2008“ von 11 % liegt Österreich deutlich über dem EU-Mittel von 4 %. Die Indikatoren „KMU ohne eigene Direktimporte/Exporte“ fallen geringer aus als im europäischen Durchschnitt. Die außenwirtschaftlichen Verfahren in Österreich sind effizienter und weniger zeitaufwändig als im europäischen Durchschnitt; so werden in Österreich bei Ausfuhren sieben, bei Einfuhren acht Tage benötigt, während das EU-Mittel bei elf bzw. dreizehn Tagen liegt.

Eine zeitliche Entwicklung des Grundsatzes „Internationalisierung“ lässt sich mangels verfügbarer Daten für Österreich nur mittels der notwendigen Anzahl an Tagen für Ein- und Ausfuhren messen, welche eine stabile Entwicklung zeigen. (Europäische Kommission (2010a): a. a. O.)

4.10.2 Aktuelle Situation

- Internationalisierung stellt einen im Regierungsprogramm 2008-2013 verankerten Schwerpunkt dar. Neben der aktiven Außenhandelspolitik

zur Unterstützung der Exportwirtschaft wird darin auch die Unterstützung der österreichischen Unternehmen bei ihrer Internationalisierung, insbesondere bei der Expansion durch Markterschließung und Investitionen in Märkte mit hohem Wachstumspotenzial, explizit angesprochen. Für die Jahre 2009 und 2010 stellt der Bund ein um etwa 20 % erhöhtes Budget von jeweils € 25 Mio. für die Förderung der Internationalisierung bereit („Internationalisierungsoffensive NEU“).

- Zentrales Element der Internationalisierungsförderung des Bundes ist das 2003 gestartete „go-international“-Programm (<http://www.go-international.at>) des BMWFJ (damals Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit) in Zusammenarbeit mit der Außenwirtschaft Österreich der WKÖ (AWO). Ziel von „go-international“ ist die Förderung von unerfahrenen Unternehmen bei grenzüberschreitenden Geschäften bzw. die Unterstützung exportierender Betriebe beim Eintritt in neue Märkte. Das Programm kann sich des Netzwerkes der Außenhandelsstellen bedienen, wobei besonderes Augenmerk auf die Unterstützung im Dienstleistungssektor gelegt wird. Die Aktivitäten von „go-international“ lassen sich in sechs Maßnahmenbereiche gliedern:
 - Exportmotivation
 - Branchen- und Themenfokussierung
 - Internationale Technologievernetzung
 - Wettbewerbsfähigkeit durch Bildung
 - Dienstleistungsexport und internationales Projektgeschäft
 - Imagemäßige Positionierung der österreichischen Wirtschaft im Ausland

Im Rahmen von „go international“ wurde die österreichische Exportwirtschaft bisher mit € 67 Mio. unterstützt. Die jährliche Dotierung wurde vorerst bis ins Jahr 2011 mit € 19 Mio. festgelegt.

- Die budgetierten Mittel der „Internationalisierungsoffensive NEU“ umfassen neben den bewährten Maßnahmen wie „go international“, der Stärkung des Bewusstseins für das Thema unternehmerische Verantwortung (Stichwort CSR) oder der Unterstützung von Entwicklungshilfe auch vier neue Maßnahmen:
 - „Direktinvestitionen“: Neben der Unterstützung aktiver österreichischer Direktinvestitionen im Ausland soll die optimierte Nut-

zung der Chancen, die ausländische Direktinvestitionen für die österreichische Wirtschaft bedeuten, gestärkt werden.

- „Neue Technologien/Zukunftsmärkte“: Unterstützung unternehmensbezogener Forschungsk Kooperationen und -vermarktungsaktivitäten
- „Marke Österreich“: Die Erarbeitung eines Konzepts für eine Dachmarke „Österreich“
- „Integrierte Regionalprogramme“: Forcierung von Hoffungsmärkten zu neuen Schwerpunktmärkten der österreichischen Außenwirtschaft

Mit Hilfe der „Internationalisierungsoffensive NEU“ soll bis 2011 2.000 zusätzlichen Unternehmen der Schritt in den Export ermöglicht werden.

4.10.3 Herausforderungen und Ausblick

- Das BMWFJ hat im Jahr 2010 die Förderung der Internationalisierung österreichischer Cluster gestartet. Bei der aws wurde eine entsprechende Förderung (mit einem Volumen von € 188.000 in der ersten Ausschreibung) eingerichtet. Im Rahmen des Programms werden Maßnahmen zur Vorbereitung, Kontakthanbahnung und -schließung mit internationalen Clustern und clusterähnlichen Akteuren sowie gemeinsame Aktivitäten zur Erschließung neuer Märkte und Kunden unterstützt. Ein Cluster wird mit einem Betrag in Höhe von bis zu € 10.000 gefördert; bei Kooperationen mehrerer österreichischer Cluster beträgt die Unterstützung bis zu € 25.000.

5 Anhang

5.1 Nationale statistische Daten

5.1.1 Unternehmen und Beschäftigte in der gewerblichen Wirtschaft

Die in der Folge dargestellten Daten sind eine Aufbereitung der zuletzt verfügbaren Daten aus der Beschäftigungsstatistik 2009 der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ). Diese beziehen sich ausschließlich auf die gewerbliche Wirtschaft²² und können daher mit den in Kapitel 1 angeführten Werten der Statistik Austria zur marktorientierten Wirtschaft nicht verglichen werden, da diese auch die freien Berufe und das Veterinärwesen umfassen.

Die sektorale Gliederung in diesem Kapitel folgt der Einteilung nach Sparten gemäß der Systematik der WKÖ. Die Zuordnung der Unternehmen zu einer Sparte erfolgt nach dem Tätigkeitsschwerpunkt des Unternehmens. Die Abgrenzung der KMU wird mittels der Beschäftigten-Größenklassen, welche sich auf die unselbstständig Beschäftigten per Jahresende 2009 und nicht, wie in der Definition der Europäischen Kommission, auf die Beschäftigten insgesamt (inkl. Selbstständige) beziehen, vorgenommen.

Es ist weiters zu beachten, dass die Daten von 2009 auf Grund zusätzlich verwendeter Datenquellen nicht mit jenen der Vorjahre und daher auch nicht mit den im „Mittelstandsbericht 2006/07“ (BMWA (2008): Mittelstandsbericht 2006/07 – Bericht über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft. Wien: BMWA.) enthaltenen vergleichbar sind. Durch diese Vorgehensweise wird eine verbesserte Datengrundlage zur Berechnung der Anzahl der Unternehmen geschaffen, die dazu führt, dass Unternehmen, die bisher im Register noch geführt werden, tatsächlich aber nicht mehr existieren, gelöscht werden. Aus genannten Gründen wird von Vergleichen mit Vorjahren abgesehen.

5.1.2 Struktur nach Größenklassen

Zu Jahresende 2009 gab es in Österreich rund 293.400 KMU in der gewerblichen Wirtschaft. Demgemäß handelte es sich bei 99,7 % aller Unternehmen um KMU. Diese beschäftigten rund 1,3 Mio. Arbeitnehmer bzw. etwa 61,5 % der unselbstständig Beschäftigten.

Eine genauere Betrachtung nach Größenklassen zeigt, dass es sich bei fast der Hälfte der Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft um Ein-Personen-Unternehmen (EPU) handelte. Etwas mehr als 40 % der Unternehmen beschäftigten 1 bis 9 Mitarbeiter.

Die meisten Beschäftigten (rund 38,5 %) waren 2009 in Großbetrieben mit mehr als 249 Arbeitnehmern tätig. Bei KMU arbeiteten die meisten unselbstständig Beschäftigten in Kleinbetrieben mit 10 bis 49 Mitarbeitern (knapp 23 %) sowie in Mittelbetrieben mit 50 bis 249 Mitarbeitern (rund 22 %).

Tabelle 33 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der gewerblichen Wirtschaft nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2009				
	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 unselbstständig Beschäftigte	144.358	49,0	0	0,0
1 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	119.222	40,5	354.495	16,4
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	25.011	8,5	495.993	22,9
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	4.776	1,6	480.396	22,2
KMU insgesamt	293.367	99,7	1.330.884	61,5
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	1.030	0,3	833.425	38,5
Gesamte gewerbliche Wirtschaft	294.397	100,0	2.164.309	100,0
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen				
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2009				

5.1.3 Sektorale Struktur nach Größenklassen

Die größte Sparte war 2009 – sowohl gemessen an der Anzahl der Unternehmen als auch an der Zahl der unselbstständig Beschäftigten – mit einem Anteil von jeweils rund einem Drittel das Gewerbe und Handwerk. Der zweitgrößte Wirtschaftsbereich war mit etwa einem Viertel der Unternehmen und rund 20 % der Arbeitnehmer der Handel. Danach folgte die Branche Tourismus und Freizeitwirtschaft mit etwa 18 % der Unternehmen und 17 % der Mitarbeiter.

Eine überdurchschnittliche Unternehmensgröße wiesen die Sparten Bank und Versicherung (2009: rund 33 unselbstständig Beschäftigte je Unternehmen) und Industrie (2009: etwa 22 unselbstständig Beschäftigte je Unternehmen) auf. Am kleinsten waren die Unternehmen der Sparte Information und Consulting (2009: 2,4 unselbstständig Beschäftigte je Unternehmen).

Tabelle 34 Anzahl der KMU und unselbstständig Beschäftigten in KMU der gewerblichen Wirtschaft sowie durchschnittliche Unternehmensgröße nach Sparten per 31. 12. 2009

	KMU		unselbstständig Beschäftigte in KMU		Ø Unternehmensgröße ¹
	absolut	Aufgliederung in %	absolut	Aufgliederung in %	
Gewerbe und Handwerk	92.425	31,5	446.386	33,5	4,8
Industrie	5.935	2,0	132.026	9,9	22,2
Handel	72.691	24,8	269.509	20,3	3,7
Bank und Versicherung	1.013	0,3	33.787	2,5	33,4
Transport und Verkehr	17.674	6,0	94.704	7,1	5,4
Tourismus und Freizeitwirtschaft	52.439	17,9	229.899	17,3	4,4
Information und Consulting	51.190	17,4	124.573	9,4	2,4
Gewerbliche Wirtschaft insgesamt	293.367	100,0	1.330.884	100,0	4,5

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
¹ unselbstständig Beschäftigte je Unternehmen
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2009

Gewerbe und Handwerk

Zu Jahresende 2009 waren im Gewerbe und Handwerk rund 92.400 KMU tätig, die etwa 446.400 Arbeitnehmer beschäftigten.

Tabelle 35 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Gewerbe und Handwerk nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2009				
	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 unselbstständig Beschäftigte	41.898	45,2	0	0,0
1 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	39.519	42,7	127.464	22,6
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	9.626	10,4	187.162	33,3
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	1.382	1,5	131.760	23,4
KMU insgesamt	92.425	99,8	446.386	79,3
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	192	0,2	116.428	20,7
Gewerbe und Handwerk	92.617	100,0	562.814	100,0
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen				
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2009				

Industrie

In der Industrie beschäftigten rund 5.900 kleine und mittlere Unternehmen etwa 132.000 Mitarbeiter. 93,7 % der Industrieunternehmen waren KMU, in denen knapp ein Drittel der unselbstständig Beschäftigten in diesem Wirtschaftsbereich tätig war. Dies zeigt die überdurchschnittlich hohe Bedeutung von Großbetrieben in dieser Sparte. Unternehmen mit mehr als 249 Mitarbeitern beschäftigten 2009 mehr als zwei Drittel der Industriebeschäftigten.

Tabelle 36 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Industrie nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2009

	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 unselbstständig Beschäftigte	2.642	41,7	0	0,0
1 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	1.447	22,8	4.659	1,2
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	975	15,4	24.226	6,0
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	871	13,7	103.141	25,5
KMU insgesamt	5.935	93,7	132.026	32,6
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	401	6,3	272.697	67,4
Industrie	6.336	100,0	404.723	100,0

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2009

Handel

Im Handel waren im Jahr 2009 in rund 72.700 KMU etwa 269.500 unselbstständig Beschäftigte tätig. Etwa 99,7 % der Handelsunternehmen waren KMU, in denen rund 58 % der Handelsbeschäftigten ihren Arbeitsplatz hatten.

Tabelle 37 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Handel nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2009				
	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 unselbstständig Beschäftigte	37.426	51,4	0	0,0
1 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	29.275	40,2	81.615	17,5
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	5.095	7,0	100.459	21,6
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	895	1,2	87.435	18,8
KMU insgesamt	72.691	99,7	269.509	57,9
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	183	0,3	196.139	42,1
Handel	72.874	100,0	465.648	100,0
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen				
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2009				

Bank und Versicherung

Im Jahr 2009 waren etwa 1.000 KMU in der Sparte Bank und Versicherung tätig, die rund 33.800 Arbeitnehmer beschäftigten. Der Anteil der KMU an der Gesamtzahl der Unternehmen dieses Wirtschaftsbereichs belief sich auf 94,1 %; jener der Mitarbeiter in KMU an allen unselbstständig Beschäftigten betrug knapp ein Drittel.

Nur knapp 14 % der Unternehmen dieser Branche waren 2009 EPU und lediglich knapp 20 % beschäftigten zwischen 1 und 9 Personen. In allen anderen Sparten sind die meisten Unternehmen diesen beiden Größenklassen zuzurechnen. Bei Banken und Versicherungen waren die meisten Unternehmen hingegen Kleinunternehmen mit 10 bis 49 Arbeitnehmern (rund 41 %), gefolgt von den Mittelbetrieben (etwa 20 % der Unternehmen).

Tabelle 38 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Bank und Versicherung nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2009

	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 unselbstständig Beschäftigte	146	13,6	0	0,0
1 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	211	19,6	1.170	1,1
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	440	40,9	10.741	10,2
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	216	20,1	21.876	20,8
KMU insgesamt	1.013	94,1	33.787	32,1
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	64	5,9	71.623	67,9
Bank und Versicherung	1.077	100,0	105.410	100,0

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2009

Transport und Verkehr

Zu Jahresende 2009 boten rund 17.700 kleine und mittlere Unternehmen des Transports und Verkehrs etwa 94.700 Personen einen Arbeitsplatz. Bei 99,6 % der Unternehmen dieser Sparte handelt es sich um KMU, wobei – im Gegensatz zum Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft – etwas mehr Betriebe den Kleinstbetrieben (1 bis 9 unselbstständig Beschäftigte) als den EPU (keine unselbstständig Beschäftigten) zuzurechnen waren. Der Anteil der unselbstständig Beschäftigten in KMU an den Arbeitnehmern der Sparte Transport und Verkehr insgesamt belief sich auf weniger als die Hälfte.

Tabelle 39 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Transport und Verkehr nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2009				
	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 unselbstständig Beschäftigte	7.680	43,3	0	0,0
1 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	7.728	43,6	23.845	12,1
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	1.928	10,9	38.704	19,6
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	338	1,9	32.155	16,3
KMU insgesamt	17.674	99,6	94.704	48,0
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	66	0,4	102.579	52,0
Transport und Verkehr	17.740	100,0	197.283	100,0
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen				
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2009				

Tourismus und Freizeitwirtschaft

Im Jahr 2009 waren etwa 52.400 KMU im Tourismus und der Freizeitwirtschaft tätig, die rund 229.900 Mitarbeiter beschäftigten. Der Anteil der KMU an allen Unternehmen der Sparte lag bei 99,9 %; der Anteil der Arbeitnehmer in KMU an allen unselbstständig Beschäftigten betrug etwa 87 %. Damit ist diese Sparte gemeinsam mit der Sparte Information und Consulting der Wirtschaftsbereich mit dem höchsten Anteil an KMU innerhalb des jeweiligen Wirtschaftszweigs, wobei der Großteil dieser – anders als in der Sparte Information und Consulting und als im Gesamtdurchschnitt der gewerblichen Wirtschaft – den Kleinstunternehmen (1 bis 9 unselbstständig Beschäftigte) und nicht den EPU zuzuordnen ist. Hinsichtlich der Beschäftigung ist Tourismus und Freizeitwirtschaft jene Sparte, in der der Anteil der Mitarbeiter in KMU am höchsten ist.

Tabelle 40 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2009

	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 unselbstständig Beschäftigte	20.759	39,5	0	0,0
1 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	26.362	50,2	77.472	29,3
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	4.666	8,9	89.397	33,8
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	652	1,2	63.030	23,9
KMU insgesamt	52.439	99,9	229.899	87,0
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	70	0,1	34.216	13,0
Tourismus und Freizeitwirtschaft	52.509	100,0	264.115	100,0
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen				
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2009				

Information und Consulting

Im Jahr 2009 waren in den rund 51.200 KMU der Sparte Information und Consulting etwa 124.600 unselbstständig Beschäftigte tätig. Bei 99,9 % der Unternehmen dieses Wirtschaftsbereichs handelt es sich daher um KMU. Zudem gab es im Sektor Information und Consulting anteilmäßig deutlich mehr EPU (rund 66 %) als im Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft (etwa 49 %). Der Anteil der unselbstständig Beschäftigten in KMU an allen Mitarbeitern dieser Sparte belief sich auf rund 76 %.

Tabelle 41 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Information und Consulting nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2009				
	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 unselbstständig Beschäftigte	33.807	66,0	0	0,0
1 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	14.680	28,6	38.270	23,3
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	2.281	4,5	45.304	27,6
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	422	0,8	40.999	25,0
KMU insgesamt	51.190	99,9	124.573	75,8
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	54	0,1	39.743	24,2
Information und Consulting	51.244	100,0	164.316	100,0
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2009				

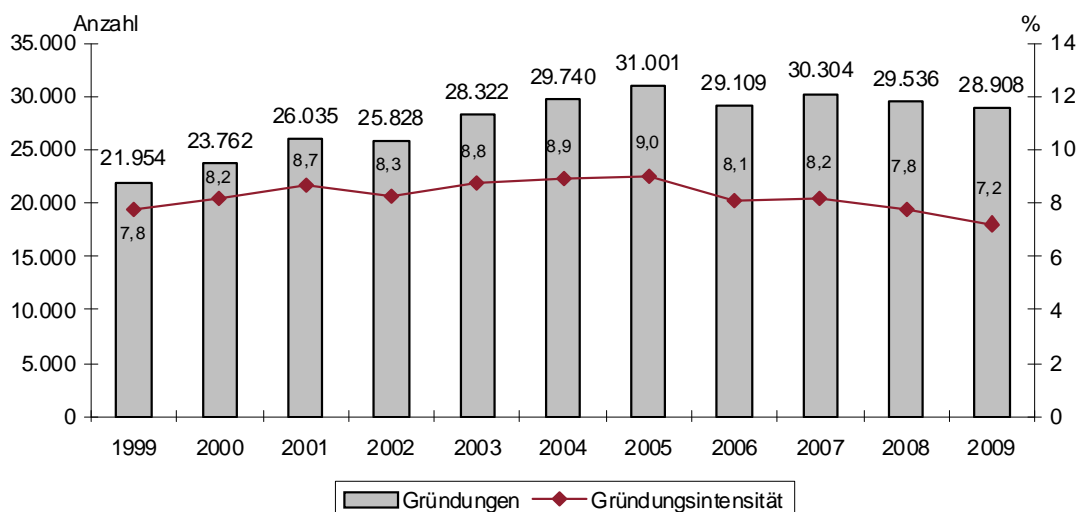
5.1.4 Gründungsgeschehen

Die folgenden Daten stammen aus der Gründungsstatistik der Wirtschaftskammer Österreich. Diese Statistik basiert auf den Neuzugängen an Wirtschaftskammermitgliedern insgesamt, wobei eine Differenzierung nach KMU mangels Beschäftigungsdaten nicht möglich ist. Die Daten sind zudem nicht mit der Beschäftigungsstatistik (vgl. Kapitel 1.2) vergleichbar, welche die Anzahl der Unternehmen laut Unternehmensregister ausweist.

Im Jahr 2009 kam es in der gewerblichen Wirtschaft zu fast 29.000 Neugründungen²³. In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der neu gegründeten Unternehmen um 32 % gestiegen. Eine genauere Betrachtung der Entwicklung in der letzten Dekade zeigt, dass die Gründungen zwischen 1999 und 2005 (mit Ausnahme von 2002) kontinuierlich gestiegen sind. Nach dem Neugründungshöhepunkt im Jahr 2005 kam es ab 2006 zu einer rückläufigen Entwicklung, wobei im Jahr 2009 – nicht zuletzt auf Grund der Wirtschaftskrise – der niedrigste Wert seit 2003 erreicht wurde. Im Jahr 2007 war zwischenzeitlich nochmals ein Zuwachs zu beobachten.

Die Gründungsintensität lag im Jahr 2009 bei rund 7,2 %.

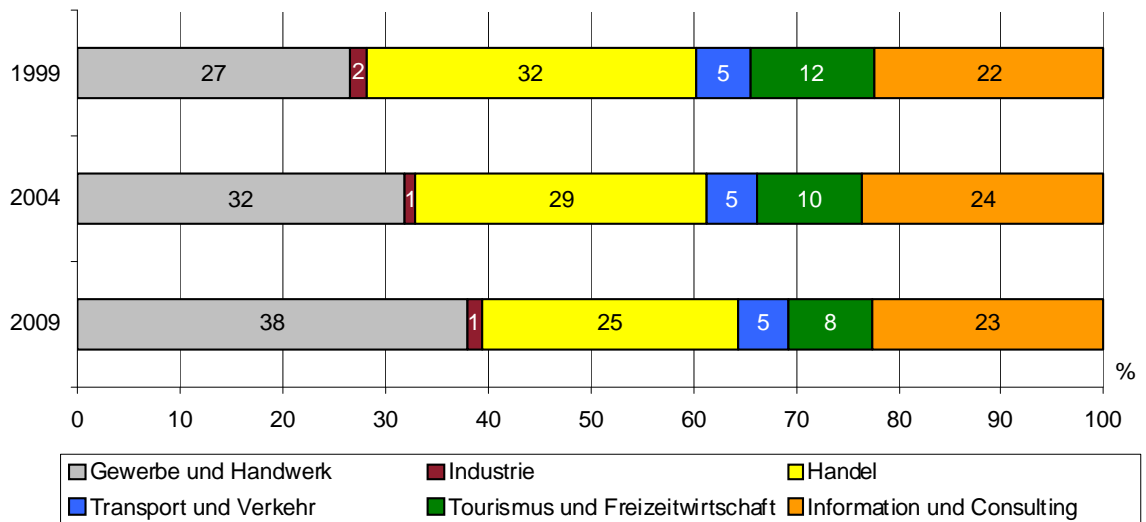
Grafik 52 Entwicklung der Neugründungen und der Gründungsintensität¹, 1999 – 2009



¹ Unternehmensneugründungen in Prozent des Standes an aktiven Wirtschaftskammermitgliedern
Quelle: WKÖ, Neugründungsstatistik

Die meisten Unternehmensgründungen fanden in den letzten zehn Jahren im Gewerbe und Handwerk sowie Handel statt. Zwischen 1999 und 2009 hat der Anteil des Gewerbes an den Unternehmensneugründungen insgesamt deutlich zugenommen, während jener des Handels zurückgegangen ist.

Grafik 53 Anteil der Neugründungen in Prozent nach Sparten, 1999 – 2009



5.2 Quellenverzeichnis

Arge creativ wirtschaft austria (2008): 3. Österreichischer Kreativwirtschaftsbericht. Wien: Wirtschaftskammer Österreich

Berger, J. et al. (2009): Konjunkturbelebende Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung und der Bundesländer – Abschätzung der volkswirtschaftlichen Effekte. Wien: Institut für Höhere Studien, BMWFJ.

BMWFJ/aws: KMU-Paket 09 Maßnahmen zur Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen. Presseunterlage, Wien: BMWFJ/aws.

BMWFJ (2010): Nationaler Aktionsplan 2010 für erneuerbare Energie für Österreich (NREAP-AT) gemäß der Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates. Wien: BMWFJ.

Breuss, F., Kaniovski, S., Schratzenstaller, M. (2009): Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Konjunkturpakete I und II und der Steuerreform 2009. Wien: WIFO.

BMWA (2008): Mittelstandsbericht 2006/07, Bericht über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft. Wien: BMWA.

Cedefop (2008): Zukünftiger Qualifikationsbedarf in Europa – mittelfristige Prognose. Thessaloniki: Cedefop

Deutsches Institut für Normung (2000): Gesamtwirtschaftlicher Nutzen der Normung: Zusammenfassung der Ergebnisse ; wissenschaftlicher Endbericht mit praktischen Beispielen. Berlin, Wien, Zürich: Beuth

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (2010): Jahresbericht 2009. London: Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

Europäische Kommission (2005): Bericht der Expertengruppe: Der erste Mitarbeiter – Wachstumshemmnisse – Einstellung des ersten Mitarbeiters. Brüssel: Europäische Kommission.

Europäische Kommission (2006): Economy of Culture. Brüssel: Europäische Kommission.

Europäische Kommission (2007): Models to reduce the disproportionate regulatory burden on SMEs – Report of the Expert Group. Brüssel: Europäische Kommission.

Europäische Kommission (2007a): Communication from the Commission to the Council, the European Parliament, the European Economic and Social Committee and the Committee of Regions: Overcoming the stigma of business failure – for a second chance policy. Implementing the Lisbon Partnership for Growth and Jobs. Brüssel: Europäische Kommission.

Europäische Kommission (2008a): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: „Vorfahrt für KMU in Europa – Der „Small Business Act“ für Europa. Brüssel: Europäische Kommission.

Europäische Kommission (2008b): Europäisches Konjunkturprogramm. Brüssel: Europäische Kommission.

Europäische Kommission (2008c): Europäischer Leitfaden für bewährte Verfahren (Code of best Practice) zur Erleichterung des Zugangs kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zu öffentlichen Aufträgen. Brüssel: Europäische Kommission.

Europäische Kommission (2009a): Economic Crisis in Europe: Causes, Consequences and Responses. Brüssel. Europäische Kommission.

Europäische Kommission (2009b): Gemeinschaftsvorschriften für Staatliche Beihilfen zugunsten von KMU – Ein praktisches Handbuch. Brüssel. Europäische Kommission.

Europäische Kommission (2010a): Small Business Act Fact Sheet Österreich 09. Brüssel: Europäische Kommission.

Europäische Kommission (2010b): Reinforcing economic policy coordination. Brüssel: Europäische Kommission.

Europäische Kommission (2010c): The European Stabilization Mechanism. Brüssel: Europäische Kommission.

Europäische Kommission (2010d): Internal Market Scoreboard - December 2009. No. 20. Luxemburg: Europäische Kommission.

- Europäische Kommission* (2010e): European SMEs und Pressure – Annual Report on EU small and medium-sized Enterprises 2009. Luxemburg: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission* (2010f): Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Brüssel: Europäische Kommission.
- Heckl, E. et al.* (2010): Unternehmerinnen in Österreich: Status quo 2009. Wien: KMU FORSCHUNG AUSTRIA, BMWFJ, Wirtschaftskammer Österreich – Frau in der Wirtschaft.
- Hölzl, W.* (2009): Österreichs kleine und mittlere Unternehmen in der Finanzmarktkrise. In: WIFO Monatsberichte 12/2009. Wien: WIFO.
- Institut EUF, Sechser, E.* (2009): Wenn Töchter weiterführen – Erfolgreiche Unternehmensnachfolge durch Frauen Studie 2009. Wien: Institut EUF Unternehmen Sichtart, Wirtschaftskammer Wien.
- Kanerva M., Hollanders H.* (2009): The Impact of the Economic Crisis on Innovation – Analysis based on the Innobarometer 2009 survey. Maastricht: MERIT.
- Keßler et al* (2009): Wachstumsbedingungen von Ein-Personen-Gründungen – Eine Längsschnittsbeobachtung über acht Jahre. Gabler Verlag.
- KMU FORSCHUNG AUSTRIA* (2010): FFG – Bereich Basisprogramme, Wirkungsmonitoring 2009. Wien: KMU FORSCHUNG AUSTRIA.
- KSV1870* (2009): East – West Home Is(t) best Kommentar zur internationalen Insolvenzstatistik. Pressemitteilung, Wien, 9.6.2009.
- KSV1870* (2010): Es kam, wie es kommen musste Insolvenzstatistik Unternehmen 2009. Pressemitteilung, Wien, 11.1.2010.
- Mandl, I. et al.* (2008): Unternehmensübergaben und -nachfolgen in Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) der Gewerblichen Wirtschaft Österreichs. Wien: KMU FORSCHUNG AUSTRIA.
- Mandl, I., Obenaus, S.* (2008): Overview of Family Business Relevant Issues. Country Fiche Austria. Wien: KMU FORSCHUNG AUSTRIA, Europäische Kommission.
- Mandl, I.* (2008): Overview of Family Business Relevant Issues. Wien: KMU FORSCHUNG AUSTRIA, Europäische Kommission.

- Marketmind* (2010): Umfrage WKÖ-aws: Investitionen der Betriebe stagnieren. Pressemitteilung, Wien, 16.2.2010.
- Marterbauer, M.* (2010): Prognose für 2010 und 2011: Träge Erholung der Konjunktur. Wien: WIFO.
- Söndermann, M.* (2009): Leitfaden zur Erstellung einer statistischen Datengrundlage für die Kulturwirtschaft und eine länderübergreifende Auswertung kulturwirtschaftlicher Daten. Köln: Büro für Kulturwirtschaftsforschung.
- Streicher, J. et al.* (2010): KMU und öffentliche Auftragsvergabe in Oberösterreich. Wien: KMU FORSCHUNG AUSTRIA.
- Voithofer, P.* (2009): Eigenkapitalausstattung und betriebswirtschaftliche Position der KMU vor Beginn der Finanzkrise. Wien: KMU FORSCHUNG AUSTRIA.
- Voithofer, P. et al.* (2009): Ein-Personen-Unternehmen in Österreich – Status quo 2009. Wien: KMU FORSCHUNG AUSTRIA, Wirtschaftskammer Österreich.
- Waschiczek, W.* (2010a): Banken erwarten leichte Lockerung der Richtlinien für Unternehmenskredite. In: OeNB Statistiken Q2/2010. Wien: OeNB.
- Waschiczek, W.* (2010b): Erste Lockerung der Richtlinien für Unternehmenskredite seit Beginn der Krise. In: OeNB Statistiken Q3/2010. Wien: OeNB.
- WIFO* (2010): Prognose für 2010 und 2011: Aufschwung mit anhaltender Unsicherheit. Wien: WIFO.

5.3 Datenquellenverzeichnis

Institut	Quelle
AMS	Arbeitslosendaten 2007 bis 2009 sowie erstes Halbjahr 2010 Daten zur Kurzarbeit 2008 bis 2010
BMASK	Beschäftigtendaten 2007 bis 2009 sowie erstes Halbjahr 2010
Deutsche Bundesbank	Zinssätze 2007 bis 2009
EIM	Strukturelle Unternehmensstatistik: Hochrechnung für 2008
Eurostat	Arbeitskräfteerhebung 2008 Konjunkturstatistik Handel, Dienstleistungen 2009 und zweites Quartal 2010 Konjunkturstatistik im produzierenden Bereich 2009 und zweites Quartal 2010 Strukturelle Unternehmensstatistik 2007 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 2009 bis 2011
Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger	Beschäftigtendaten 2007 bis 2009 sowie erstes Halbjahr 2010
Industriellenvereinigung	Konjunkturbarometer viertes Quartal 2008 bis zweites Quartal 2010
KMU FORSCHUNG AUSTRIA	Konjunkturerhebung im Einzelhandel 2004 bis 2009 sowie erstes Halbjahr 2010 Konjunkturerhebung im Gewerbe und Handwerk 2004 bis 2009 sowie drittes Quartal 2010 Konjunkturerhebung in der Sparte Information und Consulting 2004 bis 2009 sowie erstes Halbjahr 2010 Bilanzdatenbank

Institut	Quelle
Kreditschutzverband von 1870	Insolvenzstatistik 2004, 2008 und 2009
OeNB	Statistische Daten 2005 bis 2010
Statistik Austria	Beherbergungsstatistik 2004 bis 2009 sowie erstes Halbjahr 2010 Güterverkehrsstatistik 2004 bis 2009 sowie erstes Quartal 2010 Konjunkturstatistik Handel, Dienstleistungen 2009 und erstes Halbjahr 2010 Konjunkturstatistik im produzierenden Bereich 2009 und Jänner bis Mai 2010 Leistungs- und Strukturstatistik 2008 Statistik zur Unternehmensdemographie 2004, 2007 und 2008 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 2007 bis 2009 sowie erstes und zweites Quartal 2010 Zulassungsstatistik 2007 bis 2009 sowie erstes Halbjahr 2010 Arbeitskräfteerhebung 2009
WIFO	Konjunkturprognose September 2010
Wirtschaftskammer Österreich	Beschäftigungsstatistik 2009 Neugründungsstatistik 1999 bis 2009

5.4 Definitionen

Bedeutung der KMU und des Unternehmertums

1. Marktorientierte Wirtschaft

Unter marktorientierter Wirtschaft werden nach der Wirtschaftssystematik ÖNACE 2008^{1a} bzw. NACE Rev. 1.1 die Abschnitte B bis N und S95 zusammengefasst. Genauer sind dies folgende Sektoren:

- Abschnitt B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
- Abschnitt C: Herstellung von Waren
- Abschnitt D: Energieversorgung
- Abschnitt E: Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen
- Abschnitt F: Bau
- Abschnitt G: Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen
- Abschnitt H: Verkehr und Lagerei
- Abschnitt I: Beherbergung und Gastronomie
- Abschnitt J: Information und Kommunikation
- Abschnitt K: Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen
- Abschnitt L: Grundstücks- und Wohnungswesen
- Abschnitt M: Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (z. B. Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung, Werbung und Marktforschung)
- Abschnitt N: Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (z. B. Vermietung von beweglichen Sachen, Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften, Reisebüros)
- Abteilung S95: Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern

Nicht enthalten sind die Land- und Forstwirtschaft, die öffentliche Verwaltung sowie die Bereiche Erziehung und Unterricht, Gesundheit und Sozialwesen, Kunst, Unterhaltung und Erholung sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen.

1a. ÖNACE 2008

NACE (= *nomenclature générale des activités économiques dans les communautés européennes*) stellt eine Einteilung der wirtschaftlichen Tätigkeiten in ein europaweit einheitliches Schema dar. Seit 1. Jänner 2008 ist in der Europäischen Union die revidierte Wirtschaftstätigkeitenklassifikation NACE Rev. 2, die die NACE Rev. 1.1 abgelöst hat, anzuwenden. Die nationale Version für Österreich lautet ÖNACE 2008.

2. Unternehmen

Unter Unternehmen ist nach Definition der Statistik Austria eine rechtliche Einheit zu verstehen, welche eine organisatorische Einheit zur Erzeugung von Waren oder Dienstleistungen bildet und insbesondere in Bezug auf die Verwendung der ihr zufließenden laufenden Mittel über eine gewisse Entscheidungsfreiheit verfügt. Ein Unternehmen kann eine oder mehrere Tätigkeiten an einem oder mehreren Standorten ausüben.

Erfasst werden von der Statistik Austria alle Unternehmen, die entweder mehr als € 10.000 Umsatz im Jahr oder mindestens einen unselbstständig Beschäftigten haben. Ein Unternehmen muss zudem in zumindest zwei der vier Verwaltungsquellen (Sozialversicherungs-, Steuerdaten, Firmenbuch und Daten der Wirtschaftskammer Österreich), die für die Berechnung verwendet werden, aufscheinen.

3. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Abgrenzungsmerkmale von KMU nach der Definition der Europäischen Kommission stellen die Anzahl der Beschäftigten, der Umsatz sowie die Bilanzsumme dar.

Tabelle 42 Abgrenzungsmerkmale von KMU			
	Beschäftigte	Umsatz in € Mio.	Bilanzsumme in € Mio.
Kleinstunternehmen	9	2	2
Kleinunternehmen	49	10	10
Mittlere Unternehmen	249	50	43

Anmerkung: Die dargestellten Werte gelten seit 1. Jänner 2005 und stellen Höchstgrenzen dar.
Quelle: Europäische Kommission

Weiters muss ein KMU ein „eigenständiges“ Unternehmen sein. Darunter werden Unternehmen verstanden, bei denen es sich nicht um ein Partnerunternehmen^{3a} oder ein verbundenes Unternehmen^{3b} handelt.

3a. Partnerunternehmen

Ein Unternehmen ist nach Definition der Europäischen Kommission ein Partnerunternehmen eines anderen Unternehmens, wenn:

- es einen Anteil zwischen 25 % und 50 % an diesem anderen Unternehmen hält,
- dieses andere Unternehmen einen Anteil zwischen 25 % und 50 % an dem antragstellenden Unternehmen hält,
- das antragstellende Unternehmen keinen konsolidierten Abschluss erstellt, in den dieses andere Unternehmen durch Konsolidierung einbezogen wird, und nicht durch Konsolidierung in den Abschluss dieses bzw. eines weiteren Unternehmens, das mit diesem verbunden ist, einbezogen wird.

3b. Verbundenes Unternehmen

Verbundene Unternehmen, die entweder durch mittelbare oder unmittelbare Kontrolle der Mehrheit ihres Kapitals oder ihrer Stimmrechte oder die Fähigkeit haben, einen beherrschenden Einfluss auf ein anderes Unternehmen auszuüben, gehören einer Unternehmensgruppe an.

4. Beschäftigte

Die Beschäftigten umfassen nach Statistik Austria die tätigen Inhaber (auch Mitinhaber, Pächter), die mithelfenden Familienangehörigen sowie die unselbstständig Beschäftigten. Als unselbstständig Beschäftigte gelten Angestellte, Arbeiter, Lehrlinge und Heimarbeiter.

5. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse beinhalten nach Statistik Austria die Summe der im Unternehmen während des Berichtszeitraumes für die gewöhnliche Geschäftstätigkeit in Rechnung gestellten Beträge (ohne Umsatzsteuer), welche dem Verkauf und/oder der Nutzungsüberlassung von Erzeugnissen und Waren bzw. gegenüber Dritten erbrachten Dienstleistungen nach Abzug der Erlöschmälerungen (Skonti, Kundenrabatte etc.) entsprechen.

6. Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten

Die Umsatzerlöse minus der Vorleistungen ergeben die Leistung des Unternehmens. Durch Addition der Subventionen und Subtraktion der Steuern und Abgaben ergibt sich die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten.

7. Ein-Personen-Unternehmen (EPU)

Zur besseren Abgrenzung von anderen Wirtschaftskonstrukten müssen EPU folgende charakteristische Merkmale aufweisen, um als solche klassifiziert werden zu können:

- selbstständige, dauerhaft auf den Markt ausgerichtete Tätigkeit
- auf Voll- oder Teilzeitbasis (d. h. auch neben einer anderen Beschäftigung), allerdings ohne Berücksichtigung jener Selbstständigen, deren jährliche Einkünfte unter dem Schwellenwert der GSVG-Pflichtversicherung liegen
- kein Mitunternehmertum
- keine dauerhaft (d. h. über einen durchgehenden Zeitraum von mindestens 5 Monaten) beschäftigten Mitarbeiter, unabhängig vom Tätigkeitsausmaß (während sporadisch Beschäftigte der EPU-Eigenschaft nicht abträglich sind)

- Tätigkeit in der Gesamtwirtschaft (ohne Berücksichtigung der Land- und Forstwirtschaft, aber unter Einbeziehung der freien Berufe und der neuen Selbstständigen)

8. Neugründungen

Nach Statistik Austria liegt eine echte Neugründung dann vor, wenn nur ein Unternehmen beteiligt ist und eine Kombination von Produktionsfaktoren - insbesondere Beschäftigung - geschaffen wird. Das Unternehmen wird sozusagen „aus dem Nichts“ aufgebaut. Zugänge zum Bestand durch z.B. Fusion, Auflösung oder Umstrukturierung sind keine echten Neugründungen. Auch ein reiner Wechsel der Wirtschaftstätigkeit, der Rechtsform oder des Firmensitzes wird nicht als Neugründung betrachtet. Wenn eine ruhende Einheit innerhalb von zwei Jahren reaktiviert wird, wird dies auch nicht als Neugründung gezählt. Als Jahr der Gründung wird jenes Jahr herangezogen, in dem das Unternehmen zum ersten Mal einen Umsatz über € 10.000 oder erstmals mindestens einen unselbstständig Beschäftigten hat. Wenn ein Unternehmen im Jahr der Gründung nur einen Teil des Jahres bestanden hat und im gleichen Jahr wieder geschlossen wurde, wird dieses Unternehmen im Jahr der Gründung zu den Neugründungen gezählt und im Jahr darauf zu den Unternehmensschließungen.

9. Schließungen

Die Statistik Austria spricht von einer echten Unternehmensschließung, wenn nur ein Unternehmen beteiligt ist und eine Kombination von Produktionsfaktoren wegfällt. Abgänge durch z.B. Fusion, Übernahme, Auflösung oder Umstrukturierung sind keine echten Schließungen. Auch ein reiner Wechsel der Wirtschaftstätigkeit, der Rechtsform oder des Firmensitzes wird nicht als Schließung betrachtet. Ein Unternehmen gilt erst dann als geschlossen, wenn es nicht innerhalb von zwei Jahren reaktiviert worden ist. Das Jahr der Schließung wird mit jenem Jahr festgelegt, in dem das Unternehmen letztmals über € 10.000 Umsatz oder letztmals unselbstständig Beschäftigte hatte.

10. Insolvenz

Eine Insolvenz beschreibt nach OeNB die Zahlungsunfähigkeit eines Unternehmens, die dann vorliegt, wenn das Unternehmen nicht nur vorübergehend (dies wäre eine Zahlungsstockung) nicht mehr in der Lage ist, seine fälligen Verbindlichkeiten zu begleichen. Bei juristischen Personen liegt auch eine Insolvenz vor, wenn eine Überschuldung gegeben ist.

Bei einer eröffneten Insolvenz handelt es sich um ein vom örtlich und sachlich zuständigen Gericht eröffnetes Insolvenzverfahren (ohne außergerichtliche Vereinbarungen und Konkursanträge). Eine Schließung des Unternehmens im Zuge eines Insolvenzverfahrens ist nicht zwangsläufig. Im Zuge eines gerichtlichen Ausgleichsverfahrens bleibt das Unternehmen im Regelfall bestehen; in einigen Fällen kommt es jedoch zu einer Unternehmensschließung.

11. Familienunternehmen

Auf europäischer Ebene gibt es – erstmals seit 2009 – eine Definition von Familienunternehmen. Ein Unternehmen beliebiger Größe ist, nach EU-Definition, ein Familienunternehmen, wenn:

- die Entscheidungsgewalt mehrheitlich in der Hand der natürlichen Person(en) liegt, die das Unternehmen gegründet hat/haben oder die das Stammkapital des Unternehmens erworben hat/haben oder in der Hand deren Ehegatten, Eltern, Kinder oder der direkten Erben der Kinder;
- die Entscheidungsgewalt mehrheitlich indirekt oder direkt ausgeübt wird;
- zumindest ein Mitglied der Familie oder der Verwandtschaft formal in die Unternehmensführung eingebunden ist.
- Börsennotierte Unternehmen gelten als Familienbetrieb, wenn die Person, die das Unternehmen gegründet oder erworben hat (Stammkapital) oder deren Familien oder Nachkommen über 25 % der Rechte zur Beschlussfassung auf Basis ihres Stammkapitals verfügen.

12. Unternehmensnachfolge

Unter einer Unternehmensübergabe bzw. -nachfolge wird der Übergang des Eigentums an einem Unternehmen auf eine andere natürliche Person oder Unternehmung (Personengesellschaft oder juristische Person) verstanden, wobei das ursprüngliche Unternehmen weiterhin wirtschaftlich tätig ist.

13. Kreativwirtschaft

Eine (inter)national einheitliche Abgrenzung des Begriffs Kreativwirtschaft existiert nicht. Im 4. österreichischen Kreativwirtschaftsbericht werden jene erwerbsorientierten Unternehmen erfasst, die sich mit der Schaffung, Produktion, (medialen) Distribution von kreativen und kulturellen Gütern und Dienstleistungen beschäftigen. Wesentliche Abgrenzungsmerkmale sind dabei das kreative oder kulturelle Schaffen als zentraler Input und die Erwerbsorientierung der Betriebe. Die Sektoren der Kreativwirtschaft umfassen Architektur, Design, Radio & TV, Software & Games, Verlage, Video & Film, Werbung sowie Musik, Buch und künstlerische Tätigkeit.

Aktuelle wirtschaftliche Lage

14. Produktionsvolumenindex

Das Ziel des Produktionsvolumenindex ist die Messung der Veränderungen im Outputvolumen in regulären Zeitintervallen, üblicherweise monatlich. Dieser ermöglicht die Quantifizierung der Entwicklung des Volumens der Wertschöpfung in einem bestimmten Zeitraum.

15. stationärer Einzelhandel

Anders als der Handel insgesamt umfasst der stationäre Einzelhandel nicht den Versand- und Interneteinzelhandel, den Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten sowie Tankstellen.

Bewältigung der Wirtschaftskrise

16. Nichtfinanzielle Unternehmen

Unter nichtfinanziellen Unternehmen sind private und öffentliche institutionelle Einheiten zu verstehen, deren Hauptfunktion nicht in der finanziellen Mittlertätigkeit besteht (anders als etwa bei Versicherungsunternehmen), sondern vielmehr in der Produktion von Gütern und in der Erbringung von nichtfinanziellen Dienstleistungen.

17. Stabilitäts- und Wachstumspakt

Im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) einigten sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf einen Stabilitäts- und Wachstumspakt, der sicherstellen sollte, dass die Mitgliedstaaten auch nach Einführung der einheitlichen Währung – des Euro – ihre Bemühungen um Haushaltsdisziplin fortsetzen.

Mittelfristig haben sich die Mitgliedstaaten verpflichtet, die Vorgabe eines nahezu ausgeglichenen Haushalts zu erfüllen. Im Stabilitäts- und Wachstumspakt ist vorgesehen, dass der Europäische Rat Sanktionen verhängen kann, wenn ein teilnehmender Mitgliedstaat nicht die zur Behebung eines übermäßigen Defizits erforderlichen Schritte unternimmt (Defizitverfahren).

Um die zur Verwirklichung der WWU erforderliche dauerhafte Konvergenz zu gewährleisten, muss jedes Mitgliedsland, das an der dritten und letzten Stufe der WWU teilnimmt und den Euro eingeführt hat, die sogenannten „Maastricht-Kriterien“¹⁸ erfüllen, die anhand von Berichten der Europäischen Kommission und der EZB überprüft werden.

18. Maastricht-Kriterien

Mit dem Vertrag von Maastricht wurden Konvergenzkriterien (Maastricht-Kriterien) festgelegt, die ein Staat erfüllen muss, um an der Europäischen WWU teilnehmen zu dürfen.

Folgende fiskalische Maastricht-Kriterien sind zu erreichen:

- Das öffentliche Defizit darf 3 % des Brutto-Inlandsproduktes (BIP) nicht übersteigen.
- Der öffentliche Schuldenstand darf maximal 60 % des nationalen BIP erreichen.

Folgende monetäre Maastricht-Kriterien sind zu erreichen:

- Die nationale Inflationsrate darf maximal 1,5 %-Punkte über derjenigen der drei preisstabilsten EU-Staaten liegen.
- Der langfristige Zinssatz darf höchstens 2 %-Punkte höher als in den drei preisstabilsten EU-Staaten liegen.

19. ERP-Kredite

Die Erträge des ERP-Fonds (ERP steht für European Recovery Program bzw. "Europäisches Wiederaufbau-Programm") werden genutzt, um Kredite zu günstigen Konditionen zur Verfügung stellen zu können. Der Fonds wurde 1962 eingerichtet, um die so genannten Counterpart-Mittel aus dem Marshall-Plan zur Realisierung wirtschaftlicher Investitionsvorhaben und strukturverbessernder Maßnahmen zu organisieren. Er wird seit 2002 von der awa (Austria Wirtschaftsservice Ges.m.b.H.) verwaltet.

Maßnahmen zur Förderung der KMU

20. Life Sciences

Unter dem Begriff Biowissenschaften, auch Lebenswissenschaften oder Life Sciences genannt, versteht man Forschungseinrichtungen und Ausbildungslehrgänge, die sich mit Prozessen oder Strukturen von Lebewesen beschäftigen oder an denen Lebewesen beteiligt sind. Außer der Biologie umfasst sie auch verwandte Bereiche, wie Biochemie, Molekularbiologie, Biophysik oder Bioinformatik.

21. One-Stop-Shop

Eine allgemein gültige Definition von „One-Stop-Shop“ existiert nicht. Allgemein werden darunter zentrale Anlaufstellen verstanden, an denen alle notwendigen bürokratischen Schritte, die zur Realisierung eines Vorgangs (etwa die Unternehmensgründung) erforderlich sind, erfolgen können. Dies soll zu einem geringeren administrativen Aufwand und höherer Servicequalität führen.

Nationale statistische Daten

22. Gewerbliche Wirtschaft

Die gewerbliche Wirtschaft beinhaltet die 7 Sparten, welche in der Wirtschaftskammer organisiert sind:

- Gewerbe und Handwerk
- Industrie
- Handel
- Banken und Versicherungen

- Verkehr und Transport
- Tourismus und Freizeitwirtschaft
- Information und Consulting

23. Unternehmensneugründungen

In der Gründungsstatistik der Wirtschaftskammer Österreich wird der Zugang an Kammermitgliedern betrachtet. Bei einer Neugründung müssen zwei der drei folgenden Merkmale neu vorliegen: Firmenbezeichnung, Standort oder Branchenzugehörigkeit. Übernahmen bestehender Unternehmen gelten nur dann als Neugründungen, wenn sich der Standort oder das Tätigkeitsprofil ändert, wie z. B. Wechsel der Fachgruppenzugehörigkeit oder Ausweitung des Gewerbeumfanges. Ausgeschieden werden jene Berechtigungen, die innerhalb von 6 Monaten nach dem Meldedatum des neuen Kammermitglieds bereits wieder gelöscht wurden (sogenannte „Sternschnuppen“).

5.5 Small Business Act

Vor dem Hintergrund des Strukturwandels hin zu einer wissensbasierten Wirtschaft sind dynamische, wettbewerbsfähige Unternehmen von zentraler Bedeutung. „Der Wohlstand der EU wird daher in Zukunft entscheidend davon abhängen, ob wir imstande sind, das Wachstums- und Innovationspotential kleinerer und mittlerer Unternehmen (KMU) zu nutzen.“ (Europäische Kommission (2008a): a. a. O., S. 2.)

Die Europäische Kommission hat daher im Juni 2008 eine ambitionierte politische Initiative vorgestellt: Den „Small Business Act“ für Europa – Vorfahrt für KMU in Europa. Ziel dessen war und ist es, das Wohlergehen der KMU als wesentliches Element der europäischen Politik zu etablieren und die Idee, die EU im internationalen Vergleich zu einem besonders attraktiven Standort für KMU zu machen, umzusetzen.

Im Small Business Act (SBA) wurden zehn Grundsätze festgelegt, die für die Planung und Durchführung KMU-politischer Maßnahmen auf europäischer Ebene und jener der Mitgliedstaaten entscheidend sind.

Diese zehn Grundsätze, nach denen auch die Maßnahmen zur Förderung der österreichischen KMU gegliedert sind (vgl. Kapitel 4), umfassen:

- Unternehmertum: Förderung der unternehmerischen Initiative
- zweite Chance: zweite Chance nach redlichem Scheitern
- Vorfahrt für KMU: Einführung des Prinzips „Think small first“
- Mitdenkende Verwaltung: Schaffung elektronischer Behördendienste und zentraler Anlaufstellen („One-Stop Shop“)
- Öffentliches Auftragswesen und staatliche Beihilfen
- Finanzierung: Erleichterung des Zugangs der KMU zu Finanzierungsmöglichkeiten
- Binnenmarkt: KMU sollen ermuntert werden, verstärkt die Chancen des Binnenmarktes zu nutzen
- Qualifizierung und Innovation: Förderung der Weiterqualifizierung und aller Formen der Innovation
- Umwelt: Umweltprobleme sollen in Geschäftschancen für KMU umgewandelt werden
- Internationalisierung: KMU sollen vom Wachstum der Märkte außerhalb der EU profitieren

Diese zehn Maßnahmen stellen das Gerüst für die Planung und Durchführung politischer Maßnahmen sowohl auf europäischer als auch auf Ebene der Mitgliedstaaten dar. Mit dem Beschluss des SBA im Rahmen der Tagung des Rates für „Wettbewerbsfähigkeit“ im Dezember 2008 haben sich die Mitgliedstaaten zur Umsetzung verpflichtet.

Um die Fortschritte der Reformvorhaben und damit der europaweiten KMU-Politik bewerten zu können, werden von der Europäischen Kommission regelmäßige Monitoringberichte verfasst. Das jährlich für jedes Land herausgegebene „SBA Fact Sheet“ dient als Informationsquelle zu aktuellen Bedingungen der KMU in einem Mitgliedstaat sowie der mittelfristigen Veränderung auf Basis statistischer Erhebungen.

Im Rahmen des „SBA Fact Sheets“ werden 88 Indikatoren betrachtet und dem jeweiligen Grundsatz zugeordnet. Die Anzahl der Variablen, die in jedem Grundsatz analysiert werden, variiert stark; während zum „Unternehmertum“ 19 Indikatoren erhoben und verglichen werden, sind es zur „zwei-

ten Chance“ nach redlichem Scheitern oder zur „Vorfahrt für KMU“ jeweils drei. In den fünften Grundsatz, in dem das öffentliche Beschaffungswesen und Beihilfen beleuchtet werden, fließen nur zwei Werte ein.

Beispielhaft werden nachstehend die für den zweiten Grundsatz („zweite Chance“) erhobenen Indikatoren angeführt. Diese werden teilweise in den Sektordurchschnittswert dieses Grundsatzes eingerechnet, welcher für Grundsätze berechnet wird, für die mindestens vier Indikatoren vorliegen. Um einen internationalen Vergleich zu ermöglichen, werden diese Mittelwerte in weiterer Folge standardisiert.

Tabelle 43 Indikatoren des „SBA Fact Sheet“ für den zweiten Grundsatz des SBA (zur zweiten Chance nach redlichem Scheitern)		
Indikator	Erklärung	Quelle
Zweite Chance („second chance“)		
Unterstützungsgrad bei 2.Chance	Anteil der Bevölkerung, der der These „Personen sollte nach Misserfolg mit dem eigenen Unternehmen eine zweite Chance gewährt werden“ (stark) zustimmt.	Entrepreneurship Survey – Flash Eurobarometer 192
Kosten der Unternehmensschließung	Die mit der Schließung verbundenen Kosten, die bei der Eintreibung der ausstehenden Verpflichtungen anfallen, in Prozent der Vermögensmasse. Die Kosten umfassen Gerichts- und Anwaltskosten, sowie Kosten für Gutachten und Rechnungsprüfung.	World Bank Doing Business 2009
Anzahl der Jahre der Unternehmensschließung	Die Zeit, die Kreditgeber benötigen, um die Schulden einzutreiben, in Kalenderjahren. Potenziellen Verzögerungstaktiken, wie etwa Berufungsanträge oder Verlängerungsanträge, werden berücksichtigt.	World Bank Doing Business 2009
Quelle: Europäische Kommission 2010		

Das „SBA Fact Sheet“ sieht sich mit einigen Einschränkungen konfrontiert, die beachtet werden müssen. So ist das „SBA Fact Sheet“ kein hinreichendes Monitoringinstrument für die KMU-Politik eines Mitgliedstaates, da einerseits nicht alle im SBA angeführten Maßnahmen erfasst werden können und andererseits auch qualitative Betrachtungen für eine umfassende Einschätzung notwendig wären. Nachteile des „SBA Fact Sheet“ sind zudem die Vernachlässigung einiger Bereiche, wie etwa makroökonomischer Implikationen oder der Infrastruktur mit direktem oder indirektem Einfluss auf die europäischen KMU.

Die zeitliche Verzögerung von zwei bis drei Jahren mit der die statistischen Daten, die die Grundlage der Vergleiche bilden, vorliegen, wirkt sich zudem nachteilig aus. Dieser Timelag lässt sich mit der Dauer der Erhebung der Daten auf Ebene der Mitgliedstaaten bzw. durch europaweite Befragungen und allenfalls notwendige Harmonisierungen erklären.

Als problematisch bei internationalen Vergleichen stellt sich heraus, dass Maßnahmen der Mitgliedstaaten vor dem Beobachtungszeitraum des „SBA Fact Sheet“ nicht berücksichtigt werden. Die unterschiedlichen (Ausgangs-) Niveaus der EU-Länder werden damit nicht beachtet, wodurch ein jährlicher Vergleich der Entwicklung verzerrt wird. Ein weiteres Problem, das sich bei Zeitvergleichen zeigt, betrifft die Inkonsistenz der Zeitreihen: Obwohl davon ausgegangen wird, dass strukturelle Indikatoren sich eher langsam als abrupt verändern und damit nur eine kontinuierliche Änderung der Position der Mitgliedsstaaten zu erwarten ist, zeigt sich in der Praxis, dass es zu starken Schwankungen im Ranking der Länder im Zeitvergleich kommt.

5.6 Übersicht der erfassten Maßnahmen

Maßnahme	Abschnitt Kapitel 4
Sozialversicherung – KleinunternehmerInnen Regelung	1. Unternehmerische Initiative
Sozialversicherung – Selbstständigenvorsorge	1. Unternehmerische Initiative
Sozialversicherung – Arbeitslosenversicherung für Selbstständige	1. Unternehmerische Initiative
Europäische KMU-Woche	1. Unternehmerische Initiative
Erasmus for Young Entrepreneurs	1. Unternehmerische Initiative
Aktionsprogramm für KMU des BMWFJ in Kooperation mit WKÖ	1. Unternehmerische Initiative
Lohnnebenkostenförderung 1. Mitarbeiter	1. Unternehmerische Initiative
Hilfestellung bei Unternehmensnachfolge - Nachfolgecheck	1. Unternehmerische Initiative
Förderung Kreativwirtschaft (cwa, evolve, impulse...)	1. Unternehmerische Initiative
Erleichterter Zugang zu Altersteilzeit	1. Unternehmerische Initiative
Förderung fremdsprachiger Publikationen und Merkblätter für Gründer	1. Unternehmerische Initiative
Novelle des Insolvenzrechts	2. Zweite Chance nach Insolvenz
„Better Regulation“	3. Prinzip „Vorfahrt für KMU“
www.verwaltungskostenenken.at	3. Prinzip „Vorfahrt für KMU“
ex-ante Kalkulation von Verwaltungslasten bei Entstehung/Änderung von Gesetzen/Verordnungen	3. Prinzip „Vorfahrt für KMU“
Unternehmensrechtsänderungsgesetz	3. Prinzip „Vorfahrt für KMU“
Anhebung der Schwellenwerte der Bilanzierungspflicht	3. Prinzip „Vorfahrt für KMU“
Novelle der Verschmelzungs- und der Spaltungsrichtlinie	3. Prinzip „Vorfahrt für KMU“
Plattform „Digitales Österreich“	4. Öffentliche Verwaltung
Unternehmensserviceportal (www.usp.gv.at)	4. Öffentliche Verwaltung
Elektronische Vollmachten	4. Öffentliche Verwaltung
PDF Signatur	4. Öffentliche Verwaltung
Mobile Signatur (Handysignatur)	4. Öffentliche Verwaltung
Umsetzung der europäischen Dienstleistungsrichtlinie, SPOCS	4. Öffentliche Verwaltung
Umstellung des Vorsteuererstattungsverfahrens	4. Öffentliche Verwaltung
Anhebung der Meldeschwellen bei statistischen Erhebungen	4. Öffentliche Verwaltung
Schwellenwertverordnung 2009	5. pol. Instrumente KMU gerecht
Novelle des Bundesvergabegesetzes	5. pol. Instrumente KMU gerecht
Bankenpaket	6. Finanzierung (bzw. Kapitel 3)

Maßnahme	Abschnitt Kapitel 4
Konjunkturpaket I	6.Finanzierung (bzw. Kapitel 3)
Konjunkturpaket II	6.Finanzierung (bzw. Kapitel 3)
Beschäftigungsförderungsgesetz 2009	6.Finanzierung (bzw. Kapitel 3)
Flexibleres Arbeitszeitrecht	6.Finanzierung (bzw. Kapitel 3)
Haftungsübernahmen für Überbrückungsfinanzierungen für KMU	6.Finanzierung (bzw. Kapitel 3)
Mittelstandsfonds	6. Finanzierung
ERP-Kleinkredite	6. Finanzierung
Überbrückungskredite	6. Finanzierung
aws-Kernprogramm „Gründer und Junge Unternehmen“	6. Finanzierung
aws-Kernprogramm „Regionalförderung und KMU-Wachstum“	6. Finanzierung
aws-Kernprogramm „Innovation und Technologieverwertung“	6. Finanzierung
aws-Programm „Filmstandort Österreich“	6. Finanzierung
„Venture-Capital-Initiative“ der aws	6. Finanzierung
aws Projekt „better regulation“	6. Finanzierung (bzw. Kapitel 3)
TOP-Tourismusförderung 2007-2013	6. Finanzierung
Jungunternehmerförderung Tourismus der ÖHT	6. Finanzierung
Übernahme von Haftungen für Tourismus u Freizeitwirtschaft durch die ÖHT	6. Finanzierung
ERP-Kleinkreditaktion Tourismus	6. Finanzierung
Spezielles Förderprogramm Radtourismus	6. Finanzierung
Mikrokredit	6. Finanzierung
Steuerreformgesetz – Gewinnfreibetrag als Investitionsanreiz	6. Finanzierung
KonjunkturbelebungsGesetz – vorzeitige Abschreibung	6. Finanzierung
Lehrstellenförderungen im Berufsausbildungsgesetz	6. Finanzierung
ÖNORMEN Datenbank	7. Binnenmarkt
Normen-Entwurf Portal	7. Binnenmarkt
Enterprise Europe Network	7. Binnenmarkt
SOLVIT	7. Binnenmarkt
Programm „Leonardo da Vinci“ – Förderung der Mobilität von Auszubildenden	8. Weiterqualifizierung u. Innovation
Basisprogramme der FFG	8. Weiterqualifizierung u. Innovation
Innovationsscheck	8. Weiterqualifizierung u. Innovation
Dienstleistungsinitiative der FFG	8. Weiterqualifizierung u. Innovation
Strukturprogramme der FFG	8. Weiterqualifizierung u. Innovation
Thematische Programme für High-Tech-Entwicklungen der FFG	8. Weiterqualifizierung u. Innovation
FFG Programm „COIN“ (Cooperation & Innovation)	8. Weiterqualifizierung u. Innovation
„Initiative Markt.Chancen.Check“ der aws	8. Weiterqualifizierung u. Innovation

Maßnahme	Abschnitt Kapitel 4
ProTRANS – strategische Produktfindung	8. Weiterqualifizierung u. Innovation
discover.IP – Kooperation Patentamt und aws zur Verwertung potenzieller Marktchancen	8. Weiterqualifizierung u. Innovation
Innovationsschutznovelle 2010 – Senkung des Kostenaufwands	8. Weiterqualifizierung u. Innovation
Austrian Cooperative Research	8. Weiterqualifizierung u. Innovation
AWS-Schwerpunkt Umwelt, Klima und Energie	9. Nachhaltigkeit, Umwelt, Energie
Energie- und Klimapakett der EU und Österreichs Energiestrategie	9. Nachhaltigkeit, Umwelt, Energie
Ökostromgesetz Novelle 2008 – Anhebung jährlicher Zusatzförderungsmittel	9. Nachhaltigkeit, Umwelt, Energie
Umweltförderung Novelle 2007	9. Nachhaltigkeit, Umwelt, Energie
Thermische Sanierung im Rahmen des Konjunkturpaket II	9. Nachhaltigkeit, Umwelt, Energie
Energieeffizienzcheck	9. Nachhaltigkeit, Umwelt, Energie
CSR in KMU: Projekte „Erfolg mit FAIRantwortung! “	9. Nachhaltigkeit, Umwelt, Energie
Informationsmaterial zu Nachhaltigkeit und CSR (bspw. Broschüre „klima:aktiv energieeffiziente Betriebe“)	9. Nachhaltigkeit, Umwelt, Energie
KMU-Initiative zur Energieeffizienzsteigerung	9. Nachhaltigkeit, Umwelt, Energie
Exportinitiative Umwelttechnologien	9. Nachhaltigkeit, Umwelt, Energie
Internationalisierungsoffensive NEU	10. Internationalisierung
go international	10. Internationalisierung
Förderaktion zur Internationalisierung von österreichischen Clustern	10. Internationalisierung

5.7 Abkürzungsverzeichnis

ABA	Austrian Business Agency
ACR	Austrian Cooperative Research
ABl.	Amtsblatt
AfA	Absetzung für Abnutzung
AMS	Arbeitsmarkt Service
ASFINAG	Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft
AWO	Außenwirtschaft Österreich
aws	Austria Wirtschaftsservice Ges.m.b.H
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BHG	Bundeshaushaltsgesetz
BIG	Bundes Immobiliengesellschaft m.b.H
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BKA	Bundeskanzleramt
Blg	Beilage
BMASK	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMJ	Bundesministerium für Justiz
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
BMUKK	Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur
BMVIT	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
BMWFJ	Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend
BVA	Bundesvoranschlag
CEN	Europäisches Komitee für Normung
CENELEC	Europäisches Komitee für Normung im Bereich Elektrotechnik
CSR	Corporate Social Responsibility
cwa	Creativ wirtschaft austria
EBWE	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
ECOFIN-Rat	Rat für Wirtschaft und Finanzen
EG	Europäische Gemeinschaft
EIB	Europäische Investitionsbank
EIF	European Investitionsfonds
EPU	Ein-Personen-Unternehmen
ErlRV	Erläuterungen zur Regierungsvorlage

ERP	European Recovery Program
EU	Europäische Union
EZB	Europäische Zentralbank
F&E	Forschung und Entwicklung
FFG	Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft
FTI	Forschung, Technologie und Innovation
GmbH/Ges.m.b.H	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GSVG	Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz
IBOR	Interbank Offered Rate
IBW	Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft
IFA	Internationaler Fachkräfteaustausch
IFI	Internationale Finanzierungsinstitutionen
IHS	Institut für Höhere Studien
ISO	Internationale Organisation für Normung
IWF	Internationaler Währungsfonds
IWI	Industriewissenschaftliches Institut
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KPC	Kommunalkredit Public Consulting GmbH
KSV	Kreditschutzverband von 1870
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OeNB	Österreichische Nationalbank
ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
ÖHT	Österreichische Hotel- und Tourismusbank Gesellschaft m.b.H
ROI	Return on Investment
SBA	Small Business Act
USP	Unternehmensserviceportal
WIFI	Wirtschaftsförderungsinstitut
WIFO	Österreichisches Wirtschaftsforschungsinstitut
WIPO	World Intellectual Property Organization
WKÖ	Wirtschaftskammer Österreich
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion